



Oldenburgische
Landesbank AG

Oldenburgische Landesbank Konzern
Finanzbericht 2011



Oldenburgische Landesbank Konzern – Übersicht

Mio. Euro	31.12.2011	31.12.2010	Veränderungen (%)
Bilanzsumme	13.363,4	13.351,0	0,1
Forderungen an Kreditinstitute ¹	924,1	1.530,5	-39,6
Forderungen an Kunden ¹	9.792,3	9.451,3	3,6
Kreditvolumen ¹	9.784,3	9.442,6	3,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.397,0	3.816,5	-11,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	7.544,5	7.208,2	4,7
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.161,7	1.099,3	5,7
Eigenkapital	569,2	595,7	-4,4

Mio. Euro	1.1.2011 – 31.12.2011	1.1.2010 – 31.12.2010	Veränderungen (%)
Zinsüberschuss	244,7	238,0	2,8
Provisionsüberschuss	81,9	84,9	-3,5
Übrige lfd. Erträge	66,4	70,0	-5,1
Laufender Personalaufwand	182,9	182,2	0,4
Sachaufwand	120,1	123,2	-2,5
Risikovorsorge	88,4	24,6	> 100
Ergebnis vor Steuern	13,5	70,8	-80,9
Ergebnis nach Steuern (Gewinn)	16,9	52,5	-67,8

	31.12.2011	31.12.2010	
Ausschüttung je Stückaktie (in Euro) ²	—	1,00	
Cost-Income-Ratio (in %)	77,4	78,6	
Gesamtkapitalquote (in %) ³	12,4	11,7	
Mitarbeiter (Anzahl)	2.883	2.952	
Mitarbeiterkapazität	2.408	2.468	
Niederlassungen der Oldenburgische Landesbank AG Regionalbank	178	175	
Filialen und Fachagenturen der Allianz Bank	819	694	

¹ Netto nach Risikovorsorge

² Gemäß HGB-Gewinnverwendungsvorschlag

³ Gemäß § 10a KWG



Oldenburgische
Landesbank AG

Finanzbericht 2011

003

An die Aktionäre

025

Konzernlagebericht

065

Konsolidierter Konzernabschluss

137

Weitere Informationen

Inhalt

An die Aktionäre 003

Aktionärsbrief	004
Die Aktie	006
Corporate-Governance-Bericht	008
Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289a HGB	014
Vergütungsbericht	016

Konzernlagebericht 025

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	026
Geschäftsentwicklung	027
Prognosebericht	040
Konzernrisikobericht	043

Konsolidierter Konzernabschluss 065

Konsolidierte Gewinn- und Verlustrechnung	066
Konsolidierte Gesamtergebnisrechnung	067
Konsolidierte Bilanz	068
Entwicklung des konsolidierten Eigenkapitals	070
Konsolidierte Kapitalflussrechnung	071

Konzernanhang 072

Versicherung der gesetzlichen Vertreter	134
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	135

Weitere Informationen 137

Mandate der Organmitglieder	138
Beirat	140
Leiter	142
Bericht des Aufsichtsrats	146
Niederlassungen	150
Das OLB-Geschäftsgebiet	151
Glossar	152
Impressum	156

003

An die Aktionäre

Aktionärsbrief	004
Die Aktie	006
Corporate-Governance-Bericht	008
Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289a HGB	014
Vergütungsbericht	016

Aktionärsbrief

*Sehr viele Damen, sehr geehrte Herren,
die Sie als OZB als Aktionäre und Freunde verbinden sind!*

Ein bewegtes Geschäftsjahr liegt hinter uns. Beispiele sind die Zuspitzung der europäischen Staatsschuldenkrise, die volatilen Finanzmärkte oder auch die deutlich veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, insbesondere im Energiesektor.

Für die Banken haben die regulatorischen Anforderungen weiter zugenommen. Die Themen Kapital und Liquidität stehen nach wie vor im Fokus.

In diesem Umfeld haben wir mit einem positiven Ergebnis abgeschlossen und konnten die Substanz der Bank weiter stärken. Unsere Kernkapitalquote liegt mit 8,5% heute schon auf dem für das Jahr 2019 durch Basel III geforderten Niveau. Unsere Liquiditätsausstattung ist komfortabel. Damit können wir die wirtschaftlich erfolgreiche Entwicklung unserer Heimatregion mit Krediten weiter begleiten und fördern.

Zufrieden sind wir mit dem Ergebnis gleichwohl nicht. Gegenüber dem Vorjahr verzeichnen wir einen deutlichen Gewinnrückgang und müssen Ihnen deshalb vorschlagen, die Zahlung einer Dividende auszusetzen. Hintergrund ist eine deutlich erhöhte Risikovorsorge.

Hier wirkte sich die branchenspezifische Krisensituation im Bereich Schifffahrt in Verbindung mit einer größeren Einzelwertberichtigung aus.



Dr. Achim Kassow

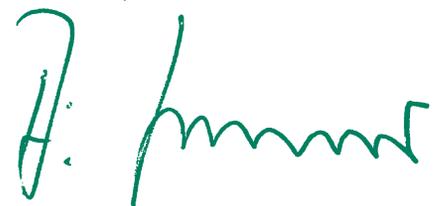
Im Kern ist die Bank jedoch stabil: Das laufende Ergebnis vor Risikoversorge haben wir, insbesondere durch anhaltende Kostendisziplin, erneut gesteigert. Auch Kundenzahl und Geschäftsvolumen sind weiter gewachsen. Das zeigt unsere nachhaltige Attraktivität als verlässlicher und professioneller Partner unserer Privat- und Firmenkunden. Und diese starke Reputation werden wir auch in Zukunft pflegen und ausbauen: Es ist uns besonders wichtig, das Vertrauen der Menschen und der Unternehmen in ihre OLB und unsere Nähe zu unseren Kunden zu stärken. Die Basis für das Kundenvertrauen legen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit ihrer täglichen Arbeit. Wir sind hier zu Hause und das wird auch so bleiben.

Was haben wir uns darüber hinaus vorgenommen? Drei Aufgaben stehen im laufenden Jahr 2012 im Vordergrund. Erstens wollen wir den Anforderungen unserer Kunden noch besser gerecht werden und unsere Beratungsleistung verstärkt nach unterschiedlichen Kundengruppen und -erwartungen ausrichten. Zweitens werden wir im Risikomanagement mehr Augenmerk auf die Entwicklung von Teilportfolios richten. Und schließlich werden wir interne Abläufe weiter verschlanken und mit einem unkomplizierten Angebot die Allianz Agenturen im Bankgeschäft optimal unterstützen.

Unter dem Strich soll sich das auch für unsere Aktionäre auszahlen. Bei stabilen Rahmenbedingungen – insbesondere auf den Schiffsmärkten – werden wir unser Ergebnis deutlich verbessern können.

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir abschließend noch ein persönliches Wort: Bankgeschäft ist Vertrauensgeschäft. Und Vertrauen muss wachsen. Daran konsequent und nachhaltig zu arbeiten, sehen wir im Führungsteam der Bank als unsere wichtigste Aufgabe an. Meine Kollegen und ich freuen uns, wenn Sie Ihre OLB auf diesem Weg begleiten.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Achim Kassow
Sprecher des Vorstands

Die Aktie

Entwicklung der OLB-Aktie

Mit der Flut- und Atomkatastrophe in Japan, der Ratingherabstufung der Vereinigten Staaten und der Eskalation der Schuldenkrise in der Eurozone mussten die internationalen Aktienmärkte im Jahr 2011 gleich mehrere externe Schocks verdauen. Vor diesem Hintergrund hat sich der deutsche Aktienindex (DAX) im Jahresverlauf mit einer Schwankungsbreite von fast 2.500 Punkten sehr **volatil** präsentiert. Einem freundlichen ersten Halbjahr mit einem DAX-Stand von rund 7.500 Punkten zur Jahresmitte standen dabei deutliche Kurseinbrüche im zweiten Halbjahr mit Tiefstständen nahe der 5.000-Punkte-Marke im September gegenüber. Trotz einer leichten Erholung zum Jahresende beendete der DAX das Jahr mit einem Minus von 16 % knapp unter der 6.000-Punkte-Marke und konnte damit nicht an die positive Entwicklung der beiden Vorjahre anschließen. Das Jahr 2012 verläuft bislang deutlich positiver für den Index. Bis zum Redaktionsschluss (März 2012) verzeichnet das Aktienbarometer ein Kursplus von über 20 %.

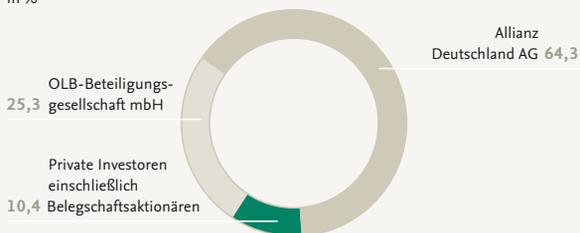
 siehe Glossar Seite 155

Für die deutschen Finanzwerte verlief das Börsenjahr 2011 ebenfalls wenig erfreulich, die Aktienkurse deutscher Banken gerieten überproportional unter Druck. So notierte der Branchenindex **CDAX Banken**, der sich aus den Aktienkursen der privaten Geschäftsbanken zusammensetzt, zum Jahresende rund 35 % tiefer als zu Jahresbeginn. Die Aktie der OLB konnte sich dieser negativen Entwicklung nicht entziehen. Sie eröffnete das Jahr mit einem Kurs von 37,00 Euro und beendete es mit 30,50 Euro nur knapp über dem Jahrestiefststand von 28,50 Euro. Zum Redaktionsschluss (März 2012) hat der Kurs auf 27,50 Euro nachgegeben. Im direkten Vergleich mit der Wertentwicklung des Bankenindex in den vergangenen fünf Jahren schneidet die OLB-Aktie besser als der Branchendurchschnitt ab, die Wertentwicklung ist jedoch negativ.

 siehe Glossar Seite 152

Aktionärsstruktur

in %



 Allianz Deutschland AG hält aufgrund direkt gehaltener Anteile sowie mittelbar über die OLB-Beteiligungsgesellschaft mbH insgesamt eine Beteiligung von rund 89,6 % an der Oldenburgische Landesbank AG.

Wertentwicklung der OLB-Aktie im Vergleich zum CDAX Banken 2007–2012

in %



 OLB-Aktie (Dividenden verrechnet)  CDAX Banken

Aktionärsstruktur

Die **Beteiligungsstruktur** der Oldenburgische Landesbank AG gliedert sich wie folgt: Allianz Deutschland AG 64,3 %, OLB-Beteiligungsgesellschaft mbH 25,3 %, private Investoren inklusive Belegschaftsaktionären 10,4 %. Die Anteile an der OLB-Beteiligungsgesellschaft mbH halten die Hauptgesellschafterin Allianz Deutschland AG mit 98,8 % und mehrere Dauerinvestoren aus dem Nordwesten mit 1,2 % (alle Angaben gerundet).

 siehe Grafik Seite 006 links

Die Aktien der Oldenburgische Landesbank AG werden unter der Wertpapierkennnummer (WKN) 808 600 an den Börsen in Berlin, Hamburg und Hannover im regulierten Markt und an den Börsen in Düsseldorf und Frankfurt im Freiverkehr gehandelt. Mit 134,6 Tsd. liegt der Jahresumsatz in OLB-Aktien im Jahr 2011 leicht über dem Niveau des Vorjahres (124,6 Tsd.). Haupthandelsplätze mit nahezu gleichem Umsatz waren die Börsen in Frankfurt und Hamburg. Die Zahl der ausgegebenen Aktien beträgt 23,3 Mio. Stück. Multipliziert mit dem Kurswert der Aktie ergibt sich eine Marktkapitalisierung von rund 640 Mio. Euro.

Als einer der größten deutschen Nebenwerte kommt der Aktie der Oldenburgische Landesbank AG auch auf regionaler Ebene eine bedeutende Rolle zu. So ist die OLB als einziges Kreditinstitut im Niedersächsischen Aktienindex (NISAX20, WKN: 600788) vertreten. Der im Mai 2002 von der NORD/LB Norddeutsche Landesbank aufgelegte Regionalindex enthält die 20 größten börsennotierten Gesellschaften des Bundeslandes Niedersachsen. Mit einem Indexgewicht von 0,9 % nimmt die OLB-Aktie hier Rang 13 ein.

Finanzkalender

2012

Veröffentlichung Zwischenmitteilung per 31.3.2012	15. Mai 2012
Hauptversammlung in Oldenburg	31. Mai 2012
Veröffentlichung Zwischenbericht per 30.6.2012	14. August 2012
Veröffentlichung Zwischenmitteilung per 30.9.2012	13. November 2012

Stammdaten

2012

Wertpapierkennnummer (WKN)	808 600
ISIN	DE0008086000
Aktienart	Inhaberaktien
Stückelung	nennwertlose Stückaktien
Börsennotierung	Berlin, Hamburg, Hannover
Anzahl der Aktien	23,3 Mio.
Marktkapitalisierung per 16.3.2012	639,6 Mio. Euro

Corporate-Governance-Bericht

Eine gute Corporate Governance ist unabdingbar für einen nachhaltigen Unternehmenserfolg. Bedeutende Aspekte guter Corporate Governance sind die vertrauensvolle und effiziente Zusammenarbeit zwischen Vorstand und Aufsichtsrat als Bestandteil eines dualen Führungssystems, die Achtung der Interessen der Aktionäre, Fremdkapitalgeber, Arbeitnehmer und sonstiger mit dem Unternehmen verbundener Gruppen sowie Offenheit und Transparenz in der Unternehmenskommunikation.

Der Deutsche Corporate Governance Kodex gilt in der Fassung vom 26. Mai 2010. Er stellt die wesentlichen gesetzlichen Vorschriften zur Leitung und Überwachung deutscher börsennotierter Gesellschaften dar und enthält international und national anerkannte Standards einer guten und verantwortungsvollen Unternehmensführung und -überwachung

in Form von Empfehlungen und Anregungen. Er verdeutlicht die Verpflichtung von Vorstand und Aufsichtsrat, im Einklang mit den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft für den Bestand des Unternehmens und seine nachhaltige Wertschöpfung zu sorgen.

Eine gesetzliche Pflicht zur Befolgung der im Kodex enthaltenen Empfehlungen und Anregungen besteht nicht. Nach § 161 Aktiengesetz sind die börsennotierten Gesellschaften jedoch verpflichtet, jährlich im Sinne eines „comply or explain“ eine Entsprechenserklärung zu den Kodex-Empfehlungen abzugeben. Abweichungen von den Kodex-Empfehlungen sind dabei zu erläutern. Die von Vorstand und Aufsichtsrat im Dezember 2011 abgegebene Entsprechenserklärung finden Sie in der [Erklärung zur Unternehmensführung](#) in diesem Berichtsteil.

Beschreibung der Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat

Gemäß dem deutschen Aktienrecht verfügt die Oldenburgische Landesbank AG mit dem Vorstand und dem Aufsichtsrat über eine duale Führungs- und Kontrollstruktur. Vorstand und Aufsichtsrat arbeiten zum Wohle des Unternehmens eng und vertrauensvoll zusammen.

Neben den gesetzlichen Bestimmungen für die Führung und Kontrolle einer Aktiengesellschaft enthalten die von der Hauptversammlung beschlossene Satzung der Oldenburgische Landesbank AG sowie die Geschäftsordnungen für den Vorstand und den Aufsichtsrat Regelungen für die Unternehmensführung und -kontrolle.

Vorstand

Der Vorstand der Oldenburgische Landesbank AG leitet das Unternehmen mit dem Ziel nachhaltiger Wertschöpfung in eigener Verantwortung und im Unternehmensinteresse. Er bestimmt die Unternehmensziele, die strategische Ausrichtung und die Geschäftspolitik der Gesellschaft. Des Weiteren koordiniert und überwacht der Vorstand die Geschäftstätigkeit der Tochtergesellschaften der Oldenburgische Landesbank AG. Er hat für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien (Compliance) sowie für ein angemessenes [Risikomanagement](#) und [Risikocontrolling](#) im Unternehmen zu sorgen.

Der Vorstand wird vom Aufsichtsrat bestellt. Er besteht aus mindestens zwei Mitgliedern; die tatsächliche Zahl der Vorstandsmitglieder wird durch den Aufsichtsrat festgelegt. Derzeit besteht der Vorstand aus drei Mitgliedern. Sie sind gemeinschaftlich für die Leitung der Oldenburgische Landesbank AG verantwortlich. Die Mitglieder des Vorstands unterrichten und verständigen sich gegenseitig über alle Belange des Unternehmens.

Der Aufsichtsrat hat ein Mitglied des Vorstands zu dessen Sprecher bestellt. Dieser vertritt den Vorstand gegenüber dem Aufsichtsrat und der Öffentlichkeit. Ihm obliegt des Weiteren die Koordinierung innerhalb des Vorstands.

Der Vorstand kommt regelmäßig zu Sitzungen zusammen. Diese werden vom Vorstandssprecher einberufen. Der Gesamtvorstand trifft seine Entscheidungen mit einfacher Mehrheit der an der Beschlussfassung beteiligten Vorstandsmitglieder. Bei Stimmgleichheit hat der Vorstandssprecher das Recht zum Stichentscheid.

Die Arbeit des Vorstands wird durch die Geschäftsordnung des Vorstands, die der Aufsichtsrat erlassen hat, weiter ausgestaltet. In der Geschäftsordnung des Vorstands sind insbesondere auch die der Begrenzung des Marktrisikos dienenden Berichtspflichten des Vorstands geregelt. Ferner enthält die Geschäftsordnung des Vorstands ein Kompetenzgefüge für das Kreditgeschäft und für Treasury/Eigenhandel.

Ein vom Vorstand aufgestellter Geschäftsverteilungsplan regelt die Ressortzuständigkeiten der Vorstandsmitglieder; hierdurch wird jedoch die gemeinsame Verantwortung aller Mitglieder des Vorstands für die Geschäftsführung nicht berührt. Der Geschäftsverteilungsplan und dessen Änderungen sind dem Aufsichtsrat unverzüglich zur Kenntnis zu bringen. Auf die Einrichtung von Vorstandsausschüssen wurde aufgrund der Größe des Vorstands verzichtet.

Der Vorstand berichtet dem Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle für die Gesellschaft relevanten Fragen der Geschäftsentwicklung, der Planung, der Risikolage, des Risikomanagements, der internen Revision und der Compliance. Im Rahmen seiner Berichterstattung geht der Vorstand auf Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den Planungen und Zielen unter Angabe von Gründen ein.

Geschäfte von besonderer Bedeutung sind an die Zustimmung des Aufsichtsrats bzw. seiner Ausschüsse gebunden. Die Zustimmungserfordernisse ergeben sich aus dem Gesetz, der

Satzung sowie den Geschäftsordnungen für Vorstand und Aufsichtsrat. Zustimmungspflichtig sind unter anderem die Ausgabe neuer Aktien aus genehmigtem Kapital, der Abschluss von Unternehmensverträgen nach §§ 291 ff. Aktiengesetz, die Gewährung von Organ- bzw. Mitarbeiterkrediten gemäß § 15 Kreditwesengesetz, der Erwerb und die Veräußerung von Beteiligungen und Immobilien bei Überschreiten bestimmter Wertgrenzen sowie die Errichtung oder Auflösung von Zweigniederlassungen im Sinne von § 13 Handelsgesetzbuch.

Jedes Mitglied des Vorstands hat Interessenskonflikte unverzüglich gegenüber dem Vorstand und dem Aufsichtsrat offenzulegen. Wesentliche Geschäfte zwischen der Bank einerseits und einem Vorstandsmitglied bzw. ihm nahestehenden Personen oder von ihm kontrollierten Unternehmungen andererseits bedürfen der Zustimmung des Präsidialausschusses.

Die personelle Zusammensetzung des Vorstands im Geschäftsjahr 2011 ist im [Vergütungsbericht](#) dargestellt.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der Oldenburgische Landesbank AG besteht aus zwölf Mitgliedern und ist gemäß dem deutschen Mitbestimmungsgesetz zu gleichen Teilen aus Vertretern der Anteilseigner und der Arbeitnehmer zusammengesetzt. Die Vertreter der Anteilseigner werden durch die Hauptversammlung gewählt, die weiteren Mitglieder durch die Arbeitnehmer. Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte für die Dauer der Amtszeit einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats sind dem Unternehmensinteresse verpflichtet; sie verfolgen bei ihren Entscheidungen keine persönlichen Interessen. Ehemalige Vorstandsmitglieder der Oldenburgische Landesbank AG sind nicht im Aufsichtsrat vertreten.

Der Aufsichtsrat, der über seinen Vorsitzenden in regelmäßigem Kontakt mit dem Vorstand steht, berät und überwacht den Vorstand bei der Leitung der Bank. Weiterhin ist er zuständig für die Bestellung und Abberufung der Vorstandsmitglieder und die Festsetzung der Gesamtvergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder sowie für die Prüfung des Jahresabschlusses der Oldenburgische Landesbank AG und des OLB-Konzerns, der Lageberichte, des Abhängigkeitsberichts und des Vorschlags zur Verwendung des Bilanzgewinns. Der Aufsichtsrat erlässt die Geschäftsordnung für den Vorstand und erteilt die Zustimmung zu Geschäften von wesentlicher Bedeutung, sofern die Zuständigkeit hierfür nicht einem Aufsichtsratsausschuss übertragen wurde.

Der Aufsichtsrat tritt regelmäßig entsprechend den gesetzlichen Vorgaben zu vier ordentlichen Sitzungen pro Geschäftsjahr zusammen, die durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrats einberufen werden. Nach Bedarf werden darüber hinaus außerordentliche Sitzungen abgehalten. Beschlüsse des Aufsichtsrats werden mit einfacher Mehrheit der Stimmen gefasst, soweit das Gesetz nichts anderes bestimmt. Im Falle der Stimmengleichheit hat in einer erneuten Abstimmung über den Beschlussgegenstand, sofern diese ebenfalls Stimmengleichheit ergibt, der Vorsitzende des Aufsichtsrats zwei Stimmen.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats koordiniert die Arbeit im Aufsichtsrat und leitet dessen Sitzungen.

Der Aufsichtsrat prüft regelmäßig die Effizienz seiner Tätigkeit. Die Effizienzprüfung wird vom Prüfungsausschuss vorbereitet. Anschließend erörtert das Plenum Verbesserungsmöglichkeiten und beschließt gegebenenfalls entsprechende Maßnahmen.

Jedes Aufsichtsratsmitglied hat Interessenskonflikte, insbesondere solche, die aufgrund einer Beratung oder Organfunktion bei Kunden, Lieferanten, Kreditgebern oder sonstigen Geschäftspartnern entstehen können, gegenüber dem Aufsichtsrat offenzulegen.

Ziele des Aufsichtsrats hinsichtlich seiner Zusammensetzung und Stand der Umsetzung

Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung am 2. Dezember 2010 in Umsetzung von Ziff. 5.4.1 des Deutschen Corporate Governance Kodex nachfolgende Ziele für seine Zusammensetzung beschlossen:

Der Aufsichtsrat strebt eine Zusammensetzung an, die eine qualifizierte Aufsicht und Beratung der Geschäftsführung der Oldenburgische Landesbank AG sicherstellt. Es sollen Kandidaten vorgeschlagen werden, die durch ihre Integrität, Leistungsbereitschaft und Persönlichkeit in der Lage sind, die Aufgaben eines Aufsichtsratsmitglieds in der Oldenburgische Landesbank AG wahrzunehmen. Bei den nachstehenden Anforderungen ist zu berücksichtigen, dass der Aufsichtsrat auf die Vorschläge zur Wahl der Arbeitnehmervertreter keine Einflussmöglichkeit hat.

1. Anforderungen im Hinblick auf einzelne Kandidaten

- Sachkunde, insbesondere
 - unternehmerische Erfahrung;
 - allgemeines Verständnis des Bankgeschäfts;
 - Fähigkeit zum Verständnis und zur Bewertung von Jahresabschlussunterlagen und Berichten an den Aufsichtsrat;
 - nach Möglichkeit spezielle Fachkenntnisse, die für die Geschäftstätigkeit der Bank von Bedeutung sind.
- Zuverlässigkeit.
- Berücksichtigung der Regel-Altersgrenze von 70 Jahren.
- Einhaltung der vom Gesetz vorgeschriebenen sowie der vom Deutschen Corporate Governance Kodex empfohlenen Begrenzung der Mandatszahl.
- Bereitschaft und Fähigkeit zu ausreichendem zeitlichen Engagement.
- Keine geschäftliche oder persönliche Beziehung zur OLB oder deren Vorstand, die einen wesentlichen und nicht nur vorübergehenden Interessenkonflikt begründet.
- Keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei wesentlichen Wettbewerbern der OLB.

2. Anforderungen im Hinblick auf das gesamte Gremium

- Ausreichende Anzahl unabhängiger Mitglieder i. S. v. Ziffer 5.4.2 des Corporate Governance Kodex.
- Mindestens ein unabhängiges Mitglied mit Sachverstand auf den Gebieten Rechnungslegung oder Abschlussprüfung i. S. v. § 100 Abs. 5 AktG.
- Mindestens ein Mitglied mit ausgeprägter Erfahrung im Bankgeschäft.
- Nicht mehr als zwei ehemalige Mitglieder des Vorstands der OLB.
- Angemessene Beteiligung von Frauen, d. h. Nominierung von mindestens jeweils einer weiblichen Kandidatin auf Anteilseigner- und Arbeitnehmerseite zur nächsten turnusmäßigen Aufsichtsratswahl im Jahre 2013; dies steht unter dem Vorbehalt, dass der Aufsichtsrat keine Auswahlmöglichkeit für Arbeitnehmervertreter hat.
- Ausgewogene Zusammensetzung dergestalt, dass die gewünschten Fachkenntnisse im Aufsichtsrat möglichst breit vertreten sind.

Die personelle Zusammensetzung des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2011 ist im [Vergütungsbericht](#) des Geschäftsberichts dargestellt. Die derzeitige Zusammensetzung des Aufsichtsrats entspricht mit Ausnahme einer angemessenen Beteiligung von Frauen schon jetzt obigem Anforderungsprofil. Zukünftige Wahlvorschläge des Aufsichtsrats zur Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern werden diese Ziele berücksichtigen. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Neuwahl des Aufsichtsrats im Frühjahr 2013. Der Aufsichtsrat empfiehlt seinen von den Arbeitnehmern gewählten Mitgliedern, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten um eine Berücksichtigung des Anforderungsprofils und der Ziele im Hinblick auf die von den zuständigen Gremien der Arbeitnehmer gemachten Wahlvorschläge zu bemühen.

Beschreibung der Zusammensetzung und Arbeitsweise der Ausschüsse des Aufsichtsrats

Zur Steigerung der Effizienz des Gremiums hat der Aufsichtsrat verschiedene Ausschüsse gebildet, nämlich einen Präsidialausschuss, einen Risikoausschuss, einen Prüfungsausschuss, einen Nominierungsausschuss und den Vermittlungsausschuss nach § 31 Abs. 3 Mitbestimmungsgesetz. Die Ausschüsse bereiten die Beschlüsse des Aufsichtsrats und die Arbeit des Aufsichtsratsplenums vor; in geeigneten Fällen wurden ihnen auch Beschlusszuständigkeiten übertragen. Die Zusammensetzung, Verantwortlichkeiten und Aufgaben der Ausschüsse sind

in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats und der Geschäftsordnung des Vorstands geregelt.

Die Ausschüsse treten je nach Bedarf zu Sitzungen zusammen; sie fassen ihre Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit steht dem Vorsitzenden des Ausschusses das Recht zum Stichentscheid zu; dies gilt nicht für den Vermittlungsausschuss.

Die jeweiligen Ausschussvorsitzenden berichten dem Aufsichtsrat regelmäßig über die Arbeit der Ausschüsse und die dort gefassten Beschlüsse.

Der *Präsidialausschuss* besteht aus sechs Mitgliedern. Ihm gehören neben dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats und seinem Stellvertreter vier weitere vom Aufsichtsrat zu wählende Mitglieder an, von denen jeweils zwei Mitglieder auf Vorschlag der Arbeitnehmer- und der Anteilseignervertreter gewählt werden. Der Präsidialausschuss ist für die Personalangelegenheiten der Vorstandsmitglieder und für sonstige in die Zuständigkeit des Aufsichtsrats fallende Personalangelegenheiten zuständig, soweit diese nicht durch das Gesetz dem Aufsichtsratsplenium zugewiesen sind. Er bereitet die Bestellung von Vorstandsmitgliedern sowie die Entscheidungen des Plenums über das Vergütungssystem und die Gesamtvergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder vor und unterbreitet dem Plenum Beschlussvorschläge. Zu den Aufgaben des Präsidialausschusses zählen darüber hinaus die Zustimmung zur Ernennung von Generalbevollmächtigten, die Zustimmung zu Pensionsregelungen, die Zustimmung zu Organkrediten nach § 15 KWG sowie die Zustimmung zu genehmigungsbedürftigen Mandaten und Nebentätigkeiten von Vorstandsmitgliedern und Mitarbeitern.

Dem *Risikoausschuss* gehören neben dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats bis zu vier weitere Aufsichtsratsmitglieder an, von denen jeweils bis zu zwei Mitglieder auf Vorschlag der Anteilseigner- und der Arbeitnehmervertreter gewählt werden. Aktuell besteht der Risikoausschuss aus fünf Mitgliedern. Der Risikoausschuss befasst sich mit der Risikosituation und überwacht die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems der Bank. Ihm ist vom Vorstand zu berichten, wenn die festgelegten Marktrisikolimits überschritten werden. Er erteilt ferner die Zustimmung zu Krediten, die der Vorstand nicht in eigener Kompetenz entscheiden darf. Zudem bedarf die Gründung von Tochtergesellschaften mit Ausnahme reiner Vermögensverwaltungsgesellschaften seiner Zustimmung. Der Risikoausschuss genehmigt den Investitionsplan der Bank und erteilt die Zustimmung zu Erwerb und Veräußerung von Beteiligungen und Immobilien, sofern bestimmte Wertgrenzen überschritten werden.

Der *Prüfungsausschuss* besteht aus dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats sowie bis zu vier weiteren vom Aufsichtsrat zu wählenden Mitgliedern, von denen jeweils bis zu zwei Mitglieder auf Vorschlag der Anteilseigner- und der Arbeitnehmervertreter gewählt werden. Aktuell gehören ihm fünf Mitglieder an. Mindestens ein unabhängiges Mitglied des Prüfungsausschusses

muss über Sachverstand auf den Gebieten Rechnungslegung oder Abschlussprüfung verfügen. Der Aufsichtsrat hat festgestellt, dass Herr Prof. Dr. Andreas Georgi diese Voraussetzungen erfüllt.

Der Prüfungsausschuss hat die Aufgabe, den Jahres- und Konzernabschluss, die Lage- und Prüfungsberichte, den Gewinnverwendungsvorschlag sowie den Abhängigkeitsbericht vorab zu prüfen; er bereitet die Entscheidungen des Aufsichtsratsplenums über die Feststellung des Jahresabschlusses und die Billigung des Konzernabschlusses sowie des Abhängigkeitsberichts vor. Er überwacht den Rechnungslegungsprozess und die Wirksamkeit des internen Revisions- sowie Compliance-Systems und befasst sich darüber hinaus auch mit den Tätigkeitsschwerpunkten der beiden letztgenannten Bereiche. Die Entscheidung des Aufsichtsrats über den Vorschlag an die Hauptversammlung zur Bestellung des Abschlussprüfers stützt sich auf eine Empfehlung des Prüfungsausschusses. Der Ausschuss überwacht die Abschlussprüfung, insbesondere die Unabhängigkeit des Abschlussprüfers und die vom Abschlussprüfer zusätzlich erbrachten Leistungen. Er erteilt den Prüfungsauftrag und befasst sich in diesem Zusammenhang mit den Prüfungsschwerpunkten und dem Honorar des Abschlussprüfers. Des Weiteren erörtert er den Halbjahresfinanzbericht mit dem Vorstand vor seiner Veröffentlichung. Schließlich ist der Prüfungsausschuss auch zuständig für die Vorbereitung der jährlichen Entsprechenserklärung des Aufsichtsrats gemäß § 161 Aktiengesetz und der Effizienzprüfung der Aufsichtsratsstätigkeit.

Dem *Nominierungsausschuss* gehören neben dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats zwei weitere Vertreter der Anteilseigner an. Aufgabe dieses Ausschusses ist es, geeignete Kandidaten für die Wahl von Anteilseignervertretern im Aufsichtsrat zu suchen und diese dem Aufsichtsrat für dessen Wahlvorschläge an die Hauptversammlung vorzuschlagen.

Der gemäß § 27 Abs. 3 Mitbestimmungsgesetz zu bildende Vermittlungsausschuss hat entsprechend den gesetzlichen Vorgaben vier Mitglieder. Ihm gehören neben dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats sowie seinem Stellvertreter je ein von den Aufsichtsratsmitgliedern der Anteilseigner und von den Aufsichtsratsmitgliedern der Arbeitnehmer gewähltes Mitglied an. Der Vermittlungsausschuss unterbreitet dem Aufsichtsratsplenium Vorschläge für die Bestellung von Vorstandsmitgliedern, wenn die für die Bestellung von Vorstandsmitgliedern vorgeschriebene Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen der Aufsichtsratsmitglieder im ersten Wahlgang nicht erreicht wird.

Die Aufsichtsratsausschüsse setzen sich personell wie folgt zusammen:

Präsidialausschuss

- Andree Moschner, Vorsitzender
- Thomas Fischer (bis 31.12.2011)
- Prof. Dr. Andreas Georgi
- Manfred Karsten
- Stefan Lübke
- Uwe Schröder
- Rainer Schwarz (ab 16.02.2012)

Risikoausschuss

- Prof. Dr. Andreas Georgi, Vorsitzender
- Carsten Evering
- Stefan Lübke
- Andree Moschner
- Rainer Schwarz

Prüfungsausschuss

- Prof. Dr. Andreas Georgi, Vorsitzender
- Carsten Evering
- Andree Moschner
- Uwe Schröder
- Rainer Schwarz

Nominierungsausschuss

- Andree Moschner, Vorsitzender
- Dr. Werner Brinker
- Prof. Dr. Andreas Georgi

Vermittlungsausschuss (§ 27 Abs. 3 MitbestG)

- Andree Moschner, Vorsitzender
- Prof. Dr. Andreas Georgi
- Manfred Karsten
- Jörg Thöle

Einzelheiten zu den im Geschäftsjahr 2011 abgehaltenen Sitzungen des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse sowie den behandelten Themen enthält der Bericht des Aufsichtsrats.

Hauptversammlung

In der Hauptversammlung nehmen die Aktionäre ihre Rechte wahr und üben ihr Stimmrecht aus. Bei der Beschlussfassung gewährt jede Aktie eine Stimme. Um die Stimmrechtsausübung zu erleichtern, bietet die Oldenburgische Landesbank AG ihren Aktionären an, sich in der Hauptversammlung durch von der Gesellschaft benannte Stimmrechtsvertreter vertreten zu lassen, die das Stimmrecht ausschließlich auf der Grundlage der vom Aktionär erteilten Weisungen ausüben. Die Teilnahme an der Hauptversammlung oder die Ausübung des Stimmrechts setzt die rechtzeitige Anmeldung des Aktionärs zur Hauptversammlung und den Nachweis seiner Berechtigung voraus.

In der jährlich stattfindenden ordentlichen Hauptversammlung legen Vorstand und Aufsichtsrat Rechenschaft über das abgelaufene Geschäftsjahr ab. Die Hauptversammlung hat die ihr nach dem Gesetz eingeräumten Rechte. Sie beschließt unter anderem über die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat, die Verwendung des Bilanzgewinns, Satzungsänderungen und kapitalverändernde Maßnahmen. Ferner wählt sie die Vertreter der Anteilseigner im Aufsichtsrat. Einzelheiten über die Tagesordnung und die Stimmrechtsausübung werden den Aktionären mit der Einladung mitgeteilt. Die für die Hauptversammlung notwendigen Berichte und Unterlagen werden zusammen mit der Tagesordnung leicht zugänglich auf der OLB-Internetseite (www.olb.de) veröffentlicht.

Transparenz und Information

Anteilseigner und Dritte werden zeitnah über die wirtschaftliche Entwicklung durch die Veröffentlichung von Abschlüssen, Zwischenabschlüssen und Zwischenmitteilungen informiert. Bei der Erstellung werden die nationalen und internationalen Rechnungslegungsvorschriften berücksichtigt. Die Gesellschaft orientiert sich dabei am **True-and-fair-View-Prinzip**, sodass die Rechnungslegung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt. Darüber hinaus werden Tatsachen, die dazu geeignet sind, den Aktienkurs erheblich zu beeinflussen, als Ad-hoc-Meldung publiziert und es wird über weitere

relevante Informationen berichtet. Alle Daten werden über geeignete Kommunikationsmedien veröffentlicht und stehen auf der Internetseite der Gesellschaft bereit (www.olb.de).

Die Oldenburgische Landesbank AG informiert in einem **Finanzkalender**, der auf der Internetseite der Oldenburgische Landesbank AG im Bereich Investor Relations sowie im Geschäftsbericht veröffentlicht ist, über die Termine der wesentlichen Ereignisse und Veröffentlichungen (wie Hauptversammlung, Veröffentlichung des Geschäftsberichts).

Meldepflichtige Wertpapiergeschäfte („Directors' Dealings“)

Nach den Regelungen des § 15a Wertpapierhandelsgesetz (WpHG) zur Veröffentlichung und Mitteilung von Geschäften müssen Personen, die bei einem Emittenten von Aktien Führungsaufgaben wahrnehmen, eigene Geschäfte mit Aktien des Emittenten oder mit sich darauf beziehenden Finanzinstrumenten, insbesondere Derivaten, dem Emittenten und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) mitteilen, sofern der Wert der getätigten Erwerbs- oder Veräußerungsgeschäfte 5.000 Euro innerhalb eines Kalenderjahres erreicht oder übersteigt. Diese Verpflichtung gilt für Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder. Darüber hinaus wurde

die Anzeigepflicht auf Personen erweitert, die regelmäßig Zugang zu Insiderinformationen haben und zu wesentlichen unternehmerischen Entscheidungen ermächtigt sind. Daneben gilt diese Pflicht auch für Personen, die Personen mit Führungsaufgaben nahe stehen.

Im Geschäftsjahr 2011 wurden der Oldenburgische Landesbank AG keine meldepflichtigen Wertpapiergeschäfte gemäß § 15a WpHG gemeldet.

Anteilsbesitz von Vorstand und Aufsichtsrat

Der Gesamtbesitz aller Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder an Aktien der Oldenburgische Landesbank AG betrug zum 31. Dezember 2011 weniger als 1 % der ausgegebenen Aktien der Gesellschaft.

Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289a HGB

Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex

§ 161 Aktiengesetz verpflichtet den Vorstand und Aufsichtsrat börsennotierter Gesellschaften, jährlich im Sinne eines „comply or explain“ eine Entsprechenserklärung zu den im Deutschen Corporate Governance Kodex enthaltenen Empfehlungen abzugeben. Abweichungen von den Empfehlungen sind offenzulegen und zu begründen.

Vorstand und Aufsichtsrat der Oldenburgische Landesbank AG haben im Dezember 2011 die turnusmäßige Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex abgegeben. Danach hat die Gesellschaft den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex seit Abgabe der letzten Entsprechenserklärung entsprochen und wird diesen auch künftig entsprechen, mit der einen Ausnahme, dass die von der Hauptversammlung am 9. Juni 2011 beschlossene Vergütungsregelung für den Aufsichtsrat keine erfolgsorientierten Vergütungskomponenten vorsieht. Die Entsprechenserklärung vom Dezember 2011 hat folgenden Wortlaut:

„Erklärung des Vorstands und des Aufsichtsrats der Oldenburgische Landesbank AG zu den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ gemäß § 161 Aktiengesetz

1. Die Oldenburgische Landesbank AG wird sämtlichen Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ in der Fassung vom 26. Mai 2010 mit folgender Ausnahme entsprechen:

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten eine reine Festvergütung. Dies ist eine Abweichung von Ziff. 5.4.6 Abs. 2 Satz 1 Deutscher Corporate Governance Kodex, welche vorsieht, dass die Mitglieder des Aufsichtsrats neben einer festen auch eine erfolgsorientierte Vergütung erhalten sollen. Eine reine

Festvergütung stärkt nach unserer Auffassung die Unabhängigkeit des Aufsichtsrats. Der Umfang der Arbeitsbelastung und des Haftungsrisikos der Aufsichtsratsmitglieder entwickelt sich im Allgemeinen nicht parallel zum geschäftlichen Erfolg des Unternehmens beziehungsweise zur Ertragslage der Gesellschaft. Vielmehr wird häufig gerade in schwierigen Zeiten, in denen eine variable Vergütung in der Regel zurückgeht, eine besonders intensive Wahrnehmung der Überwachungs- und Beratungsfunktion durch die Aufsichtsratsmitglieder erforderlich sein.

2. Seit der letzten Entsprechenserklärung vom März 2011 hat die Oldenburgische Landesbank AG den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ in der Fassung vom 26. Mai 2010 mit der beschriebenen Ausnahme von Ziffer 5.4.6 Abs. 2 Satz 1 des Kodex entsprochen.

Oldenburg, im Dezember 2011
Oldenburgische Landesbank AG

Für den Vorstand: gez. Dr. Achim Kassow gez. Jörg Höhling	Für den Aufsichtsrat: gez. Andree Moschner“
---	--

Diese Entsprechenserklärung sowie die Entsprechenserklärungen der vergangenen Jahre sind auf unserer Internetseite (www.olb.de) im Bereich Investor Relations in der Rubrik Corporate Governance dauerhaft öffentlich zugänglich gemacht.

Die Oldenburgische Landesbank AG beachtete im Geschäftsjahr 2011 zudem weitgehend die unverbindlichen Anregungen des Deutschen Corporate Governance Kodex.

Angaben zu Unternehmensführungspraktiken

Die Oldenburgische Landesbank AG lebt vom Vertrauen ihrer Kunden, Aktionäre, Mitarbeiter und der Öffentlichkeit in die Leistung und Integrität der OLB-Gruppe. Dieses Vertrauen hängt wesentlich davon ab, wie sich Mitarbeiter, Führungskräfte und Geschäftsführung verhalten und wie sie ihre Fähigkeiten zum Nutzen der Kunden und Aktionäre einsetzen.

Die Oldenburgische Landesbank AG ist eine Gesellschaft der Allianz Gruppe. Die Allianz integriert mit eigenen Initiativen für das UN Global Compact Programm und der Anerkennung der OECD-Richtlinie für multinationale Unternehmen Nachhaltigkeit und gesellschaftliche Verantwortung in das Geschäft. UN Global Compact ist eine Initiative des seinerzeitigen UN-Generalsekretärs Kofi Annan und internationaler Großunternehmen zur Anerkennung der Menschenrechte.

Die vom Vorstand der Oldenburgische Landesbank AG für alle Mitarbeiter, Führungskräfte und Mitglieder des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG übernommenen Verhaltensgrundsätze der Allianz Gruppe (Verhaltenskodex für Business Ethik und Compliance) setzen die im UN-Global-Compact-Programm enthaltenen Prinzipien um. Sie bilden Mindeststandards für alle Mitarbeiter. Mit diesen verbindlichen Grundsätzen und Verhaltensregeln sollen Situationen vermieden werden, die das Vertrauen in die Integrität der einzelnen Gesellschaften und ihrer Mitarbeiter erschüttern könnten.

Neben den Themenbereichen Korruption, Geldwäsche und Diskriminierung gehen die Verhaltensgrundsätze vor allem auch auf mögliche Interessenkonflikte und deren Vermeidung ein.

Der Verhaltenskodex für Business Ethik und Compliance der Allianz Gruppe, der von der OLB-Gruppe übernommen wurde, ist auf der Internetseite der Allianz SE unter www.allianz.com/de/investor_relations/corporate_governance/index.html veröffentlicht.

Beschreibung der Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat sowie der Zusammensetzung und Arbeitsweise ihrer Ausschüsse

Die Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat ist im **Corporate-Governance-Bericht** beschrieben.

Die personelle Zusammensetzung des Vorstands und des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2011 ist im **Vergütungsbericht** dargestellt.

Die Zusammensetzung und Arbeitsweise der Ausschüsse des Aufsichtsrats ist im **Corporate-Governance-Bericht** abgebildet. Da der Vorstand derzeit nur aus drei Mitgliedern besteht, wurde auf die Einrichtung von Vorstandsausschüssen verzichtet.

Vergütungsbericht

Dieser Vergütungsbericht fasst die Struktur, die Prinzipien und die Höhe der Vergütung des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG zusammen. Zudem legt er Zusammensetzung und Höhe der Vergütung des Aufsichtsrats dar. In diesem Vergütungsbericht wird außerdem die Ausgestaltung der Vergütungssysteme der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der

Oldenburgische Landesbank AG beschrieben und der Gesamtbetrag aller Vergütungen veröffentlicht.

Die diesbezüglichen Informationen sind als Bestandteil des Konzernlageberichts zu verstehen. Sie werden daher nicht im Konzernanhang wiederholt.

Vergütung des Vorstands

Die Konzeption der Vorstandsvergütung zielt auf Angemessenheit, Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit. Ihre Struktur wird im Aufsichtsrat beraten und regelmäßig überprüft. Dies ist zuletzt im Dezember 2011 erfolgt. Der Aufsichtsrat hat daraufhin beschlossen, das seit Januar 2010 bestehende Vergütungssystem für den Vorstand weiterzuführen.

Die folgenden Vergütungsgrundsätze sind maßgeblich für die Vorstandsvergütung:

- Die Gesamtvergütung ist in ihrer Höhe angemessen, um hoch qualifizierte Führungskräfte zu gewinnen und langfristig an das Unternehmen zu binden.
- Die Vergütungsstruktur gewährleistet eine ausgewogene Balance zwischen kurz-, mittel- und langfristigen Vergütungsbestandteilen.
- Das Anreizsystem ist wirksam ausgestaltet, auch bei einem sich gegebenenfalls ändernden Geschäftsumfeld.
- Die erfolgs- und leistungsbezogenen variablen Vergütungselemente stehen im Einklang mit den strategischen und finanziellen Interessen der Oldenburgische Landesbank AG.
- Die Gesamtvergütung richtet sich nach den jeweiligen Aufgaben- und Verantwortungsbereichen sowie den erbrachten Leistungen der einzelnen Vorstandsmitglieder.

Das derzeit geltende Vergütungssystem für den Vorstand besteht aus den folgenden Komponenten:

Erfolgsunabhängige Vergütung

Die erfolgsunabhängige Vergütung enthält fixe Bezüge und sonstige Vergütungsbestandteile:

- a) *Fixe Bezüge.* Die Grundvergütung ist ein fester Betrag, bestehend aus zwölf monatlichen Zahlungen. Ihre Höhe wird zum einen von der übertragenen Funktion und Verantwortung bestimmt, zum anderen von den externen Marktbedingungen beeinflusst.

- b) *Sonstige Vergütungsbestandteile.* Geldwerte Vorteile aus Sach- und Nebenleistungen werden je nach Funktion und Position in unterschiedlichem Umfang gewährt und müssen individuell versteuert werden. Es handelt sich dabei im Wesentlichen um marktübliche Versicherungsleistungen und die Bereitstellung von Dienstwagen. Darüber hinaus erhielten Mitglieder des Vorstands im Jahr 2011 Bezüge aus der Wahrnehmung von Mandaten in Aufsichtsorganen bei konzerneigenen Gesellschaften.

Erfolgsabhängige Vergütung

Die erfolgsabhängige Vergütung besteht aus verschiedenen Komponenten und gewährleistet eine angemessene Balance zwischen kurz- und mittelfristigen finanziellen Zielen, längerfristigem Erfolg und nachhaltiger Unternehmenswertsteigerung. Alle Bestandteile der erfolgsabhängigen Vergütung sind in einem im Allianz Konzern geltenden Modell, dem **Allianz Sustained Performance Plan (ASPP)**, beschrieben. Zur Festlegung der erfolgsabhängigen Vergütung trifft der Aufsichtsrat jährlich eine Zielvereinbarung mit den einzelnen Mitgliedern des Vorstands, in der die quantitativen und qualitativen Ziele festgelegt werden. Sowohl die Jahresziele als auch – im Falle des Vorstandssprechers – die dreijährigen Mittelfristziele werden in einem einheitlichen Zielvereinbarungsbogen fixiert. Der Aufsichtsrat kann in der Bewertung der Zielerfüllung die erfolgsabhängige Vergütung in der Bandbreite von 0 % bis maximal 165 % der jeweiligen Zielvergütung festsetzen.

Die erfolgsabhängige Vergütung setzt sich aus den folgenden Bestandteilen zusammen:

- a) *Jahresbonus.* Die Mitglieder des Vorstands erhalten in Abhängigkeit vom Erfüllungsgrad einer persönlichen Zielvereinbarung einen Jahresbonus. Die Ziele werden zu Beginn des **Performance**-Zeitraums definiert. In welchem Ausmaß diese Ziele erreicht wurden, wird nach Ablauf der jährlichen Leistungsperiode ermittelt und ist für die Höhe des zu zahlenden Jahresbonus ausschlaggebend.

- b) **Mittelfristbonus.** Dem Vorstandssprecher wird zusätzlich zum Jahresbonus auf Basis einer gesonderten Zielvereinbarung ein Drei-Jahre-Bonus gewährt. Hierzu wird in einem Zeitraum von drei Jahren für jedes Jahr ein Betrag in Höhe des festgesetzten Jahresbonus dotiert, erstmals für das Geschäftsjahr 2010. Die Summe dieser Beträge bildet die vorläufige Grundlage für den Mittelfristbonus. Nach Ablauf des jeweiligen Drei-Jahre-Zeitraums prüft der Aufsichtsrat, inwieweit die Zielerreichung nachhaltig war, und legt auf Basis dieser Prüfung die Höhe des Mittelfristbonus fest.
- c) **Aktienbezogene Vergütung.** Die Vorstandsmitglieder nehmen ferner am gruppenweiten Allianz Programm der aktienbezogenen Vergütung (**Allianz Equity Incentive = AEI**) teil. Aktienbezogene Vergütung wird in Form von virtuellen Aktien, sogenannten **Restricted Stock Units (RSU)**, gewährt. Die Zuteilung erfolgt nach Ablauf des Geschäftsjahres im Zusammenhang mit der Festlegung des Jahresbonus. Die Anzahl der RSU ergibt sich dabei aus der Höhe des Jahresbonus für das abgelaufene Geschäftsjahr, geteilt durch den berechneten Marktwert eines RSU zum Zeitpunkt der Zuteilung. Für die RSU besteht eine Haltefrist von vier Jahren ab Zuteilung. Nach Ablauf dieser Frist werden sie automatisch gemäß den Planbedingungen durch die Gesellschaft ausgeübt. Pro RSU erhalten die Vorstandsmitglieder den Gegenwert einer Aktie der Allianz SE zu dem nach den Planbedingungen maßgeblichen Ausübungskurs. Der entsprechende Betrag wird in bar, in Aktien der Allianz SE oder in sonstigen Ersatzwerten ausgezahlt. Der mögliche Wertzuwachs der RSU kann maximal 200 % des Aktienkurses bei Zuteilung betragen.

Im Rahmen des bis zum Jahr 2010 geltenden Allianz Programms für die aktienbezogene Vergütung (**Group Equity Incentive = GEI**) wurden neben RSU auch sogenannte **Stock Appreciation Rights (SAR)** ausgegeben. Hierbei handelt es sich um virtuelle **Optionen**, die dazu berechtigen, den

Unterschiedsbetrag zwischen dem Börsenkurs der Aktie der Allianz SE am Tage der Ausübung und dem Zuteilungskurs in bar ausgezahlt zu bekommen.

Der maximale Unterschied ist auf 150 % des Zuteilungskurses beschränkt. Die bis 2008 gewährten SAR können nach einer Sperrfrist von zwei Jahren ausgeübt werden. Für SAR, die ab 2009 gewährt wurden, gilt eine Sperrfrist von vier Jahren. Voraussetzung für die Ausübung der SAR ist zum einen, dass der Kurs der Aktie der Allianz SE mindestens 20 % über dem Zuteilungskurs liegt. Zum anderen muss der Kurs der Aktie während der Planlaufzeit den **Dow Jones EURO STOXX Price Index (600)** mindestens einmal während einer Frist von fünf aufeinander folgenden Börsentagen übertroffen haben. Die SAR verfallen nach sieben Jahren, sofern sie bis dahin nicht gemäß den Planbedingungen ausgeübt wurden. Soweit die bis 2010 gewährten SAR noch nicht ausgeübt wurden, bleiben sie gültig, bis die entsprechenden Pläne ausgelaufen sind. Im Rahmen des neuen Allianz Equity Incentive Programms werden keine SAR mehr ausgegeben.

Zur Bewertung dieser Rechte beziehungsweise der Wertentwicklung verweisen wir auf die Angaben im Anhang des Konzernabschlusses des OLB-Konzerns.

Betriebliche Altersvorsorge

Die Mitglieder des Vorstands erhalten im Rahmen ihres Dienstvertrags eine betriebliche Altersversorgung entweder in Form einer Festbetragszusage oder in Form einer beitragsorientierten Regelung. Der Pensionsvertrag für Herrn Dr. Friedmann besteht aus der Zusage eines Festbetrags in Prozent der fixen Bezüge in Abhängigkeit von der Anzahl der vollendeten Dienstjahre, er ist also nicht an die Entwicklung der variablen Vergütungskomponenten gekoppelt. Die Herren Dr. Kassow, Dr. Schinzing, Höhling und Buhl werden jeweils Versorgungsleistungen aus beitragsorientierten Pensionsverträgen erhalten.

Individualisierte Vorstandsvergütung 2011

Einzelheiten der Vergütung des Vorstands im Geschäftsjahr 2011 in individualisierter Form ergeben sich aus der nachfolgenden Tabelle.

Vergütung der Mitglieder des Vorstands

Tsd. Euro		Erfolgsunabhängige Vergütungsbestandteile		Erfolgsabhängige Vergütungsbestandteile			Gesamt
		Fixe Bezüge	Sonstige Vergütungsbestandteile	Jahresbonus (kurzfristig)	Drei-Jahre-Bonus (mittelfristig) ¹	Aktienbezogene Vergütung (langfristig)	
	2011	183,3	3,0	91,7	91,7	441,7²	811,4
	2010	—	—	—	—	—	—
Dr. Achim Kassow (ab 1. August 2011)	2011	220,0	21,7	135,7	—	135,7	513,1
	2010	220,0	23,0	214,6	—	214,6	672,2
Dr. Stefan Friedmann	2011	220,0	11,7	137,1	—	137,1	505,9
	2010 ³	202,0	6,0	211,4	—	211,4	630,8
Jörg Höhling	2011	235,0	21,7	260,4⁴	—	—	517,1
	2010	235,0	23,0	223,3	—	223,3	704,6
Dr. Peter Schinzing (bis 31. Dezember 2011)	2011	175,0	13,6	332,5⁵	—	—	521,1
	2010	300,0	25,0	198,5	198,5	198,5	920,5
Benedikt Buhl (bis 19. Mai 2011)	2011	1.033,3	71,7	957,4	91,7	714,5	2.868,6
	2010	957,0	77,0	847,8	198,5	847,8	2.928,1
Gesamtvergütung							

¹ Zum Zweck der Rückstellungsbildung entspricht der Drei-Jahre-Bonus der Auszahlungshöhe des jährlichen Bonus. Da die Leistungsbeurteilung und Auszahlung erst nach Ablauf der Leistungsperiode erfolgen, entspricht der Wert einer angenommenen Indikation.

² Dieser Betrag setzt sich aus der vertragsgemäßen Zuteilung von Restricted Stock Units (RSU) für 2011 sowie einer Sonderzuteilung von RSU als Ausgleich verfallener Ansprüche bei Dr. Kassows Vorarbeitgeber zusammen.

³ Anteilig ab 1. Februar 2010.

⁴ Mit diesem Betrag wurde zugleich die anteilige aktienbezogene Vergütung für 2011 abgegolten.

⁵ Mit diesem Betrag wurden zugleich die anteilige Dotierung des Drei-Jahre-Bonus für 2011 und die anteilige Zuteilung aktienbezogener Vergütung für 2011 abgegolten.

Zum 31. Dezember 2011 betrug die Anzahl der von den Mitgliedern des Vorstands gehaltenen aktienbezogenen Rechte insgesamt 65.282 Stück SAR sowie 28.586 Stück RSU. Zur Bewertung dieser Rechte beziehungsweise der Wertentwicklung verweisen wir auf die [Anhangangabe zur aktienbezogenen Vergütung](#).

Die Gesamtvergütung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2011 betrug 2,9 Mio. Euro (Vorjahr: 2,9 Mio. Euro).

Die Kreditgewährung an Mitglieder des Vorstands stellt sich per 31. Dezember 2011 folgendermaßen dar: Die Einräumung von Dispositionslinien beträgt insgesamt 524,3 Tsd. Euro, die per 31. Dezember 2011 mit 113 Tsd. Euro in Anspruch genommen wurden. Die Zinssätze liegen jeweils bei 6,00 %. Ein bestehender Avalkredit in Höhe von 2,4 Tsd. Euro wurde mit einer Avalprovision von 2,70 % abgerechnet. Des Weiteren bestand ein Darlehen in Höhe von 100 Tsd. Euro. Der Zinssatz lag bei 2,89 %.

Die Verzinsung und die Ausgestaltung sind marktüblich. Kreditkartenlimite in Höhe von 90,1 Tsd. Euro wurden am Bilanzstichtag mit 6 Tsd. Euro ausgenutzt.

Aus Mandaten bei konzerneigenen Gesellschaften erhielten die Mitglieder des Vorstands im Jahr 2011 darüber hinaus insgesamt 30 Tsd. Euro (inklusive Umsatzsteuer).

Für die Betriebliche Altersversorgung und vergleichbare Leistungen wurden im Geschäftsjahr 2011 für Herrn Dr. Kassow 74 Tsd. Euro, für Herrn Dr. Schinzing 31 Tsd. Euro, für Herrn Dr. Friedmann 116 Tsd. Euro, für Herrn Höhling 83 Tsd. Euro und für Herrn Buhl 75 Tsd. Euro als **Current Service Cost** gemäß IAS 19 aufgewendet. In der Summe für Herrn Dr. Kassow ist der zeitanteilige Aufwand dargestellt; dieser wird aufgrund des unterjährigen Eintritts und des aufwandsbezogenen Bilanzansatzes nach IAS 19 erst im Jahr 2012 aufwandswirksam gebucht.

Am 31. Dezember 2011 betrug der versicherungsmathematische Barwert – auf Basis IFRS – der Pensionsverpflichtungen für die im Geschäftsjahr 2011 aktiven Vorstandsmitglieder 4,6 Mio. Euro (Vorjahr: 2,7 Mio. Euro). Davon entfielen auf Herrn Dr. Kassow 73 Tsd. Euro, Herrn Dr. Schinzing 548 Tsd. Euro, Herrn Dr. Friedmann 2.253 Tsd. Euro, Herrn Höhling 325 Tsd. Euro und Herrn Buhl 1.379 Tsd. Euro.

An frühere Mitglieder des Vorstands oder deren Hinterbliebene wurden insgesamt 3,2 Mio. Euro gezahlt. Davon entfiel auf die Abfindung für Herrn Buhl als Ausgleich für die Beendigung seines ursprünglich bis zum 31. Dezember 2013 laufenden und per 31. Juli 2011 beendeten Dienstvertrages ein Bruttobetrag von 1.394 Tsd. Euro. Herr Buhl ist zum 19. Mai 2011 einvernehmlich

aus dem Vorstand ausgeschieden. Ferner entfiel davon auf die Abfindung für Herrn Dr. Schinzing als Ausgleich für die Beendigung seines ursprünglich bis zum 31. März 2013 laufenden Dienstvertrages ein Bruttobetrag von 700 Tsd. Euro; Herr Dr. Schinzing hat das Vorstandsmandat mit Wirkung zum Ablauf des 31. Dezember 2011 niedergelegt, sein Dienstvertrag wurde zum gleichen Zeitpunkt beendet. Die Abfindung für Herrn Dr. Schinzing wurde im Januar 2012 ausgezahlt. In der genannten Summe von 3,2 Mio. Euro sind schließlich Ruhegehälter an frühere Mitglieder des Vorstands und Hinterbliebenenbezüge in Höhe von 1,1 Mio. Euro enthalten. Der versicherungsmathematische Barwert der Pensionsverpflichtungen auf IFRS-Basis für frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene betrug 16,4 Mio. Euro (Vorjahr: 14,8 Mio. Euro).

Vergütungssysteme für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Oldenburgische Landesbank AG

Vergütungssystem

Das Vergütungssystem der Oldenburgische Landesbank AG sieht prinzipiell die Zahlung von zwölf Bruttomonatsgehältern vor. Die Auszahlung erfolgt jeweils zur Mitte des Monats.

Sofern für das Vertragsverhältnis die Bestimmungen des Tarifvertrags für das private Bankgewerbe zur Anwendung kommen, besteht generell ein Anspruch auf eine tariflich garantierte Sonderzahlung in Höhe eines Bruttomonatsgehalts (sogenanntes 13. Bruttomonatsgehalt), das in der Regel im November eines Jahres zur Auszahlung kommt. Für diese Sonderzahlung gelten allgemeine Bedingungen, die zeitnah vor der Auszahlung veröffentlicht werden.

Weitere Gehaltsbestandteile sind in der Regel:

- Vermögenswirksame Leistungen in Höhe von 40,00 Euro pro Monat (bei Vollzeittätigkeit)
- Bausteine der Betrieblichen Altersvorsorge
- Provisionszahlungen (durch Vermittlung von Bausparverträgen, Versicherungen, Immobilien)

Im Folgenden werden die Vergütungssysteme für die Auszubildenden sowie die tariflich und die außertariflich angestellten Mitarbeiter erläutert.

Auszubildende

Auszubildende erhalten eine monatliche Ausbildungsvergütung gemäß Tarifvertrag für das private Bankgewerbe. Zusätzlich können die Auszubildenden Provisionen durch Vermittlung von Versicherungen, Immobilien und Bausparverträgen erwirtschaften.

Etwaige Sonderzahlungen, die über das sogenannte 13. Bruttomonatsgehalt hinausgehen, erfolgen generell nur auf freiwilliger Basis. Hierunter fällt z. B. die mögliche Zahlung einer Abschlussvergütung. Die Entscheidung über die Zahlung einer Abschlussvergütung trifft der Vorstand unter Berücksichtigung der Geschäftslage der Bank. Die hierfür geltenden Bedingungen werden rechtzeitig vor dem Auszahlungstermin im April bekannt gegeben.

Tarif-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter

Im Tarifbereich richtet sich die Höhe der monatlichen Bruttogehaltsbezüge nach der entsprechenden tariflichen Eingruppierung und dem jeweiligen Berufsjahr gemäß der jeweils aktuellen Gehaltstabelle des Tarifvertrags für das private Bankgewerbe.

Zusätzlich können die tariflich bezahlten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Provisionen durch Vermittlung von Versicherungen, Immobilien und Bausparverträgen erwirtschaften. Variable Vergütungsbestandteile im Tarifbereich aufgrund von Zielvereinbarungen sind nicht vorgesehen.

Für etwaige Sonderzahlungen, die über das so genannte 13. Bruttomonatsgehalt hinausgehen, gilt das zu den Auszubildenden Aufgeführte entsprechend.

Außertarifliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Prokuristen

Im außertariflichen Bereich zahlt die Bank ein außertarifliches monatliches Bruttogrundgehalt. Darüber hinaus wird im Rahmen von Zielvereinbarungen eine variable Vergütung gezahlt, wobei der Zielerreichungsgrad eine Spanne zwischen 70 % und 120 % abdecken kann, was einer Bandbreite von 1,5 bis 3,5 Bruttomonatsgehältern entspricht. Zusätzlich können die außertariflich bezahlten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Provisionen durch Vermittlung von Versicherungen, Immobilien und Bausparverträgen erwirtschaften.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der zweiten Führungsebene

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der zweiten Führungsebene (Mitglieder der regionalen Geschäftsleitungen und

Leiter der Zentralabteilungen und Stabstellen) erhalten eine fixe Vergütung in Form eines monatlichen Bruttogehalts. Darüber hinaus gilt ein Tantiememodell, das auf Zielvereinbarungen basiert, die einen Zielerreichungsgrad zwischen 60 % und 140 % erreichen können. Die Zieltantieme liegt dabei gestaffelt zwischen 35 und 50 Tausend Euro pro Jahr. Provisionen durch die Vermittlung von Versicherungen, Immobilien und Bausparverträgen können von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der zweiten Führungsebene nicht erwirtschaftet werden.

Gesamtvergütung

Die Gesamtvergütung im Oldenburgische Landesbank Konzern, unterteilt nach den Geschäftsbereichen, sind in der folgenden Tabelle aufgeführt:

Euro	Gesamtvergütung 2011			
	fix	variabel	Provisionen	Summe
OLB Regionalbank	87.423.448	18.612.808	3.487.010	109.523.266
Allianz Bank	24.289.636	4.773.989	10.902	29.074.527
Summe Oldenburgische Landesbank AG	111.713.084	23.386.797	3.497.912	138.597.793
Münsterländische Bank Thie & Co. KG	1.306.657	336.876	—	1.643.533
Bankhaus W. Fortmann & Söhne KG	1.221.039	230.178	52.516	1.503.733
OLB-Immobilien-GmbH	236.220	92.791	—	329.011
OLB-Grundstücksgesellschaft mbH	18.196	7.625	—	25.821
OLB Service GmbH	1.070.951	93.189	—	1.164.140
Summe Tochtergesellschaften	3.853.063	760.659	52.516	4.666.238
Gesamtsumme Oldenburgische Landesbank Konzern	115.566.147	24.147.456	3.550.428	143.264.031

An der variablen Vergütung nehmen grundsätzlich alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter teil, mit Ausnahme geringfügig Beschäftigter und kurzfristiger Aushilfskräfte.

Vergütung des Aufsichtsrats

Vergütungssystem

Die Vergütung des Aufsichtsrats wurde durch die Hauptversammlung festgelegt. Sie ist in § 13 der Satzung geregelt. Die Aufsichtsratsvergütung orientiert sich an der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Aufsichtsratsmitglieder.

Die Hauptversammlung hat am 9. Juni 2011 beschlossen, das Vergütungssystem des Aufsichtsrats ab dem Geschäftsjahr 2011 auf eine reine Festvergütung umzustellen. Durch den Verzicht auf variable Vergütungskomponenten soll die Unabhängigkeit des Aufsichtsrats weiter gestärkt werden. Der Umfang der Arbeitsbelastung und des Haftungsrisikos der Aufsichtsratsmitglieder entwickelt sich im Allgemeinen nicht parallel zum geschäftlichen Erfolg des Unternehmens beziehungsweise zur Ertragslage der Gesellschaft. Vielmehr wird häufig gerade in schwierigen Zeiten, in denen eine variable Vergütung in der Regel zurückgeht, eine besonders intensive Wahrnehmung der Überwachungs- und Beratungsfunktion durch die Aufsichtsratsmitglieder erforderlich sein. Erfolgsorientierte Vergütungsbestandteile werden somit nicht mehr gezahlt. Da der Deutsche Corporate Governance Kodex auch einen erfolgsorientierten Vergütungsbestandteil für die Aufsichtsratsvergütung empfiehlt, hat die Gesellschaft insoweit eine Abweichung vom Kodex erklärt.

Vergütung für Aufsichtsrats­tätigkeit

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten eine jährliche Festvergütung in Höhe von 50.000 Euro. Der Vorsitzende erhält 100.000 Euro, sein Stellvertreter 75.000 Euro.

Vergütung für Ausschusstätigkeit

Die Mitglieder des Risiko- und Prüfungsausschusses erhalten eine zusätzliche jährliche Vergütung von jeweils 15 Tsd. Euro. Die Mitgliedschaft im Präsidialausschuss wird mit 12,5 Tsd. Euro vergütet. Die Vorsitzenden der Ausschüsse bekommen jeweils das Doppelte. Für die Mitgliedschaft im Nominierungs- und Vermittlungsausschuss ist keine zusätzliche Vergütung vorgesehen.

Sitzungsgeld

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten für jede Aufsichtsrats- beziehungsweise Ausschusssitzung, an der sie persönlich teilnehmen, 500 Euro Sitzungsgeld. Es wird kein zusätzliches Sitzungsgeld gezahlt, wenn mehrere Sitzungen an einem Tag oder an aufeinanderfolgenden Tagen stattfinden.

Individualisierte Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats im Überblick

Die Aufsichtsratsmitglieder Moschner, Fischer und Schwarz haben gleichzeitig Vorstandsmandate in Gesellschaften des

Allianz Konzerns inne und verzichteten deshalb auf eine Vergütung ihrer Aufsichtsratsstätigkeit.

Euro		Festvergütung	Erfolgs- bezogene Vergütung ¹	Ausschuss- vergütung	Sitzungsgeld	Gesamt- vergütung
	2011	—	—	—	—	—
Andree Moschner ² , Vorsitzender	2010	—	—	—	—	—
	2011	75.000	—	12.500	3.000	90.500
Manfred Karsten, stellv. Vorsitzender	2010	37.500	36.000	20.417	1.500	95.417
	2011	50.000	—	—	2.500	52.500
Dr. Werner Brinker	2010	25.000	24.000	5.104	2.000	56.104
	2011	50.000	—	—	2.500	52.500
Claas E. Daun	2010	25.000	24.000	3.063	2.000	54.063
	2011	50.000	—	30.000	3.000	83.000
Carsten Evering	2010	25.000	24.000	28.271	2.500	79.771
	2011	—	—	—	—	—
Thomas Fischer ²	2010	—	—	—	—	—
	2011	50.000	—	72.500	3.000	125.500
Prof. Dr. Andreas Georgi	2010	25.000	24.000	72.521	2.500	124.021
	2011	50.000	—	27.500	3.000	80.500
Stefan Lübbe	2010	25.000	24.000	24.500	2.000	75.500
	2011	50.000	—	—	2.500	52.500
Horst Reglin	2010	25.000	24.000	3.063	2.000	54.063
	2011	50.000	—	27.500	3.500	81.000
Uwe Schröder	2010	25.000	24.000	28.271	2.500	79.771
	2011	—	—	—	—	—
Rainer Schwarz ²	2010	—	—	—	—	—
	2011	50.000	—	—	2.500	52.500
Jörg Thöle	2010	25.000	24.000	5.104	2.000	56.104
	2011	475.000	—	170.000	25.500	670.500
Summe	2010 ³	247.917	238.000	190.313	19.000	695.230

¹ Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 9. Juni 2011 wurde die Vergütung des Aufsichtsrats ab dem Geschäftsjahr 2011 auf eine reine Festvergütung umgestellt. Erfolgsbezogene Vergütung betrifft daher nur noch das Geschäftsjahr 2010.

² Verzichtserklärung gemäß § 13 Absatz 7 der Satzung.

³ Die Gesamtsummen 2010 geben die Vergütung aller im Geschäftsjahr 2010 aktiven Mitglieder des Aufsichtsrats wieder. Sie enthalten daher auch die anteilige Vergütung des am 27. Mai 2010 aus dem Aufsichtsrat ausgeschiedenen Dr. Aloys Wobben.

Die Gesamtvergütung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2011 einschließlich Sitzungsgeldern betrug 670.500 Euro (Vorjahr: 695.230 Euro).

Die auf die Gesamtvergütung und die Sitzungsgelder entfallende gesetzliche Umsatzsteuer in Höhe von 127.395 Euro wurde erstattet.

Des Weiteren hat Claas E. Daun 2 Tsd. Euro als Vergütung für seine Mitgliedschaft im Beirat der Oldenburgische Landesbank AG erhalten.

Kredite an Aufsichtsratsmitglieder

Die Kreditgewährung an Mitglieder des Aufsichtsrats stellt sich per 31. Dezember 2011 folgendermaßen dar: Die Einräumung von Dispositionslinien beträgt insgesamt 247,0 Tsd. Euro, die per 31. Dezember 2011 mit 15,4 Tsd. Euro in Anspruch genommen wurden. Die Zinssätze liegen zwischen 6,00 % und 9,88 %. Daneben bestanden Avalkredite in Höhe von 46,6 Tsd. Euro, für die Avalprovision zwischen 0,50 % und 3,25 % gezahlt wurden.

Weiterhin bestanden Darlehen in Höhe von 230,5 Tsd. Euro. Die Zinssätze liegen zwischen 3,81 % und 5,06 %. Die Verzinsung und die Ausgestaltung sind marktüblich. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden Darlehensbeträge in Höhe von 320 Tsd. Euro zurückgezahlt. Diese Darlehen wurden mit 5,30 % verzinst. Kreditkartenlimite in Höhe von 121,2 Tsd. Euro wurden am Bilanzstichtag mit 4,3 Tsd. Euro ausgenutzt.



025

Konzernlagebericht

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen 026

Geschäftsentwicklung 027

Prognosebericht 040

Konzernrisikobericht 043

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Im Jahr 2011 setzte sich in Deutschland der wirtschaftliche Aufschwung des Vorjahres fort. Wenngleich sich das konjunkturelle Umfeld nach dem überaus dynamischen Auftakt im weiteren Verlauf des Jahres zunehmend eintrübte, beträgt der Zuwachs des realen **Bruttoinlandsproduktes** rund 3,0 %. Für das Jahr 2012 wird ein deutlich reduziertes, aber weiterhin positives Wachstum erwartet.

Die Weltkonjunktur wurde nach einem optimistischen Start in das Jahr 2011 bereits früh von verschiedenen Schocks getroffen. So verursachten die politischen Umbrüche im arabischen Raum einen kräftigen Ölpreisanstieg, das Erdbeben und der Tsunami in Japan sowie die Flut in Thailand unterbrachen für die Weltwirtschaft wichtige Lieferketten im asiatischen Raum und schließlich verunsicherte die Eskalation der europäischen Staatsschuldenkrise die Märkte. Aufgrund der starken internationalen Vernetzung der deutschen Wirtschaft bremsen diese Entwicklungen ungefähr zur Jahresmitte das konjunkturelle Tempo in Deutschland spürbar ab.

Bis dahin sorgte insbesondere eine starke, von den Investitionen getragene Binnennachfrage für Wachstumsbeiträge. Ohnehin boten sich aus mikroökonomischer Sicht über den gesamten Berichtszeitraum hinweg überaus gute Rahmenbedingungen für die Binnenwirtschaft: Die Finanzierungszinsen verharrten auf historisch niedrigem Niveau und begünstigten die Investitionsnachfrage. Die Arbeitslosigkeit lag auf dem tiefsten Stand seit der Wiedervereinigung und kam, in Verbindung mit signifikanten Lohnsteigerungen in mehreren Branchen, dem privaten Konsum zugute. Allerdings schlug sich die konjunkturelle Belebung der Vormonate auch in

einem spürbaren Anstieg der Verbraucherpreise nieder, der insbesondere gestiegenen Rohstoff- und Nahrungsmittelpreisen geschuldet war.

Zur Jahresmitte belastete insbesondere die Unsicherheit über die weitere Entwicklung in der Eurozone das wirtschaftliche Umfeld. Hieraus resultierten deutliche Kursverluste an den weltweiten Aktienbörsen. Rating-Herabstufungen für Staaten und Banken im Euroraum trugen zur weiteren Verunsicherung der Märkte bei und veranlassten die Europäische Zentralbank zu Markteingriffen, um Renditeaufschläge und Refinanzierungskosten betroffener Euroländer abzuschwächen. Umfragebasierte Stimmungsindikatoren signalisierten eine merkliche Abkühlung der wirtschaftlichen Aussichten auch in Deutschland, welche sich aber zumindest bis zum Jahresende noch nicht in harten Konjunkturindikatoren wie Produktion und Beschäftigung niederschlugen. Zum Jahresende war lediglich ein Rückgang der Zuwachsraten inländischer Produktion zu verzeichnen. Dieser Trend kann vornehmlich auf die Abschwächung außenwirtschaftlicher Impulse zurückgeführt werden. Über das gesamte Jahr betrachtet trug jedoch der Außenbeitrag leicht positiv zum Anstieg der Wirtschaftsleistung bei.

Da die im Jahr 2010 und in der ersten Jahreshälfte 2011 zu beobachtenden Zuwachsraten beträchtlich über dem Potenzialwachstum lagen und hierdurch die im Krisenjahr 2009 entstandene Output-Lücke mittlerweile geschlossen wurde, zeigt sich in der jüngsten Abschwächung des Wachstums aber auch eine Rückkehr auf den langjährigen Pfad des Potenzialwachstums.

Geschäftsentwicklung

Ertragslage

Konzernergebnis

Folgende Tabelle stellt die Gewinn- und Verlustrechnung des OLB-Konzerns für 2011 und 2010 gegenüber:

Mio. Euro	2011	2010	Veränderungen	Veränderungen (%)
Zinserträge (und ähnliche Erträge)	551,9	501,7	50,2	10,0
Zinsaufwendungen (und ähnliche Aufwendungen)	307,2	263,7	43,5	16,5
Zinsüberschuss	244,7	238,0	6,7	2,8
Provisionserträge	128,0	135,7	-7,7	-5,7
Provisionsaufwendungen	46,1	50,8	-4,7	-9,3
Provisionsüberschuss	81,9	84,9	-3,0	-3,5
Laufendes Handelsergebnis	-1,6	-0,7	-0,9	>100
Übrige Erträge	68,0	70,7	-2,7	-3,8
Laufende Erträge	393,0	392,9	0,1	—
Laufender Personalaufwand	182,9	182,2	0,7	0,4
Sachaufwand	120,1	123,2	-3,1	-2,5
Verwaltungsaufwand	303,0	305,4	-2,4	-0,8
Übrige Aufwendungen	1,2	3,3	-2,1	-63,6
Laufende Aufwendungen	304,2	308,7	-4,5	-1,5
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	88,4	24,6	63,8	>100
Realisiertes Ergebnis aus Finanzanlagen	23,0	12,9	10,1	78,3
Nicht laufendes Handelsergebnis	-4,0	1,2	-5,2	k. A.
Ergebnis aus Finanzanlagen	19,0	14,1	4,9	34,8
Restrukturierungsaufwand	5,9	2,9	3,0	>100
Ergebnis vor Steuern	13,5	70,8	-57,3	-80,9
Steuern	-3,4	18,3	-21,7	k. A.
Ergebnis nach Steuern (Gewinn)	16,9	52,5	-35,6	-67,8
Unverwässertes sowie verwässertes Ergebnis je Aktie (Euro)	0,73	2,25	-1,52	-67,56

Das abgelaufene Geschäftsjahr 2011 stellte die Bankenbranche vor eine Reihe von Herausforderungen. Die durch die ungelöste europäische Verschuldungsproblematik verursachte Verunsicherung an den Finanzmärkten führte im zweiten Halbjahr zu heftigen Kursbewegungen an den Aktienmärkten und einem historisch niedrigen Zinsniveau in Deutschland. Zunehmend strengere Auflagen der Aufsichtsbehörden wirken auf die Geschäftsmodelle der Banken. Insbesondere bei den Privatkunden herrscht Verunsicherung und Zurückhaltung bei der Vermögensanlage. Vor diesem Hintergrund

konnten die laufenden Erträge nur leicht gesteigert werden. Die laufenden Aufwendungen wurden dagegen durch nachhaltige Kostendisziplin gesenkt. So konnte trotz einer deutlich erhöhten Risikovorsorge aufgrund einer branchenspezifischen Sondersituation in Verbindung mit einer erheblichen Einzelwertberichtigung im Bereich Schifffahrt ein positives Ergebnis vor Steuern erreicht werden.

Zu den Ergebniskomponenten im Einzelnen:

Zinsüberschuss

Mio. Euro	2011	2010	Veränderungen	Veränderungen (%)
Zinserträge (und ähnliche Erträge)	551,9	501,7	50,2	10,0
Zinsaufwendungen (und ähnliche Aufwendungen)	307,2	263,7	43,5	16,5
Zinsüberschuss	244,7	238,0	6,7	2,8
Kundenkreditvolumen zum Stichtag (vor Risikovorsorge)	9.914,3	9.513,0	401,3	4,2
Zinsmarge in %	2,47	2,50	-0,03	-1,2

Die Eurokrise führte zu einer verstärkten Nachfrage nach Schuldverschreibungen von als sicher eingeschätzten Schuldnern wie der Bundesrepublik Deutschland. Als Folge hat sich das Zinsniveau insbesondere im zweiten Halbjahr im Bereich der langfristigen Zinsen deutlich gesenkt. Diese Entwicklung wurde durch die letzte Zinssenkung der EZB im Dezember weiter verstärkt. Gleichzeitig ist für Banken eine langfristige Refinanzierung am Kapitalmarkt zunehmend schwieriger geworden und erfordert die Zahlung stark gesteigener Risikoaufschläge.

Aufgrund dieser Entwicklung nimmt das Einlagengeschäft mit unseren Kunden eine wichtige Rolle im OLB-Konzern ein. Im Berichtszeitraum konnte das Einlagevolumen um 4,7 % auf 7,5 Mrd. Euro gesteigert werden.

Hierzu trug insbesondere die Allianz Bank bei, die ihre Kundeneinlagen um 442,8 Mio. Euro auf 1,8 Mrd. Euro steigerte. Der resultierende Anstieg der Zinsaufwendungen konnte durch gestiegene Zinseinnahmen aus dem Kreditgeschäft überkompensiert werden. Das im Vorjahr erzielte Rekordwachstum im Kreditvolumen wirkte sich dabei im Jahr 2011 erstmals für ein volles Geschäftsjahr aus.

Der OLB-Konzern hat sich mit Blick auf die anhaltende Staatsschuldenkrise im Euroraum in der Aktiv-/Passiv-Steuerung gegenüber dem Vorjahr vorsichtiger positioniert. Zusammen mit dem stark gesunkenen Zinsniveau für Wertpapiere erstklassiger Bonität dämpfte dies die Dynamik beim Anstieg des Zinsüberschusses.

Provisionsüberschuss

Mio. Euro	2011	2010	Veränderungen	Veränderungen (%)
Wertpapiergeschäft	50,4	54,8	-4,4	-8,0
Vermögensverwaltung	10,2	10,8	-0,6	-5,6
Zahlungsverkehr	26,0	24,9	1,1	4,4
Auslandsgeschäft	2,5	3,5	-1,0	-28,6
Versicherungs-, Bauspar-, Immobiliengeschäft	13,3	12,7	0,6	4,7
Kreditkartengeschäft	2,9	2,5	0,4	16,0
Treuhandgeschäft und andere treuhänderische Tätigkeiten	0,1	0,1	—	—
Sonstiges	-23,5	-24,4	0,9	-3,7
Provisionsüberschuss	81,9	84,9	-3,0	-3,5

Wesentlicher Treiber des Provisionsüberschusses ist das Wertpapiergeschäft, für das die Rahmenbedingungen im Jahr 2011 ungünstig waren. Die Marktentwicklung war sehr volatil und insbesondere die Aktienmärkte waren durch aufkeimende Konjunktursorgen belastet. Auf das Anlageverhalten unserer Kunden hat sich dies durch ein stark erhöhtes Risikobewusstsein, einen kurzfristigen Anlagehorizont und die Bevorzugung defensiver Anlageformen sowie klassischer Einlagen ausgewirkt. Um durch gezielte Beratung unsere starke Vertrauensposition bei unseren Kunden zu vertiefen, haben wir im Segment Regionalbank unseren im Nordwesten flächendeckenden Auftritt im Private Banking weiter ausgebaut. Diese langfristig angelegte Maßnahme konnte in diesem Marktumfeld noch nicht zu einer Ergebnisverbesserung führen.

Die Vergütung des Vertriebes der Allianz in Deutschland für die Geschäftszuführung führt zu Provisionszahlungen in Höhe von 29,5 Mio. Euro (Vorjahr: 30,0 Mio. Euro; Ausweis unter „Sonstiges“).

Laufendes und Nicht laufendes Handelsergebnis

Die OLB ist im klassischen Eigenhandel nur in einem geringen Umfang und im Rahmen enger Risikolimits aktiv. Durch konsequentes Risikomanagement konnten wir im Umfeld des Einbruchs an den Aktienmärkten im dritten Quartal Einbußen im Eigenhandel erfolgreich begrenzen. Das Devisengeschäft mit unseren Kunden verlief weiter positiv. Weitere Ergebniseffekte ergeben sich aus der Bewertung von Swapgeschäften, die die OLB zur Steuerung ihres Zinsänderungsrisikos einsetzt. Die Bewertung dieser Geschäfte erfolgt nach den Vorschriften des IAS 39 für Sicherungsgeschäfte (Hedge Accounting). Im abgelaufenen Geschäftsjahr ergab sich daraus ein buchhalterischer Ertrag in Höhe von 0,5 Mio. Euro, der im Handelsergebnis auszuweisen ist. Über die Gesamtlaufzeit der Swapgeschäfte werden sich die Bewertungseffekte aus diesen Geschäften allerdings wieder ausgleichen. Das Gesamtergebnis aus Kunden- und Eigenhandel sowie der Bewertung der Sicherungsgeschäfte ergibt das Laufende Handelsergebnis in Höhe von -1,6 Mio. Euro für 2011 (Vorjahr: -0,7 Mio. Euro).

Das Nicht laufende Handelsergebnis umfasst die Bewertung von Derivaten der Spezialfonds Ammerland und Weser-Ems, die beide dem Finanzanlagevermögen zugeordnet werden. Diese Derivate werden zur Steuerung der Wertpapierpositionen dieser Fonds eingesetzt und unterliegen einer vollen Marktbewertung.

Übrige Erträge

Unter den übrigen Erträgen wird im Wesentlichen die Erstattung des Ergebnisses der Allianz Bank durch die Allianz Deutschland AG ausgewiesen.

Verwaltungsaufwand

Mio. Euro	2011	2010	Veränderungen	Veränderungen (%)
Laufender Personalaufwand	182,9	182,2	0,7	0,4
Sachaufwand	120,1	123,2	-3,1	-2,5
Verwaltungsaufwand	303,0	305,4	-2,4	-0,8
Mitarbeiter (Anzahl) per 31. Dezember	2.883	2.952	-69	-2,3
Mitarbeiterkapazität per 31. Dezember	2.408	2.468	-60	-2,4
Cost-Income-Ratio in %	77,4	78,6	k. A.	k. A.

Der Verwaltungsaufwand wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr durch verschiedene Sonderfaktoren beeinflusst. Vor allem ist die Einführung der Bankenabgabe zu nennen, die das Ergebnis der OLB dauerhaft mit ca. 1 Mio. Euro p. a. belastet. Neben den Sondereinflüssen resultierten Kostensteigerungen aus der Tarifierhöhung für Bankmitarbeiter sowie aus dem IT-Bereich insbesondere aus dem Umbau des Kernbankensystems der OLB und für Investitionen in die Infrastruktur der Allianz Bank. Dennoch gelang es in diesem Jahr durch konsequentes Sachkostenmanagement, die Verwaltungsaufwendungen um 0,8% zu senken.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

In den Vorjahren profitierte die OLB von einem im Branchenvergleich äußerst günstigen Verlauf der Risikovorsorge. Auch für das abgelaufene Geschäftsjahr ist festzustellen, dass sich in der Breite des Portfolios der Risikobedarf weiterhin auf niedrigem Niveau bewegte. Der deutliche Anstieg der Risikovorsorge resultiert aus einer branchenspezifischen Krisensituation im Bereich Schifffahrt in Verbindung mit einer erheblichen Einzelwertberichtigung im Seeschiffsbereich.

Die OLB Regionalbank ist als breit aufgestellter Partner der Unternehmen im Nordwesten in einem überschaubaren Rahmen auch an der Finanzierung von Schiffen beteiligt. Der drastische Einbruch der Charraten in den letzten zwei Jahren stellt die erfolgreiche Bereederung der Schiffe vor enorme Herausforderungen. Die Auswirkungen des Verfalls der Charraten auf die Wirtschaftlichkeit der finanzierten Schiffe und mögliche Handlungsoptionen werden intensiv geprüft.

Der unsicheren Branchensituation wurde auch durch die Bildung einer branchenspezifischen pauschalen Risikovorsorge Rechnung getragen.

Ergebnis aus Finanzanlagen

Die günstige Entwicklung an den Aktienmärkten im ersten Halbjahr 2011 wurde genutzt, um Kursgewinne zu realisieren. Auch im Rahmen der normalen Positionsführung der festverzinslichen Wertpapiere der Liquiditätsreserve konnten Kursgewinne am Anleihemarkt erzielt werden.

Restrukturierungsaufwand

Zur Verbesserung der Strukturen und der Prozesseffizienz wurden in beiden Segmenten konkrete Vorhaben beschlossen. Der Restrukturierungsaufwand betrifft zukünftige Zahlungen im Rahmen von Altersteilzeit- und Vorruhestandsregelungen sowie Abfindungszahlungen für den daraus resultierenden Personalabbau.

Ergebnis / Steuern

Vor Steuern ergibt sich für das Geschäftsjahr 2011 ein Ergebnis von 13,5 Mio. Euro. Damit liegt das Ergebnis für 2011 aufgrund einer um 63,8 Mio. Euro erhöhten Risikovorsorge um 57,3 Mio. Euro unter dem Vorjahresergebnis (2010: 70,8 Mio. Euro).

Nach Berücksichtigung eines positiven Steuereffektes in Höhe von 3,4 Mio. Euro ergibt sich somit ein Gewinn nach Steuern von 16,9 Mio. Euro. Das Ergebnis je Aktie liegt bei 0,73 Euro (Vorjahr: 2,25 Euro).

Das Ergebnis nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) weicht aufgrund unterschiedlicher Bewertungsvorschriften insbesondere für die Bewertung von Finanzinstrumenten und Rückstellungen vom IFRS-Ergebnis ab. Im Jahr 2011 beträgt der Jahresüberschuss nach HGB 1,6 Mio. Euro. Die Abweichung zum IFRS-Ergebnis ist im Wesentlichen auf die Bewertung der Pensionsrückstellungen und die Anwendung

des strengen Niederstwertprinzips auf die Spezialfonds zurückzuführen.

Zur Verwendung dieses Gewinnes soll den Aktionären in der Hauptversammlung am 31. Mai 2012 vorgeschlagen werden, den Bilanzgewinn in voller Höhe den Gewinnrücklagen zuzuführen.

Segmentergebnisse

Die nachfolgende Darstellung zeigt die Ergebnisentwicklung des OLB-Konzerns getrennt nach den Segmenten OLB Regionalbank, welches das traditionelle regionale Geschäft der Oldenburgische Landesbank Gruppe mit ihren 178 Niederlassungen im Geschäftsgebiet widerspiegelt, und Allianz Bank

mit dem deutschlandweiten Angebot von Bankprodukten über die Allianz Agenturen. Weitere Informationen zur Segmentberichterstattung finden Sie im Konzernanhang unter [Note 13](#).

Segment: OLB Regionalbank

Mio. Euro	2011	2010	Veränderungen	Veränderungen (%)
Zinsüberschuss	227,4	223,8	3,6	1,6
Provisionsüberschuss	68,3	69,7	-1,4	-2,0
Laufendes Handelsergebnis	-1,6	-0,8	-0,8	100,0
Übrige Erträge	0,7	0,8	-0,1	-12,5
Laufende Erträge	294,8	293,5	1,3	0,4
Laufender Personalaufwand	144,8	146,0	-1,2	-0,8
Direkter Sachaufwand	74,9	80,9	-6,0	-7,4
Kostenverrechnung zwischen Segmenten	-12,5	-13,3	0,8	-6,0
Verwaltungsaufwand	207,2	213,6	-6,4	-3,0
Übrige Aufwendungen	0,2	1,0	-0,8	-80,0
Laufende Aufwendungen	207,4	214,6	-7,2	-3,4
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	86,0	19,6	66,4	>100
Operatives Ergebnis	1,4	59,3	-57,9	-97,6
Realisiertes Ergebnis aus Finanzanlagen	19,0	9,4	9,6	>100
Nicht laufendes Handelsergebnis	-3,1	1,2	-4,3	k. A.
Ergebnis aus Finanzanlagen	15,9	10,6	5,3	50,0
Restrukturierungsaufwand	2,0	2,9	-0,9	-31,0
Ergebnis vor Steuern	15,3	67,0	-51,7	-77,2
Segmentvermögen in Mrd. Euro	11,4	11,9	-0,5	-4,2
Segmentsschulden in Mrd. Euro	10,8	11,3	-0,5	-4,4
Cost-Income-Ratio in %	70,4	73,1	-2,7	-3,7
Risikokapital (Durchschnitt)	441,7	430,0	11,7	2,7
Risikoaktiva (Durchschnitt)	6.092,6	5.931,0	161,6	2,7

Im Jahr 2011 konnte das Segment OLB Regionalbank das nach dem dynamischen Wachstum der letzten zwei Geschäftsjahre erreichte hohe Niveau der laufenden Erträge trotz einer vorsichtigeren Positionierung in der Aktiv-/Passiv-Steuerung bestätigen. Der Zinsüberschuss aus dem Kredit- und Einlagegeschäft nahm auch 2011 noch einmal deutlich zu. Das Margenniveau konnte trotz eines hohen Wettbewerbsdrucks stabil gehalten werden. Das Kreditvolumen wurde weiter ausgebaut, das hohe Einlagevolumen wurde gehalten. Es gelang, insbesondere die durch die Sonderkonditionen des Hochzinskontos Ende 2010 gewonnenen Einlagen zu großen Teilen im Hause zu halten und die Beziehungen zu den neuen Kunden zu intensivieren. Daneben wirkten die im Vorjahr erzielten Steigerungen im Kredit- und Einlagevolumen erstmals für ein volles Jahr auf den Zinsüberschuss. Der erzielte Zuwachs aus dem Kundengeschäft konnte so den Rückgang aus dem Ergebnis der Aktiv-/Passiv-Steuerung mehr als ausgleichen. In Anbetracht der unsicheren Entwicklung am Geld- und Kapitalmarkt hat die OLB gezielt ihre Refinanzierung längerfristiger gestaltet und dadurch höhere Refinanzierungsaufwendungen in Kauf genommen. Insgesamt wuchs der Zinsüberschuss noch einmal auf 227,4 Mio. Euro (+ 1,6 %) gegenüber dem Vorjahr.

Der Provisionsüberschuss blieb mit 68,3 Mio. Euro auf dem Niveau des Vorjahres (69,7 Mio. Euro). Nachdem das Wertpapiergeschäft im ersten Halbjahr 2011 zufriedenstellend angefallen war, führten der Einbruch am deutschen Aktienmarkt und die Unsicherheit bezüglich der Euro-Krise zu einem schwachen Verlauf im zweiten Halbjahr, sodass das Vorjahresergebnis nicht ganz erreicht werden konnte. Die übrigen Provisionsparten entwickelten sich stabil. Das Laufende Handelsergebnis bildet den Saldo aus dem Eigen- und Kundenhandel mit Wertpapieren und Devisen sowie dem Bewertungsergebnis aus zu Sicherungszwecken abgeschlossen Zinsswaps und betrug im Geschäftsjahr 2011 –1,6 Mio. Euro (Vorjahr: –0,8 Mio. Euro).

Trotz Mehrbelastungen aufgrund der erstmals erhobenen Bankenabgabe, der Tarifsteigerung für Bankangestellte und einmaliger Sonderfaktoren konnten die Verwaltungsaufwendungen deutlich um 3,0 % auf 207,2 Mio. Euro abgesenkt werden (Vorjahr: 213,6 Mio. Euro). Im Personalkostenbereich wurde die durchschnittliche Mitarbeiteranzahl stabil gehalten. Einsparungen ergaben sich insbesondere durch eine niedrigere erfolgsabhängige Vergütung und die Aktivierung von Kosten im Rahmen der Implementierung von IT-Projekten. Dadurch konnten einmalige Mehrbelastungen im Wesentlichen kompensiert werden. Im Bereich der Sachaufwendungen wurden Kostensteigerungen aufgrund der allgemeinen Preissteigerung insbesondere im Bereich der Energiekosten durch Kürzungen bei den Kosten für Beratung und Werbung/Öffentlichkeitsarbeit wieder aufgefangen. Darüber hinaus konnten die Kosten durch die Nutzung eines umsatzsteuerlichen Wahlrechts gesenkt werden.

Zur Erläuterung der Risikovorsorgeentwicklung der Regionalbank verweisen wir auf die entsprechenden Ausführungen zum Konzernergebnis.

Außerhalb des laufenden Ergebnisses stehen die Ergebnisse aus den Verkäufen von Finanzanlagen sowie die zu deren Positionssteuerung eingesetzten Derivate. Hier wurden insbesondere im ersten Halbjahr die Kurssteigerungen an den Aktienmärkten genutzt, um Kursgewinne zu realisieren. Darüber hinaus entstand im Jahr 2011 ein Aufwand aus der Bildung einer Restrukturierungsrückstellung, die zur Begleitung personeller Maßnahmen im Rahmen weiterer Projekte zur Verbesserung der Effizienz in der Ablauforganisation dient.

Das Segmentergebnis betrug insgesamt 15,3 Mio. Euro und lag damit 51,7 Mio. Euro unter dem Vorjahr.

Segment: Allianz Bank
(Zweigniederlassung der Oldenburgische Landesbank AG)

Mio. Euro	2011	2010	Veränderungen	Veränderungen (%)
Zinsüberschuss	17,3	14,2	3,1	21,8
Provisionsüberschuss (brutto)	46,0	50,9	-4,9	-9,6
Bruttoerträge	63,3	65,1	-1,8	-2,8
Provisionsaufwand Zahlungsverkehr	2,9	5,7	-2,8	-49,1
Vermittlungsprovisionen	29,5	30,0	-0,5	-1,7
Übrige Erträge	67,9	70,9	-3,0	-4,2
Laufende Erträge	98,8	100,3	-1,5	-1,5
Laufender Personalaufwand	38,1	36,2	1,9	5,2
Direkter Sachaufwand	45,8	43,2	2,6	6,0
Kostenverrechnung zwischen Segmenten	12,5	13,3	-0,8	-6,0
Übrige Aufwendungen	1,0	2,3	-1,3	-56,5
Laufende Aufwendungen	97,4	95,0	2,4	2,5
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	2,4	5,0	-2,6	-52,0
Operatives Ergebnis	-1,0	0,3	-1,3	k. A.
Ergebnis aus Finanzanlagen	3,1	3,5	-0,4	-11,4
Restrukturierungsaufwand	3,9	—	3,9	k. A.
Ergebnis vor Steuern	-1,8	3,8	-5,6	k. A.
Segmentvermögen in Mrd. Euro	2,3	1,6	0,7	43,8
Segmentsschulden in Mrd. Euro	2,3	1,6	0,7	43,8
Cost-Income-Ratio in %	98,6	94,7	3,9	4,1
Risikokapital (Durchschnitt)	30,8	23,7	7,1	30,0
Risikoaktiva (Durchschnitt)	424,2	326,8	97,4	29,8

Im Jahr 2011 entwickelte sich das Segment Allianz Bank, das sich seit Mitte 2009 im Aufbau befindet, trotz der Schwierigkeiten am Kapitalmarkt kontinuierlich weiter; allerdings blieb die Geschäftsentwicklung hinter den Erwartungen zurück.

Aufgrund interessanter Produkte wie dem neuen Girokonto mit weltweit kostenloser Bargeldversorgung und attraktiven Konditionen im Einlagenbereich konnte die Allianz Bank im Jahr 2011 neue Kunden gewinnen. Die Anzahl der Kunden stieg gegenüber dem Vorjahr um 2,6 % auf 625 Tsd. Kunden.

Der Zinsüberschuss, der insbesondere aus dem Einlagengeschäft stammt, wurde um 21,8 % auf 17,3 Mio. Euro gesteigert. Das Einlagenvolumen stieg im Laufe des Jahres um 33,4 % bzw. 442,8 Mio. Euro auf 1.768,5 Mio. Euro. Dies ist insbesondere auf die Produkte Tagesgeldkonto und Sparschatz zurückzuführen.

Das Kreditvolumen wuchs um 5,1 % auf 330,1 Mio. Euro an.

Der Provisionsüberschuss sank gegenüber dem Vorjahr um 9,6 % auf 46,0 Mio. Euro, vor allem aufgrund des Einbruchs an den Wertpapiermärkten im zweiten Halbjahr und der damit verbundenen Verunsicherung und Kaufzurückhaltung unserer Wertpapierkunden. Die übrigen Provisionserträge entwickelten sich in etwa auf Vorjahresniveau.

Die bezahlten Vermittlerprovisionen an die Vertriebsorganisation der Allianz für die zugeführten Geschäftsabschlüsse lagen 2011 unverändert bei rd. 30 Mio. Euro.

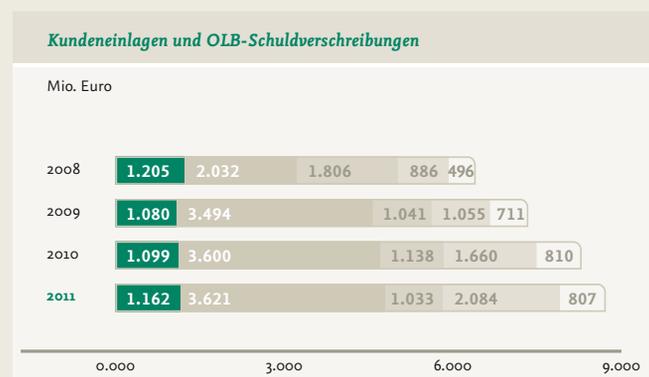
Die Übrigen Erträge enthalten im Wesentlichen die Übernahme der Ergebnisse der Allianz Bank durch die Allianz Deutschland AG.

Im Jahr 2011 wurde ein Anstieg der laufenden Aufwendungen um 2,5 % auf 97,4 Mio. Euro verbucht. Der Anstieg beruhte vor allem auf Investitionen in die IT-Infrastruktur.

Die Risikovorsorge konnte 2011 um ca. die Hälfte reduziert werden und lag bei 2,4 Mio. Euro.

Darüber hinaus erzielte die Allianz Bank ein positives Ergebnis aus Disponierungen von Finanzanlagen in Höhe von 3,1 Mio. Euro. Ferner wird hier ein Aufwand aus der Bildung einer Restrukturierungsrückstellung ausgewiesen, die zur Optimierung der Abläufe im Vertrieb benötigt wird.

Zwischen der Oldenburgische Landesbank AG und der Allianz Deutschland AG ist vereinbart, dass die Allianz Deutschland AG Verluste der Allianz Bank auszugleichen hat. Dieser Ausgleich findet auf Basis des Segmentergebnisses nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) statt und ist in der Position Übrige Erträge enthalten. Aufgrund unterschiedlicher Bewertungsvorschriften für Finanzinstrumente und Rückstellungen entstehen nach IFRS höhere Aufwendungen, sodass nach Erstattung durch die Allianz Deutschland ein Segmentergebnis vor Steuern in Höhe von -1,8 Mio. Euro verbleibt.



■ Begebene Schuldverschreibungen ■ Sichteinlagen ■ Termineinlagen ■ Spareinlagen ■ Sonstige Kundeneinlagen

Bilanzentwicklung

Die erfolgreiche Entwicklung im Kredit- und Einlagengeschäft spiegelt sich in einem weiteren, leichten Wachstum unserer Bilanzsumme um 0,1 % auf 13,363 Mio. Euro wider.

☞ siehe Grafik Seite 034 links

Kreditvolumen

Nach dem deutlichen Wachstum der beiden Vorjahre wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr gezielt ein moderater Volumenzuwachs angestrebt. Der geschäftspolitische Schwerpunkt wurde stattdessen mehr auf die Durchsetzung unserer Margener-

fordernisse im Wettbewerb und eine selektivere Risikopolitik gelegt. Das Wachstum des Kreditvolumens ging 2011 folglich auf 3,6 % zurück (Vorjahr: +11,9 %), das Volumen stieg auf 9.784,3 Mio. Euro.

Mio. Euro	2011	2010	Veränderungen	Veränderungen (%)
Kundenkredite Inland	9.843,0	9.444,0	399,0	4,2
Kundenkredite Ausland	71,3	69,0	2,3	3,3
Kreditvolumen (vor Risikovorsorge)	9.914,3	9.513,0	401,3	4,2
abzüglich: Risikovorsorge	130,0	70,4	59,6	84,7
Kreditvolumen (nach Risikovorsorge)	9.784,3	9.442,6	341,7	3,6

Liquidität

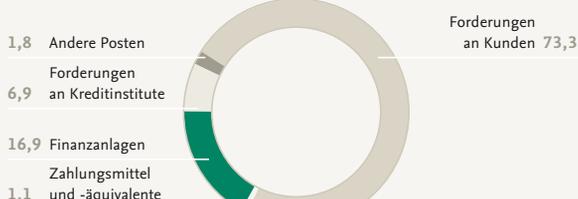
Die OLB befindet sich in einer komfortablen Liquiditätssituation. Die Kennzahl nach der Liquiditätsverordnung lag mit 2,30 (Vorjahr: 1,62) zum Bilanzstichtag deutlich über dem aufsichtsrechtlichen Mindestwert von 1,00. Das Interbankengeschäft wurde mit Blick auf die Risikolage deutlich reduziert. Aufgrund der hohen Nachfrage unserer Kunden nach Einlageprodukten konnte die Liquiditätsausstattung dennoch deutlich verbessert werden. Insbesondere die Liquiditätsüberhänge im Bereich unter 6 Monaten wurden kräftig erhöht, die mittel- und langfristigen Überhänge wurden auf dem hohen Niveau gehalten. Eine Refinanzierung am Kapitalmarkt war im Jahr 2011 nicht notwendig.

Finanzanlagen

Die OLB ist in erstklassigen Wertpapieren (staatliche Schuldverschreibungen und Pfandbriefe) investiert. Ein Teil der durch das erfolgreiche Einlagengeschäft der Allianz Bank gewonnenen Mittel wurde 2011 in solchen Schuldtiteln angelegt. Dies führte zu einem Anstieg der Finanzanlagen um 275,8 Mio. Euro auf 2.258,9 Mio. Euro. Es bestehen keine Anlagen in Wertpapieren von Staaten, die den Euro-Rettungsschirm in Anspruch nehmen, oder in sog. „Subprime“-Papieren. Um langfristige Renditechancen zu nutzen, hat die OLB in einem Spezialfonds 76,6 Mio. Euro in Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere investiert. Auf Beteiligungen und Anteile an einem nicht konsolidierten Tochterunternehmen entfallen 0,9 Mio. Euro.

Bilanzstruktur Aktiva

in %



Bilanzstruktur Passiva

in %



Fremde Gelder

Mio. Euro	2011	2010	Veränderungen	Veränderungen (%)
Kundengelder	7.544,5	7.208,2	336,3	4,7
täglich fällig	3.656,6	3.626,4	30,2	0,8
befristet	1.804,4	1.921,5	- 117,1	- 6,1
Spareinlagen	2.083,5	1.660,3	423,2	25,5
Bankengelder	3.397,0	3.816,5	- 419,5	- 11,0
täglich fällig	102,9	25,1	77,8	>100
befristet	3.294,1	3.791,4	- 497,3	- 13,1
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.161,7	1.099,3	62,4	5,7
Nachrangige Verbindlichkeiten	274,2	254,4	19,8	7,8
Fremde Gelder insgesamt	12.377,4	12.378,4	- 1,0	—

Der Allianz Bank gelang es im Jahr 2011 erfolgreich, neue Kundengelder zu akquirieren. Die durch das Hochzinskonto-Angebot der Regionalbank Ende 2010 gewonnenen Einlagen konnten zum großen Teil im Hause gehalten werden. Beides führte zu einem Anstieg der Kundengelder um 336,3 Mio. Euro auf 7.544,5 Mio. Euro (Vorjahr: 7.208,2 Mio. Euro).

☞ siehe Grafik Seite 034 rechts

Eigenkapital

Um die Eigenkapitalbasis der OLB weiter zu stärken, hat die Hauptversammlung der OLB am 9. Juni 2011 einer Zuführung zu den Gewinnrücklagen in Höhe von 26,4 Mio. Euro zugestimmt. Die Kernkapitalquote konnte somit trotz des weiteren Kreditwachstums auf 8,5 % verbessert werden (Vorjahr: 7,8 %). Durch die Realisierung von Kursgewinnen bei Aktien und anderen Wertpapieren, aber auch durch die Kursentwicklung an den Kapitalmärkten im zweiten Halbjahr 2011 reduzierte sich die Neubewertungsrücklage deutlich von 21,3 Mio. Euro auf 1,1 Mio. Euro zum Jahresende 2011.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Vorgänge besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag haben nicht vorgelegen.

Angaben nach § 289 Abs. 4 und § 315 Abs. 4 HGB sowie erläuternder Bericht

Zusammensetzung des gezeichneten Kapitals

Das gezeichnete Kapital der Oldenburgische Landesbank AG in Höhe von 60.468.571,80 Euro ist in 23.257.143 Stückaktien

zerlegt. Die Stückaktien lauten auf den Inhaber. Die Aktien sind voll eingezahlt. Mit allen Aktien sind die gleichen Rechte und Pflichten verbunden. Jede Stückaktie hat eine Stimme. Die Anteile der Aktionäre am Gewinn der Gesellschaft bestimmen sich nach ihrem Anteil am Grundkapital (§ 60 Aktiengesetz, AktG). Vom Stimmrecht und dem Gewinnbezugsrecht ausgenommen sind von der Gesellschaft gehaltene eigene Aktien (§ 71b AktG). Ein Anspruch der Aktionäre auf Verbriefung ihrer Aktien ist gemäß § 5 Abs. 2 Satz 2 der Satzung ausgeschlossen. Die Rechte und Pflichten der Aktionäre ergeben sich im Einzelnen aus den Regelungen des Aktiengesetzes, insbesondere aus den §§ 12, 53a ff., 118 ff. und 186 AktG.

Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen

Stimmrechtsbeschränkungen oder Beschränkungen hinsichtlich der Übertragung von Aktien bestehen nach Kenntnis des Vorstands nicht.

Beteiligungen am Kapital, die mehr als 10 % der Stimmrechte überschreiten

Die Allianz Deutschland AG, München, hält rund 64,3 % der Aktien an der Oldenburgische Landesbank AG, die OLB-Beteiligungsgesellschaft mbH, Oldenburg, hält einen Anteil von rund 25,3 % (Stand 31. Dezember 2011). Mehrheitsgesellschafterin der OLB-Beteiligungsgesellschaft mbH ist wiederum die Allianz Deutschland AG mit einer Beteiligung von rund 98,8 %. Alleingesellschafterin der Allianz Deutschland AG ist die Allianz SE, München.

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, bestehen nicht.

Art der Stimmrechtskontrolle bei von Arbeitnehmern gehaltenen Aktien

Sofern Arbeitnehmer am Kapital der Oldenburgische Landesbank AG beteiligt sind, nehmen diese ihre Kontrollrechte unmittelbar wahr.

Gesetzliche Vorschriften und Satzungsbestimmungen über die Ernennung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern sowie über Satzungsänderungen

Die Bestellung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands erfolgen gemäß § 84 AktG durch den Aufsichtsrat. Vorstandsmitglieder werden für eine Amtsdauer von höchstens fünf Jahren bestellt, wobei eine Verlängerung der Amtszeit und eine wiederholte Bestellung zulässig sind. Bei der Bestellung ist insbesondere darauf zu achten, dass die Vorstandsmitglieder zuverlässig und für die Leitung eines Kreditinstituts fachlich geeignet sind (vgl. § 33 Abs. 1 Nr. 4 Kreditwesengesetz, KWG). Die Absicht, ein neues Mitglied des Vorstands zu bestellen, sowie die Bestellung selbst sind der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) nach § 24 Abs. 1 Nr. 1 KWG anzuzeigen. Fehlt ein erforderliches Vorstandsmitglied, so hat in dringenden Fällen das Gericht auf Antrag eines Beteiligten nach § 85 AktG das Mitglied zu bestellen.

Der Vorstand besteht gemäß § 7 der Satzung aus mindestens zwei Personen. Im Übrigen bestimmt der Aufsichtsrat die Zahl der Vorstandsmitglieder.

Auf den Aufsichtsrat der Oldenburgische Landesbank AG finden die Bestimmungen des Mitbestimmungsgesetzes (MitbestG) Anwendung. Nach § 31 Abs. 2 MitbestG erfordert die Bestellung eines Vorstandsmitglieds eine Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der Stimmen der Mitglieder des Aufsichtsrats. Kommt eine solche Mehrheit nicht zustande, richtet sich das weitere Verfahren nach § 31 Abs. 3 und 4 MitbestG.

Vorstandsmitglieder können vom Aufsichtsrat abberufen werden, wenn hierfür ein wichtiger Grund vorliegt (§ 84 Abs. 3 AktG). Die Beschlussfassung folgt denselben Regeln, die für die Bestellung gelten. Das Ausscheiden eines Vorstandsmitglieds ist der BaFin nach § 24 Abs. 1 Nr. 2 KWG anzuzeigen.

§ 36 KWG gibt der BaFin unter bestimmten Voraussetzungen die Befugnis, die Abberufung von Mitgliedern des Vorstands zu verlangen. Ein Abberufungsverlangen kommt insbesondere bei Unzuverlässigkeit oder mangelnder fachlicher Eignung eines Vorstandsmitglieds in Betracht.

Über Änderungen der Satzung hat die Hauptversammlung zu beschließen. Der Beschluss der Hauptversammlung bedarf der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen (§ 133 Abs. 1 AktG) und einer Kapitalmehrheit von mindestens drei Vierteln des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals (§ 179 Abs. 2 Satz 1 AktG). § 16 Abs. 5 Satz 2 der Satzung sieht vor, dass anstelle der in § 179 Abs. 2 Satz 1 AktG geforderten Kapitalmehrheit (mindestens drei Viertel des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals) die einfache Kapitalmehrheit ausreicht, soweit dies gesetzlich zulässig ist. Die Befugnis zu Änderungen, die nur die Fassung der Satzung betreffen, wurde in § 12 der Satzung dem Aufsichtsrat übertragen.

Befugnisse des Vorstands, Aktien auszugeben oder zurückzukaufen

Gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 27. Mai 2010 ist der Vorstand ermächtigt, bis zum 26. Mai 2015 eigene Aktien der Oldenburgische Landesbank AG zum Zwecke des Wertpapierhandels mit der Maßgabe zu erwerben, dass der Handelsbestand der zu diesem Zweck zu erwerbenden Aktien fünf vom Hundert des Grundkapitals am Ende eines jeden Tages nicht übersteigen darf. Hierdurch wird dem Vorstand der Eigenhandel mit Aktien der Gesellschaft ermöglicht.

Gemäß § 6 der Satzung ist der Vorstand ferner ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 21. Mai 2012 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer Stückaktien gegen Bareinlagen einmalig oder mehrfach, jedoch insgesamt höchstens um 15 Mio. Euro, zu erhöhen. Dabei ist den Aktionären ein Bezugsrecht einzuräumen; der Vorstand ist jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates Spitzenbeträge von dem Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen. Durch diese Ermächtigung wird der Vorstand in die Lage versetzt, schnell und flexibel einen etwaigen Kapitalbedarf zu decken.

Im Übrigen richten sich die Möglichkeiten des Vorstands, Aktien auszugeben oder zurückzuerwerben nach den gesetzlichen Vorschriften.

Wesentliche Vereinbarungen der Gesellschaft, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen

Die Oldenburgische Landesbank AG ist Vertragspartei folgender Vereinbarungen, die bestimmte Bedingungen für den Fall eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots beinhalten:

- Im Rahmen des **Allianz Sustained Performance Plan (ASPP)** werden **Restricted Stock Units (RSU)**, also virtuelle Allianz Aktien, als aktienbasierter Vergütungsbestandteil weltweit an das Top-Management der Allianz Gruppe, einschließlich der Oldenburgische Landesbank AG, ausgegeben. Darüber hinaus wurden bis 2010 im Rahmen des **Group-Equity-Incentive(GEI)-Programms** auch Stock Appreciation Rights (SAR), also virtuelle Optionen auf Allianz Aktien, ausgegeben, die teilweise noch bestehen. Die Bedingungen für diese RSU und SAR enthalten Regelungen für den Fall eines Kontrollwechsels (Change-of-Control-Klauseln). Diese kommen zur Anwendung, wenn die Mehrheit des stimmberechtigten Kapitals an der Oldenburgische Landesbank AG durch einen oder mehrere Dritte, die nicht zum Allianz Konzern gehören, unmittelbar oder mittelbar erworben wird. Die Change-of-Control-Klauseln sehen eine Ausnahme von den ordentlichen Ausübungsfristen vor. Die RSU werden gemäß den Rahmenbedingungen für die RSU-Pläne am Tag des Kontrollwechsels durch die Gesellschaft für die betroffenen Planteilnehmer ohne Berücksichtigung der ansonsten geltenden Sperrfrist ausgeübt. Die Barzahlung je RSU muss mindestens dem in einem vorangehenden Übernahmeangebot gebotenen Preis entsprechen.

Die SAR werden gemäß den Rahmenbedingungen für die SAR-Pläne am Tag des Kontrollwechsels abweichend von den ordentlichen Ausübungsfristen durch die Gesellschaft für die betroffenen Planteilnehmer ausgeübt. Die Ausübung der SAR setzt aber voraus, dass die Erfolgshürden erfüllt sind. Der für den Fall eines Kontrollwechsels vorgesehene Wegfall der Ausübungssperrfrist trägt dem Umstand Rechnung, dass sich die Bedingungen für die Aktienkursentwicklung bei einem Kontrollwechsel wesentlich ändern.

- Zwischen der Allianz Deutschland AG und der Oldenburgische Landesbank AG besteht eine Vereinbarung, die vorsieht, dass die Allianz Deutschland AG Verluste vor Steuern, die bei der Oldenburgische Landesbank AG im Segment „Allianz Bank“ entstehen, bis zum Ablauf des am 31. Dezember 2014 endenden Geschäftsjahres übernimmt. Sofern die Oldenburgische Landesbank AG aus dem Allianz-Konzern als Konzerngesellschaft ausscheidet, stellt dies einen wichtigen Grund für die außerordentliche Kündigung der Verlustübernahmevereinbarung dar. Im Falle der Beendigung der Verlustübernahmevereinbarung entscheidet die Oldenburgische Landesbank AG, ob sie das Segment Allianz Bank ohne Verlustausgleich fortführt oder aufgibt. Im Falle der Aufgabe übernimmt die Allianz Deutschland AG die hierdurch entstehenden Kosten.

Entschädigungsvereinbarungen für den Fall eines Übernahmeangebots
Entschädigungsvereinbarungen mit Mitgliedern des Vorstands oder Arbeitnehmern für den Fall eines Übernahmeangebots bestehen nicht.

Aufsichtsrechtliches Kapital (§ 10a KWG)

Mio. Euro	2011	2010	Veränderungen	Veränderungen (%)
Kernkapital	550,0	514,0	36,0	7,0
Ergänzungskapital ¹	256,0	262,0	-6,0	-2,3
Eigenmittel (§ 10a KWG)	806,0	776,0	30,0	3,9
Risikoaktiva Adressrisiken	5.950,0	6.108,0	-158,0	-2,6
Risikoaktiva Marktrisiken	25,0	54,0	-29,0	-53,7
Risikoaktiva Operationelle Risiken	500,0	463,0	37,0	8,0
Risikoaktiva	6.475,0	6.625,0	-150,0	-2,3

¹ Maximal 100% des Kernkapitals

%	2011	2010
Kernkapitalquote ¹	8,5	7,8
Gesamtkapitalquote ¹	12,4	11,7

¹ Berechnet inklusive Anrechnungsbeträge für Operationelle Risiken und Marktrisikopositionen

Die bankaufsichtsrechtlichen Eigenmittel des OLB-Konzerns setzen sich aus Kernkapital und Ergänzungskapital zusammen. Das Kernkapital umfasst in erster Linie das gezeichnete Kapital, die Rücklagen sowie den Sonderposten für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB.

Nach Bilanzfeststellung wird das Kernkapital per 31. Dezember 2011 550,0 Mio. Euro betragen. Das Ergänzungskapital wird sich auf 256,0 Mio. Euro belaufen und im Wesentlichen aus Nachrangigen Verbindlichkeiten und nicht realisierten Reserven in Wertpapieren bestehen. Die Eigenmittel werden nach Bilanzfeststellung somit 806,0 Mio. Euro betragen (Vorjahr: 776,0 Mio. Euro).

Das Kreditwachstum im laufenden Jahr verschob sich in Bereiche mit geringerer Risikoanrechnung, insgesamt reduzierten sich die Risikoaktiva von 6.625,0 Mio. Euro im Vorjahr auf 6.475,0 Mio. Euro per 31. Dezember 2011. Nach Bilanzfeststellung wird die Kernkapitalquote per 31. Dezember 2011 gemäß § 10a KWG 8,5% (Vorjahr: 7,8%), die Gesamtkapitalquote 12,4% nach 11,7% im Vorjahr betragen.

Vergütungsbericht

Der Vergütungsbericht ist Teil des Lageberichts und ist dem Corporate-Governance-Bericht zu entnehmen. Auf einen Abdruck an dieser Stelle verzichten wir aus Gründen der Übersichtlichkeit.

Prognosebericht

Die konjunkturellen Aussichten der deutschen Wirtschaft haben sich in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres eingetrübt. Die bislang robusten binnenwirtschaftlichen Nachfragekomponenten Konsum und Investitionen leiden unter der verschlechterten Stimmungslage. Da im Ausland die wichtigsten Handelspartner Deutschlands mit teilweise gravierenden strukturellen Problemen befasst sind, wird sich die Dynamik deutscher Exporte und damit der Außenbeitrag tendenziell abschwächen.

Wir gehen daher für Deutschland von einem im Vergleich zum Vorjahr deutlich reduzierten, aber weiterhin positiven Wachstum des Bruttoinlandsproduktes im Jahr 2012 aus. Dabei dürfte sich die deutsche Wirtschaft auch im kommenden Jahr besser als der Euroraum behaupten. Die weitere Entwicklung der europäischen Staatsschuldenkrise übt allerdings großen Einfluss auf diese Prognose aus. Sollte es zu einer weiteren Eskalation der Staatsschuldenkrise kommen, wäre auch für Deutschland die Gefahr eines Abgleitens in die Rezession gegeben.

Mit Blick auf die Wirtschaft im Nordwesten erwarten wir eine im Vergleich zum Bund leicht bessere Entwicklung. Diese Einschätzung basiert auf der Fortschreibung der Konjunkturdaten aus den vergangenen fast zwei Jahrzehnten, welche für Weser-Ems ein im Durchschnitt um 0,2 Prozentpunkte höheres Wachstum als der Bundesdurchschnitt aufweisen. Dies wirkt sich positiv auf Privatkonsum, Bauwirtschaft und Investitionsgüternachfrage aus. Stabilisierend auf die wirtschaftliche Entwicklung im Nordwesten wirken auch zukünftig die Agrar- und Ernährungsindustrie.

Langfristige Unterstützung findet diese positive Entwicklung des nordwestdeutschen Wirtschaftsraums durch eine zunehmende Nivellierung der traditionellen Standortnachteile, welche eine ländliche Raumstruktur bislang mit sich brachte. Die mediale Vernetzung sorgt dafür, dass die nationalen und internationalen Märkte trotz der Randlage in Deutschland problemlos erreicht werden können. Darüber hinaus wurden bei der Verkehrsinfrastruktur in den vergangenen Jahren deutliche Fortschritte realisiert. Mit politischer Unterstützung wurden in wichtigen Zukunftsbranchen Kompetenzzentren entwickelt, aus denen sich wiederum Branchen- und Industriecluster gebildet haben, in denen Know-how gebündelt und erweitert werden kann. Zudem hebt sich die demografische Entwicklung im Nordwesten vom Bundesdurchschnitt positiv ab. Die Arbeitslosigkeit liegt in einigen Landkreisen deutlich unter dem gesamtdeutschen Niveau – und das, obwohl der Anteil der Beschäftigten mit Hochschulabschluss unterdurchschnittlich ist. Letzteres wird allerdings durch den hohen Anteil an Absolventen der dualen Berufsbildungswege wettgemacht und ist wohl auch einer der Gründe für das im Bundesvergleich niedrige Lohnniveau. Insgesamt bietet die Region

damit den hier tätigen Unternehmen in wichtigen Bereichen gute Standortbedingungen, die das weitere Wirtschaftswachstum im Nordwesten stützen.

Die wirtschaftliche Lage hat unmittelbaren Einfluss auf die Entwicklung des Kreditrisikos, das sich nach wie vor aufgrund der hohen Bedeutung des Kreditgeschäfts mit unseren Kunden stark auf die Ergebnissituation der Bank auswirkt. Für den Verlauf der künftigen Risikoversorge der OLB spielt dabei neben den allgemeinen konjunkturellen Einflüssen die branchenspezifische Situation im Bereich Schifffahrt eine signifikante Rolle. Die Entwicklung der für den wirtschaftlichen Erfolg unserer Kunden entscheidenden Charterraten steht dabei im Mittelpunkt. Wir gehen im Rahmen unserer Planung mittelfristig von einer Erholung der Charterraten von den gegenwärtigen Tiefstständen auf den langfristigen Marktdurchschnitt und einer planmäßigen Eigenkapitaleinwerbung durch die Eigner aus, was eine wirtschaftlich sinnvolle Bereederung der Schiffe erlauben wird.

Der zukünftige Verlauf an den Geld- und Kapitalmärkten ist in der derzeitigen Situation mit derart vielen Unsicherheiten behaftet, dass eine zuverlässige Prognose nicht sinnvoll erscheint. Obwohl die OLB nur in Wertpapieren erstklassiger Bonität investiert hat, spielt die Zinsentwicklung an den relevanten Märkten, die derzeit stark durch politische Entscheidungen beeinflusst wird, für die Vermögens- und Ertragslage der Bank eine wichtige Rolle. Neben den Bewertungsrisiken aufgrund von Kursschwankungen an den Zins- oder Aktienmärkten besteht weiterhin die Möglichkeit, dass sich bei einer Zuspitzung der Euro-Krise die Liquiditätssituation an den Geld- und Kapitalmärkten wieder drastisch verschlechtert. Dies könnte die Rahmenbedingungen der OLB zur Refinanzierung stark einschränken oder zu deutlichen Aufschlägen führen. Im Rahmen unserer Prognose gehen wir grundsätzlich von einer stabilen Entwicklung und nicht von einem Krisenszenario aus. Wir erwarten eine normal verlaufende Zinsstrukturkurve und keine deutliche Verschlechterung unserer Refinanzierungssituation. In unserer Positionierung bezüglich Marktpreisrisiken und in der Liquiditätsdisposition tragen wir allerdings den bestehenden Unsicherheiten durch eine vorsichtige Ausrichtung und Einhaltung ausreichend bemessener Sicherheitspuffer Rechnung.

Wir erwarten mit Blick auf unser Wettbewerbsumfeld, dass die intensive Konkurrenz im Kundengeschäft weiter anhält. Der Margendruck wird sich fortsetzen und auch in der Neukundengewinnung wird durch die Incentivierung durch Prämien und subventionierte Produktangebote der Preisdruck stetig zunehmen. Verschärfte Verbraucherschutzvorschriften erhöhen den Kosten- und Ertragsdruck im Privatkundengeschäft zusätzlich.

Die im Rahmen der Bankenkrise durch die Politik und die Aufsichtsbehörden initiierten Regelungen werden sukzessive in die Praxis umgesetzt und entfalten ihre Wirkung auf die Geschäftsmodelle der Banken. Insbesondere wirken sich Auslegungsbestimmungen der BaFin und der Bundesbank bereits jetzt auf die Anforderungen zur Kapitalunterlegung aus. Darüber hinaus steigt im Rahmen der Umsetzung der Basel III-Regelungen die Mindestkernkapitalquote von derzeit 4,0 % über 4,5 % im Jahr 2013 auf 8,5 % im Jahr 2019 an. Die OLB verfügt bereits jetzt über eine solide Eigenkapitalbasis mit einer Kernkapitalquote von 8,5 %. Zur Kapitalunterlegung unseres geplanten Wachstums planen wir einen Teil der künftigen Jahresüberschüsse zur Stärkung der Eigenkapitalbasis zu verwenden. Darüber hinaus werden wir unsere Eigenmittel wie bisher durch Nachrangmittel ergänzen.

Die technischorganisatorische Umsetzung neuer bzw. erweiterter Meldepflichten wird entsprechende Kostenbelastungen nach sich ziehen. Grundsätzlich besteht auch in der weiteren

Entwicklung das Risiko, dass durch politisches Handeln und das Wirken der nationalen und europäischen Aufsichtsbehörden weitere Bürokratiekosten sowie Einschränkungen in den geschäftlichen Möglichkeiten entstehen.

Chancen für die kommenden Jahre sehen wir in der konsequenten Nutzung identifizierter Kostensenkungspotenziale und der optimierten Nutzung bestehender Vertriebspotenziale insbesondere der Allianz Bank. Dabei werden die engere Verzahnung und die gemeinsame Nutzung technischer Plattformen durch beide Segmente einen wesentlichen Ansatzpunkt bieten.

Die Entwicklung des OLB-Konzerns im Kundengeschäft ist vom Geschäftsverlauf der beiden Segmente OLB Regionalbank und Allianz Bank abhängig. Da die Segmente neben den oben genannten Einflüssen von spezifischen Rahmenbedingungen beeinflusst werden, wird in den nachfolgenden Passagen auf beide Bereiche getrennt eingegangen.

OLB Regionalbank

Die OLB Regionalbank wird sich für die weitere geschäftliche Entwicklung wie bislang auf die bestehenden Potenziale in der Region konzentrieren. Ziel ist es, die Marktstellung durch eine bedarfsgerechte Kundenansprache und einen klaren Fokus in der Zielgruppenselektion auszubauen. Dabei vertrauen wir auf unsere bestehenden Stärken: das im Nordwesten flächendeckende Filialnetz, eine hohe Beratungskompetenz und Kundenorientierung im Privat-, Freiberufler- und Firmenkundengeschäft, unsere hoch qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie eine leistungsfähige Produktpalette. Ein weiterer Schwerpunkt wird in der Optimierung der Kostenstruktur der Bank liegen. Neben der Realisierung bereits identifizierter Potenziale im IT-Bereich und der Digitalisierung von bisher papiergestützten Arbeitsabläufen sehen wir weitere Möglichkeiten in der gemeinsamen Nutzung von Abläufen und Plattformen mit der Allianz Bank.

Basis für die Gewinnung weiterer Marktanteile ist, dass es uns gelingt, bestehende Kundenbeziehungen zu intensivieren und neue Kunden von unseren Leistungen zu überzeugen. Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2011 gelang es uns, netto 4 Tsd. neue Kunden zu gewinnen. Wir wollen auch in den kommenden Jahren unsere Kundenbasis in der Regionalbank stetig ausbauen.

Nach einer Phase dynamischen Wachstums hat die OLB Regionalbank im Geschäftsjahr 2011 gezielt das hohe Tempo des Kreditwachstums zugunsten höherer Margen und ausgeglichener Risikoprofile gedrosselt. Das Kreditvolumen wuchs

um 3,6 % auf 9.456,4 Mio. Euro und somit erwartungsgemäß langsamer als in den Vorjahren. Wir sehen trotz der unsicheren gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen weiterhin eine stetige Kreditnachfrage und Wachstumsperspektiven durch gezielte Ansprache bisher unterrepräsentierter Zielgruppen. Wir erwarten daher, dass wir auch in den kommenden Jahren wachsen können.

Die OLB Regionalbank hat ihr Einlagevolumen in den letzten Jahren deutlich ausgebaut. Wir erwarten einen anhaltend intensiven Wettbewerb um Kundeneinlagen mit stark subventionierten Angeboten anderer Banken. Im Rahmen unserer Planung gehen wir davon aus, dass es uns gelingen wird, abfließende Mittel in gleicher Höhe neu einzuwerben und somit per Saldo das hohe bestehende Niveau zu halten. Darüber hinaus wollen wir unsere Kunden verstärkt für Anlagemöglichkeiten im Wertpapierbereich gewinnen.

Nach der Etablierung des im Nordwesten flächendeckenden Marktauftritts des Private Banking im vergangenen Jahr erwarten wir, dass wir zunehmend Kunden von unserem ganzheitlichen Beratungsansatz überzeugen können. Die Kunden werden in ihrem Anlageverhalten weiterhin eine hohe Sicherheitsorientierung aufweisen, wir planen daher moderate Zuwächse der Umsatztätigkeit. Bei den übrigen Provisionsparten gehen wir von einer stabilen Entwicklung aus. Der Provisionsüberschuss soll daher leicht von Zuwächsen im Wertpapiergeschäft profitieren.

Im Rahmen der Erwartungen an das wirtschaftliche Umfeld rechnen wir für die beiden kommenden Jahre mit stabilen bis leicht steigenden Zins- und Provisionsüberschüssen. Eine Prognose des Handelsergebnisses ist vor dem Hintergrund der volatilen Entwicklung der Finanzmärkte nur bedingt möglich. In unserer Planung legen wir einen geringen positiven Ergebnisbeitrag aus dem Eigen- und Kundenhandel zugrunde.

Wir werden dem anhaltenden Kostendruck durch Tarifierhöhungen, allgemeine Preissteigerung und die notwendigen Investitionen in Systeme und Infrastruktur durch Effizienzsteigerungen in unserer Ablauforganisation begegnen. Als Folge gehen wir davon aus, dass der Verwaltungsaufwand in den kommenden Jahren allenfalls leicht steigen wird.

Allianz Bank

Aufbauend auf das im Jahr 2011 realisierte Kundenwachstum um netto 16 Tsd. neue Kunden plant die Allianz Bank für die nächsten beiden Jahre einen weiteren Ausbau der Kundenbasis durch die konsequente Einbindung in den Allianz Vertrieb. Begünstigend wirkt hierbei der für den Allianz Agenturvertrieb neu konzipierte, strukturierte Beratungsansatz, mit dem systematisch und ganzheitlich Kundenbedarfe und Kundenlösungen inklusive Bankanlage, Zahlungsverkehr und Finanzierung angesprochen werden.

Im Laufe des Jahres 2011 kam die Allianz Bank mit ihrem attraktiven neuen Girokonten-Modell auf den Markt, das weltweit eine kostenlose Bargeldversorgung ermöglicht. Mit diesem neuen Kontenmodell und weiteren interessanten Produktangeboten sollen in den Folgejahren verstärkt neue Kunden für die Allianz Bank gewonnen werden.

Durch den weiteren Ausbau der Fachagenturen wird der Vertrieb von Bankprodukten über die Allianz gestärkt. Es gibt bereits 819 Fachagenturen und Bankfilialen, die durch eine spezielle telefonische Unterstützung, der Beraterline der Bank, aktiv begleitet werden.

Für die Zukunft rechnen wir mit einer sukzessiven Steigerung der Erträge aufgrund der konsequenten Nutzung des Vertriebs-

Bezüglich der Risikovorsorgeentwicklung verweisen wir auf die im allgemeinen Teil vorgenommene Einschätzung.

Die Entwicklung des Ergebnisses der OLB Regionalbank für die kommenden zwei Jahre hängt neben dem allgemeinen wirtschaftlichen Umfeld in hohem Maße von der Entwicklung der Branchensituation im Bereich Schifffahrt ab. Unter der Voraussetzung, dass die Entwicklung der Charterraten für unsere Kunden eine wirtschaftliche Bereederung ihrer Schiffe ermöglicht, prognostizieren wir für das kommende Jahr ein deutlich verbessertes Ergebnis, welches wir in den Folgejahren weiter ausbauen werden.

netzes der Allianz. Diese Ertragsentwicklung soll insbesondere aus dem Anlage- und Einlagengeschäft generiert werden. Dies spiegelt sich im Ansatz bereits in der Entwicklung der Zinserträge im Jahr 2011 wider. Aufgrund der Marktturbulenzen um den Euro und die Schuldenkrise erwarten wir aus dem Wertpapierbereich kurzfristig nur leichtere Steigerungsraten.

Der Verwaltungsaufwand wird sich in nächsten beiden Jahren wahrscheinlich in etwa auf gleichem Niveau wie 2011 bewegen. Tarifierhöhungen und Preissteigerungen werden durch Maßnahmen zur Effizienzsteigerung aufgefangen.

Je nach Entwicklungsgeschwindigkeit beim Ausbau des Kreditgeschäfts wird die Risikovorsorge sukzessive erhöht.

Die Allianz Bank hat gute Chancen sich innerhalb der Allianz und am Markt weiter zu etablieren. Aufgrund der erwarteten Ertragssteigerungen und bei konstanter Kostenbasis werden sich die Anlaufverluste der Allianz Bank verringern. Bezüglich der Anlaufverluste wurde zwischen der Oldenburgische Landesbank AG und der Allianz Deutschland AG vereinbart, dass die Allianz Deutschland AG mögliche Verluste der Allianz Bank auszugleichen hat. Diese Vereinbarung gilt bis einschließlich 31. Dezember 2014. An den Ablauf der Verlustausgleichspflicht ist ein Kündigungsrecht der Oldenburgische Landesbank AG geknüpft.

Vor dem Hintergrund der beschriebenen Erwartungen – insbesondere einem stabilen Marktumfeld und der geschilderten Einschätzung der Entwicklung der Schifffahrtsbranche – rechnen wir auf Basis der erwarteten geschäftlichen Entwicklung der OLB Regionalbank und der Allianz Bank mit einem deutlichen Wachstum des Zins- und Provisionsüberschusses. Nur leicht ansteigende Verwaltungsaufwendungen und eine normalisierte Risikovorsorge werden zu einem deutlich ver-

besserten Ergebnis in den kommenden zwei Jahren führen. Da die Allianz Deutschland AG die Anlaufverluste im Segment Allianz Bank ausgleicht, ergibt sich aus diesem Geschäftsbereich keine Wirkung auf das Ergebnis vor Steuern. Für das Ergebnis des OLB-Konzerns insgesamt gilt die für die OLB Regionalbank getroffene Einschätzung einer deutlichen Verbesserung im kommenden Jahr und eines leichten Anstiegs in den Folgejahren.

Konzernrisikobericht

Grundsätze der gesamtbankweiten Risikosteuerung

Risikostrategie

Die geschäftspolitische Grundlage für alle risikobehafteten Geschäftsaktivitäten des OLB-Konzerns ist die Risikostrategie. Sie wird vom Vorstand der Oldenburgische Landesbank AG erlassen und mindestens einmal jährlich überprüft, um veränderte Rahmenbedingungen zeitnah zu berücksichtigen. Der Vorstand orientiert sich bei der Ausgestaltung der Strategie an dem Rahmenwerk des Allianz Konzerns. Dabei werden ausgewählte, für die OLB relevante Elemente in die eigene Risikostrategie übernommen.

Ziel des Risikomanagementprozesses der OLB ist die Beherrschung aller eingegangenen Risiken zur Generierung zusätzlicher Erträge für den kontinuierlichen Ausbau des Risikodeckungspotenzials. Die Optimierung der Ertrags-Risiko-Relation unter Vorgabe eines Gesamtbankrisikos steht hierbei im Mittelpunkt der Steuerung. Der Rahmen für die grundsätzliche Risikobereitschaft in den einzelnen Risikofeldern ergibt sich dabei aus der Geschäftsstrategie und den Gesamtbankertragszielen.

Die Risikostrategie leitet sich aus den geplanten und bestehenden Geschäftsaktivitäten ab. Dabei wird sichergestellt,

- dass Risikoaspekte bei der Entscheidung über die Geschäftsstrategie der OLB berücksichtigt sind,
- dass die zukünftige Risikotragfähigkeit der OLB gewährleistet ist und die sich aus der geplanten Geschäftsstrategie ergebenden Risiken abgedeckt sind,
- dass der Risikomanagementprozess der OLB eine unabhängige Identifizierung der wesentlichen Risiken sowie deren Bewertung mittels geeigneter Risikomessverfahren gewährleistet und
- eine angemessene Risikoberichterstattung und -überwachung vorhanden sind.

Im Rahmen der Risikostrategie werden das Adressrisiko, das Marktpreisrisiko, das Liquiditätsrisiko und das operationelle Risiko als wesentliche Risiken definiert, die aufgrund ihrer Höhe und Ausprägung materiell für den Fortbestand des Unternehmens sind und deshalb aktiv gesteuert werden.

Die Entscheidung über das strategische Vorgehen wird unter Abwägung der mit den Risiken verbundenen Chancen bzw. im Falle von operationellen Risiken unter Abwägung der Kosten, die mit einer Reduzierung oder Vermeidung dieser Risiken einhergehen, getroffen. Das Eingehen von Risiken ist generell nur bei ausreichend vorhandenem Risikodeckungspotenzial zulässig.

Um die Konsistenz der Risikostrategien im Teilkonzern zu gewährleisten, stimmen die Tochterinstitute ihre relevanten Strategien und Konzepte mit der Oldenburgische Landesbank AG ab.

Definition der Risikoarten

Adressrisiken

Das Adressrisiko ist definiert als potenzieller Verlust, der durch die Verschlechterung der Kreditwürdigkeit oder den Ausfall eines Geschäftspartners (Kontrahent, Emittent, anderer Vertragspartner) entstehen kann, also durch die mögliche Unfähigkeit oder fehlende Bereitschaft, vertragliche Verpflichtungen zu erfüllen.

Das Länderrisiko – als Teilbereich des Adressrisikos – bildet das Transfer- und Konvertibilitätsrisiko von Forderungen gegenüber Kreditnehmern mit Sitz im Ausland ab. Es ist ein Maß für den Einfluss, den politische sowie volkswirtschaftliche Verhältnisse des betrachteten Landes auf das Zahlungsverhalten des Schuldners haben. Das Länderrisiko ist nicht in der Bonität und damit der Zahlungsfähigkeit des Schuldners begründet. Beispiele für Länderrisiken sind Zahlungsverbote, eine Entwertung der Landeswährung oder Embargos.

Darüber hinaus ist auch das Credit-Spread-Risiko als Ausprägung des Adressrisikos anzusehen. Es bezeichnet die Gefahr, dass sich die Credit Spreads am Kapitalmarkt durch eine veränderte Wahrnehmung von Adressrisiken erhöhen und dadurch mit Adressrisiken behaftete Wertpapiere trotz konstanter Bonität der Emittenten eine Abwertung erfahren.

Marktpreisrisiken

Das Marktpreisrisiko bezeichnet die Gefahr, dass die Bank Verluste aufgrund von Änderungen der Marktpreise oder der die Marktpreise beeinflussenden Parameter erleidet. Beispiele hierfür sind unerwartete Änderungen bei Aktienkursen, Zinssätzen oder Preisen für Rohstoffe, Edelmetalle und Immobilien. Es beinhaltet zudem das Risiko von Wertänderungen, die entstehen, wenn der Kauf oder der Verkauf von großen Positionen innerhalb einer vorgegebenen Zeitspanne nur zu nicht marktgerechten Preisen möglich ist.

Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko ist das Risiko, dass die Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen nicht oder nur durch Inkaufnahme erhöhter Eindeckungsaufwendungen (Refinanzierungsrisiko) gewährleistet werden kann.

Operationelle Risiken

Das operationelle Risiko ist das Risiko eines direkten oder indirekten Verlusts durch Unzulänglichkeiten oder Versäumnisse bei Projekten, Prozessen oder Kontrollen aufgrund von technischen, personellen, organisatorischen oder externen Faktoren. Hierzu zählt auch das Kriminalitätsrisiko, das Verluste aufgrund krimineller Handlungen von Mitarbeitern und/oder externen Dritten umfasst. Beispiele für operationelle Risiken sind Fehler in der Sachbearbeitung, Ausfall der EDV, Naturkatastrophen und Betrug.

Rechtsrisiken

Das Rechtsrisiko ist das Risiko eines Verlusts durch den Erlass neuer bzw. die Änderung bestehender Gesetze oder Vorschriften sowie durch eine nachteilige Interpretation oder Anwendung von Gesetzen oder Vorschriften durch Gerichte. Das beinhaltet auch das Risiko, dass vertragliche Vereinbarungen rechtlich nicht durchsetzbar sind oder dass ein Gericht entscheidet, dass stattdessen für die Bank andere nachteilige Regelungen gelten.

Reputationsrisiken

Das Reputationsrisiko ist das Risiko eines direkten oder indirekten Verlustes durch eine Verschlechterung des Ansehens der Bank aus Sicht der Anteilhaber, Kunden, Mitarbeiter, Geschäftspartner oder der breiten Öffentlichkeit.

Strategische Risiken / Geschäftsrisiken

Das strategische Risiko ist das Risiko, dass langfristige Geschäftsziele wegen eines ungeeigneten strategischen Entscheidungsprozesses oder wegen unzureichender Überwachung der Umsetzung von Strategien nicht erreicht werden. Das Geschäftsrisiko beinhaltet zudem Risiken, die aufgrund veränderter externer Rahmenbedingungen entstehen, beispielsweise durch Veränderungen im Marktumfeld oder im Kundenverhalten sowie durch technischen Fortschritt.

Konzentrationsrisiken

Konzentrationsrisiken bilden keine eigene Risikoart, sondern können als zusätzliche Ausprägung der oben beschriebenen Risikoarten auftreten. Sie liegen dann vor, wenn innerhalb einer Risikoart oder über verschiedene Risikoarten hinweg eine einzelne Risikoposition oder mehrere miteinander korrelierte Risikopositionen eine so hohe Bedeutung für ein Institut haben, dass das Eintreten des entsprechenden Risikos die Existenz des Kreditinstituts gefährdet. Als Beispiel kann der Ausfall eines einzelnen Großengagements oder zahlreicher Engagements einer Branche genannt werden.

Risikotragfähigkeit

Die OLB verwendet für die Feststellung ihrer Risikotragfähigkeit zwei Sichtweisen: eine wertorientierte und eine periodenorientierte Sicht.

Wertorientierte Risikotragfähigkeit

Zur Beurteilung der wertorientierten Risikotragfähigkeit stellt die OLB ihr Risikodeckungspotenzial den bankweiten Risiken gegenüber. Dabei wird das Risikodeckungspotenzial über die Barwerte der Vermögenspositionen abzüglich der Barwerte der Schuldpositionen berechnet. Um Risikotragfähigkeit zu konstatieren, muss das Risikodeckungspotenzial die bankweiten Risiken stets übersteigen. Zur Sicherung der Unternehmensexistenz und des geschäftspolitischen Handlungsspielraums ist in der Risikostrategie der OLB zusätzlich eine über diese Minimalanforderung hinausgehende Mindestquote definiert.

Das bankweite Risiko wird durch Addition der Risikobeiträge der einzelnen Risikoarten ermittelt. Bei dieser konservativen Sichtweise bleiben Diversifikationseffekte zwischen den Risikoarten außen vor. Für die Berechnung des Risikos sind für die verschiedenen Risikoarten in der OLB ein Konfidenzniveau in Höhe von 99,93 % und eine Haltedauer von einem Jahr definiert, das heißt, dass in nur 0,07 % der Fälle ein Verlust eintritt, der höher als das berechnete Risiko ist.

Die wertorientierte Risikotragfähigkeitsbetrachtung wurde im Geschäftsjahr 2011 weiterentwickelt und in zwei Betrachtungsweisen getrennt. Die erste folgt den Standards des Allianz Konzerns und orientiert sich konsequent an einem Liquidationsszenario. Gegenüber der Sichtweise des Vorjahres bedeutet dies, dass die Kernaktiva, die für den Geschäftsbetrieb erforderlich wären, nun als Risikodeckungspotenzial zur Verfügung stehen. Zudem entfällt auf der Risikoseite der Kapitalbetrag für das strategische Risiko, da dieses im Wesentlichen aus der Unsicherheit des Neugeschäftes resultiert, welches im Liquidationsansatz keine Berücksichtigung findet. Die zweite Sichtweise ergänzt die erste um Going-Concern-Aspekte, die sich an aufsichtsrechtlichen Vorgaben orientieren. Kernaktiva bleiben als Risikodeckungspotenzial unberücksichtigt, da sie für den Geschäftsbetrieb erforderlich sind. Gleichzeitig wird sichergestellt, dass die aufsichtsrechtlichen Mindestkapitalanforderungen auch nach Schlagendwerden des kalkulierten Risikos erfüllt sind.

Periodenorientierte Risikotragfähigkeit

Im Rahmen der periodenorientierten Risikotragfähigkeitsanalyse werden die geplanten Entwicklungen bilanzieller Risiko- und Kapitalgrößen betrachtet und die Einflussgrößen der Veränderungen eruiert. Dabei wird die Entwicklung unter normalen, aber auch unter extremen Marktbedingungen untersucht. Die OLB hat hierzu extreme, aber nicht unwahrscheinliche Szenarien zur wirtschaftlichen Entwicklung defi-

niert, um den Einfluss auf mehrere Risikofaktoren gleichzeitig und auf die Bewertung der Portfolios zu untersuchen. Ziel ist es, Handlungsimpulse für die Steuerung zu generieren, um die Risikotragfähigkeit der OLB sicherzustellen und die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen der Solvabilitätsverordnung zu gewährleisten.

Organisation des Risikomanagements und -controllings

Das zentrale Gremium, in dem alle strategisch risikorelevanten Themen diskutiert und abgestimmt werden, ist das Risikokomitee. Im Risikokomitee sind der Risikovorstand, der für den Bereich Treasury/Eigenhandel zuständige Vorstand sowie die Leiter der Abteilungen Kreditmanagement, Risikocontrolling, Treasury/Eigenhandel, Finanzen/Controlling, Revision und Vorstandsbüro vertreten. Die abschließende

Entscheidung über strategisch risikorelevante Aspekte trifft der Gesamtvorstand. Er ist dabei an die vom Aufsichtsrat erlassene Geschäftsordnung gebunden, die die erforderlichen Rahmenbedingungen definiert. Darüber hinausgehende Entscheidungen außerhalb der Kompetenz des Vorstands werden mit dem Aufsichtsrat abgestimmt.

Risikomanagement

Für das Risikomanagement sind die Leiter der folgenden Zentralabteilungen verantwortlich:

Risikoart	Zentralabteilung
Adressrisiken	Kreditmanagement Gesamtbank
Marktpreis- und Liquiditätsrisiken	Treasury/Eigenhandel
Operationelle Risiken	Organisation
Rechtsrisiken	Rechtsabteilung
Strategische Risiken/Geschäftsrisiken	Finanzen/Controlling
Reputationsrisiken	Unternehmenskommunikation

Sie haben unter Berücksichtigung der vom Vorstand in der Geschäfts- und Risikostrategie definierten strategischen Ausrichtung und Ziele sowie der erlassenen Kompetenzen die Aufgabe, die Risiken auf Basis ihrer Analysen und Bewertungen

angemessen zu steuern. Dazu gehören die adäquate Gestaltung von organisatorischen Strukturen, Prozessen und Zielvereinbarungen im Allgemeinen genauso wie die individuelle Kreditentscheidung im Speziellen.

Risikoüberwachung

Die Risikoüberwachung ist dem Risikovorstand zugeordnet und beinhaltet die Abteilungen Risikocontrolling und Compliance/Geldwäsche. Sie sind als vom Risikomanagement organisatorisch unabhängige Instanzen implementiert. Aufgabe des Risikocontrollings ist es, die Risiken vollständig und konsistent zu analysieren, zu messen und zu kontrollieren. Es stellt dem Risikomanagement die zur aktiven und risikoadäquaten Steuerung erforderlichen Risikoanalysen und Risikoinformationen (beispielsweise Limitauslastungen) zur Verfügung. Die Stabsstelle Compliance/Geldwäsche ist für die Überwachung der Einhaltung verschiedener Gesetze und Richtlinien verantwortlich, wie zum Beispiel der Regelungen zur Verhinderung von Insiderhandel, Geldwäsche oder betrügerischen Handlungen.

Zusätzlich nimmt die interne Revision eine prozessunabhängige Einschätzung der Angemessenheit des Risikomanagement- und -controllingsystems vor, um Funktionsfähigkeit und Effektivität des gesamten Risikoprozesses und damit zusammenhängender Prozesse zu prüfen.

Risikoreporting

Im Rahmen des Risikoreportings berichtet das Risikocontrolling in regelmäßigen Abständen an die Entscheidungsträger (Aufsichtsrat, Vorstand, Risikokomitee, betroffene Abteilungsleiter). Dabei ist die Häufigkeit der Berichterstattung von der Bedeutung des Risikos sowie von aufsichtsrechtlichen Anforderungen abhängig. Unter Risikogesichtspunkten wesentliche Informationen werden unverzüglich an die Geschäftsleitung, die jeweiligen Verantwortlichen und gegebenenfalls an die interne Revision weitergeleitet.

Die das Kreditgeschäft betreffenden externen Risikomeldungen an die Deutsche Bundesbank sind Aufgabe der Abteilungen Kreditmanagement Gesamtbank sowie Finanzen/Controlling.

Die Tochterinstitute der Oldenburgische Landesbank AG haben an ihre Größenordnung angepasste organisatorische Verfahrensweisen implementiert.

Management und Controlling spezifischer Risiken

Adressrisiken

Risikomanagement Kundenkreditgeschäft

Die Steuerung sämtlicher Adressrisiken im Kundenkreditgeschäft obliegt dem Kreditmanagement Gesamtbank. Sie basiert auf einem integrierten Konzept klar definierter Richtlinien, Kompetenzstrukturen und Anreizsysteme, das in Einklang steht mit der strategischen Ausrichtung und den Zielen des Hauses.

Konsistent zu diesem Konzept ist der Kreditentscheidungsprozess gestaltet. Eine organisatorische und disziplinarische Trennung von Markt und Marktfolge ist auf allen Ebenen gewährleistet. Das Kreditmanagement ist dabei in regionale und zentrale Einheiten aufgeteilt.

Abhängig vom zu entscheidenden Kreditrisiko sind unterschiedliche organisatorische Regelungen getroffen. Ziel ist es, mit der Struktur und Aufgabenverteilung eine risikoadäquate und effiziente Entscheidungsfindung und Bearbeitung von Kreditengagements in Abhängigkeit von Losgrößen, Risikogehalt und Komplexität zu erreichen. So ist in der OLB für die Kundengruppen der Firmen- und Privatkunden ein adressbezogenes Gesamtengagementvolumen von bis zu 250 Tsd. Euro als homogenes, risikoarmes Geschäft definiert. Diese Engagements unterliegen vereinfachten Votierungs-, Entscheidungs- und Überwachungsprozessen. Die Engagements des inhomogenen Portfolios (Gesamtengagementvolumen über 250 Tsd. Euro und alle Spezialfinanzierungen) werden aufgrund ihres spezifischen Risikogehalts – innerhalb festgelegter Regeln – individuell votiert, entschieden und überwacht.

Die Beurteilung von Risiken und die Genehmigung der Kredite erfolgt im homogenen Geschäft bei Finanzierungen bis 50 Tsd. Euro und bei privaten Baufinanzierungen bis 250 Tsd. Euro durch den Markt, soweit angemessene Bonität gegeben ist. Bei allen übrigen Engagements erfolgt die Beurteilung der Risiken in Zusammenarbeit von Markt und Marktfolge. Im Neugeschäft wird für jeden Kreditnehmer auf Basis von statistischen Bonitätsbeurteilungsverfahren das Risiko seiner Zahlungsunfähigkeit in Form einer Bonitätsklasse ermittelt. Parallel dazu wird die Bewertung der vom Kunden gestellten Sicherheiten vorgenommen. Diese findet in Abhängigkeit von Umfang und Komplexität unter Einbeziehung der Marktfolge oder durch interne und externe zertifizierte Gutachter statt. Zusammen

ergeben Kreditvolumen, Bonitätsklasse und Besicherung ein absolutes Maß für das Kreditrisiko des Kunden.

Während der Laufzeit der Kredite unterliegen die Engagements einer laufenden Kreditüberwachung. Bei Engagements mit einem Volumen über 250 Tsd. Euro (ohne private Baufinanzierungen) werden jährlich eine individuelle Aktualisierung der Bonitätsklasse und eine Überprüfung der Sicherheitenbewertung vorgenommen. Zudem unterliegen alle Engagements verschiedenen maschinellen Überwachungsverfahren, die bei Auftreten von Risikosignalen eine individuelle Neubewertung auslösen. Vor dem Hintergrund der besonderen Bedeutung von Realsicherheiten für die OLB ist zentral ein Immobilienmonitoring installiert, das regionale Preisentwicklungen am Immobilienmarkt verfolgt und bei wesentlichen Veränderungen ebenfalls eine individuelle Neubewertung der betroffenen Engagements veranlasst.

Die Genehmigung der Kreditvergabe und -überwachung ist an das Risiko gekoppelt. In Abhängigkeit von Volumen und Bonitätsklasse sind entsprechende Kompetenzen definiert, sodass Kreditentscheidungen risikoabhängig immer auf adäquater Ebene getroffen werden.

Um das Risiko des Kreditportfolios insgesamt auf ein angemessenes Maß zu begrenzen, existieren Anreiz- und Anforderungssysteme. So regeln z. B. Richtlinien die Hereinnahme und Bewertung von Sicherheiten. Limite, z. B. je Kreditnehmer oder je Finanzierung, führen dazu, dass bei Bedarf entsprechend Konsortialpartner eingebunden werden. Risikoabhängige Preise in Verbindung mit einer risikobereinigten Ertragsmessung der Vertriebseinheiten schaffen Anreize, Neugeschäft nur bei entsprechender Bonität und angemessener Besicherung einzugehen.

Um eine angemessene Beurteilung der Risiken auf Dauer sicherzustellen, wird auf eine hohe Qualität der Prozesse Wert gelegt. Eine umfangreiche Aus- und Fortbildung der Mitarbeiter und eine regelmäßige Überprüfung der Prozesse sind dabei von entscheidender Bedeutung. Nachgelagerte Analysen und Validierungen erlauben zudem ein Urteil darüber, wie aussagekräftig die Ergebnisse der Bonitätsbeurteilung und Sicherheitenbewertung tatsächlich sind, und ermöglichen eine Prognose über die zukünftige Risikosituation.

Um auf Portfolioebene Risikokonzentrationen zu vermeiden, sind über die Kompetenzen hinaus Einzelengagement- und Teilportfoliolimite definiert. Die Überwachung dieser Limite ist Aufgabe der Abteilung Risikocontrolling.

Darüber hinaus wird vierteljährlich durch das Risikocontrolling die Entwicklung der Kreditrisiken insgesamt untersucht. Dabei werden Strukturanalysen des Portfolios (Rating, Sicherheiten, Größenklassen, Branchen, Neugeschäft etc.) vorgenommen und die Auswirkungen auf den erwarteten Verlust (Expected Loss) und die ökonomischen sowie aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen eruiert. Die Ergebnisse sind Teil der vierteljährlichen Risikoberichterstattung an das Risikokomitee, den Vorstand und den Aufsichtsrat.

Risikomanagement Eigenhandel

Die OLB ist keine Investmentbank. Ihren Eigenhandel unterscheidet sie zum einen in ein vom Umfang und Risiko eher untergeordnetes Handelsbuch. Dazu gehören Wertpapiere und Kontrakte, die mit dem Ziel gehalten werden, durch kurzfristige Handelsaktivitäten wirtschaftliche Erfolge zu erzielen. Zum anderen werden Eigenhandelsgeschäfte im Anlagebuch getätigt, die das Ziel haben, die Liquidität der Bank langfristig zu sichern und Zinsänderungsrisiken im Rahmen der definierten Limite zu steuern. Sie dienen damit der Sicherung der langfristigen Unternehmensexistenz.

Geschäftsfelder des Anlagebuches sind im Wesentlichen der Geldhandel sowie der Handel bzw. die Emission von Schuldverschreibungen. Ergänzt werden diese durch Derivatgeschäfte zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken. Die Anlagen in zwei Spezialfonds, die im Wesentlichen in Schuldverschreibungen und Aktien investiert sind, vervollständigen das Portfolio und diversifizieren das Risiko.

Den Emittenten- und Kontrahentenausfallrisiken im Handelsgeschäft mit Banken und bei Wertpapieranlagen begegnet die OLB mit einer grundsätzlichen Beschränkung auf Handelspartner erstklassiger Bonität, einem dezidierten Limitsystem sowie einem weit diversifizierten Portfolio. Die strategische Ausrichtung ist in der Treasury-Strategie fixiert.

Die Kreditrisiken aus dem Handelsgeschäft werden im Rahmen der Genehmigung analog zum kommerziellen Geschäft behandelt.

Risikomessung

Zur internen Messung der Kreditrisiken insgesamt verwendet die OLB ein Verfahren, das auf der Methodik des IRB-Ansatzes nach Solvabilitätsverordnung basiert. Damit lässt sich ein erwarteter Verlust für das Kreditportfolio auf Sicht eines Jahres ermitteln.

Darauf aufbauend hat die OLB ein Portfoliomodell implementiert, das die Abbildung aller Kreditrisiken in Form eines Value-at-Risk ermöglicht. Als Value-at-Risk wird dabei der potenzielle Verlust bezeichnet, der unter normalen Marktbedingungen mit einer festgelegten Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) für einen vorgegebenen Zeitraum nicht überschritten wird. Das Ergebnis für den Value-at-Risk bei einem Konfidenzniveau in Höhe von 99,93% und einer Haltedauer von einem Jahr stellt die Risikoposition für die Adressrisiken in der Risikotragfähigkeitsbetrachtung dar.

Darüber hinaus wird monatlich der Value-at-Risk für das Teilportfolio der Forderungen und das der Wertpapiere im Anlagebuch berechnet. Diese Größen sind in der Risikostrategie limitiert.

Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken unterliegt die OLB im Wesentlichen im Kundengeschäft sowie im Eigenhandel. Nennenswerte Faktoren dabei sind:

- die Entwicklung von Zinssätzen und Zinsstrukturkurven,
 - der Preis gehandelter Aktien und
 - die Währungskursverhältnisse
- sowie die Schwankungen (Volatilitäten) dieser Größen.

Bei der Messung und Limitierung von Marktpreisrisiken wird zwischen Handels- und Anlagebuch unterschieden. Das Handelsbuch der OLB beschränkt sich dabei auf Aktien-, Devisen- und Zinsgeschäfte; es ist damit auf die genannten Risikokategorien begrenzt. Das Risiko im Anlagebuch liegt im Wesentlichen in der Zinsentwicklung. Darüber hinaus sind in begrenztem Umfang Aktien- und Devisenkursrisiken aus den OLB-Anlagefonds zu nennen.

Risikomessung

Die Quantifizierung und Limitierung der Marktpreisrisiken erfolgt auf Gesamthausebene insbesondere mittels statistischer Value-at-Risk-Modelle.

Das Value-at-Risk-Modell für das Anlagebuch basiert auf einer historischen Simulation, in die die Zins- und Aktienkursveränderungen seit 1988 zeitlich gleichgewichtet einbezogen werden.

Zur Quantifizierung des Zinsrisikos werden dabei die Veränderungen des Zinsbuchbarwertes ermittelt, die sich bei Eintritt der historisch beobachteten Zinsänderungen ergeben würden. Für die variablen Produkte wird dabei eine Ablauffiktion auf Basis ihres historischen Zinsanpassungsverhaltens geschätzt.

Der Value-at-Risk für das Handelsbuch wird über einen Delta-Normal-Ansatz berechnet. Die Risikopositionen werden dabei zum einen für den Handelsbestand insgesamt und zum anderen für die Bereiche Aktien, Zinsen und Devisen ermittelt. Als Risikofaktoren finden dabei Aktienkurse und Aktienindizes, Wechselkurse und Zinsstrukturkurven Berücksichtigung. Diese werden über die RiskMetrics-Methodik modelliert. Hierbei finden Haltedauer, Volatilität und die stochastische Verteilung des entsprechenden Risikofaktors Berücksichtigung.

Die zur Berechnung der Value-at-Risk-Kennzahl des Handelsbuches notwendigen Korrelationen werden über eine Korrelationsmatrix berücksichtigt. Nichtlineare Risiken (z. B. Aktienoptionen) werden entsprechend dem Delta-Plus-Ansatz nach Solvabilitätsverordnung behandelt und als Add-on den jeweiligen Portfolios zugeordnet.

Bei den Simulationen werden folgende Parameter verwendet:

	Handelsbuch	Anlagebuch
Risikoarten	Aktienkurs-, Zinsänderungs- und Währungsrisiken	Aktienkurs- und Zinsänderungsrisiken
Marktdaten	250 Handelstage, gleichgewichtet	Seit Anfang 1988, gleichgewichtet
Portfoliohaltedauer	10 Tage	1 Jahr
Konfidenzniveau	99 %	99,93 %

Zur Qualitätssicherung der Risikomessung im Handelsbuch findet zudem regelmäßig ein Backtesting der Value-at-Risk-Ergebnisse statt. Bei diesem Verfahren werden die durch die tatsächlichen Preisbewegungen entstandenen hypothetischen Gewinne und Verluste eines konstant gehaltenen Portfolios mit den durch das Value-at-Risk-Modell prognostizierten Werten verglichen.

Risikomanagement

Verantwortlich für die Steuerung der Marktpreisrisiken ist die Abteilung Treasury/Eigenhandel. Über die Positionierung im Anlagebuch wird ergänzend im Risikokomitee beraten und durch den Vorstand entschieden.

Um die Risiken insgesamt zu begrenzen, sind Limite definiert. Als Messgrößen dienen:

- der Value-at-Risk für das Anlagebuch,
- der Value-at-Risk für das Handelsbuch sowie
- der wirtschaftliche Verlust im Handelsbuch.

Risikolimiten für Marktpreisrisiken auf Gesamtinstitutsebene per 31. Dezember 2011

Risikoart	Messgröße	Limit
Marktpreisrisiken Anlagebuch	Value-at-Risk (99,93 % / 1 Jahr)	140,0 Mio. Euro
	Value-at-Risk (99 % / 10 Tage)	4,0 Mio. Euro
Marktpreisrisiken Handelsbuch	Wirtschaftlicher Verlust insgesamt	3,0 Mio. Euro
	Wirtschaftlicher Verlust eines Handelsbereichs (Aktien, Renten oder Devisen)	3,0 Mio. Euro

Neben dem Limit für das Gesamtinstitut bestehen im Anlagebuch Einzellimite für das Segment OLB Regionalbank sowie das Segment Allianz Bank. Darüber hinaus sind separate Limite für Aktienpositionen sowie die Anleihepositionen der Liquiditätsreserve in den Segmenten Regionalbank und Allianz Bank definiert.

Für das Handelsbuch bestehen intern weitere operative Limite, die der Einhaltung der beschriebenen globalen Limite dienen. So ist z.B. eine sogenannte Loss-Notification-Regelung definiert, die Verluste im Eigenhandel zeitnah aufzeigt und frühzeitig Möglichkeiten zum Gegensteuern gibt. Ferner gilt ein Diversifikationslimit, um Risikokonzentrationen zu vermeiden.

Die Limitierung der Marktpreisrisiken wurde im Rahmen der jährlichen Aktualisierung der Risikostrategie überarbeitet. Der Value-at-Risk für das Anlagebuch wurde von 95 Mio. Euro auf 140 Mio. Euro erhöht, um dem in den letzten 2 Jahren gestiegenen Geschäftsvolumen sowie der veränderten Zinssituation am Kapitalmarkt im Rahmen der Zinsrisikosteuerung adäquat Rechnung tragen zu können. Die Limitierung der Zinsänderungsrisiken über den Basis Point Value wurde in diesem Zusammenhang aufgehoben.

Zur Bewertung der Marktpreisrisiken werden ergänzend verschiedene Stressszenarien gerechnet. Für das Anlagebuch findet dabei eine Überprüfung der Zinsänderungsrisiken nach

aufsichtsrechtlichen Anforderungen statt. Für das Handelsbuch sind verschiedene Szenarien definiert, die insbesondere die Veränderung von Aktien- und Devisenkursen, Zinssätzen sowie deren Volatilitäten betrachten.

Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen für die Überprüfung der Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch wurden im November 2011 seitens der Aufsicht neu definiert. Das bisherige Zinsschockszenario (+130 Basispunkte / -190 Basispunkte) wurde durch ein konservativeres Szenario (+200 Basispunkte / -200 Basispunkte) ersetzt. Die neuen Regelungen wurden für das interne Stressszenario im Anlagebuch übernommen.

Risikoüberwachung

Die Überwachung der Risikopositionen erfolgt durch das Risikocontrolling. Die Auslastung der vorgegebenen Risikolimits des Handelsbuches wird täglich auf Basis der Tagesendbestände vom Risikocontrolling festgestellt. Der Risikovorstand wird zu Beginn eines jeden Handelstages über die Entwicklung des Marktpreisrisikos, der Limitauslastungen sowie der Gewinne und Verluste informiert. Über die Marktpreisrisiken im Anlagebuch wird monatlich berichtet.

Liquiditätsrisiken

Risikomessung

Die Messung und Steuerung der kurzfristigen Liquiditätsrisiken erfolgt auf Basis täglich verfügbarer Liquiditätsablaufbilanzen mit einer Vorausschau auf die nächsten 30 Tage. Diese Sicht dient der Sicherstellung der kurzfristigen Zahlungsbereitschaft insbesondere durch Halten einer angemessenen Liquiditätsreserve. Die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennziffer ist dabei strenge Nebenbedingung.

Darüber hinaus nutzt die OLB eine Anwendung zur Messung und Steuerung von mittel- bis langfristigen Liquiditätsrisiken. Mit ihr wird die Liquiditätssituation monatlich durch das Risikocontrolling überwacht. Basis sind u. a. Auswertungen, die den zukünftigen Liquiditätscashflow analysieren. Der Liquiditätscashflow stellt dabei den Saldo aller zukünftigen Ein- und Auszahlungen bis zum jeweiligen Zeitpunkt dar. In diesem Zusammenhang findet die Geschäftsentwicklung sowohl unter normalen Marktbedingungen („Normal Case“) als auch unter Stressszenarien („Rezession“, „Downgrade“, „Kombiniert“) Berücksichtigung.

Im „Normal Case“ wird für das gesamte Kundengeschäft ein konstantes Geschäftsvolumen unterstellt. Dieses Szenario stellt die Liquiditätssituation unter normalen Geschäftsbedingungen dar.

Das Szenario „Rezession“ beschreibt die Folgen einer rezessiven wirtschaftlichen Entwicklung. Aufgrund zunehmender Kreditausfälle, einer verstärkten Inanspruchnahme von Kreditlinien sowie einer abnehmenden Sparquote kommt es mittelfristig zu Mittelabflüssen. Durch die zusätzlich unterstellten höheren Bewertungsabschläge bei den Wertpapieren der Liquiditätsreserve enthält das Szenario darüber hinaus Elemente einer Marktkrise.

Das Szenario „Downgrade“ unterstellt eine Bonitätsverschlechterung der OLB. Dabei wird von einem kurzfristigen Mittelabfluss bei Termingeldern, Sicht- und Spareinlagen sowie OLB-Anleihen ausgegangen. Das Szenario enthält damit Elemente eines Bankruns.

Im Jahr 2011 wurde ergänzend ein kombiniertes Szenario entwickelt. Dieses verbindet die Annahmen des Szenarios „Rezession“ mit denen des Szenarios „Downgrade“.

Über die Ergebnisse der Analysen wird der Vorstand im Risikokomitee monatlich informiert.

Risikomanagement

Die kurzfristigen Liquiditätsrisiken sind auf Basis der aufsichtsrechtlichen Kennziffer der Liquiditätsverordnung limitiert. Forderungen und Verbindlichkeiten werden dazu auf Laufzeitbänder verteilt. Das Verhältnis von Zahlungsmitteln zu Verbindlichkeiten darf gemäß aufsichtsrechtlicher Anforderung im ersten Laufzeitband (täglich oder bis zu einem Monat) die Zahl 1 nicht unterschreiten. Um die Einhaltung dieser Anforderung jederzeit sicherzustellen, ist ein internes Limit definiert, das bei Erreichen entsprechende risikoreduzierende Maßnahmen auslöst. Über die Entwicklung dieser Kennzahl wird regelmäßig dem Risikokomitee berichtet.

Die Limitierung der mittel- bis langfristigen Liquiditätsrisiken basiert auf der Kennzahl der „kumulierten relativen Liquiditätsüberhänge“. Diese stellt für definierte Laufzeitbänder den Liquiditätscashflow ins Verhältnis zum Gesamtbestand an Verbindlichkeiten. Limite existieren dabei für die Stressszenarien „Rezession“, „Downgrade“ sowie das kombinierte Szenario. Letzteres wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr neu implementiert. Ein Unterschreiten der Limite löst entsprechend risikoreduzierende Maßnahmen aus.

Das Liquiditätsrisiko wird im Bereich Treasury/Eigenhandel gesteuert. Das Management kann bei Bedarf jederzeit auf die Wertpapierbestände der Liquiditätsreserve zurückgreifen und durch Verkauf, durch Verpfändung für Bundesbank-Refinanzierungsfazilitäten oder durch Terminverkauf im Rahmen von **Repo-Geschäften** zusätzlichen Liquiditätsbedarf decken. Langfristiger Liquiditätsbedarf wird außer über das Kundengeschäft durch die Aufnahme von Refinanzierungsdarlehen oder durch die Platzierung von Schuldscheindarlehen gedeckt.

Details zur Messung, Limitierung und Steuerung der Liquiditätsrisiken sind in der Liquiditäts-Strategie der OLB fixiert.

Operationelle Risiken

Risikomessung

Zur Identifikation und Bewertung operationeller Risiken werden im OLB-Konzern einheitliche und aufeinander abgestimmte Instrumente eingesetzt. Die Basis dafür bildet eine Kategorisierung der Geschäftsprozesse der Bank. Darauf aufbauend erfolgt eine systematische Erfassung und Zuordnung von Verlust- und Risikodaten.

Seit Januar 2003 werden relevante Verlustdaten aus operationellen Schadensfällen in einer Datenbank erfasst. Die Erkenntnisse aus den erfassten Schadensfällen bilden die Basis für eine zielgerichtete und detaillierte Ursachenanalyse und Ursachenbehebung.

Zur Ermittlung des Risikopotenzials aus operationellen Risiken werden im OLB-Konzern jährliche Szenarioanalysen durchgeführt. Hierbei werden kritische Szenarien ausgewählt, die bei geringer Eintrittswahrscheinlichkeit eine hohe finanzielle Auswirkung auf den OLB-Konzern hätten.

Die Szenarien werden mit den entsprechenden Prozessverantwortlichen besprochen und von ihnen hinsichtlich möglicher Schadenshöhe und -häufigkeit bewertet. Auf der Grundlage der Ergebnisse der Szenarioanalyse erfolgt die Ermittlung des Potenzials operationeller Risiken für die laufende Risikotragfähigkeitsrechnung.

Nach Genehmigung durch die BaFin wird der regulatorische Kapitalbedarf für das operationelle Risiko nach dem Standardverfahren ermittelt. Der Einsatz eines fortschrittlichen Messansatzes zur Ermittlung des operationellen Risikos wird geprüft.

Risikomanagement

Das Management von operationellen Risiken basiert auf den durchgeführten Szenarioanalysen, den Analysen der eingetretenen Schadensfälle und den Risikoindikatoren für bedeutende operationelle Risiken. Je nach Bedeutung der erkannten Risikofelder gilt es, Maßnahmen zu ergreifen, die unter Berücksichtigung von Kosten-Nutzen-Erwägungen die Risiken begrenzen. Dazu gehören die Optimierung von Prozessen oder die adäquate Information der Mitarbeiter (unter anderem durch Fortbildung und Nutzung moderner Kommunikationsverfahren) genauso wie die Versicherung gegen Großschadensfälle (beispielsweise Gebäudebrand der Zentrale) oder ein angemessenes Backup-System für EDV-technische Daten.

Bzgl. Kriminalitäts- und Korruptionsrisiken sind im abgelaufenen Geschäftsjahr Gefährdungsanalysen durch Compliance/Geldwäsche durchgeführt worden. Die Fraud-Präventions-Richtlinie sowie eine Antikorruptionsrichtlinie regeln das Management dieser Risiken.

Rechtsrisiken

Der Prozess zur Identifikation, Messung und Steuerung von Rechtsrisiken ist identisch mit dem der operationellen Risiken. Auf Basis von Szenarioanalysen werden die Risiken rechtlicher Veränderungen quantifiziert und in Abhängigkeit von der Bedeutung entsprechende Maßnahmen zur Risikobegrenzung ergriffen.

Das Management der Rechtsrisiken ist dabei Aufgabe der Rechtsabteilung. Beispielsweise werden zur Risikobegrenzung für etablierte Produkte geprüfte Standardverträge verwendet. In diesem Zusammenhang unterstützt die Rechtsabteilung die entsprechenden Fachabteilungen bei der Produktgestaltung, damit die verwendeten Verträge stets den aktuellen rechtlichen Rahmenbedingungen entsprechen und notwendige Konsequenzen aus Änderungen in der Gesetzgebung sowie aktuellen Rechtsprechungen zeitnah umgesetzt werden.

Bei individuellen Verträgen werden zudem die rechtlichen Risiken des Einzelfalls geprüft und durch eine adäquate Vertragsgestaltung begrenzt.

Reputationsrisiken

Der Prozess zur Identifikation, Messung und Steuerung von Reputationsrisiken ist ebenfalls identisch mit dem operativen Risiken. Er liegt in der Verantwortung der Unternehmenskommunikation. Auch hier werden Szenarien entwickelt und dafür geeignete Maßnahmen zur Schadensbegrenzung aufgestellt. Dazu gehören zum einen präventive Maßnahmen wie beispielsweise die Definition von Unternehmensleitlinien und Verhaltensregeln für Mitarbeiter, die den positiven Auftritt des OLB-Konzerns nach außen fördern, und zum anderen die bewusste Zurückhaltung bei Geschäften, die zu einer Rufschädigung führen können. Zusätzlich werden für den Eintritt verschiedener Schadensszenarien Maßnahmen festgelegt, die potenzielle Schäden begrenzen.

Strategische Risiken / Geschäftsrisiken

Zur Einschätzung strategischer Risiken werden im OLB-Konzern die klassischen Instrumente der Simulation von Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung eingesetzt. Die Geschäftsstrategie wird ständig einer kritischen Prüfung unterzogen und bei Bedarf an die geänderten Rahmenbedingungen angepasst.

Konzentrationsrisiken

Das Management von Konzentrationsrisiken findet im Rahmen der Steuerung der einzelnen Risikoarten in den jeweils verantwortlichen Abteilungen statt.

Risikolage

Risikotragfähigkeit

Für die Feststellung der Risikotragfähigkeit der OLB ergeben sich die folgenden Risikopositionen:

Mio. Euro	2011	2010
Adressrisiko	325,0	421,4
Marktpreisrisiko Anlagebuch	81,3	49,1
Marktpreisrisiko Handelsbuch	5,5	5,5
Operationelles Risiko	39,9	33,3
Liquiditätsrisiko	0,9	—
Strategisches Risiko	—	94,7
Bankweites Risiko	452,6	604,0

Ein Vergleich des bankweiten Risikos mit dem wertorientiert ermittelten Risikodeckungspotenzial zeigt, dass für die OLB auf Basis eines Konfidenzniveaus in Höhe von 99,93 % die Risikotragfähigkeit gegeben ist.

Adressrisiko

Das Adressrisiko wird auf Basis eines Credit-Value-at-Risk aus einem Kreditportfoliomodell nach CreditMetrics™ berechnet. Die jährliche Überprüfung der Risikoparameter hat im Jahr 2011 zu einer deutlichen Risikoentlastung geführt. Methodische Effekte spielen keine Rolle.

Marktpreisrisiko des Anlagebuches

Das Marktpreisrisiko des Anlagebuches wird wertorientiert über die historischen Zins- und Aktienkursveränderungen bewertet und limitiert. Die Entwicklung des Value-at-Risk im Jahr 2011 zeigt insbesondere ab August einen sukzessiven Anstieg bis auf 81,3 Mio. Euro am 31. Dezember 2011. Hintergrund sind zum einen Umschichtungen im Wertpapierportfolio zugunsten von Papieren mit längeren Laufzeiten mit dem Ziel der Rentabilitätsverbesserung. Zum anderen führte das gesunkene Zinsniveau durch einen Anstieg des Zinsbuchwertes zu einer Erhöhung des Value-at-Risk.

Marktpreisrisiko des Handelsbuches

Das Marktpreisrisiko des Handelsbuches wird ebenfalls über einen Value-at-Risk abgebildet. Zum Ansatz kommt ein Limit für den Value-at-Risk (99,93 Prozent/10 Tage).

Operationelles Risiko

Für das operationelle Risiko wird der Risikobetrag auf Basis eines Value-at-Risk aus einer OLB-individuellen Szenarioanalyse ermittelt. Der Anstieg resultiert aus der jährlichen Neubewertung.

Liquiditätsrisiko

Ein Risikobetrag für das Liquiditätsrisiko wird im Jahr 2011 das erste Mal berücksichtigt. Grund ist die Neuorientierung am Liquidationsansatz, wodurch bisherige Annahmen zu Neugeschäften, die über alle Laufzeitbänder hinweg zu Liquiditätsüberhängen führten, entfallen. Die veränderte Ausgangssituation zeigt nun geringe Liquiditätslücken, die zu einem unbedeutenden Liquiditätsrisiko führen.

Strategisches Risiko

Das Geschäftsrisiko wurde im Jahr 2010 über einen Ansatz ermittelt, der einen Risikobetrag errechnet auf Basis von

Vergleichen der Ist- und Plan-Werte bei den wesentlichen Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung. Ergänzt wurde diese Betrachtung um strategische Überlegungen. Der korrespondierende Risikobetrag für das Geschäftsrisiko entfällt mit der Risikotragfähigkeitsbetrachtung 2011, da das Geschäftsrisiko im Wesentlichen das Planungsrisiko des Neugeschäfts darstellt und dieses durch Orientierung am Liquidationsansatz unberücksichtigt bleibt.

Bankweites Risiko

Das bankweite Risiko ergibt sich durch Addition der einzelnen Risikopositionen. Dieser konservative Ansatz zur Berechnung des Risikos berücksichtigt damit keine Diversifikationseffekte zwischen den Risikoarten. Unter dieser Annahme beträgt das bankweite Risiko zum Stichtag 31. Dezember 2011 452,6 Mio. Euro.

Adressrisiken

Als Ergebnis des laufenden Kreditentscheidungs- und -überwachungsprozesses lässt sich das Kreditportfolio des OLB-Konzerns wie folgt strukturiert darstellen. Die genannten Volumina stellen dabei das maximale Kreditausfallrisiko im Sinne IFRS 7.36(a) dar (Buchwerte nach Abzug der Risikovorsorge):

Kreditportfolio nach Forderungsklassen

Mio. Euro	2011	2010
Forderungen an Kunden	9.792,3	9.451,3
Forderungen an Kreditinstitute	924,0	1.530,5
Finanzanlagen	2.258,9	1.983,1
Handelsaktiva	18,5	20,0
Eventualverbindlichkeiten	337,2	360,3
Offene Kreditzusagen	494,0	620,5
Summe	13.824,9	13.965,7

Das Kreditportfolio des OLB-Konzerns wird mit 77% (Vorjahr: 75%) zum überwiegenden Teil aus dem Kundenkreditgeschäft gebildet. Diesem sind die Positionen Forderungen an Kunden, Eventualverbindlichkeiten und offene Kreditzusagen zuzuordnen.

Kreditportfolio nach Qualität der Forderung

Mio. Euro	Forderungen an Kunden	Eventualverbindlichkeiten	Offene Kreditzusagen	Sonstige Klassen	Gesamt	Gesamt Vorjahr
Nicht überfällig und nicht einzelwertberichtigt	9.372,5	329,9	490,2	3.200,7	13.393,3	13.556,1
Überfällig, aber nicht einzelwertberichtigt	196,0	3,5	1,9	0,3	201,7	216,0
Überfällig und einzelwertberichtigt	223,8	3,8	1,9	0,4	229,9	193,6
Summe	9.792,3	337,2	494,0	3.201,4	13.824,9	13.965,7

Als „überfällig“ werden Kunden eingestuft, die entsprechend der Basel II-Definition eine wesentliche Überziehung aufweisen. Diese ist definiert als eine Kontoüberziehung oder ein Darlehensrückstand in Höhe von mindestens 100 Euro und mindestens 2,5 % des genehmigten Kreditvolumens des Kunden. Zudem werden in der OLB Überziehungen bzw. Rückstände ab 250 Tsd. Euro unabhängig vom Kreditvolumen des Kunden als wesentlich eingestuft.

Besteht eine wesentliche Überziehung mehr als 90 Tage, gilt der Kunde als ausgefallen. Er wird in das Verfahren zur Bildung von Einzelwertberichtigungen aufgenommen und bei Bedarf wertberichtigt (Kategorie „Überfällig und einzelwertberichtigt“).

Bonitätsklassen

Die folgende Übersicht zeigt das nicht überfällige und nicht einzelwertberichtigte Kreditportfolio der OLB gegliedert nach Bonitätsklassen. Dabei beruht die Einstufung sofern vorhanden auf der internen Ratingklasse. Diese liegt für das Kundenkreditportfolio, die Bankenforderungen sowie für den überwiegenden Teil der Finanzanlagen vor. Lediglich bei fehlender interner Einstufung werden externe Ratings herangezogen. Bei staatlich garantierten Papieren wird auf das Länderrating des Garanten abgestellt.

Nicht überfällige und nicht einzelwertberichtigte Forderungen
– Gliederung nach Bonitätsklassen –

Mio. Euro	Forderungen an Kunden	Forderungen an Kreditinstitute	Finanzanlagen	Handelsaktiva	Eventualverbindlichkeiten	Offene Kreditzusagen	Gesamt	Gesamt Vorjahr
I–II	436,2	447,0	1.705,4	1,7	1,4	12,4	2.604,1	1.630,5
III–IV	852,9	465,2	465,8	3,6	32,7	26,6	1.846,8	3.128,0
V–VI	1.688,1	10,0	19,4	3,7	144,6	132,9	1.998,7	2.020,6
VII–VIII	2.997,5	0,1	0,4	2,1	83,3	191,8	3.275,2	3.318,4
IX–X	2.551,7	—	—	1,0	47,3	93,9	2.693,9	2.632,6
XI–XII	774,1	—	—	1,2	19,0	31,8	826,1	715,3
XIII–XIV	49,9	—	—	—	0,5	0,7	51,1	37,8
n. a.	22,1	1,7	67,6	4,8	1,1	0,1	97,4	72,9
Summe	9.372,5	924,0	2.258,6	18,1	329,9	490,2	13.393,3	13.556,1

Bonitätsklasse	Bewertung
I – II	Unzweifelhafte Fähigkeit zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtung
III – IV	Große Fähigkeit zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtung
V – VI	Fähigkeit zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtung auch in schwierigen Konjunkturphasen
VII – VIII	Fähigkeit zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtung mit kleineren Einschränkungen
IX – X	Fähigkeit zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtung mit Einschränkungen
XI – XII	Fähigkeit zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtung beeinträchtigt
XIII – XIV	Erhöhte bis ausgeprägte Anfälligkeit für Zahlungsverzug

In der Kategorie der nicht überfälligen und nicht einzelwertberichtigten Forderungen wird für rund 93 % (Vorjahr: 94 %) der Volumina die Fähigkeit zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen als gegeben angesehen (Bonitätsklasse I-X), bei 6,2 % (Vorjahr: 5,3 %) ist unter negativen Umständen von einer Beeinträchtigung auszugehen (Bonitätsklasse XI-XII). Wahrscheinlich ist die Zahlungsunfähigkeit bei lediglich 0,4 % (Vorjahr: 0,3 %) (Bonitätsklasse XIII-XIV).

Sicherheiten

Die Sicherheiten im Kreditportfolio des OLB-Konzerns entstammen dem Kundenkreditgeschäft und sind entsprechend den Forderungsklassen Forderungen an Kunden, Eventualverbindlichkeiten und Offene Kreditzusagen zuzuordnen. Die Volumina der übrigen Forderungsklassen sind unbesichert.

Kreditvolumen und zugeordnete Sicherheiten im Kundenkreditgeschäft

Mio. Euro	Forderungen an Kunden	Eventualverbindlichkeiten	Offene Kreditzusagen	Gesamt	Gesamt Vorjahr
Volumen der Forderungsklasse	9.792,3	337,2	494,0	10.623,5	10.432,1
Zugeordnete Sicherheiten	5.592,6	65,4	18,4	5.676,4	5.410,1

Die Kreditvolumina des Kundenkreditgeschäftes sind zu rund 53 % (Vorjahr: 52 %) besichert. Den wesentlichen Anteil der Sicherheiten bilden Grundpfandrechte an wohnwirtschaftlichen und gewerblichen Immobilien mit 80 % (Vorjahr: 81 %), gefolgt von liquiden Sicherheiten wie Kontoguthaben, Bausparverträgen und Lebensversicherungen mit 9 % (Vorjahr: 9 %). Auf die sonstigen Sicherheiten, im Wesentlichen Sicherungsübereignungen und Bürgschaften, entfallen etwa 11 % (Vorjahr: 10 %).

Der OLB-Konzern hat im abgelaufenen Geschäftsjahr weder an finanziellen noch an nichtfinanziellen Vermögensgegenständen Besitz erlangt, die als Sicherheit für an Kunden vergebene Kredite gedient haben. Relevante Sachverhalte gemäß IFRS 7.38 liegen damit nicht vor.

*Rückstände***Überfällige, aber nicht einzelwertberichtigte Forderungen****– Gliederung nach Dauer des Rückstands –**

Mio. Euro	Forderungen an Kunden	Eventualverbindlichkeiten	Offene Kreditzusagen	Sonstige Klassen	Gesamt	Gesamt Vorjahr
Bis 30 Tage	163,7	3,4	1,9	0,3	169,3	204,2
31–60 Tage	28,5	0,1	—	—	28,6	10,6
61–90 Tage	3,8	—	—	—	3,8	1,2
Summe	196,0	3,5	1,9	0,3	201,7	216,0

In der Kategorie der überfälligen, aber nicht einzelwertberichtigten Forderungen ist der überwiegende Teil in Höhe von 83,9 % (Vorjahr: 94,5 %) maximal 30 Tage rückständig. Auf längerfristige Rückstände entfallen 16,1 % (Vorjahr: 5,5 %).

Konzentrationsrisiken

Konzentrationsrisiken im Bereich des Adressrisikos werden im Rahmen der vierteljährlichen Risikoberichterstattung analysiert. Dabei finden Analysen auf Basis von Einzelengagements (Größenkonzentration), Branchen oder darüber hinaus definierter Teilportfolios statt.

Das Kreditportfolio der OLB zeigt in den vergangenen Jahren ein überproportionales Wachstum in den oberen Engagementgrößenklassen. Dennoch weist das Kundenkreditportfolio zum 31. Dezember 2011 lediglich vier Engagements auf, deren Kreditvolumina die aufsichtsrechtliche Meldegrenze für Großkredite nach § 13a KWG überschreiten. Um die Größenkonzentrationsrisiken aktiver zu steuern, wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr Limite auf Engagementebene in die Risikostrategie aufgenommen.

Die Branchenverteilung des Kreditportfolios ist geprägt durch die in der Geschäftsregion ansässige Kundschaft. Das Kreditgeschäft im Bereich der erneuerbaren Energien, insbesondere die

Finanzierung von Windkraft-, Biogas- und Fotovoltaikanlagen, haben dabei in den vergangenen Jahren deutlich an Bedeutung gewonnen und zu durchaus nennenswerten Volumina im Kreditportfolio des OLB-Konzerns geführt. Hier spiegelt sich die führende Kompetenz der OLB in diesen Geschäftsfeldern wider.

Zur Begrenzung von Branchenkonzentrationsrisiken im Kreditportfolio sind Teilportfoliolimite definiert, die im abgelaufenen Geschäftsjahr neu ausgestaltet wurden. Um den Fokus der Betrachtung stärker auf das Branchenrisiko auszurichten, wurden projekthafte und nicht projekthafte Finanzierungen je Spezialfinanzierungssegment zusammengefasst und hierfür neue Limite definiert. Alle Limitierungen wurden unverändert das ganze Geschäftsjahr über eingehalten.

Schiffsfinanzierungen

Die OLB hat in den vergangenen Jahren ein Teilkreditportfolio im Bereich der Seeschiffsfinanzierungen aufgebaut. Die anhaltende Wirtschafts-, Schulden- und Finanzkrise in Verbindung mit unverändert niedrigen Charterraten in der Schifffahrt hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr spürbar negativ auf das Risikoprofil dieses Teilportfolios ausgewirkt. Die OLB prüft intensiv Handlungsoptionen bei betroffenen Finanzierungen und hat die Kreditrisikovorsorge entsprechend erhöht.

Sicherheiten

Neben der Konzentration auf einzelne Kreditnehmer können Konzentrationsrisiken auch durch die Fokussierung auf einzelne Sicherheitengeber hervorgerufen werden. Da die Sicherheiten dem breit gestreuten Portfolio der Kundenkredite entstammen, sehen wir dort jedoch keine relevanten Konzentrationsrisiken für den OLB-Konzern.

Kreditinstitute

Die Adressrisiken aus Forderungen an Kreditinstitute und von Kreditinstituten begebenen Anleihen sind insgesamt gering. Die Volumina entfallen vollständig auf Bonitätsklassen im Bereich Investment Grade (I-VI), 98,8 % der Forderungen liegen im Bereich I-IV. [siehe Grafik unten links](#)

Negative adressrisikospezifische Auswirkungen der Finanzmarkt- und Schuldenkrise auf das Teilportfolio der Banken sind im Geschäftsjahr 2011 nicht erkennbar. Die Bonitätsklassenstruktur hat sich verglichen mit dem Vorjahr verbessert, das Volumen insgesamt reduziert. Die OLB verfolgt in diesem Segment eine zunehmend konservative Risikopolitik.

Länderrisiken

Länderrisiken als spezifische Ausprägung des Adressrisikos spielen im OLB-Konzern keine wesentliche Rolle.

Marktpreisrisiken

Handelsbuch

Value-at-Risk des Handelsbuches (99 % / 10 Tage) nach Risikokategorien im Jahr 2011:

Mio. Euro	Aktienrisiken	Devisenrisiken	Zinsrisiken	Handel gesamt
Mittelwert	0,43	0,12	0,35	0,65
Minimum	0,01	—	—	0,01
Maximum	1,70	0,61	1,20	2,24

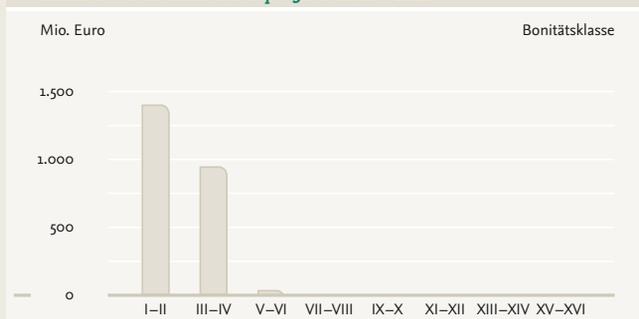
Die Marktpreisrisiken des Handelsbuches (VaR-Modell 99 % / 10 Tage) bewegten sich im Jahr 2011 durchweg im Rahmen des Limits von 4 Mio. Euro. Die durchschnittliche Auslastung lag bei 16 % des Limits. Die maximale Auslastung ergab sich im August und betrug 56 %.

Das Marktumfeld war im Jahr 2011 weiterhin von den krisenhaften Entwicklungen in mehreren europäischen Staaten geprägt. Der massive Kurseinbruch an den Aktienbörsen hat

die Risikokennzahlen im August sprunghaft ansteigen lassen. Mit Erreichen einzelner Verlustlimite wurden Handelsportfolios zunächst geschlossen. Anschließend wurde der Handel bis zum Jahresende in deutlich reduziertem Umfang fortgeführt.

[siehe Grafik unten rechts](#)

Bonitätsklassenverteilung der Forderungen an Kreditinstitute und Anleihen von Kreditinstituten per 31. Dezember 2011



VaR-Handelsbuch 2011 (99 % / 10 Tage)



■ Minimum, Maximum, Mittelwert ■ VaR

Anlagebuch

Value-at-Risk des Anlagebuches (99,93 % / 1 Jahr) im Jahr 2011:

Mio. Euro	VaR
Mittelwert	57,4
Minimum	41,8
Maximum	81,8

Die Marktpreisrisiken des Anlagebuches (VaR-Modell 99,93 % / 1 Jahr) bewegten sich im Jahr 2011 im Durchschnitt unterhalb des Niveaus des Vorjahres. So lag der durchschnittliche Value-at-

Risk mit 57,4 Mio. Euro unterhalb des Wertes für 2010 in Höhe von 66,1 Mio. Euro. Das Limit wurde durchweg eingehalten.

Der spürbare Anstieg des Value-at-Risk ab August liegt in Umschichtungen bei den Wertpapieren der Liquiditätsreserve begründet. Zur Renditeverbesserung wurde die durchschnittliche Restlaufzeit der Wertpapiere verlängert. Darüber hinaus führte das gesunkene Zinsniveau durch einen Anstieg des Zinsbuchwertes zu einer Erhöhung des Value-at-Risk.

☞ siehe Grafiken unten

Liquiditätsrisiken

Entwicklung der aufsichtsrechtlichen Meldekennziffer

Mio. Euro	2011	2010
Mittelwert	1,78	1,44
Minimum	1,56	1,26
Maximum	2,30	1,71

Der Mindestwert der Meldekennziffer in Höhe von 1 wurde das ganze Jahr über eingehalten. Im Durchschnitt lag die Kennziffer 78 % über der Mindestanforderung. Zum 31. Dezember 2011 betrug die Kennziffer 2,30.

Der spürbare Anstieg der Liquiditätskennziffer im abgelaufenen Geschäftsjahr ist das Resultat aus einer erhöhten Liquiditätsvorsorge als Reaktion auf die Krisensituation an den Finanzmärkten.

Fälligkeiten

Zur Bemessung und Steuerung der Liquiditätsrisiken bedarf es diverser Fälligkeitsannahmen für Forderungen und Verbindlichkeiten. Die OLB folgt diesbezüglich den Annahmen der

Liquiditätsverordnung. Dies impliziert, dass für bestimmte Verbindlichkeiten eine spätere Rückzahlung als die frühestmögliche angenommen wird. Für täglich fällige Verbindlichkeiten werden zum Beispiel die Rückzahlungen zu 10 % (Kunden) bzw. 40 % (Kreditinstitute) im folgenden Monat erwartet. Für den übrigen Teil unterstellt die OLB eine Rückzahlung später als ein Jahr. Auf der anderen Seite gehen die Annahmen der Liquiditätsverordnung davon aus, dass ein Teil der nicht ausgenutzten Kreditzusagen nicht abgerufen wird. Für 20 % wird eine Inanspruchnahme innerhalb des Folgemonats angenommen. Für die übrigen 80 % wird nicht von einer Inanspruchnahme innerhalb Jahresfrist ausgegangen.

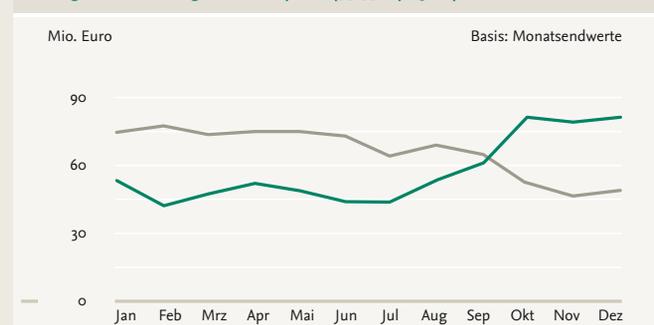
Unabhängig von den Annahmen der Liquiditätsverordnung ist in den folgenden Tabellen dargestellt, in welche Restlaufzeiten sich die Forderungen und Verbindlichkeiten tatsächlich gliedern. Bei den Angaben handelt es sich um Buchwerte vor Abzug der Risikovorsorge.

VaR-Anlagebuch 2011 (99,93 % / 1 Jahr)



■ Minimum, Maximum, Mittelwert ■ VaR

Vergleich VaR-Anlagebuch 2010/2011 (99,93 % / 1 Jahr)



■ VaR 2010 ■ VaR 2011

Forderungen 2011

Mio. Euro	2011				
	bis 3 Monate	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Befristete Forderungen an Kreditinstitute	695,0	—	—	—	695,0
Forderungen an Kunden ¹	1.729,3	589,8	2.430,3	5.172,9	9.922,3
Forderungen zum 31. Dezember 2011	2.424,3	589,8	2.430,3	5.172,9	10.617,3

¹ In den Forderungen an Kunden mit einer Restlaufzeit bis drei Monate sind Forderungen in Höhe von 1.159,7 Mio. Euro mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

Verbindlichkeiten 2011

Mio. Euro	2011				
	bis 3 Monate	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	102,8	—	—	—	102,8
Befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	313,4	182,1	1.205,1	1.593,6	3.294,2
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.656,6	—	—	—	3.656,6
Spareinlagen	1.368,3	543,8	171,4	—	2.083,5
Andere befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	589,1	365,2	375,0	475,1	1.804,4
Verbriefte Verbindlichkeiten	19,9	172,4	449,4	520,0	1.161,7
Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten	95,4	40,0	84,6	169,7	389,7
Steuerschulden	—	—	11,4	—	11,4
Nachrangige Verbindlichkeiten	—	—	132,9	141,3	274,2
Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2011	6.145,5	1.303,5	2.429,8	2.899,7	12.778,5

Daneben existieren Forderungen und Verbindlichkeiten aus derivativen Finanzinstrumenten. Die folgende Tabelle weist die Verbindlichkeiten aus Derivaten aus. Dazu wurden die negativen Marktwerte mit ihrem Fälligkeitsdatum eingestellt.

Verbindlichkeiten aus Derivaten 2011

Mio. Euro	2011				
	bis 3 Monate	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Zinsswaps	2,7	1,4	48,8	64,2	117,1
Devisentermingeschäfte/Devisenswaps	3,1	1,6	0,1	—	4,8
Devisenoptionen	0,2	0,1	0,1	—	0,4
Aktienindexoptionen	—	—	—	—	—
Futuresoptionen	—	—	—	—	—
Aktienoptionen	—	—	—	—	—
Caps	—	—	—	0,1	0,1
Summe zum 31. Dezember 2011	6,0	3,1	49,0	64,3	122,4

Forderungen 2010

Mio. Euro					2010
	bis 3 Monate	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Befristete Forderungen an Kreditinstitute	1.400,7	50,0	—	—	1.450,7
Forderungen an Kunden ¹	1.591,7	595,3	2.351,6	4.983,1	9.521,7
Forderungen zum 31. Dezember 2010	2.992,4	645,3	2.351,6	4.983,1	10.972,4

¹ In den Forderungen an Kunden mit einer Restlaufzeit bis drei Monate sind Forderungen in Höhe von 1.029,9 Mio. Euro mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

Verbindlichkeiten 2010

Mio. Euro					2010
	bis 3 Monate	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	25,1	—	—	—	25,1
Befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.015,9	270,8	989,1	1.515,6	3.791,4
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.626,4	—	—	—	3.626,4
Spareinlagen	924,5	625,6	110,2	—	1.660,3
Andere befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	924,5	161,5	314,5	521,0	1.921,5
Verbriefte Verbindlichkeiten	10,0	72,6	329,5	687,2	1.099,3
Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten	87,7	35,5	73,2	153,9	350,3
Steuerschulden	—	—	13,5	—	13,5
Nachrangige Verbindlichkeiten	—	—	117,9	136,5	254,4
Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2010	6.614,1	1.166,0	1.947,9	3.014,2	12.742,2

Daneben existieren Forderungen und Verbindlichkeiten aus derivativen Finanzinstrumenten. Die folgende Tabelle weist die Verbindlichkeiten aus Derivaten aus. Dazu wurden die negativen Marktwerte mit ihrem Fälligkeitsdatum eingestellt.

Verbindlichkeiten aus Derivaten 2010

Mio. Euro					2010
	bis 3 Monate	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Zinsswaps	—	0,1	42,8	51,6	94,5
Devisentermingeschäfte / Devisenswaps	2,6	1,1	0,2	—	3,9
Devisenoptionen	0,1	0,1	—	—	0,2
Aktienindexoptionen	0,3	—	—	—	0,3
Futuresoptionen	—	—	—	—	—
Aktienoptionen	0,3	0,1	—	—	0,4
Caps	—	—	—	0,2	0,2
Summe zum 31. Dezember 2010	3,3	1,4	43,0	51,8	99,5

Deckung der Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten werden insgesamt gedeckt durch bilanzielle Aktiva wie die Kassenposition, Guthaben bei Zentralnotenbanken, Wertpapiere und gedeckte Schuldverschreibungen, Anteile an Spezialfonds sowie Forderungen an Kunden und Kreditinstitute.

Die Schuldverschreibungen, die der Kategorie **Available-for-Sale** (AFS) zugeordnet werden, haben einen Gesamtwert in Höhe von 2.238,8 Mio. Euro. Eventuelle Liquiditätsanforderungen aus bestehenden Verbindlichkeiten können so über einen Verkauf dieser Position erfüllt werden. Sollte eine Veräußerung aufgrund der Marktsituation nicht möglich sein, können diese Schuldverschreibungen alternativ im Rahmen von Offenmarktgeschäften mit der EZB zur Beschaffung von kurzfristiger Liquidität herangezogen werden.

Die OLB verfügt mit ihren über rund 850 Tsd. Kunden über sehr unterschiedliche Finanzierungsquellen und besitzt wegen dieser kleinteiligen Engagements weder bei Vermögenswerten noch Finanzierungsquellen wesentliche Konzentrationen von Liquiditätsrisiken.

Liquiditätscashflows per 31. Dezember 2011

Neben den oben dargestellten Übersichten zur Restlaufzeitenstruktur der Forderungen und Verbindlichkeiten zeigt die folgende Grafik die Liquiditätscashflows über einen Zeitraum von sieben Jahren. Dabei wird unterstellt, dass die Liquiditätsreserve – sobald verfügbar – zur Liquiditätsgenerierung eingesetzt wird. [siehe Grafik unten](#)

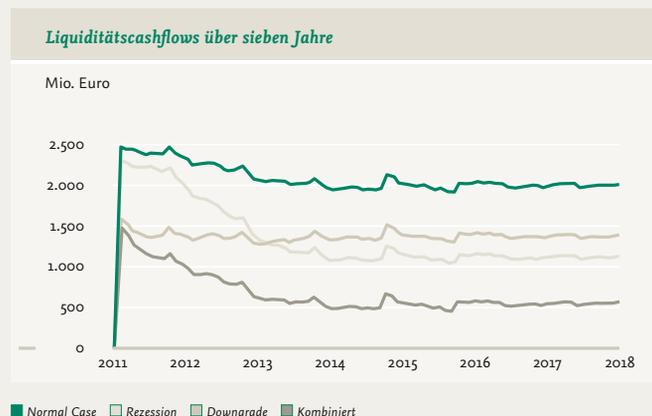
Der Liquiditätscashflow zeigt in allen Szenarien deutliche Liquiditätsüberhänge. Die Liquidität der OLB ist auch in Zeiten wirtschaftlicher Rezession ausreichend sichergestellt.

Wesentliche Merkmale des Internen Kontrollsystems und des Risikomanagementprozesses im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Nach den durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz eingeführten §§ 289 Abs. 5, 315 Abs. 2 Nr. 5 HGB, mit denen die Vorgaben einer EU-Richtlinie in nationales Recht umgesetzt werden, haben kapitalmarktorientierte Unternehmen im (Konzern-)Lagebericht die wesentlichen Merkmale des Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den (Konzern-)Rechnungslegungsprozess zu beschreiben. Die Abschlussadressaten sollen sich ein Bild von den wesentlichen Merkmalen des Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den (Konzern-)Rechnungslegungsprozess machen können.

Nach der Gesetzesbegründung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes umfasst das Interne Kontrollsystem die Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Rechnungslegung, zur Sicherung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung sowie zur Sicherung der Einhaltung der maßgeblichen rechtlichen Vorschriften. Dazu gehört auch das Interne Revisionssystem, soweit es sich auf die Rechnungslegung bezieht. Das Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess bezieht sich als Teil des Internen Kontrollsystems wie Letzteres auf Kontroll- und Überwachungsprozesse der Rechnungslegung und den Bereich der Finanzberichterstattung.

 siehe Glossar Seite 152



Der Vorstand der OLB gestaltet Umfang und Ausrichtung der eingerichteten Systeme in eigener Verantwortung anhand der unternehmensspezifischen Anforderungen aus. Bei der Errichtung und Beurteilung des Internen Kontrollsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess werden die Kriterien des Rahmenwerkes „Internal Control – Integrated Framework“ des „Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission“ (COSO) angewandt. Grundlegende Elemente des COSO Rahmenwerkes bilden die Elemente Überwachung, Information und Kommunikation, Effektivität der Kontrollen, Umgang mit Risiko, und Unternehmensphilosophie.

Das Interne Kontrollsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess und die eingesetzten IT-Systeme der OLB zielt darauf ab, Risiken in Bezug auf die Finanzberichterstattung zu identifizieren, zu bewerten, durch geeignete Maßnahmen zu begrenzen und zu überprüfen. Es umfasst Richtlinien und definierte Vorgehensweisen bezüglich der vollständigen Bereitstellung von Daten und Unterlagen, die ein sachgerechtes und angemessen genaues Bild der Geschäftsvorfälle und Vermögenslage der OLB widerspiegeln. Diese Richtlinien und Vorgehensweisen stellen ebenso sicher, dass angewandte Rechnungslegungsvorschriften erfüllt werden können. Alle Verfügungen und Ausgaben werden dem Rahmen festgelegter Genehmigungsverfahren der OLB-Unternehmensleitung unterworfen; ein eventueller Missbrauch mit materiellen Auswirkungen auf die Ertrags- und Vermögenslage kann mit angemessener Sicherheit ausgeschlossen werden.

Wesentliche Elemente der Richtlinien und Vorgehensweisen sind dabei die Einhaltung des Vier-Augen-Prinzips für wesentliche Kontrollen, Funktionstrennung in der Aufbauorganisation und Transparenz.

Am Rechnungslegungsprozess sind neben den eingebundenen Tochterunternehmen im Wesentlichen die Zentralabteilung Finanzen/Controlling mit den Gruppen Bilanz, Finanzbuch-

haltung, Controlling und Allianz Bank Controlling sowie die beiden Zentralabteilungen Risikocontrolling und Informationstechnologie beteiligt. Die Organisation und Kontrolle der Buchhaltung unterliegt der Gruppe Finanzbuchhaltung. Die Organisation und Kontrolle der Abschlusserstellung wird von der Gruppe Bilanz wahrgenommen und durch die Gruppe Finanzbuchhaltung unterstützt. Mit qualitätssichernden Maßnahmen unterstützen die Gruppen Controlling und Allianz Bank Controlling den Abschlussprozess, speziell an den Schnittstellen zwischen interner und externer Berichterstattung. Die Zentralabteilung Risikocontrolling liefert insbesondere Daten zur Bewertung von Geschäften, die zu Barwerten in den Rechnungslegungsprozess einfließen. Die Zentralabteilung Informationstechnologie liefert die Infrastruktur für die am Rechnungslegungsprozess beteiligten Systeme. Die eingesetzten Systeme sind durch entsprechende Einrichtungen im EDV-Bereich gegen unbefugte Zugriffe geschützt. Im Bereich der eingesetzten Systeme wird, soweit wie möglich, Standardsoftware eingesetzt.

Die Einhaltung der Richtlinien und definierten Vorgehensweisen wird durch interne Prüfungen der Revision und der Organisationsabteilung sowie durch externe Prüfungen regelmäßig einer Kontrolle unterzogen. Dem Prüfungsausschuss des Aufsichtsrates wird hierüber Bericht erstattet.

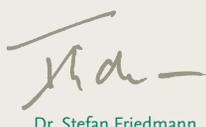
Die Vorstandszuständigkeit für die Abteilungen Zentralabteilungen Finanzen/Controlling und Risikocontrolling sind getrennt von der Vorstandszuständigkeit für die Revision.

Es muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass auch angemessen und funktionsfähig eingerichtete Systeme keine absolute Sicherheit zur Identifikation und Steuerung der Risiken gewähren können.

Oldenburg, 28. Februar 2012
Oldenburgische Landesbank AG
Der Vorstand



Dr. Achim Kassow
Sprecher



Dr. Stefan Friedmann



Jörg Höhling



065

Konsolidierter Konzernabschluss

Konsolidierte Gewinn- und Verlustrechnung	066
Konsolidierte Gesamtergebnisrechnung	067
Konsolidierte Bilanz	068
Entwicklung des konsolidierten Eigenkapitals	070
Konsolidierte Kapitalflussrechnung	071

Konsolidierte Gewinn- und Verlustrechnung des Oldenburgische Landesbank Konzerns für den Zeitraum 1.1. – 31.12.2011

Mio. Euro	2011	2010	Veränderungen	Veränderungen (%)	Anhang/Seite
Zinserträge (und ähnliche Erträge)	551,9	501,7	50,2	10,0	
Zinsaufwendungen (und ähnliche Aufwendungen)	307,2	263,7	43,5	16,5	
Zinsüberschuss	244,7	238,0	6,7	2,8	02 / 084
Provisionserträge	128,0	135,7	-7,7	-5,7	
Provisionsaufwendungen	46,1	50,8	-4,7	-9,3	
Provisionsüberschuss	81,9	84,9	-3,0	-3,5	03 / 085
Laufendes Handelsergebnis	-1,6	-0,7	-0,9	>100	04 / 086
Übrige Erträge	68,0	70,7	-2,7	-3,8	05 / 086
Laufende Erträge	393,0	392,9	0,1	—	
Laufender Personalaufwand	182,9	182,2	0,7	0,4	
Sachaufwand	120,1	123,2	-3,1	-2,5	
Verwaltungsaufwand	303,0	305,4	-2,4	-0,8	06 / 087
Übrige Aufwendungen	1,2	3,3	-2,1	-63,6	07 / 087
Laufende Aufwendungen	304,2	308,7	-4,5	-1,5	
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	88,4	24,6	63,8	>100	08 / 088
Realisiertes Ergebnis aus Finanzanlagen	23,0	12,9	10,1	78,3	
Nicht laufendes Handelsergebnis	-4,0	1,2	-5,2	k. A.	
Ergebnis aus Finanzanlagen	19,0	14,1	4,9	34,8	09 / 088
Restrukturierungsaufwand	5,9	2,9	3,0	>100	10 / 089
Ergebnis vor Steuern	13,5	70,8	-57,3	-80,9	
Steuern	-3,4	18,3	-21,7	k. A.	11 / 089
Ergebnis nach Steuern (Gewinn)	16,9	52,5	-35,6	-67,8	
Unverwässertes sowie verwässertes Ergebnis je Aktie (Euro)	0,73	2,25	-1,52	-67,56	12 / 090

Konsolidierte Gesamtergebnisrechnung des Oldenburgische Landesbank Konzerns für den Zeitraum 1.1. – 31.12.2011

Mio. Euro	2011	2010	Veränderungen	Veränderungen (%)
Ergebnis nach Steuern (Gewinn)	16,9	52,5	- 35,6	- 67,8
unrealisierte Marktwertveränderungen (brutto)	0,1	0,9	- 0,8	- 88,9
Umbuchung in die Gewinn- und Verlustrechnung wegen Realisierung brutto				
wegen realisierter Gewinne und Verluste	- 26,9	- 14,6	- 12,3	84,2
wegen Wertberichtigungen	3,2	1,0	2,2	>100
Steuern auf unrealisierte Marktwertveränderungen	- 1,2	2,4	- 3,6	k. A.
Steuern auf Umbuchung in die Gewinn- und Verlustrechnung wegen Realisierung	4,6	2,0	2,6	>100
Summe der im Eigenkapital berücksichtigten Erträge und Aufwendungen	- 20,2	- 8,3	- 11,9	>100
Gesamtsumme der Erträge und Aufwendungen	- 3,3	44,2	- 47,5	k. A.

Alle Positionen nach dem Ergebnis nach Steuern werden in der Note 36a zum kumulierten Bewertungseffekt aufgegriffen.

Konsolidierte Bilanz des Oldenburgische Landesbank Konzerns zum 31.12.2011

Aktiva Mio. Euro	31.12.2011	31.12.2010	Veränderungen	Veränderungen (%)	Anhang/Seite
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	144,3	158,8	- 14,5	- 9,1	14 / 094
Handelsaktiva	18,5	20,0	- 1,5	- 7,5	15 / 094
Forderungen an Kreditinstitute (netto nach Risikovorsorge in Höhe von 0,1 Mio. Euro, Vorjahr: 0,3 Mio. Euro)	924,1	1.530,5	- 606,4	- 39,6	16 / 094
Forderungen an Kunden (netto nach Risikovorsorge in Höhe von 130 Mio. Euro, Vorjahr: 70,4 Mio. Euro)	9.792,3	9.451,3	341,0	3,6	17 / 095
Finanzanlagen	2.258,9	1.983,1	275,8	13,9	20 / 097
Sachanlagen	97,5	100,7	- 3,2	- 3,2	21 / 099
Immaterielle Vermögenswerte	10,0	8,0	2,0	25,0	22 / 100
Sonstige Aktiva (netto nach Risikovorsorge in Höhe von 0 Mio. Euro, Vorjahr: 0,1 Mio. Euro)	78,9	80,0	- 1,1	- 1,4	23 / 100
Steuererstattungsansprüche	19,9	6,6	13,3	>100	24 / 101
Aktive latente Steuern	19,0	12,0	7,0	58,3	34 / 107
Summe der Aktiva	13.363,4	13.351,0	12,4	0,1	

Passiva Mio. Euro	31.12.2011	31.12.2010	Veränderungen	Veränderungen (%)	Anhang/Seite
Handelspassiva	15,7	13,1	2,6	19,8	26 / 102
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.397,0	3.816,5	-419,5	-11,0	27 / 102
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	7.544,5	7.208,2	336,3	4,7	28 / 102
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.161,7	1.099,3	62,4	5,7	29 / 103
Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten	389,7	350,3	39,4	11,2	30 / 103
Steuerschulden	11,4	13,5	-2,1	-15,6	33 / 107
Nachrangige Verbindlichkeiten	274,2	254,4	19,8	7,8	35 / 108
Eigenkapital	569,2	595,7	-26,5	-4,4	36 / 108
Gezeichnetes Kapital	60,5	60,5	—	—	
Kapitalrücklage	202,9	202,9	—	—	
Gewinnrücklagen	271,2	244,8	26,4	10,8	
Kumulierter Bewertungseffekt aus Available-for-Sale-Finanzinstrumenten	1,1	21,3	-20,2	-94,8	
Bilanzgewinn	33,5	66,2	-32,7	-49,4	
Summe der Passiva	13.363,4	13.351,0	12,4	0,1	

Entwicklung des konsolidierten Eigenkapitals des Oldenburgische Landesbank Konzerns für den Zeitraum 1.1. – 31.12.2011

Mio. Euro	Gezeichnetes Kapital	Kapital- rücklage	Gewinn- rücklagen	Kumulierter Bewertungs- effekt	Bilanzgewinn	Eigenkapital gesamt
31. Dezember 2009	60,5	202,9	214,2	29,6	58,3	565,5
Dividendenausschüttung aus Gewinnvortrag	—	—	—	—	-14,0	-14,0
Periodengewinn	—	—	—	—	52,5	52,5
Bewertungsänderungen aus Available-for-Sale-Finanzinstrumenten	—	—	—	-8,3	—	-8,3
Zuführung zu den Gewinnrücklagen	—	—	30,6	—	-30,6	—
31. Dezember 2010	60,5	202,9	244,8	21,3	66,2	595,7
Dividendenausschüttung aus Gewinnvortrag	—	—	—	—	-23,2	-23,2
Periodengewinn	—	—	—	—	16,9	16,9
Bewertungsänderungen aus Available-for-Sale-Finanzinstrumenten	—	—	—	-20,2	—	-20,2
Zuführung zu den Gewinnrücklagen	—	—	26,4	—	-26,4	—
31. Dezember 2011	60,5	202,9	271,2	1,1	33,5	569,2

Im Berichtsjahr wurde 1,00 Euro je Aktie ausgeschüttet (Vorjahr: 0,60 Euro je Aktie).

Weitere Angaben zu den Bestandteilen des Eigenkapitals folgen im Anhang unter Note (36).

Konsolidierte Kapitalflussrechnung des Oldenburgische Landesbank Konzerns für den Zeitraum 1.1. – 31.12.2011

Mio. Euro	2011	2010	Anhang/Seite
Laufende Geschäftstätigkeit			
Gewinn	16,9	52,5	
Abschreibungen auf Investitionen	3,2	1,0	
Zuschreibungen auf Investitionen	—	—	
Abschreibungen und Zuschreibungen auf Sachanlagen und Immaterielle Anlagewerte	16,6	17,4	21, 22 / 099, 100
Veränderung der Rückstellungen und der Risikovorsorge im Kreditgeschäft	120,2	52,3	08, 30 / 088, 103
Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten	-45,7	-46,1	
Gewinne aus der Veräußerung von Sach- und Finanzanlagen	-27,0	-14,5	
Sonstige Anpassungen	-229,1	-205,3	
Zwischensumme	-144,9	-142,7	
Veränderung der Forderungen an Kreditinstitute	606,6	-158,0	16 / 094
Veränderung der Forderungen an Kunden	-400,6	-1.011,1	17 / 095
Veränderung des Handelsbestands	4,1	-2,2	15, 26 / 094, 102
Veränderung der Anderen Aktiva	-10,4	45,7	
Veränderung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-419,5	31,9	27 / 102
Veränderung der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	336,3	907,6	28 / 102
Veränderung der Verbrieften Verbindlichkeiten	62,4	19,2	29 / 103
Veränderung der Anderen Passiva	22,1	15,6	30 / 103
Erhaltene Zinsen	549,1	495,2	
Erhaltene Dividenden	1,3	1,6	
Gezahlte Zinsen	-305,0	-261,2	
Ertragsteuerzahlungen	-16,3	-30,3	
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	285,2	-88,7	
Investitionstätigkeit			
Erlöse aus der Veräußerung von Finanzanlagen	1.663,4	767,7	
Erlöse aus der Veräußerung von Sachanlagen	2,0	0,1	
Zahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	-1.945,3	-692,1	
Zahlungen für den Erwerb von Sachanlagen und Immateriellen Vermögenswerten	-16,4	-16,1	21, 22 / 099, 100
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-296,3	59,6	
Finanzierungstätigkeit			
Erlöse aus Kapitalveränderungen	—	—	
Dividendenzahlungen	-23,2	-14,0	
Veränderung der Nachrangverbindlichkeiten	19,8	81,7	35 / 108
Nettoaufgabe von Genussrechtskapital	—	—	
Zinsaufwand für Genussrechtskapital	—	—	
Mittelveränderungen aus Sonstiger Finanzierungstätigkeit	—	—	
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-3,4	67,7	
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente			
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente zum 1. Januar	158,8	120,2	14 / 094
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente zum 31. Dezember	144,3	158,8	14 / 094
Veränderung der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	-14,5	38,6	

Konzernanhang

01 Grundlagen der Rechnungslegung

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Oldenburgische Landesbank AG (OLB) ist gemäß § 290 Abs. 1 HGB verpflichtet, für den Teilkonzern OLB einen Konzernabschluss aufzustellen, da die Befreiungstatbestände des § 291 Abs. 1 wegen der Ausschlussklausel in § 291 Abs. 3 Nr. 1 HGB nicht greifen.

Der Konzernabschluss ist nach den Vorschriften der International Financial Reporting Standards (IFRS) und Interpretationen des International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC), wie sie durch die EU verabschiedet sind, als verpflichtender Konzernabschluss gemäß Art. 4 der IAS-VO aufgestellt. Darüber hinaus regelt § 340i Abs. 2 HGB i. V. m. § 315a Abs. 1 HGB die Anwendung der genannten Vorschriften des HGB, wie z. B. zum Konzernlagebericht, die auch auf den IFRS-Konzernabschluss anzuwenden sind, sowie weitere explizite Zusatzangaben.

Bei der Erstellung des vorliegenden Konzernabschlusses wurden alle Standards angewandt, deren Anwendung für die Geschäftsjahre Pflicht war, sofern sie für den OLB-Konzern einschlägig sind.

Folgende Änderungen bzw. Ergänzungen bestehender Vorschriften waren erstmals verpflichtend für das Geschäftsjahr 2011 anzuwenden, sofern sie für den OLB-Konzern einschlägig sind:

- Verbesserungen der IFRS (2008 – 2010) bezogen auf
 - IFRS 1, IFRS 3, IFRS 7,
 - IAS 1, IAS 21, IAS 27, IAS 31, IAS 32, IAS 34, IAS 38, IAS 39
 - IFRIC 13
- Überarbeitete Fassung des IAS 24 (2009) mit Änderungen in IFRS 8
- Änderungen in IFRS 1 und in IFRS 7
- Änderungen in IAS 32
- Änderungen in IFRIC 14
- IFRIC 19 mit Änderungen in IFRS 1

Änderungen im IFRS 7 zu Angabepflichten bei der Übertragung finanzieller Vermögenswerte, die verpflichtend für Geschäftsjahre anzuwenden sind, die am oder nach dem 1. Juli 2011 beginnen, wurden vorzeitig freiwillig umgesetzt.

Die Änderungen haben keine wesentlichen Auswirkungen auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des OLB-Konzerns.

Der Konzernabschluss ist Bestandteil des Jahresfinanzberichts im Sinne des Transparenzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes (§ 37v WpHG) vom 5. Januar 2007.

Die im OLB-Konzern angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden stehen im Einklang mit den Normen der europäischen Bilanzrichtlinien. Die von den EU-Richtlinien geforderten zusätzlichen Angaben wurden in den Anhang mit aufgenommen. Die Regelungen des Aktiengesetzes (AktG) sowie des Bilanzrechtsreformgesetzes wurden beachtet. Berichtswährung ist der Euro, Berichtsjahr das Kalenderjahr. Beträge sind in der Regel auf Mio. Euro mit einer Nachkommastelle kaufmännisch gerundet.

Gegenstand der Bank ist gemäß § 3 der Satzung das Betreiben von Bankgeschäften aller Art mit Ausnahme des Investmentgeschäfts i. S. v. § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 6 KWG a. F.

Unter Anwendung der Erwerbsmethode konsolidiert die Bank Tochterunternehmen, bei denen sie sämtliche Stimmrechte und Anteile am Kapital hält. Konsolidiert wurden:

- W. Fortmann & Söhne KG, Oldenburg,
- Münsterländische Bank Thie & Co. KG, Münster,
- Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung, Oldenburg,
- OLB-Service Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Oldenburg.

Konsolidierungskreis

Spezialfonds werden gemäß SIC 12 konsolidiert, da die Bank Entscheidungsmacht über diese ausüben kann und die Mehrheit der Chancen und Risiken trägt. Hierbei handelt es sich um:

- AGI-Fonds Ammerland,
- AGI-Fonds Weser-Ems.

Spezialfonds

Diese werden von der Allianz Global Investors (AGI) verwaltet.

Alle aus konzerninternen Geschäften resultierenden Forderungen und Verbindlichkeiten, Erträge und Aufwendungen sowie Zwischenergebnisse werden eliminiert.

Ein Finanzinstrument ist ein Vertrag, der gleichzeitig bei einem Unternehmen zur Entstehung eines finanziellen Vermögenswertes und bei dem anderen zur Entstehung einer finanziellen Verbindlichkeit oder eines Eigenkapitalinstruments führt.

Finanzinstrumente

Die Käufe und Verkäufe der finanziellen Vermögenswerte werden zum Handelstag (trade date) angesetzt bzw. ausgebucht.

Gemäß IAS 39 sind alle Finanzinstrumente in der Bilanz zu erfassen, in vorgegebene Bestandskategorien einzuteilen und in Abhängigkeit von dieser Einteilung zu bewerten:

- Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte oder Schulden (Held-for-Trading) dienen hauptsächlich dazu, Gewinne aus kurzfristigen Preisschwankungen oder der Händlermarge zu erzielen.
- Bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzanlagen (Held-to-Maturity) sind Vermögenswerte mit festen Zahlungen und fester Laufzeit, die die Bank bis zur Endfälligkeit halten kann und will. Die Halteabsicht und -fähigkeit ist bei Erwerb und zu jedem Bilanzstichtag zu dokumentieren. Zum Berichtsstichtag hat die Bank keine Vermögenswerte in diese Kategorie eingestuft.
- Vom Unternehmen ausgereichte Kredite und Forderungen (Loans and Receivables) sind finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbareren Zahlungen, die nicht in einem aktiven Markt notiert sind. Diese Kategorie beinhaltet im Wesentlichen die Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden.
- Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available-for-Sale) sind die Residualgröße, also alle finanziellen Vermögenswerte, die nicht einer der vorstehenden Kategorien zuzuordnen sind, d. h., die Bank nutzt diese Kategorie nicht als Designationskategorie. Die Bank weist diese Bestände als Finanzanlagen aus.
- Von der Möglichkeit, finanzielle Vermögenswerte bzw. finanzielle Verpflichtungen als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet einzustufen (Designated as at Fair Value), wird nicht Gebrauch gemacht.

Kategorien der Finanzinstrumente

Zu den finanziellen Verbindlichkeiten, die nicht Handelszwecken dienen, zählen insbesondere Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie Verbriefte Verbindlichkeiten.

Die Erstbewertung sämtlicher Finanzinstrumente erfolgt zu Anschaffungskosten, die dem beizulegenden Zeitwert (Fair Value bzw. Marktwert) der hingegebenen (beim Erwerb finanzieller Vermögenswerte) oder erhaltenen (beim Erwerb finanzieller Verpflichtungen) Gegenleistung entsprechen. In der Folge werden finanzielle Vermögenswerte grundsätzlich mit dem Fair Value bewertet. Ausgenommen hiervon sind ausgereichte Kredite und Forderungen, die nicht zu Handelszwecken gehalten werden, und bestimmte finanzielle Vermögenswerte, deren Fair Value nicht zuverlässig ermittelt werden kann. Diese Ausnahmen werden mit fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Sofern es sich um Eigenkapitalinstrumente handelt, werden diese finanziellen Vermögenswerte zu Anschaffungskosten (at cost) bewertet. Finanzielle Verbindlichkeiten werden – sofern sie nicht zum Fair Value bewertete Handelspassiva sind – ebenfalls mit fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Von der Fair-Value-Option macht die OLB keinen Gebrauch.

Die entsprechende Klassifizierung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen in die oben genannten Kategorien wird bei Ersterfassung festgelegt. Umwidmungen haben im Berichtsjahr nicht stattgefunden.

Die Ausbuchung eines finanziellen Vermögenswerts erfolgt bei Verlust der Kontrolle über die vertraglichen Rechte aus diesem Vermögenswert. Eine finanzielle Verbindlichkeit wird ausgebucht, wenn diese getilgt ist.

Bezüglich der Bewertungs- und Bilanzierungsgrundlagen der einzelnen Bilanzposten und GuV-Positionen verweisen wir auf die Angaben in den ergänzenden Erläuterungen (Notes).

Währungs- umrechnung

Die Währungsumrechnung erfolgt nach den Vorschriften des IAS 21. Danach werden auf Fremdwährung lautende monetäre Vermögenswerte und Schulden sowie am Bilanzstichtag nicht abgewickelte Kassageschäfte zu Kassamittelkursen des Bilanzstichtags in Euro umgerechnet. Devisentermingeschäfte werden zu aktuellen, für die Restlaufzeit gültigen Terminkursen bewertet. Nichtmonetäre Vermögenswerte, die mit ihrem beizulegenden Zeitwert bewertet sind, werden mit dem aktuellen Wechselkurs in Euro umgerechnet.

Aufwendungen und Erträge, die sich aus der Währungsumrechnung ergeben, schlagen sich grundsätzlich in den entsprechenden Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung nieder. Es bestanden keine wesentlichen offenen Nettodevisenpositionen zum Ende des Geschäftsjahres.

Aufrechnung

Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten werden aufgerechnet und als Saldo in der Bilanz ausgewiesen, wenn gegenüber dem Geschäftspartner ein einklagbares Recht auf Aufrechnung der Beträge besteht und die Erfüllung der Geschäfte auf Nettobasis erfolgt oder gleichzeitig mit der Realisierung des Vermögenswertes die Verbindlichkeit beglichen wird.

Zinsüberschuss

Zinserträge und Zinsaufwendungen werden periodengerecht abgegrenzt. Zu Zinserträgen gehören Zinserträge aus Forderungen und Wertpapieren sowie aufgelaufene Agien und Disagien.

Unter den laufenden Erträgen werden Dividenden aus Aktien, Dividenden aus Anteilen an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen ausgewiesen.

Dividenden werden zum Zeitpunkt der rechtlichen Entstehung des Dividendenanspruchs erfolgswirksam. Bei Mieterträgen erfolgt eine periodengerechte Abgrenzung. Bei Zinsen für finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert berechnet werden, erfolgt der Ansatz nach der Effektivzinsmethode.

Das Unwinding als Barwertveränderung wertberechtigter oder abgeschriebener Forderungen erfolgt im Wege der Verwendung des Wertberichtigungskontos zugunsten des Zinsertrages. Die Bruttoforderung wird insoweit nicht verändert.

Zinserträge und -aufwendungen aus Repo- und Reverse-Repo-Geschäften werden ebenfalls periodengerecht abgegrenzt und im Zinsüberschuss ausgewiesen.

In dieser Position sind Provisionen aus dem Wertpapiergeschäft, der Vermögensverwaltung, dem Zahlungsverkehr, dem Auslandsgeschäft und Provisionen aus Dienstleistungen für Treuhandgeschäfte sowie aus der Vermittlung von Bankgeschäften, Versicherungen, Kreditkarten, Bausparverträgen und Immobilien enthalten. Provisionen werden zum Zeitpunkt der Erbringung der Dienstleistung erfolgswirksam.

Das Laufende Handelsergebnis umfasst alle realisierten und unrealisierten Gewinne und Verluste aus den Handelsaktiva und -passiva, soweit sie dem laufenden Geschäft zugeordnet sind. Darüber hinaus sind Provisionen sowie sämtliche aus Handelsaktivitäten resultierenden Zinserträge/-aufwendungen und Dividendenerträge im Laufenden Handelsergebnis enthalten. Die durch Hedge Accounting auftretenden Ineffektivitäten in den eng definierten Schranken des IAS 39 schlagen sich im Laufenden Handelsergebnis nieder.

Die Bank bildet Sicherungsbeziehungen nach den strengen Regeln des IAS 39 ab.

Es werden nur „Fair Value-Hedges“ zur Absicherung von Marktwertveränderungen bilanzierter Vermögenswerte bezüglich des Zinsänderungsrisikos gebildet. Als das abgesicherte Risiko wird das Risiko der Veränderung des beizulegenden Zeitwerts der abgesicherten Grundgeschäfte angesehen, das auf eine Veränderung des zugrunde liegenden Referenzzinssatzes zurückgeführt werden kann. Als Referenzzinssatz für zinstragende in Euro denominierte Grundgeschäfte wird die EURIBOR Swap-Kurve zugrunde gelegt.

Als Sicherungsderivate dienen Zinsswaps mit definierten Laufzeiten. Die Festzinsseite wird über die Laufzeit fixiert. Der variable Zinssatz ist an den Referenzzinssatz (EURIBOR) als Index gekoppelt.

Die zugeordnete Zinsstrukturkurve korrespondiert dabei – hinsichtlich der Laufzeit – mit der vertraglich vereinbarten Laufzeit der variablen Seite des jeweiligen Swaps; dies gilt für die zugeordneten Grundgeschäfte entsprechend.

Die abgesicherten Grundgeschäfte betreffen homogene Portfolios gleichartiger Kredite der Kategorie „Loans and Receivables“ sowie einzelne Wertpapiere aus dem Finanzanlagebestand der Available-for-Sale-Finanzinstrumente.

Für diese Fair Value-Hedges werden sowohl die Bewertung der Sicherungsderivate als auch die Bewertung der Grundgeschäfte bezüglich des Zinsänderungsrisikos im Ergebnis des laufenden Geschäftsjahres gezeigt. Gegenläufige Bewertungsänderungen kompensieren einander; auftretende Ineffektivitäten in den eng definierten Schranken des IAS 39 schlagen sich im Laufenden Handelsergebnis nieder.

Positive Marktwerte von Sicherungsderivaten im Rahmen des Hedge Accountings werden den Sonstigen Aktiva zugeordnet. Positive Marktwerte der Derivate des Bankbuchs, die nicht die strengen Voraussetzungen des IAS 39 erfüllen, werden den Handelsaktiva zugeordnet.

Provisionsüberschuss

Laufendes Handelsergebnis

Fair Value Hedge Accounting

Negative Marktwerte von Sicherungsderivaten im Rahmen des Hedge Accountings werden den Sonstigen Passiva in der Bilanzposition Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten zugeordnet. Negative Marktwerte der Derivate des Bankbuchs, die nicht die strengen Voraussetzungen des IAS 39 erfüllen, werden den Handelspassiva zugeordnet.

Nicht laufendes Handelsergebnis

Das Resultat aus dem Management der Finanzanlagen wird als Nicht laufendes Handelsergebnis angesehen. Zu diesem Zwecke werden Derivategeschäfte auf diese Finanzanlagen im Nicht laufenden Handelsergebnis abgebildet. Das Nicht laufende Handelsergebnis wird zusammen mit dem realisierten Ergebnis aus Finanzanlagen zum Ergebnis aus Finanzanlagen zusammengefasst.

Restrukturierungs- aufwand

Die Berücksichtigung von Restrukturierungsaufwendungen erfolgt zu dem Zeitpunkt, zu dem die Bank einen detaillierten Restrukturierungsplan für bestimmte Programme verabschiedet hat, dem formell zugestimmt und mit dessen Umsetzung begonnen wurde. Die Bemessung der erfassten Aufwendungen erfolgt auf der Basis qualifizierter Schätzungen über die zu erwartenden Kosten der einzelnen Maßnahmen.

Künftige Verpflichtungen, die über den Horizont eines Jahres hinausgehen, werden dabei auf den zugrunde liegenden Barwert abgezinst. Die vorgenommenen Schätzungen werden regelmäßig auf ihre Angemessenheit hin überprüft und ggf. angepasst. Nicht rückstellungsfähige Restrukturierungskosten werden in der Periode erfasst, in der sie angefallen sind.

Restrukturierungsaufwendungen enthalten nur Elemente aufgebener Aktivitäten oder Geschäftsbereiche, die so klar abgegrenzt sind, dass sie mit der zukünftigen Unternehmensfortführung nicht in Zusammenhang gebracht werden können. Da der zeitliche Anfall von Restrukturierungsaufwendungen im Wesentlichen durch den Konzern bestimmt werden kann, werden diese Aufwendungen vom laufenden Ergebnis getrennt dargestellt, um dem Bilanzleser einen zusätzlichen Einblick der laufenden Entwicklung gewähren zu können.

Steuern

Auf den Gewinn zu zahlende Ertragsteuern auf Basis der geltenden Steuergesetzgebung werden periodengerecht als Aufwand erfasst. Latente Ertragsteuern werden unter Anwendung des bilanzorientierten Ansatzes für temporäre Differenzen zwischen dem steuerlichen Ansatz von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten und ihren Buchwerten in den Abschlüssen vollständig, unabhängig vom Zeitpunkt ihrer Umkehr, erfasst. Der Ausweis erfolgt zu den gesetzlich bereits verabschiedeten oder gesetzlich angekündigten Steuersätzen, die voraussichtlich zu dem Zeitpunkt, zu dem sich die Steuerlatenz umkehrt, gelten werden. Für zusätzliche Steuerzahlungen oder fällige Erstattungen werden Steuererstattungsansprüche und Steuerschulden erfasst. Latente Steueransprüche werden in der Höhe erfasst, in der es wahrscheinlich ist, dass künftig zu versteuernde Gewinne zur Verfügung stehen, gegen die die temporären Differenzen verwendet werden können.

Sonstige Steuern werden unter dem Verwaltungsaufwand ausgewiesen.

Angaben zur Segmentbericht- erstattung

Im OLB-Konzern wird nach den Segmenten „OLB Regionalbank“ und „Allianz Bank“ unterschieden. Das Segment „OLB Regionalbank“ spiegelt das regionale Universalbankgeschäft der Oldenburgische Landesbank Gruppe mit ihren Filialen im bekannten Geschäftsgebiet wider. Das Segment „Allianz Bank“ zeigt das Allianz Bankgeschäft mit Beratung/Vertrieb von Bankprodukten (Vertrieb von Investmentfonds und Wertpapieren, Kredit- und Einlagengeschäft) über die Allianz Agenturen deutschlandweit.

Basis der Segmentberichterstattung bilden im Einklang mit IFRS 8 die Group Management Accounts als ein monatlich erstelltes, entscheidungsorientiertes Instrument zur Unterstützung der Konzernsteuerung und -kontrolle und zur Abbildung der Risiken und Chancen. Änderungen der Organisationsstruktur sowie Modifikationen der Ertrags- und Kostenzuordnung werden rückwirkend in der Berichterstattung des laufenden Jahres und auch in der Darstellung des Vorjahres berücksichtigt.

Die Ermittlung des Zinsüberschusses der Unternehmensbereiche erfolgt durch Bewertung der jeweiligen Segmentaktiva bzw. der Segmentpassiva auf Grundlage eines marktziinsorientierten Verrechnungskonzepts. Die Kapitalallokation erfolgt auf Basis des den Unternehmensbereichen zugeordneten Risikokapitals. Der Verwaltungsaufwand beinhaltet sowohl direkte Kosten als auch solche Kosten, die aufgrund eines konzerninternen Leistungsaustausches im Rahmen von Verrechnungen zwischen den Segmenten zugeordnet werden.

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente beinhalten den Kassenbestand sowie täglich fällige Guthaben bei Zentralnotenbanken. Bilanziert sind die Bestände zum Nennwert.

**Zahlungsmittel und
Zahlungsmittel-
äquivalente**

Handelsaktiva umfassen Schuldtitel, Aktien und Derivate (positive Marktwerte). In den Handelspassiva sind ausschließlich negative Marktwerte aus Derivaten enthalten. Marktwerte aus Sicherungsderivaten, die im Rahmen der internen Risikosteuerung eingesetzt werden, jedoch nicht für das Hedge Accounting gemäß IAS 39 qualifizieren, werden ebenfalls hier ausgewiesen.

**Handelsaktiva und
Handelspassiva**

Handelsaktiva und -passiva werden am Handelstag zum Fair Value zuzüglich Transaktionskosten erfasst und in der Folge ebenfalls mit dem beizulegenden Zeitwert (Fair Value) bewertet.

In Fällen, in denen keine Börsennotierungen vorliegen, werden zur Bestimmung des Fair Values die Marktpreise vergleichbarer Instrumente oder anerkannte Bewertungsmodelle herangezogen (insbesondere Barwertmethoden oder Optionspreismodelle). Dabei werden angemessene Anpassungen für Bewertungsrisiken vorgenommen. Gewinne oder Verluste aus der Bewertung werden erfolgswirksam im Handelsergebnis erfasst.

Der Fair Value-Option zugeordnete Vermögenswerte bzw. Verbindlichkeiten. Diese Kategorie wird von der Bank zurzeit nicht genutzt.

Fair Value-Option

Die Finanzanlagen des Konzerns bestehen aus Schuldverschreibungen einschließlich anderer festverzinslicher Wertpapiere, aus Aktien einschließlich anderer nicht festverzinslicher Wertpapiere, aus Beteiligungen und aus Anteilen an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen.

Finanzanlagen

Die Anteile an verbundenen Unternehmen betreffen eine Gesellschaft, an denen der OLB-Konzern eine Mehrheitsbeteiligung hält, diese aber wegen untergeordneter Bedeutung nicht in den Konzernabschluss einbezieht.

Beteiligungen sind Unternehmen, auf die die Bank keinen maßgeblichen Einfluss ausüben kann und an denen die Bank Anteile von bis zu 50 % hält, deren Zweck die Herstellung einer dauernden Verbindung zu den betreffenden Unternehmen dient, die aber nicht at-Equity bewertet werden.

Alle Finanzanlagen werden als jederzeit veräußerbare finanzielle Vermögenswerte angesehen und bei der Erstbewertung mit ihrem Fair Value zuzüglich der dem Kauf direkt zuordenbaren Transaktionskosten angesetzt. In der Folgebewertung werden sie grundsätzlich zum Fair Value bilanziert. Sind jedoch bei nicht börsennotierten Aktien sowie Anteilen an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen weder ein liquider Marktpreis noch die für Bewertungsmodelle relevanten Faktoren zuverlässig bestimmbar, werden diese zu Anschaffungskosten angesetzt.

Für zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available-for-Sale) stellt der OLB-Konzern Gewinne und Verluste aus der Bewertung erfolgsneutral in einen gesondert ausgewiesenen Posten des Eigenkapitals ein. Bei Veräußerung sowie bei Abschreibung (Impairment) eines Available-for-Sale-Finanzinstruments wird der bisher im Eigenkapital erfasste Betrag der kumulierten Bewertungsgewinne und -verluste erfolgswirksam realisiert.

Ein Impairmenttest für die als zur Veräußerung verfügbar klassifizierten Wertpapiere (Available-for-Sale) wird regelmäßig zur Prüfung auf dauerhafte Wertminderung durchgeführt. Dabei wird hinsichtlich der Indikatoren zwischen Aktienwerten und Schuldtiteln unterschieden.

Eigenkapitalinstrumente

Eigenkapitalinstrumente der „Available-for-Sale“-Kategorie werden als wertgemindert betrachtet, wenn ihr Fair Value entweder signifikant oder dauerhaft unter die Anschaffungskosten gesunken ist; jedes Kriterium stellt für sich allein ein Abschreibungsindiz dar. Signifikanz besteht, wenn der Fair Value mindestens 20 % unterhalb der fortgeführten Anschaffungskosten liegt. Dauerhaftigkeit liegt vor, wenn der Fair Value für mindestens neun Monate permanent unterhalb der fortgeführten Anschaffungskosten liegt. Der Betrag der Wertminderungen wird erfolgswirksam in der Position Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst. Bei Eigenkapitalinstrumenten der „Available-for-Sale“-Kategorie sind ergebniswirksame Zuschreibungen bis zu den Anschaffungskosten bei Wegfall des Abschreibungsgrunds nicht mehr zulässig („once impaired – always impaired“). Weitere Wertverluste werden erfolgswirksam in der Position Ergebnis aus Finanzanlagen ausgewiesen. Wertaufholungen werden stattdessen erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst. Erst bei Veräußerung eines Vermögenswerts wird die Rücklage erfolgswirksam in der Position Ergebnis aus Finanzanlagen aufgelöst.

Wenn der Marktwert (Fair Value) von *Schuldtiteln der „Available-for-Sale“-Kategorie* deutlich unter den (fortgeführten) Anschaffungskosten liegt, ist dies ein Indiz für eine dauerhafte Wertminderung. Dabei bedeutet ‚deutlich‘, dass der Fair Value mehr als sechs Monate permanent mindestens 20 % unterhalb der fortgeführten Anschaffungskosten liegt. Um einen Wertminderungsbedarf objektiviert nachzuweisen, analysiert die Bank als Auslösekriterien ebenfalls erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Emittenten, Vertragsbruch, Zugeständnisse an den Emittenten aufgrund wirtschaftlicher oder rechtlicher Gründe, die im Zusammenhang mit dessen finanziellen Schwierigkeiten stehen, Wahrscheinlichkeit der Insolvenz oder Sanierungsnotwendigkeit des Emittenten und Verschwinden eines aktiven Marktes für den finanziellen Vermögenswert aufgrund von finanziellen Schwierigkeiten. Wertminderungen auf festverzinsliche Wertpapiere, die jederzeit veräußerbar sind, werden dann ergebniswirksam erfasst, wenn objektive Hinweise darauf vorliegen, dass ein Verlustereignis eingetreten ist, das die erwarteten Zahlungsströme reduziert. Die Minderung des Zeitwerts unter die fortgeführten Anschaffungskosten aufgrund von Änderungen des risikofreien Zinssatzes stellt keinen objektiven Hinweis auf ein Verlustereignis dar. Der Betrag der Wertminderungen wird erfolgswirksam in der Position Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst. Wenn die Gründe für die vorherige Abschreibung entfallen sind, wird eine spätere Wertaufholung erfolgswirksam maximal bis zur Höhe des fortgeschriebenen ursprünglichen Anschaffungswerts in der Position Ergebnis aus Finanzanlagen vorgenommen.

Der Ausweis der laufenden Erträge aus Schuldverschreibungen einschließlich über die Laufzeit abgegrenzter Agien oder Disagien erfolgt im Zinsüberschuss. Dividendenerträge aus Aktien sowie Erträge aus Anteilen an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen fließen in die gleiche Position ein. Die beim Verkauf dieser Wertpapiere realisierten Gewinne und Verluste werden unter dem Ergebnis aus Finanzanlagen ausgewiesen. Die Ergebniseffekte aus Derivaten, die den Spezialfonds ökonomisch zuzuordnen sind und nicht für Hedge Accounting qualifizieren, werden unter dem Nicht laufenden Handelsergebnis ausgewiesen.

Repo-Geschäfte

Bei einem Repo-Geschäft verkauft der Konzern Wertpapiere und vereinbart gleichzeitig, diese Wertpapiere zu einem bestimmten Termin zu einem vereinbarten Kurs zurückzukaufen. Die mit den Wertpapieren verbundenen Chancen und Risiken aus Zinsänderung und Adressenausfall bleiben während der gesamten Laufzeit der Geschäfte im Konzern. Entsprechend werden die Wertpapiere weiterhin in der Bilanz des Konzerns als Handelsaktiva oder Finanzanlagen ausgewiesen. Der Gegenwert aus dem rechtlichen Verkauf ist in der Bilanzposition Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bzw. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden enthalten und als Verbindlichkeit aus Repo-Geschäften ausgewiesen.

Zinsaufwendungen aus Repo-Geschäften werden periodengerecht abgegrenzt und im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Bei einem Reverse-Repo-Geschäft kauft der Konzern Wertpapiere und vereinbart gleichzeitig, diese Wertpapiere zu einem bestimmten Termin zu einem vereinbarten Kurs zurückzugeben. Die mit den Wertpapieren verbundenen Chancen und Risiken aus Zinsänderung und Adressenausfall bleiben während der gesamten Laufzeit der Geschäfte beim Kontrahenten. Entsprechend werden die Wertpapiere nicht in der Bilanz des Konzerns als Handelsaktiva oder Finanzanlagen ausgewiesen. Der Gegenwert aus dem rechtlichen Kauf ist in der Bilanzposition Forderungen an Kreditinstitute bzw. Forderungen an Kunden enthalten und als Forderung aus Reverse-Repo-Geschäften ausgewiesen.

Reverse-Repo-Geschäfte

Zinserträge aus Reverse-Repo-Geschäften werden periodengerecht abgegrenzt und im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Originäre Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sowie angekaufte Forderungen, die nicht zu Handelszwecken dienen und nicht an einem aktiven Markt notiert sind, werden zu fortgeführten Anschaffungskosten, ggf. abzüglich Wertberichtigungen, angesetzt. Die Erstbewertung dieser Forderungen erfolgt zum Transaktionspreis, der dem dem Schuldner zur Verfügung gestellten Geldbetrag entspricht. Der Buchwert dieser Forderungen bei Ersterfassung beinhaltet deswegen auch eingepreiste Transaktionskosten.

Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden

Zinserträge werden nach der Effektivzinsmethode erfasst. Ein Unterschiedsbetrag zwischen Auszahlungsbetrag und Nennbetrag sowie Kreditbearbeitungsgebühren werden – sofern Zinscharakter vorliegt – effektivzinsgerecht erfolgswirksam abgegrenzt. Kreditforderungen werden als ausfallgefährdet eingestuft, wenn es auf Basis aktueller Informationen oder Ereignisse wahrscheinlich ist, dass ein Kunde seine Zins- oder Tilgungsleistungen bei Fälligkeit nicht vertragsgemäß erbringen wird. Ungeachtet eines Rechtsanspruchs werden Zinsen auf die bestehenden Forderungen nicht mehr vereinnahmt, wenn die Kapitalrückzahlung zweifelhaft und deshalb mit einer Risikovorsorge belegt wird. Von diesem Zeitpunkt an werden sämtliche Zahlungen zunächst zur Rückführung der Kapitalforderung verwandt. Das Unwinding als Barwertveränderung wertberichtigter oder abgeschriebener Forderungen erfolgt im Wege der Verwendung des Wertberichtigungskontos zugunsten des Zinsertrages. Bezüglich der Effekte aus Unwinding wird auf die Tabelle zum Zinsüberschuss verwiesen und unterschieden, ob es sich um Effekte aus wertgeminderten oder aus abgeschriebenen finanziellen Vermögenswerten handelt.

Bei Anwendung von Hedge Accounting wird die auf das abgesicherte Risiko zurückzuführende Bewertungsänderung (Fair Value-Änderung) der betrachteten Grundgeschäfte – soweit es sich um Forderungen an Kunden handelt – als Ausgleich zur Bewertungsänderung der korrespondierenden Zinsswaps in die Position Forderungen an Kunden eingebucht. Der Marktwert der Zinsswaps wird in den Positionen Sonstige Aktiva/Sonstige Passiva gezeigt.

Um einen Wertminderungsbedarf objektiviert nachzuweisen, analysiert die Bank als Auslösekriterien erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Emittenten oder Schuldners, Vertragsbruch, Zugeständnisse an den Kreditnehmer aufgrund wirtschaftlicher oder rechtlicher Gründe, die im Zusammenhang mit dessen finanziellen Schwierigkeiten stehen, Wahrscheinlichkeit der Insolvenz oder Sanierungsnotwendigkeit des Kreditnehmers sowie das Anzeigen beobachtbarer Daten, dass eine messbare Minderung der erwarteten künftigen Zahlungsströme einer Gruppe von finanziellen Vermögenswerten seit erstmaligem Ansatz eingetreten ist, obwohl die Minderung nicht einem einzelnen finanziellen Vermögenswert der Gruppe zugerechnet werden kann.

Wertberichtigungen und Rückstellungen im Kreditgeschäft (Risikovorsorge)

Die Ausfallgefährdung eines Kunden ist insbesondere dann zu überprüfen, wenn Anhaltspunkte darauf hindeuten, dass die Bank nicht alle im Kreditvertrag bestimmten und fälligen Forderungen termingerecht erzielen wird. Eine Ausfallgefährdung ist dann gegeben, wenn es für die Bank auf Basis der aktuellen Informationen und Ereignisse wahrscheinlich ist, dass sie nicht alle im Kreditvertrag bestimmten und fälligen Forderungen termingerecht erzielen wird. Dabei kann die Zahlung des Kapitaldienstes in der durch den Kreditvertrag geregelten Höhe oder dem dort geregelten Zeitpunkt in Frage stehen.

Die Risikovorsorge stellt den Erwartungswert der Wertminderungen der Kreditforderungen dar, wobei neben den eingetretenen Wertminderungen auch latente Risiken aus der Struktur und Qualität des Kreditportfolios berücksichtigt werden. Die Bemessung der Risikovorsorge ist aufgrund der verwendeten Verfahren einer Schätzungsunsicherheit unterworfen. Wir halten die gebildete Risikovorsorge für ausreichend.

Grundsätzlich kann die Bemessungsmethodik von der Bedeutung der Forderung für das Kreditinstitut abhängig gemacht werden (signifikante bzw. nicht signifikante Forderungen). Die OLB unterscheidet daher das Mengenkreditgeschäft mit nahezu gleich verteiltem Risiko (homogenes Portfolio), das Einzelkreditgeschäft mit individuellem Risikogehalt (nicht homogenes Kreditportfolio) und die Länderrisiken (s. u.) sowie die dazugehörenden Vorsorgearten:

Nicht homogenes Portfolio

Zur Berücksichtigung festgestellter individuell signifikanter Ausfälle werden im nicht-homogenen Portfolio Einzelwertberichtigungen (Specific Loan Loss Provision = SLLP) gebildet. Die Höhe bemisst sich – unter Berücksichtigung der diskontierten Sicherheitenwerte – nach dem Unterschiedsbetrag zwischen dem Buchwert der Forderung und dem Barwert der erwarteten Zahlungseingänge auf diese Forderung. Darüber hinaus werden für Wertminderungen im nicht individuell vorgesorgten Forderungsvolumen Portfoliowertberichtigungen (General Loan Loss Provision = GLLP) gebildet, da erwartet werden muss, dass Ausfälle am Bilanzstichtag zwar schlagend geworden sind, diese aber noch nicht identifiziert werden können. Für die Beurteilung der Wertminderung fasst die Bank finanzielle Vermögenswerte mit ähnlichen Risikoeigenschaften zusammen und unterscheidet infolge der im Geschäftsjahr 2011 eingetretenen Entwicklungen auf dem Schiffsmarkt zwischen dem Schiffsportfolio und dem übrigen nicht homogenen Portfolio. Zur Ermittlung der GLLP für das Schiffsportfolio nutzt die Bank unter Hinzuziehung von Branchenindizes und Charratzen ein spezifisches Modell, das die relevanten Faktoren zur Schätzung der künftigen Cashflows berücksichtigt. Die Höhe der Risikovorsorge für das übrige nicht homogene Portfolio ergibt sich unter Berücksichtigung der diskontierten Sicherheitenwerte aus den historischen Ausfallwahrscheinlichkeiten und abgeleiteten Verlustquoten.

Homogenes Portfolio

Den ermittelten Ausfällen des homogenen Portfolios wird mit pauschalierten Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen. Darüber hinaus werden Pauschalwertberichtigungen für am Bilanzstichtag zwar vorhandene, aber noch nicht identifizierte Ausfälle gebildet. Beide Risikovorsorgebeträge zusammen bilden die Portfolio Loan Loss Provision (PLL). Die Höhe errechnet sich – unter Berücksichtigung von Sicherheiten – aus den historischen Ausfallwahrscheinlichkeiten und abgeleiteten Verlustquoten.

Jährliche Schätzung der Parameter

Die Parameter zur Ermittlung der GLLP, PLL und Rückstellungen auf Avale werden jährlich aktualisiert. Für die GLLP und PLL wird bei Bedarf zusätzlich ein Risikozuschlag im Sinne von IAS 39 AG 89 zur Berücksichtigung konjunkturell bedingter, höherer Insolvenzwahrscheinlichkeiten einkalkuliert.

Länderrisiken

Die Länderrisikovorsorge bildet das Transfer- und Konvertibilitätsrisiko von Forderungen gegenüber Kreditnehmern mit Sitz im Ausland ab. Die Höhe der Vorsorge wird – unter Berücksichtigung werthaltiger Sicherheiten und einer eventuell bestehenden Kundenrisikovorsorge – als erwartete Ausfallquote (Länderrisikovorsorgequote) auf die Kundeninanspruchnahme berechnet.

Zum Bilanzstichtag war eine Länderrisikovorsorge nicht erforderlich.

Risikovorsorge wird grundsätzlich von der betroffenen Bilanzposition abgesetzt. Soweit die Risikovorsorge außerbilanzielles Kreditgeschäft (Eventualverbindlichkeiten, Kreditzusagen) betrifft, wird die gebildete Risikovorsorge hingegen unter den Rückstellungen ausgewiesen.

Sobald eine Forderung uneinbringlich ist, wird sie zu Lasten einer bestehenden Einzelwertberichtigung oder aber direkt zu Lasten der Gewinn- und Verlustrechnung ausgebucht.

**Ausbuchung
von Forderungen**

Wertberichtigte Kredite gelten spätestens nach Ablauf von längeren Fristen als für die Zwecke der Rechnungslegung uneinbringlich. Die Länge der Fristen ist insbesondere abhängig von der Besicherung und von unseren Erfahrungswerten. Bestand und Verfolgung unserer rechtlichen Ansprüche werden hiervon nicht berührt.

Eingänge auf abgeschriebene Forderungen werden erfolgswirksam in der Position Risikovorsorge im Kreditgeschäft erfasst.

Die Bank nimmt in signifikanten Einzelfällen bei bestimmten Forderungen, die aufgrund verschlechterter wirtschaftlicher Verhältnisse des Kreditnehmers sonst überfällig oder wertgemindert würden, eine Neuverhandlung der Vertragskonditionen vor. Im Rahmen von Troubled Debt Restructuring macht die Bank Zugeständnisse wie Stundung, Zins- oder Kapitalverzicht, Verlängerung der Laufzeit o. Ä. an den Kreditnehmer, sodass von einer Einzelwertberichtigung abgesehen werden kann. Nähere Angaben sind im Risikobericht enthalten.

**Restrukturierung von
Forderungen**

Grundstücke und Gebäude sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung werden zu fortgeführten Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten ausgewiesen. Nachträgliche Anschaffungs-/Herstellungskosten werden aktiviert, soweit sie den wirtschaftlichen Nutzen der entsprechenden Vermögenswerte erhöhen. Reparaturen, Wartungen und andere Instandhaltungskosten werden als Aufwand der jeweiligen Periode erfasst. Sachanlagen werden – entsprechend der voraussichtlichen wirtschaftlichen Nutzung – über folgende Zeiträume linear abgeschrieben:

Sachanlagen

- Gebäude 25 bis 50 Jahre
- Betriebs- und Geschäftsausstattung 3 bis 13 Jahre.

Die Abschreibungen sind unter den Verwaltungsaufwendungen ausgewiesen. Gewinne oder Verluste aus dem Verkauf von Sachanlagen bzw. bei selbst genutzten Grundstücken und Gebäuden werden unter den Übrigen Erträgen oder den Übrigen Aufwendungen ausgewiesen.

Im Jahre 2010 hat die OLB einen Vertrag über das Leasing von Geldautomaten und Serviceterminals abgeschlossen, der als Finanzierungs-Leasingverhältnis einzustufen ist und in den Sachanlagen ausgewiesen wurde. Der Nettobuchwert der angeschafften Geräte betrug am 31. Dezember 2011 337 Tsd. Euro (Vorjahr: 80 Tsd. Euro). Die Fälligkeit der Vereinbarungen mit Mindestleasingraten in Höhe von 360 Tsd. Euro (Vorjahr: 85 Tsd. Euro) beträgt zwischen drei und fünf Jahren (Vorjahr: zwischen vier und fünf Jahren). Der Barwert dieser Mindestleasingraten wurde auf Basis eines aufgrund der Vertragsbedingungen ermittelten kalkulatorischen Zinssatzes ermittelt und beträgt 337 Tsd. Euro (Vorjahr: 80 Tsd. Euro). Es sind keine bedingten Mietzahlungen in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst worden.

**Finanzierungs-
Leasingverhältnisse**

Unter dieser Position weisen wir erworbene Software aus, die unter den Sonstigen Verwaltungsaufwendungen linear über die voraussichtliche wirtschaftliche Nutzungsdauer abgeschrieben wird.

**Immaterielle
Vermögenswerte**

Nach erstmaligem Ansatz zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten werden immaterielle Vermögenswerte mit diesen historischen Werten abzüglich aller kumulierten planmäßigen und außerplanmäßigen Abschreibungen angesetzt. Grundsätzlich werden Hostanwendungen über sieben Jahre und Client-Server-Anwendungen über fünf Jahre abgeschrieben. Die Kosten für die Wartung der Softwareprogramme werden bei Anfall erfolgswirksam erfasst.

Verzinsliche und unverzinsliche Verbindlichkeiten

Verzinsliche und unverzinsliche Verbindlichkeiten werden grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Berücksichtigung direkt zurechenbarer Transaktionskosten bilanziert. Ein Disagio wird zeitanteilig gemäß der Effektivzinsmethode erfolgswirksam abgegrenzt.

Rückstellungen

Rückstellungen werden gemäß IAS 37 gebildet, wenn der Konzern bestehende rechtliche oder faktische Verpflichtungen hat, die aus zurückliegenden Transaktionen oder Ereignissen resultieren. Bei diesen Rückstellungen ist es wahrscheinlich, dass zur Erfüllung der Verpflichtung ein Abfluss von Ressourcen mit wirtschaftlichem Nutzen erforderlich ist und eine verlässliche Schätzung der Höhe der Verpflichtung möglich ist. Rückstellungen unterliegen einer jährlichen Überprüfung und Neufestsetzung.

Rückstellungen für Bonitätsrisiken in außerbilanziell abgebildeten Kreditzusagen werden zu Lasten der Risikovorsorge im Kreditgeschäft gebildet, Restrukturierungsrückstellungen zu Lasten des Restrukturierungsaufwands. Die übrigen Zuführungen zu den Rückstellungen werden grundsätzlich dem Verwaltungsaufwand belastet. Auflösungen werden unter den Positionen, unter denen die Rückstellungen gebildet wurden, erfasst.

Altersversorgungs- verpflichtungen

Die Mehrzahl der Mitarbeiter des Konzerns ist in eine betriebliche Altersversorgung eingebunden, die in Form von Altersversorgungs-, Erwerbsunfähigkeits- und Hinterbliebenenrenten gezahlt wird. Der andere Teil der Mitarbeiter erhält eine Kapitalzusage, die bei Erreichen der Altersgrenze, bei Erwerbsunfähigkeit oder bei Tod ausgezahlt wird.

Pensionspläne werden im Allgemeinen durch Zahlungen der entsprechenden Konzerngesellschaften finanziert, darüber hinaus gibt es auch Regelungen mit Eigenbeiträgen der Mitarbeiter.

Für die versicherungsmathematische Berechnung des Barwertes der erdienten Pensionsansprüche, des Netto-Pensionsaufwands sowie ggf. der Mehrkosten aus Änderungen leistungsorientierter Pensionspläne werden die Pensionsverpflichtungen jährlich von unabhängigen qualifizierten Versicherungsmathematikern nach der Projected-Unit-Credit-Method berechnet; es handelt sich dabei um ein Anwartschaftsansammlungsverfahren.

Die Pensionsverpflichtung wird zum Barwert der zum Bewertungsstichtag erdienten Pensionsansprüche angesetzt. Dabei werden ein den aktuellen Marktkonditionen entsprechender Zinssatz (für fristenkongruente, erstklassige, festverzinsliche Industriebanleihen) angewandt und angenommene

Lohn- und Gehaltssteigerungen, Rententrends und erwartete Erträge des Planvermögens berücksichtigt. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste – die sich aus erfahrungsbedingten Anpassungen, Änderungen versicherungsmathematischer Annahmen und Planänderungen ergeben – werden über die durchschnittliche Restdienstzeit der Mitarbeiter erfasst, wenn sie 10 % des Barwerts der leistungsorientierten Verpflichtungen oder 10 % des beizulegenden Zeitwerts des Planvermögens übersteigen, wobei der jeweils höhere Wert zugrunde gelegt wird. Der Pensionsaufwand wird unter dem Verwaltungsaufwand als Aufwendungen für Altersversorgung ausgewiesen.

Darüber hinaus erwerben Mitarbeiter eine Anwartschaft auf Versorgungsansprüche aufgrund einer mittelbaren Versorgungszusage. Zur Finanzierung werden unter Beteiligung der Mitarbeiter festgelegte Beiträge an externe Versorgungsträger (unter anderem an den Versicherungsverein des Bankgewerbes a. G., Berlin) geleistet. Die Beiträge an die externen Versorgungsträger werden als laufender Aufwand erfasst und in der Position „Verwaltungsaufwand“ als Aufwendungen für Altersversorgung ausgewiesen.

Vermögenswerte und Schulden, die der Konzern im eigenen Namen, aber für fremde Rechnung hält, sind nicht in die Bilanz aufgenommen. Die im Rahmen dieser Geschäfte angefallenen Vergütungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung als Provisionsertrag ausgewiesen.

In der Kapitalflussrechnung wird die Veränderung der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente des OLB-Konzerns durch die Zahlungsströme aus laufender Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit dargestellt. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit wird nach der indirekten Methode aus dem Konzernabschluss generiert. Die Zahlungsströme der Investitionstätigkeit, die nach der direkten Methode ermittelt werden, umfassen vor allem Erlöse aus der Veräußerung sowie Zahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen und Sachanlagen. Die Finanzierungstätigkeit, die ebenfalls nach der direkten Methode ermittelt wird, bildet sämtliche Zahlungsströme aus Transaktionen mit Eigenkapital sowie mit Nachrangkapital und Genussrechtskapital ab. Alle übrigen Zahlungsströme werden – internationalen Usancen für Kreditinstitute entsprechend – der laufenden Geschäftstätigkeit zugeordnet. Die dargestellten Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente umfassen den Kassenbestand und das Guthaben bei Zentralnotenbanken.

Schätzunsicherheiten und Ermessensentscheidungen bestehen insbesondere bei zukunftsbezogenen Annahmen sowie im Rahmen der Ermittlung von Pensionsverpflichtungen, bei der Bestimmung der angenommenen Zahlungszeitpunkte und Zahlungsströme sowie der notwendigen Höhe für Rückstellungen, im Rahmen der Risikovorsermittlung und beim Ansatz von latenten Steuern.

Zusätzlich zu den in einzelnen Anhangangaben enthaltenen Darstellungen zu Risiken aus dem Einsatz von Finanzinstrumenten enthält der Risikobericht weiterführende qualitative und quantitative Informationen, insbesondere zu Kredit-, Markt- und Liquiditätsrisiken.

Treuhandgeschäft

Angaben zur Kapitalflussrechnung

Schätzunsicherheiten und Ermessensentscheidungen

Angaben zu Art und Ausmaß der Risiken

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung und Segmentberichterstattung

02 Zinsüberschuss

Mio. Euro	2011	2010
Zinserträge aus		
Kredit- und Geldmarktgeschäften	473,9	441,8
wertgeminderten finanziellen Vermögenswerten ¹	1,2	0,1
abgeschriebenen finanziellen Vermögenswerten ¹	0,3	0,3
Festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	55,0	43,8
Zinsswaps	19,6	13,5
Laufende Erträge aus		
Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen	1,3	1,6
Sonstiges	0,6	0,6
Zinserträge insgesamt	551,9	501,7
Zinsaufwendungen für		
Einlagen	224,6	185,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	22,1	23,3
Nachrangige Verbindlichkeiten	13,7	9,8
Zinsswaps	42,3	41,9
Sonstiges	4,5	3,7
Zinsaufwendungen insgesamt	307,2	263,7
Zinsüberschuss	244,7	238,0

¹ Aufgelaufen gemäß IAS 39 (Unwinding)

Der gesamte Zinsertrag für finanzielle Vermögenswerte, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, betrug 532,3 Mio. Euro (Vorjahr: 488,2 Mio. Euro). Der gesamte Zinsaufwand für finanzielle Verbindlichkeiten, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, betrug 264,9 Mio. Euro (Vorjahr: 221,8 Mio. Euro).

Mio. Euro	2011	2010
Wertpapiergeschäft	50,4	54,8
Erträge	53,6	57,9
Aufwendungen	3,2	3,1
Vermögensverwaltung	10,2	10,8
Erträge	10,4	10,8
Aufwendungen	0,2	—
Zahlungsverkehr	26,0	24,9
Erträge	28,0	31,2
Aufwendungen	2,0	6,3
Auslandsgeschäft	2,5	3,5
Erträge	2,5	3,5
Aufwendungen	—	—
Versicherungs-, Bauspar-, Immobiliengeschäft	13,3	12,7
Erträge	17,7	16,7
Aufwendungen	4,4	4,0
Kreditkartengeschäft	2,9	2,5
Erträge	7,3	6,7
Aufwendungen	4,4	4,2
Treuhandgeschäft und andere treuhänderische Tätigkeiten	0,1	0,1
Erträge	0,1	0,1
Aufwendungen	—	—
Sonstiges	-23,5	-24,4
Erträge	8,4	8,8
Aufwendungen	31,9	33,2
Provisionsüberschuss	81,9	84,9
Erträge	128,0	135,7
Aufwendungen	46,1	50,8

03 Provisionsüberschuss

Der unter Sonstiges ausgewiesene Provisionsaufwand ist im Wesentlichen auf die Vergütung des Vertriebes der Allianz in Deutschland für die erfolgreiche Geschäftszuführung in Höhe von 29,5 Mio. Euro (Vorjahr: 30,0 Mio. Euro) zurückzuführen.

In Anpassung an die interne Berichterstattung wurden Teile der im Provisionsertrag Wertpapiergeschäft ausgewiesenen Bestandsvergütung in den Provisionsertrag Vermögensverwaltung umgegliedert. Im Vorjahr bezifferte sich der Sachverhalt auf 2,8 Mio. Euro.

Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst. Durch die Anpassungen an die interne Berichterstattung ergibt sich eine sachgerechtere Darstellung.

Der gesamte Provisionsertrag für finanzielle Vermögenswerte, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, betrug 6,3 Mio. Euro (Vorjahr: 6,2 Mio. Euro).

04 Laufendes Handelsergebnis

Bei der Fair Value-Ermittlung von Handelsaktiva und Handelspassiva werden grundsätzlich Börsenkurse zugrunde gelegt. Für nicht börsennotierte Produkte werden die Fair Values nach der Barwertmethode oder anhand geeigneter Optionspreismodelle ermittelt. Im Handelsergebnis ist neben dem realisierten Ergebnis auch das Bewertungsergebnis aus Handelstätigkeiten enthalten.

Das Zins- und Dividendenergebnis resultiert aus laufenden Aufwendungen und Erträgen bei Zins- und Aktienprodukten und aus dem Bankbuch Derivate.

Handelsbezogene Provisionen bestehen aus Aufwendungen der Bank für die Börsenabwicklung und verdienten Margen im Devisen- und Edelmetallgeschäft.

Der Effekt aus dem Bankbuch Derivate zeigt die Einbuchung der sich kompensierenden Hedge-Adjustments von Grund- und Sicherungsgeschäften im Rahmen des Hedge-Accountings inklusive der auftretenden Ineffektivitäten in den eng definierten Schranken des IAS 39. Hedge Adjustments stellen die Veränderungen des Barwerts auf der Basis von „Clean Close Outs“ (ohne Berücksichtigung von Stückzinsen) abzüglich der effektivzinskonstanten Amortisationen aus der Differenz der initialen Buchwerte zum Rückzahlungswert dar.

In der Position Sonstiges sind im Wesentlichen Ergebnisse aus Sicherungsgeschäften bezüglich der aktienbasierten Vorstandsvergütung abgebildet.

04a Laufendes Handelsergebnis nach Produkten

Mio. Euro	2011	2010
Handel in Zinsprodukten	-0,4	-2,8
Handel in Aktienprodukten	-2,2	1,7
Devisen- und Edelmetallgeschäft	1,0	2,4
Effekt aus Bankbuch Derivate	0,5	-2,1
Sonstiges	-0,5	0,1
Laufendes Handelsergebnis	-1,6	-0,7

04b Laufendes Handelsergebnis nach Realisierungs- und Bewertungsergebnis

Mio. Euro	2011	2010
Realisierungsergebnis (netto)	-4,1	—
Bewertungsergebnis (netto) ¹	0,9	-2,9
Zuschreibungen	2,6	1,3
Abschreibungen	1,7	4,2
Zins- und Dividendenergebnis im Handel	0,3	0,3
Handelsbezogene Provisionen	1,3	1,9
Laufendes Handelsergebnis	-1,6	-0,7

¹ Inklusive Effekten aus der Anwendung von IAS 39

Die im Handelsergebnis enthaltenen Ineffektivitäten aus dem Hedge Accounting werden in der Anhangsangabe zum Derivategeschäft erläutert.

05 Übrige Erträge

Mio. Euro	2011	2010
Übrige Erträge	68,0	70,7

Die Übrigen Erträge im laufenden Jahr bestehen im Wesentlichen aus Erstattungen für die Übernahme des laufenden Ergebnisses der Allianz Bank durch die Allianz Deutschland AG.

Mio. Euro	2011	2010
Löhne und Gehälter	121,3	119,9
Soziale Abgaben	24,2	24,9
Gratifikationen, Boni	19,6	22,9
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	17,8	14,5
Laufender Personalaufwand insgesamt	182,9	182,2
Aufwendungen für EDV	22,7	23,7
Aufwendungen für Vertriebsunterstützung und Serviceleistungen im Rahmen des Allianz-Konzernverbundes	22,4	22,5
Raumkosten	17,3	16,2
Aufwendungen für Werbung und Repräsentation	5,9	7,4
Aufwendungen für Betriebs- und Geschäftsausstattung	4,5	4,3
Sonstige Verwaltungsaufwendungen	30,7	33,3
Sachaufwand vor Laufenden Abschreibungen	103,5	107,4
Laufende Abschreibungen auf Sachanlagen und Immaterielle Vermögenswerte	16,6	15,8
Verwaltungsaufwand	303,0	305,4

06 Verwaltungsaufwand

In den sonstigen Verwaltungsaufwendungen sind im Wesentlichen Kosten für die Einlagensicherung und Bankenabgabe sowie Kosten für die technische Führung von Kundenkonten und Kundenzahlungsverkehr enthalten. Außerdem enthält diese Position Aufwendungen für eingekaufte Dienstleistungen und Beratung, sowie Ausbildungs- und Reisekosten und Kosten für die Nutzung von Marktinformationssystemen.

In Anpassung an die interne Neuordnung von Verantwortlichkeiten und die entsprechende Berichterstattung wurden Teile der in Aufwendungen für Betriebs- und Geschäftsausstattung ausgewiesenen Telefonkosten in die Aufwendungen für EDV umgliedert. Im Vorjahr bezifferte sich der Sachverhalt auf 0,9 Mio. Euro.

Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst. Durch die Anpassungen an die interne Berichterstattung ergibt sich eine sachgerechtere Darstellung.

Im Jahresdurchschnitt beschäftigten wir – ohne Auszubildende – 2.926 Mitarbeiter (Vorjahr: 2.973).

Mio. Euro	2011	2010
Übrige Aufwendungen	1,2	3,3

07 Übrige Aufwendungen

Im Wesentlichen handelt es sich hierbei um Kulanzzahlungen an unsere Kunden.

o8 Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Mio. Euro	2011	2010
Nettoergebnis aus Wertberichtigungen	108,0	42,4
Zuführungen zu Wertberichtigungen	127,3	48,1
Auflösungen von Wertberichtigungen	19,3	5,7
Nettoergebnis aus Rückstellungen	-2,2	0,9
Zuführungen zu Rückstellungen	0,3	3,0
Auflösungen von Rückstellungen	2,5	2,1
Direktabschreibungen	0,2	0,3
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	17,6	19,0
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	88,4	24,6

o9 Realisiertes Ergebnis aus Finanzanlagen und Nicht laufendes Handelsergebnis

Das Ergebnis aus Finanzanlagen umfasst Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse aus Wertpapieren des Finanzanlagebestandes, Beteiligungen und Anteilen an Tochterunternehmen, die nicht konsolidiert werden, sowie den Nicht laufenden Teil des Handelsergebnisses.

In der Position Nicht laufendes Handelsergebnis sind die Komponenten enthalten, die nicht dem Laufenden Handelsergebnis zuzurechnen sind. Hier werden Handelsergebnisbeiträge der Spezialfonds AGI-Fonds Weser-Ems und Ammerland abgebildet, die aus dem Abschluss von Derivategeschäften resultieren.

Mio. Euro	2011	2010
Realisierungsergebnis (netto)	26,2	13,9
Bewertungsergebnis (netto)	-3,2	-1,0
Zuschreibungen	—	—
Abschreibungen	3,2	1,0
Realisiertes Ergebnis aus Finanzanlagen	23,0	12,9
Realisierungsergebnis (netto)	-3,1	1,2
Bewertungsergebnis (netto)	-0,9	—
Zuschreibungen	—	—
Abschreibungen	0,9	—
Nicht laufendes Handelsergebnis	-4,0	1,2
Ergebnis aus Finanzanlagen	19,0	14,1

Das Realisierungsergebnis in Höhe von 26,2 Mio. Euro im Realisierten Ergebnis aus Finanzanlagen resultiert aus Realisierungen von Wertpapieren der Kategorie „Available-for-Sale“ (AfS). Das Bewertungsergebnis von -3,2 Mio. Euro betrifft ausschließlich Abschreibungen auf den AfS-Bestand.

Das Realisierungsergebnis in Höhe von –3,1 Mio. Euro im Nicht laufenden Handelsergebnis resultiert aus dem Fälligwerden von Derivaten in den Spezialfonds.

Mio. Euro	2011	2010
Ergebnis aus dem zur Veräußerung bestimmten Wertpapierbestand	23,0	12,9
Veräußerungs- und Bewertungsergebnis aus verbundenen Unternehmen	—	—
Ergebnis aus sonstigen Finanzanlagen	—	—
Nicht laufendes Handelsergebnis	–4,0	1,2
Ergebnis aus Finanzanlagen	19,0	14,1

Zur Stärkung der Marktsituation in der Kostenkonkurrenz hat die Bank im Jahr 2010 Maßnahmen zu den Projekten „ProFil II“ und „Kostenbenchmarking“ beschlossen. Es wurde eine Gesamtbetriebsvereinbarung zwischen den gesetzlichen Vertretern und dem Gesamtbetriebsrat der Oldenburgische Landesbank AG geschlossen und im betroffenen Mitarbeiterkreis kommuniziert. Die 2010 gebildete Rückstellung in Höhe von 2,9 Mio. Euro wurde 2011 im Wesentlichen zur Dotierung von Altersteilzeit-Rückstellungen genutzt. Der weitere Maßnahmenplan wurde im Jahr 2011 aktualisiert. Die prognostizierten Zahlungen führen unter Berücksichtigung der geschätzten Zahlungszeitpunkte zu einem weiteren Restrukturierungsaufwand in Höhe von 2,0 Mio. Euro.

Die Bank hat im Jahr 2011 Maßnahmen zur „Neuausrichtung des Allianz Bank Vertriebes“ beschlossen. Es wurde eine Gesamtbetriebsvereinbarung zwischen den gesetzlichen Vertretern und dem Gesamtbetriebsrat der Oldenburgische Landesbank AG geschlossen und im betroffenen Mitarbeiterkreis kommuniziert. Im Jahr 2011 wurden hierfür Zahlungen in Höhe von 0,6 Mio. Euro geleistet. Die für die Zukunft prognostizierten Zahlungen führen unter Berücksichtigung der geschätzten Zahlungszeitpunkte zu einem weiteren Restrukturierungsaufwand in Höhe von 3,3 Mio. Euro.

Die Maßnahmen im Restrukturierungsaufwand betreffen im Wesentlichen zukünftige Zahlungen im Rahmen von Altersteilzeit- und Vorruhestandsregelungen sowie Abfindungszahlungen.

Mio. Euro	2011	2010
Restrukturierungsaufwand	5,9	2,9

Mio. Euro	2011	2010
Tatsächliche Steuern (lfd. Jahr)	2,5	21,5
Tatsächliche Steuern (Vorjahre)	–2,3	–0,4
Latente Steuern	–3,6	–2,8
Steuern	–3,4	18,3

10 Restrukturierungsaufwand

11 Steuern

- 12 **Unverwässertes sowie verwässertes Ergebnis je Aktie** Für das *Unverwässerte sowie verwässerte Ergebnis je Aktie* wird der Gewinn durch die während des Geschäftsjahres im Umlauf befindliche durchschnittliche gewichtete Aktienanzahl dividiert.

	2011	2010
Gewinn (Mio. Euro)	16,9	52,5
Durchschnittliche Stückzahl im Umlauf befindlicher Aktien (Mio. Stück)	23,3	23,3
Unverwässertes sowie verwässertes Ergebnis je Aktie (Euro)	0,73	2,25

Es gibt keine Verwässerungseffekte im OLB-Konzern. Ein differenzierter Ausweis des Ergebnisses je Aktie ergibt sich somit nicht.

- 13 **Segmentberichterstattung** Zu Grundlagen und Methoden der Segmentberichterstattung verweisen wir auf die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aus Note (1).

Mio. Euro	2011			
	Segment OLB Regionalbank	Segment Allianz Bank	Konsolidierung	OLB-Konzern gesamt
Laufende Erträge	294,8	98,8	-0,6	393,0
Laufende Aufwendungen	207,4	97,4	-0,6	304,2
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	86,0	2,4	—	88,4
Operatives Ergebnis	1,4	-1,0	—	0,4
Ergebnis aus Finanzanlagen	15,9	3,1	—	19,0
Restrukturierungsaufwand	2,0	3,9	—	5,9
Ergebnis vor Steuern	15,3	-1,8	—	13,5
Segmentvermögen in Mrd. Euro	11,4	2,3	-0,3	13,4
Segmentsschulden in Mrd. Euro	10,8	2,3	-0,3	12,8
Cost-Income-Ratio in %	70,4	98,6	—	77,4
Risikokapital (Durchschnitt)	441,7	30,8	—	472,5
Risikoaktiva (Durchschnitt)	6.092,6	424,2	—	6.516,8

Mio. Euro	2010			
	Segment OLB Regionalbank	Segment Allianz Bank	Konsolidierung	OLB-Konzern gesamt
Laufende Erträge	293,5	100,3	-0,9	392,9
Laufende Aufwendungen	214,6	95,0	-0,9	308,7
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	19,6	5,0	—	24,6
Operatives Ergebnis	59,3	0,3	—	59,6
Ergebnis aus Finanzanlagen	10,6	3,5	—	14,1
Restrukturierungsaufwand	2,9	—	—	2,9
Ergebnis vor Steuern	67,0	3,8	—	70,8
Segmentvermögen in Mrd. Euro	11,9	1,6	-0,1	13,4
Segmentsschulden in Mrd. Euro	11,3	1,6	-0,1	12,8
Cost-Income-Ratio in %	73,1	94,7	—	78,6
Risikokapital (Durchschnitt)	430,0	23,7	—	453,7
Risikoaktiva (Durchschnitt)	5.931,0	326,8	—	6.257,8

Nachfolgend stellen wir die Entwicklung der Unternehmensbereiche dar:

Segment: OLB Regionalbank

Mio. Euro	2011	2010	Veränderungen	Veränderungen (%)
Zinsüberschuss	227,4	223,8	3,6	1,6
Provisionsüberschuss	68,3	69,7	-1,4	-2,0
Laufendes Handelsergebnis	-1,6	-0,8	-0,8	100,0
Übrige Erträge	0,7	0,8	-0,1	-12,5
Laufende Erträge	294,8	293,5	1,3	0,4
Laufender Personalaufwand	144,8	146,0	-1,2	-0,8
Direkter Sachaufwand	74,9	80,9	-6,0	-7,4
Kostenverrechnung zwischen Segmenten	-12,5	-13,3	0,8	-6,0
Verwaltungsaufwand	207,2	213,6	-6,4	-3,0
Übrige Aufwendungen	0,2	1,0	-0,8	-80,0
Laufende Aufwendungen	207,4	214,6	-7,2	-3,4
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	86,0	19,6	66,4	> 100
Operatives Ergebnis	1,4	59,3	-57,9	-97,6
Realisiertes Ergebnis aus Finanzanlagen	19,0	9,4	9,6	> 100
Nicht laufendes Handelsergebnis	-3,1	1,2	-4,3	k. A.
Ergebnis aus Finanzanlagen	15,9	10,6	5,3	50,0
Restrukturierungsaufwand	2,0	2,9	-0,9	-31,0
Ergebnis vor Steuern	15,3	67,0	-51,7	-77,2
Segmentvermögen in Mrd. Euro	11,4	11,9	-0,5	-4,2
Segmentsschulden in Mrd. Euro	10,8	11,3	-0,5	-4,4
Cost-Income-Ratio in %	70,4	73,1	-2,7	-3,7
Risikokapital (Durchschnitt)	441,7	430,0	11,7	2,7
Risikoaktiva (Durchschnitt)	6.092,6	5.931,0	161,6	2,7

Wesentliche zahlungsunwirksame Posten vor Steuern, bei denen es sich nicht um planmäßige Abschreibungen handelt:

Mio. Euro	2011	2010
Zuführung aktivische Risikovorsorge	123,5	42,7
Auflösung aktivische Risikovorsorge	20,2	5,6
Rückstellungsbildung	34,3	40,4
Rückstellungsauflösung	10,1	4,4
Nettobetrag aus Zuschreibungen und Abschreibungen auf Handelsinstrumente	0,9	-2,9
Nettobetrag aus Zuschreibungen und Abschreibungen auf Finanzanlagen	-3,5	-1,0
Zinsertrag aus Zinsabgrenzungen	44,2	36,6
Zinsaufwand aus Zinsabgrenzungen	39,0	40,4

Planmäßige Abschreibungen für Sachanlagen und Immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 15,0 Mio. Euro (Vorjahr: 13,9 Mio. Euro) und außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von 0,0 Mio. Euro (Vorjahr: 1,5 Mio. Euro) betrafen das Segment OLB Regionalbank.

Im Lagebericht werden die wesentlichen Ergebniskomponenten des Segments OLB Regionalbank erläutert.

Segment: Allianz Bank (Zweigniederlassung der Oldenburgische Landesbank AG)

Mio. Euro	2011	2010	Veränderungen	Veränderungen (%)
Zinsüberschuss	17,3	14,2	3,1	21,8
Provisionsüberschuss (brutto)	46,0	50,9	-4,9	-9,6
Bruttoerträge	63,3	65,1	-1,8	-2,8
Provisionsaufwand Zahlungsverkehr	2,9	5,7	-2,8	-49,1
Vermittlungsprovisionen	29,5	30,0	-0,5	-1,7
Übrige Erträge	67,9	70,9	-3,0	-4,2
Laufende Erträge	98,8	100,3	-1,5	-1,5
Laufender Personalaufwand	38,1	36,2	1,9	5,2
Direkter Sachaufwand	45,8	43,2	2,6	6,0
Kostenverrechnung zwischen Segmenten	12,5	13,3	-0,8	-6,0
Übrige Aufwendungen	1,0	2,3	-1,3	-56,5
Laufende Aufwendungen	97,4	95,0	2,4	2,5
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	2,4	5,0	-2,6	-52,0
Operatives Ergebnis	-1,0	0,3	-1,3	k. A.
Ergebnis aus Finanzanlagen	3,1	3,5	-0,4	-11,4
Restrukturierungsaufwand	3,9	—	3,9	k. A.
Ergebnis vor Steuern	-1,8	3,8	-5,6	k. A.
Segmentvermögen in Mrd. Euro	2,3	1,6	0,7	43,8
Segmentsschulden in Mrd. Euro	2,3	1,6	0,7	43,8
Cost-Income-Ratio in %	98,6	94,7	3,9	4,1
Risikokapital (Durchschnitt)	30,8	23,7	7,1	30,0
Risikoaktiva (Durchschnitt)	424,2	326,8	97,4	29,8

Abweichend von der Darstellung im Vorjahresbericht wurden interne Zinsgeschäfte zwischen den Segmenten mit abgebildet. Entsprechend wurden Segmentvermögen und Segmentschulden des Vorjahres um jeweils 0,1 Mrd. Euro erhöht. Dies führt insgesamt zu einer angemesseneren Darstellung.

Wesentliche zahlungsunwirksame Posten vor Steuern, bei denen es sich nicht um planmäßige Abschreibungen handelt:

Mio. Euro	1.1.2011 – 31.12.2011	2.6.2010 – 31.12.2010
Zuführung aktivische Risikovorsorge	3,8	5,4
Auflösung aktivische Risikovorsorge	0,4	0,2
Rückstellungsbildung	22,7	16,3
Rückstellungsauflösung	1,3	2,5
Nettobetrag aus Zuschreibungen und Abschreibungen auf Handelsinstrumente	—	—
Nettobetrag aus Zuschreibungen und Abschreibungen auf Finanzanlagen	0,3	—
Zinsertrag aus Zinsabgrenzungen	0,9	7,0
Zinsaufwand aus Zinsabgrenzungen	15,1	11,7

Planmäßige Abschreibungen für Sachanlagen und Immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 2,5 Mio. Euro (Vorjahr: 1,9 Mio. Euro) betrafen das Segment Allianz Bank.

Angaben zur Bilanz – Aktiva

14 Zahlungsmittel
und Zahlungsmittel-
äquivalente

Mio. Euro	2011	2010
Kassenbestand	69,3	69,6
Guthaben bei Zentralnotenbanken	75,0	89,2
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	75,0	89,2
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	144,3	158,8

Die Guthaben bei der Deutschen Bundesbank dienen unter anderem dazu, die Mindestreserveanforderungen zu erfüllen.

15 Handelsaktiva

Die Handelsaktivitäten umfassen den Handel mit Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sowie derivativen Finanzinstrumenten. Alle Handelsbestände werden zum Fair Value bilanziert.

Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten sind unter den Handelsaktiva ausgewiesen. Zinszahlungen der als Sicherungsinstrumente eingesetzten Zinsswaps des Bankbuches werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

Mio. Euro	2011	2010
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0,7	4,9
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbuches	15,7	12,6
Positive Marktwerte der als Sicherungsinstrumente eingesetzten Zinsswaps des Bankbuches	—	—
Positive Marktwerte aus Sicherung der aktienbezogenen Vergütung	2,1	2,5
Sonstige Handelsbestände	—	—
Handelsaktiva	18,5	20,0

Sämtliche als Handelsaktiva ausgewiesene Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sind sowohl börsenfähig als auch börsennotiert.

16 Forderungen an
Kreditinstitute

Mio. Euro	2011			2010		
	Inland	Ausland	Gesamt	Inland	Ausland	Gesamt
Börsen- und Zahlungsabwicklung	5,0	6,1	11,1	7,1	3,8	10,9
Sonstige Forderungen	783,1	130,0	913,1	1.254,9	265,0	1.519,9
Kredite	—	—	—	—	—	—
Forderungen an Kreditinstitute	788,1	136,1	924,2	1.262,0	268,8	1.530,8
abzüglich: Risikovorsorge	0,1	—	0,1	0,3	—	0,3
Forderungen an Kreditinstitute (nach Risikovorsorge)	788,0	136,1	924,1	1.261,7	268,8	1.530,5

Mio. Euro	2011			2010		
	Inland	Ausland	Gesamt	Inland	Ausland	Gesamt
Firmenkunden	3.992,1	26,1	4.018,2	3.750,1	23,2	3.773,3
Öffentliche Haushalte	6,2	—	6,2	8,7	—	8,7
Privatkunden	5.852,6	45,3	5.897,9	5.694,0	45,7	5.739,7
Forderungen an Kunden	9.850,9	71,4	9.922,3	9.452,8	68,9	9.521,7
abzüglich: Risikovorsorge	130,0	—	130,0	70,4	—	70,4
Forderungen an Kunden (nach Risikovorsorge)	9.720,9	71,4	9.792,3	9.382,4	68,9	9.451,3

17 Forderungen an Kunden

Die *Forderungen an Kunden* werden banküblich besichert. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um Grundpfandrechte, schuldrechtliche Sicherungsvereinbarungen, Depots und sonstige Barunterlegungen.

Im Rahmen von Hedge Accounting wurden seit Beginn der Hedgebeziehungen aufgelaufene positive bereinigte Marktwertveränderungen in Höhe von 76,0 Mio. Euro (Vorjahr: 54,4 Mio. Euro) den fortgeführten Anschaffungskosten zugerechnet.

Mio. Euro	2011			2010		
	Inland	Ausland	Gesamt	Inland	Ausland	Gesamt
Verarbeitendes Gewerbe	534,5	8,0	542,5	517,0	6,5	523,5
Baugewerbe	123,5	0,1	123,6	117,2	0,1	117,3
Handel	360,6	2,8	363,4	385,9	2,5	388,4
Finanzierungsinstitutionen und Versicherungsunternehmen	7,8	—	7,8	5,1	—	5,1
Transport	505,3	9,2	514,5	482,1	9,6	491,7
Dienstleistungen	955,6	5,6	961,2	910,1	4,1	914,2
Energie- und Wasserversorgung	1.314,2	—	1.314,2	1.128,3	—	1.128,3
Sonstige	190,6	0,4	191,0	204,4	0,4	204,8
Firmenkunden	3.992,1	26,1	4.018,2	3.750,1	23,2	3.773,3
Öffentliche Haushalte	6,2	—	6,2	8,7	—	8,7
Privatpersonen	5.852,6	45,3	5.897,9	5.694,0	45,7	5.739,7
Forderungen an Kunden	9.850,9	71,4	9.922,3	9.452,8	68,9	9.521,7

17 a Aufgliederung nach Branchen (vor Risikovorsorge)

17 b Aufgliederung nach
Geschäftsarten
(vor Risikovorsorge)

Mio. Euro	2011			2010		
	Inland	Ausland	Gesamt	Inland	Ausland	Gesamt
Kredite	9.840,7	71,4	9.912,1	9.432,2	68,9	9.501,1
darunter: Hypothekendarlehen	—	—	—	—	—	—
darunter: Kommunalkredite	114,7	1,0	115,7	91,2	1,6	92,8
darunter: Andere durch Grundpfandrechte gesicherte Kredite	4.824,8	31,2	4.856,0	4.684,2	28,7	4.712,9
Sonstige Forderungen	10,2	—	10,2	20,6	—	20,6
Forderungen an Kunden	9.850,9	71,4	9.922,3	9.452,8	68,9	9.521,7

Als Sicherheitsleistungen für eigene Verbindlichkeiten wurden Forderungen an Kunden in Höhe von 2.678,4 Mio. Euro (Vorjahr: 2.278,4 Mio. Euro) übertragen.

18 Kreditvolumen

Im Kreditvolumen werden nur solche Forderungen gezeigt, für die besondere Kreditvereinbarungen mit den Kreditnehmern geschlossen wurden.

Mio. Euro	2011			2010		
	Inland	Ausland	Gesamt	Inland	Ausland	Gesamt
Wechselkredite	—	—	—	—	—	—
Firmenkunden	3.985,0	26,0	4.011,0	3.742,5	23,2	3.765,7
Öffentliche Haushalte	6,2	—	6,2	8,7	—	8,7
Privatkunden	5.851,8	45,3	5.897,1	5.692,8	45,8	5.738,6
Kredite an Kunden	9.843,0	71,3	9.914,3	9.444,0	69,0	9.513,0
Kredite an Kreditinstitute	—	—	—	—	—	—
Kreditvolumen	9.843,0	71,3	9.914,3	9.444,0	69,0	9.513,0
abzüglich: Risikovorsorge	130,0	—	130,0	70,4	—	70,4
Kreditvolumen (nach Risikovorsorge)	9.713,0	71,3	9.784,3	9.373,6	69,0	9.442,6

19 Entwicklung
des Bestands
an Risikovorsorge

Neben der in der Bilanz aktivisch abgesetzten Risikovorsorge in Höhe von 127,8 Mio. Euro (Vorjahr: 70,8 Mio. Euro) sind im Bestand der Risikovorsorge auch die passivisch ausgewiesenen Rückstellungen in Höhe von 4,1 Mio. Euro (Vorjahr: 6,3 Mio. Euro) für Eventualverbindlichkeiten enthalten.

Mio. Euro	SLLP	PLL ²	GLLP ³	Rückstellungen	Gesamt
Bestand zum 1. Januar 2011	28,2	17,8	24,8	6,4	77,2
Verbrauch	35,3	12,2	—	—	47,5
Auflösungen ¹	5,4	—	14,0	2,5	21,9
Auflösungen aus Unwinding ²	1,2	—	—	—	1,2
Zuführungen	106,0	5,8	15,5	0,3	127,6
Umbuchung	—	—	—	-0,1	-0,1
Bestand zum 31. Dezember 2011	92,3	11,4	26,3	4,1	134,1

¹ Ohne Unwinding

² Zugunsten von Zinserträgen aus wertgeminderten, finanziellen Vermögenswerten, aufgelaufen gemäß IAS 39 (Unwinding)

³ Davon betreffen 0,2 Mio. Euro Auflösungen der Position Forderungen an Kreditinstitute und 0,1 Mio. Euro den Bestand dieser Position. Für das Schiffsportfolio hat sich im Jahr 2011 eine Netto-Veränderung der GLLP von insgesamt 13,2 Mio. Euro ergeben.

Die Finanzanlagen, die der Kategorie Available-for-Sale (AfS-Bestand) zugeordnet werden, beinhalten Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Beteiligungen sowie Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen.

20 Finanzanlagen

Per 31. Dezember 2011 waren in den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren (Fair Value) sowie in den Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren Wertpapiere in Höhe von 1.176,4 Mio. Euro enthalten, die aus dem Passivüberhang des übernommenen Kundengeschäfts der Allianz Bank finanziert wurden.

Der Finanzanlagebestand gliedert sich wie folgt:

Mio. Euro	2011	2010
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (Fair Value)	2.238,8	1.927,4
Aktien (Fair Value)	4,3	46,7
Aktien (at Cost)	1,9	1,9
Investmentfonds (Fair Value)	13,0	6,2
Wertpapiere insgesamt	2.258,0	1.982,2
Beteiligungen (at Cost)	0,9	0,9
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen (at Cost)	—	—
Finanzanlagen	2.258,9	1.983,1

Die Finanzanlagen werden im Wesentlichen zu Marktwerten angesetzt. Eine At-cost-Bewertung kommt dann zur Anwendung, wenn kein aktiver Markt vorhanden ist und ein beizulegender Zeitwert auch anderweitig nicht verlässlich ermittelt werden kann, weil die Schwankungsbreite der Schätzungen des beizulegenden Zeitwertes signifikant ist und die Eintrittswahrscheinlichkeiten der verschiedenen Schätzungen innerhalb dieser Bandbreite nicht auf angemessene Weise beurteilt werden können. Die Buchwerte der zu Anschaffungskosten bewerteten Beteiligungen betragen 0,9 Mio. Euro (Vorjahr: 0,9 Mio. Euro).

Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen (At-cost) in Höhe von 26 Tsd. Euro (Vorjahr: 26 Tsd. Euro) sind kaufmännisch gerundet ausgewiesen.

Mio. Euro	2011	2010
Anleihen und Schuldverschreibungen von öffentlichen Emittenten	650,1	508,9
Anleihen und Schuldverschreibungen von anderen Emittenten	1.588,7	1.418,5
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.238,8	1.927,4
darunter: börsenfähige Werte	2.186,0	1.914,5
darunter: börsennotiert	2.186,0	1.914,5

20 a Aufgliederung der Schuldverschreibungen und anderer festverzinslicher Wertpapiere

Im Jahr 2012 werden Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere mit einem Nominalvolumen in Höhe von 383,0 Mio. Euro fällig (Vorjahr: 370,7 Mio. Euro).

**20b Aufgliederung der
Aktien und anderer
nicht festverzinslicher
Wertpapiere**

Mio. Euro	2011	2010
Aktien	6,2	48,6
Sonstige	13,9	7,1
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	20,1	55,7
darunter: börsenfähige Werte	10,3	54,8
darunter: börsennotiert	10,3	52,9

20c Bestandsentwicklung

Mio. Euro	2011		2010	
	Beteiligungen	Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen	Beteiligungen	Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen
Historische Anschaffungskosten	0,9	—	1,6	—
Historische Zuschreibungen	—	—	—	—
Historische Abschreibungen	—	—	0,8	—
Buchwert zum 1. Januar 2011	0,9	—	0,8	—
Zugänge bewertet zu Anschaffungskosten	—	—	0,1	—
Abgänge bewertet zu Anschaffungskosten	—	—	—	—
In den Abgängen des Jahres enthaltene historische Zuschreibungen	—	—	—	—
In den Abgängen des Jahres enthaltene historische Abschreibungen	—	—	—	—
Zugänge durch Umbuchungen	—	—	—	—
Abgänge durch Umbuchungen	—	—	—	—
Bestandsveränderungen des Geschäftsjahres	—	—	0,1	—
Zuschreibungen des Geschäftsjahres	—	—	—	—
Abschreibungen des Geschäftsjahres	—	—	—	—
Bewertungsänderungen des Geschäftsjahres	—	—	—	—
Buchwert zum 31. Dezember 2011	0,9	—	0,9	—

Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen beinhalten zum 31. Dezember 2011 den Buchwert der nicht konsolidierten 100 %-igen Tochtergesellschaft OLB-Immobilien dienst-GmbH, Oldenburg in Höhe von 26 Tsd. Euro.

	2011			2010		
	Grundstücke und Gebäude	Betriebs- und Geschäftsausstattung	Gesamt	Grundstücke und Gebäude	Betriebs- und Geschäftsausstattung	Gesamt
Mio. Euro						
Historische Anschaffungskosten	149,3	120,0	269,3	149,7	138,1	287,8
Historische Zuschreibungen	—	—	—	—	—	—
Historische Abschreibungen	83,6	85,0	168,6	80,4	103,3	183,7
Buchwert zum 1. Januar 2011	65,7	35,0	100,7	69,3	34,8	104,1
Zugänge bewertet zu Anschaffungskosten	—	11,8	11,8	—	12,0	12,0
Abgänge bewertet zu Anschaffungskosten	2,5	3,0	5,5	0,3	32,7	33,0
In den Abgängen des Jahres enthaltene historische Zuschreibungen	—	—	—	—	—	—
In den Abgängen des Jahres enthaltene historische Abschreibungen	1,7	2,0	3,7	0,2	32,4	32,6
Zugänge durch Umbuchungen	—	—	—	—	—	—
Abgänge durch Umbuchungen	—	—	—	—	—	—
Bestandsveränderungen des Geschäftsjahres	-0,8	10,8	10,0	-0,1	11,7	11,6
Zuschreibungen des Geschäftsjahres	—	—	—	—	—	—
Abschreibungen des Geschäftsjahres (planmäßig)	3,4	9,8	13,2	3,5	10,0	13,5
Abschreibungen des Geschäftsjahres (außerplanmäßig)	—	—	—	—	1,5	1,5
Bewertungsänderungen des Geschäftsjahres	-3,4	-9,8	-13,2	-3,5	-11,5	-15,0
Buchwert zum 31. Dezember 2011	61,5	36,0	97,5	65,7	35,0	100,7

Im Konzern wurden Grundstücke und Gebäude mit einem Buchwert von 61,5 Mio. Euro genutzt (Vorjahr: 65,7 Mio. Euro).

Im Geschäftsjahr 2011 wurden keine Zuschreibungen (Wertaufholungen) aufgrund früherer Abschreibungen (Wertminderungen) vorgenommen. Zum Bilanzstichtag waren wie im Vorjahr keine Sachanlagen als Sicherheitsleistungen für eigene Verbindlichkeiten übertragen.

Im Jahre 2010 hat die OLB einen Vertrag über das Leasing von Geldautomaten und Serviceterminals abgeschlossen, der als Finanzierungs-Leasingverhältnis einzustufen ist und in den Sachanlagen ausgewiesen wurde. Der Nettobuchwert der angeschafften Geräte betrug am 31. Dezember 2011 337 Tsd. Euro (Vorjahr: 80 Tsd. Euro). Die Fälligkeit der Vereinbarungen mit Mindestleasingraten in Höhe von 360 Tsd. Euro (Vorjahr: 85 Tsd. Euro) beträgt zwischen drei und fünf Jahren (Vorjahr: zwischen vier und fünf Jahren). Der Barwert dieser Mindestleasingraten wurde auf Basis eines aufgrund der Vertragsbedingungen ermittelten kalkulatorischen Zinssatzes ermittelt und beträgt 337 Tsd. Euro (Vorjahr: 80 Tsd. Euro). Es sind keine bedingten Mietzahlungen in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst worden.

21 Sachanlagen

21a Finanzierungs-Leasingverhältnisse

22 Immaterielle Vermögenswerte

Mio. Euro	2011	2010
Historische Anschaffungskosten	23,7	24,8
Historische Zuschreibungen	—	—
Historische Abschreibungen	15,7	18,5
Buchwert zum 1. Januar 2011	8,0	6,3
Zugänge bewertet zu Anschaffungskosten	4,6	4,1
Abgänge bewertet zu Anschaffungskosten	—	5,2
In den Abgängen des Jahres enthaltene historische Zuschreibungen	—	—
In den Abgängen des Jahres enthaltene historische Abschreibungen	—	5,2
Zugänge durch Umbuchungen	—	—
Abgänge durch Umbuchungen	—	—
Bestandsveränderungen des Geschäftsjahres	4,6	4,1
Zuschreibungen des Geschäftsjahres	—	—
Abschreibungen des Geschäftsjahres (planmäßig)	2,6	2,4
Abschreibungen des Geschäftsjahres (außerplanmäßig)	—	—
Bewertungsänderungen des Geschäftsjahres	-2,6	-2,4
Buchwert zum 31. Dezember 2011	10,0	8,0

Bei den Immateriellen Vermögenswerten handelt es sich um Software.

23 Sonstige Aktiva

Mio. Euro	2011	2010
Zinsabgrenzung	45,1	43,6
Positive Marktwerte aus Sicherungsderivaten des Bankbuches	—	0,5
Sonstige Vermögenswerte	33,8	35,9
Sonstige Aktiva	78,9	80,0

In den *sonstigen Vermögensgegenständen* sind neben den Forderungen an die Allianz Deutschland AG wegen der zu erstattenden Aufwendungen für den Betrieb des Allianz Bankgeschäftes in Höhe von 8,4 Mio. Euro außerdem Forderungen aus dem Personalbereich in Höhe von 3,8 Mio. Euro (Altersteilzeit) enthalten. Im Jahr 2011 bestand ausgelagertes Planvermögen im Rahmen eines „Contractual Trust Agreement“ (CTA) für Altersteilzeitverpflichtungen in Höhe von 3,6 Mio. Euro und wurde in der Position Andere Rückstellungen gegen Sonstige Aktiva saldiert.

Darüber hinaus sind diverse Provisionsforderungen und zum Einzug erhaltene Papiere enthalten.

Mio. Euro	2011	2010
Steuererstattungsansprüche	19,9	6,6

24 Steuererstattungsansprüche

Die Steuererstattungsansprüche beziehen sich auf Steuerpositionen gemäß IAS 12, d. h., in dieser Bilanzposition werden Steuererstattungsansprüche aus Steuern vom Einkommen und Ertrag (Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer) gezeigt. Weitere Steuerforderungen aus sonstigen Steuern werden in der Bilanzposition Sonstige Aktiva ausgewiesen.

Am Bilanzstichtag gab es Rücknahmeverpflichtungen für in Pension gegebene Vermögenswerte aus dem Repo-Geschäft. Es wurden Schuldverschreibungen übertragen, deren Zinsänderungs- und Adressenausfallrisiko bei der Bank verbleiben. Die Bank bilanziert diese Schuldverschreibungen in den Finanzanlagen zum Fair Value in Höhe von 402,7 Mio. Euro (Vorjahr: 789,5 Mio. Euro). Dies entspricht dem Gesamtbuchwert der ursprünglichen Vermögenswerte und dem Betrag der übertragenen, aber weiterhin bilanzierten Vermögenswerte. Die zugehörige Verbindlichkeit der erhaltenen Barmittel beträgt 306,5 Mio. Euro (Vorjahr: 809,7 Mio. Euro). Diese sind in den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und als negative Marktwerte aus Swapvereinbarungen in den Sonstigen Passiva ausgewiesen.

25 Übertragene Vermögenswerte

Angaben zur Bilanz – Passiva

26 Handelspassiva

Mio. Euro	2011	2010
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbuches	15,7	13,1
Negative Marktwerte der als Sicherungsinstrumente eingesetzten Zinsswaps des Bankbuches	—	—
Negative Marktwerte aus Sicherung der aktienbezogenen Vergütung	—	—
Handelspassiva	15,7	13,1

27 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Mio. Euro	2011	2010
Sichteinlagen	98,4	20,0
Verbindlichkeiten aus Repo-Geschäften	228,7	809,7
Schuldscheindarlehen und Namenspfandbriefe	75,0	100,0
Börsen- und Zahlungsabwicklung	4,5	5,1
Termineinlagen	313,6	592,6
Befristete andere Verbindlichkeiten	2.676,8	2.289,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.397,0	3.816,5
davon inländische Kreditinstitute	3.380,5	3.813,1
davon ausländische Kreditinstitute	16,5	3,4

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beinhalten festverzinsliche Verbindlichkeiten von 3.294,2 Mio. Euro (Vorjahr: 3.791,4 Mio. Euro) sowie variabel verzinsliche Verbindlichkeiten von 102,8 Mio. Euro (Vorjahr: 25,1 Mio. Euro).

Die erhaltenen Barmittel im Zuge der Übertragung von Vermögenswerten bei gleichzeitiger Vereinbarung einer Rückkaufverpflichtung (Repo-Geschäfte) betragen 228,7 Mio. Euro (Vorjahr: 809,7 Mio. Euro).

28 Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Mio. Euro	2011	2010
Sichteinlagen	3.621,1	3.599,7
Verbindlichkeiten aus Repo-Geschäften	—	—
Spareinlagen	2.083,5	1.660,3
Schuldscheindarlehen und Namenspfandbriefe	759,2	768,8
Börsen- und Zahlungsabwicklung	35,5	26,7
Termineinlagen	1.032,8	1.138,2
Befristete andere Verbindlichkeiten	12,4	14,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	7.544,5	7.208,2

Mio. Euro	2011			2010		
	Inland	Ausland	Gesamt	Inland	Ausland	Gesamt
Firmenkunden	2.354,8	30,0	2.384,8	2.282,8	46,5	2.329,3
Öffentliche Haushalte	165,8	—	165,8	193,1	—	193,1
Privatkunden	4.944,3	49,6	4.993,9	4.641,4	44,4	4.685,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	7.464,9	79,6	7.544,5	7.117,3	90,9	7.208,2

28 a Aufgliederung nach Kundengruppen

Die *Verbindlichkeiten gegenüber Kunden* beinhalten festverzinsliche Verbindlichkeiten in Höhe von 3.476,2 Mio. Euro (Vorjahr: 3.177,3 Mio. Euro) sowie variabel verzinsliche Verbindlichkeiten in Höhe von 4.068,3 Mio. Euro (Vorjahr: 4.030,9 Mio. Euro). Im Geschäftsjahr bestanden wie im Vorjahr keine Repo-Geschäfte mit Kunden.

Mio. Euro	2011	2010
Begebene Schuldverschreibungen	1.161,7	1.099,3
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.161,7	1.099,3

29 Verbriefte Verbindlichkeiten

Verbriefte Verbindlichkeiten setzen sich ausschließlich aus begebenen eigenen Schuldverschreibungen zusammen. Von den begebenen Schuldverschreibungen werden im Jahr 2012 Tranchen mit einem Nominalwert von 192,4 Mio. Euro (Vorjahr: 82,6 Mio. Euro) fällig. Die Verbrieften Verbindlichkeiten enthalten variabel verzinsliche Anleihen in Höhe von 522,0 Mio. Euro (Vorjahr: 712,9 Mio. Euro).

Mio. Euro	2011	2010
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	135,5	128,6
Andere Rückstellungen	64,7	56,2
Zinsabgrenzung	54,1	52,1
Negative Marktwerte aus Sicherungsderivaten des Bankbuches	109,4	89,0
Andere Verbindlichkeiten	26,0	24,4
Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten	389,7	350,3

30 Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten

Die Rückstellungen sind überwiegend mittel- bis langfristiger Natur.

Andere Rückstellungen betreffen im Wesentlichen Abschlussvergütungen, die Geschäftsplanvergütung im Vertrieb der Allianz Bank, Altersteilzeit sowie Rückstellungen für Avalverbindlichkeiten.

In den anderen Verbindlichkeiten sind unter anderem noch nicht abgerechnete Lieferungen und Leistungen sowie noch abzuführende Gehaltsabzüge enthalten. In den Anderen Verbindlichkeiten sind Steuerschulden in Höhe von 6,4 Mio. Euro (Vorjahr: 5,2 Mio. Euro) enthalten.

31 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Mio. Euro	2011	2010	2009	2008	2007
Pensionsverpflichtungen zum 1. Januar	155,3	131,7	112,4	120,0	120,3
Abzüglich versicherungsmathematischem Verlust zum 1. Januar	26,7	9,6	5,6	19,0	24,9
Ausgewiesene Pensionsrückstellungen zum 1. Januar	128,6	122,1	106,8	101,0	95,4
Laufender Dienstaufwand	5,1	3,4	2,8	3,1	2,7
Kalkulatorischer Zinsaufwand	7,5	6,9	6,6	6,5	5,3
Erwarteter Vermögensertrag	-0,3	-0,1	—	—	—
Tilgung der Kosten aus Planänderung	—	1,6	—	—	—
Tilgung der versicherungsmathematischen Gewinne (-) / Verluste (+)	0,8	—	0,1	—	—
Netto-Pensionsaufwand	13,1	11,8	9,5	9,6	8,0
Amortisation und Transfer	-0,1	0,4	11,1	0,5	1,6
Pensionszusagen durch Entgeltumwandlung	-0,8	-0,7	-0,6	0,3	0,3
Erbrachte Pensionsleistungen im Berichtsjahr	-5,3	-5,0	-4,7	-4,6	-4,3
Ausgewiesene Pensionsrückstellungen zum 31. Dezember	135,5	128,6	122,1	106,8	101,0
Versicherungsmathematischer Verlust zum 31. Dezember	27,6	26,7	9,6	5,6	19,0
Gesamte Pensionsverpflichtungen zum 31. Dezember	163,1	155,3	131,7	112,4	120,0

Im Folgenden werden die Veränderungen beim Verpflichtungsumfang und beim Zeitwert des Fondsvermögens sowie der Stand der Bilanzwerte für die verschiedenen leistungsorientierten Pensionspläne dargestellt.

Mio. Euro	2011	2010
Veränderung des Verpflichtungsumfanges		
Barwert der erdienten Pensionsansprüche zum 1. Januar	160,8	133,2
Laufender Dienstaufwand	5,1	3,4
Kalkulatorischer Zinsaufwand	7,5	6,9
Mitarbeiterbeiträge	0,9	0,5
Kosten aus Planänderungen	—	1,6
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+)	1,7	18,4
Pensionszahlungen	-5,3	-5,0
Aquisitionen	—	1,4
Zugänge	-0,1	0,4
Barwert der erdienten Pensionsansprüche 31. Dezember¹	170,6	160,8
Veränderung im Zeitwert des Fondsvermögens		
Zeitwert des Fondsvermögens zum 1. Januar	5,5	1,5
Erwarteter Vermögensertrag	0,3	0,1
Versicherungsmathematische Gewinne (+)/Verluste (-)	—	1,3
Arbeitgeberbeiträge	0,8	0,7
Mitarbeiterbeiträge	0,9	0,5
Übertragungen	—	1,4
Zeitwert des Fondsvermögens zum 31. Dezember	7,5	5,5
Finanzierungsstatus zum 31. Dezember	163,1	155,3
Nicht getilgte versicherungsmathematische Gewinne (+)/Verluste (-)	-27,6	-26,7
Bilanzwert zum 31. Dezember	135,5	128,6

¹ Davon von Konzernunternehmen zum 31. Dezember 2011 direkt zugesagt 163,7 Mio. Euro (Vorjahr: 155,8 Mio. Euro) sowie mit Fondsvermögen hinterlegt 6,9 Mio. Euro (Vorjahr: 5,0 Mio. Euro)

Die tatsächlichen Vermögenserträge aus dem Fondsvermögen beliefen sich im Geschäftsjahr 2011 auf 0,3 Mio. Euro.

Bezogen auf den Zeitwert des Fondsvermögens, stellt sich die aktuelle Allokation der Vermögenswerte (gewichtete Durchschnitte) folgendermaßen dar:

Fondsvermögen

%	2011	2010
Aktien	6,9	6,1
Anleihen	27,5	90,9
Immobilien	0,7	2,5
Sonstige	64,9	0,5
Gesamt	100,0	100,0

Die wichtigsten Kennzahlen für leistungsorientierte Pensionspläne:

Mio. Euro	2011	2010	2009	2008	2007
Barwert der erdienten Pensionsansprüche	170,6	160,8	133,2	112,4	120,0
Zeitwert des Fondsvermögens	7,5	5,5	1,5	—	—
Finanzierungsstatus	163,1	155,3	131,7	112,4	120,0
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+) aus erfahrungsbedingten Anpassungen für:					
Verpflichtungsumfang	2,1	4,6	-4,0	-0,6	0,3
Fondsvermögen	—	-1,2	—	—	—

Bei den Berechnungen werden aktuelle, versicherungsmathematisch entwickelte biometrische Wahrscheinlichkeiten zugrunde gelegt. Des Weiteren kommen Annahmen über die künftige Fluktuation in Abhängigkeit von Alter und Dienstjahren ebenso zur Anwendung wie konzerninterne Pensionierungswahrscheinlichkeiten.

Bewertungsprämissen

Die gewichteten Annahmen für die Ermittlung des Barwertes der erdienten Pensionsansprüche sowie für die Ermittlung des Netto-Pensionsaufwands stellen sich wie folgt dar:

%	2011	2010	2009	2008	2007
Zinsfuß für die Abzinsung	4,75	4,75	5,25	6,00	5,50
Erwarteter Vermögensertrag	4,60	4,70	5,40	—	—
Erwartete Gehaltssteigerung	2,50	2,50	2,30	3,30	2,50
Erwartete Rentensteigerung	1,90	1,90	1,70	2,30	2,00

Für den Netto-Pensionsaufwand gelten die jeweiligen Annahmen zum Bilanzstichtag des vorhergehenden Geschäftsjahres. Bezüglich der Annahmen zum erwarteten Vermögensertrag ist der jeweilige Wert des aktuellen Jahres maßgeblich.

Die Annahmen zum Rechnungszins spiegeln die Marktverhältnisse am Bilanzstichtag für erstklassige festverzinsliche Anleihen entsprechend der Währung und der Duration der Pensionsverbindlichkeiten wider.

Insbesondere der Rechnungszins führt zu einer Unsicherheit mit einem erheblichen Risiko. Eine Veränderung des Rechnungszinses um 0,25 Prozentpunkte hätte einen Effekt von 5,8 Mio. Euro auf den Barwert der erdienten Pensionsansprüche.

Effekte aus Veränderung des Rechnungszinssatzes auf den versicherungsmathematischen Gewinn oder Verlust lagen im Berichtsjahr nicht vor, da der Rechnungszinssatz im Vergleich zum Vorjahr unverändert blieb.

Als Rechnungsgrundlagen wurden die „Richttafeln 2005 G“ der Heubeck-Richttafeln-GmbH, Köln, verwendet. Wie im Vorjahr galten die versicherungsmathematischen Annahmen sowohl für tariflich als auch für außertariflich Angestellte.

Zur Finanzierung der Pensionszusage durch Entgeltumwandlung wurden Rückdeckungsversicherungen bei der Allianz Lebensversicherungs-AG abgeschlossen. Die Leistungen aus der Pensionszusage entsprechen den Leistungen aus der Rückdeckungsversicherung. Die Leistungen aus dieser Rückdeckungsversicherung sind zur Sicherung der Versorgungsansprüche aus der Pensionszusage an die Mitarbeiter und ihre versorgungsberechtigten Hinterbliebenen verpfändet.

Beitragszahlungen

Für das Geschäftsjahr 2012 erwartet der Konzern für leistungsorientierte Pensionspläne Arbeitgeberbeiträge zum Fondsvermögen in Höhe von 14,5 Mio. Euro (diese beinhalten eine geplante Einmaldotierung in Höhe von 11,9 Mio. Euro) sowie direkte Pensionszahlungen an Begünstigte in Höhe von 5,8 Mio. Euro.

Beitragszusagen

Beitragszusagen werden über externe Versorgungsträger oder ähnliche Institutionen finanziert. Dabei werden an diese Einrichtungen fest definierte Beiträge (z. B. bezogen auf das maßgebliche Einkommen) gezahlt, wobei der Anspruch des Leistungsempfängers gegenüber diesen Einrichtungen besteht und der Arbeitgeber über die Zahlung der Beiträge hinaus faktisch keine weitere Verpflichtung hat.

Im Geschäftsjahr 2011 wurden Aufwendungen für Beitragszusagen in Höhe von 4,0 Mio. Euro (Vorjahr: 4,0 Mio. Euro) als Beiträge für die Mitarbeiter an den Versicherungsverein des Bankgewerbes a. G., Berlin, gezahlt. An die gesetzliche Rentenversicherung wurden 13,1 Mio. Euro (Vorjahr: 13,2 Mio. Euro) Beiträge entrichtet.

32 Andere Rückstellungen

Mio. Euro	Restrukturierungsrückstellung	Rückstellung im Kreditgeschäft	Sonstige Rückstellungen im Personalbereich	Übrige Rückstellungen	Gesamt
Bestand zum 1. Januar 2011	2,9	6,3	27,0	20,0	56,2
Verbrauch	0,2	—	17,3	8,2	25,7
Auflösungen	—	2,5	2,7	2,6	7,8
Zuführungen	5,3	0,3	17,9	18,8	42,3
Umbuchungen	-2,7	—	2,3	0,1	-0,3
Bestand zum 31. Dezember 2011	5,3	4,1	27,2	28,1	64,7

Die Umbuchungen in Höhe von -2,7 Mio. Euro bei den Restrukturierungsrückstellungen resultieren aus Dotierungen von Altersteilzeit-Rückstellungen.

In den Übrigen Rückstellungen sind Rückstellungen in Höhe von 19,8 Mio. Euro (Vorjahr: 6,7 Mio. Euro) mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr enthalten, bei denen eine Abzinsung erfolgte. Ansonsten wurde keine Abzinsung vorgenommen.

Im Jahre 2011 bestand ausgelagertes Planvermögen im Rahmen eines „Contractual Trust Agreement“ (CTA) für Altersteilzeitverpflichtungen in Höhe von 3,6 Mio. Euro. Es wurde in der Position Andere Rückstellungen gegen Sonstige Aktiva saldiert.

Mio. Euro	2011	2010
Bestand zum 1. Januar	13,5	21,8
Verbrauch	—	13,2
Auflösungen	3,6	0,2
Zuführungen	1,5	5,1
Bestand zum 31. Dezember	11,4	13,5

33 Steuerschulden

Die Steuerschulden beziehen sich auf Steuerpositionen gemäß IAS 12, d. h., in dieser Bilanzposition werden Steuerschulden aus Steuern vom Einkommen und Ertrag (Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer) gezeigt. Weitere Steuerverbindlichkeiten werden in der Bilanzposition Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Aktive latente Steueransprüche bzw. Rückstellungen für latente Steuern sind für Differenzen zwischen den steuerlichen Wertansätzen und den bilanziellen Wertansätzen für folgende Bilanzpositionen gebildet worden:

34 Latente Steuern und Ertragsteuern

Mio. Euro	2011			2010
	Ertragsteueranspruch	Ertragsteuerpflichtung	Saldo	Saldo
Finanzanlagen	16,0	–14,2	1,8	–1,8
darunter: kumulierter Bewertungseffekt aus AFS-Finanzinstrumenten	5,0	–3,5	1,5	–2,0
Handelsbestände	—	—	—	–0,5
Pensionsrückstellungen	8,2	—	8,2	9,3
Andere Rückstellungen	3,4	–0,4	3,0	4,7
Sonstiges	6,0	—	6,0	0,3
Gesamt	33,6	–14,6	19,0	12,0

34 a Latente Steueransprüche und Steuerverbindlichkeiten

Bilanzielle Aufrechnungen von aktivischen und passivischen Posten der Steuerabgrenzung wurden auf Gesellschaftsebene vorgenommen, soweit es sich um Ertragsteuern handelt, die an dieselbe Steuerbehörde zu entrichten sind und für die ein einklagbares Recht zur Aufrechnung besteht. Per Saldo ergeben die Ertragsteueransprüche in Höhe von 33,6 Mio. Euro (Vorjahr: 26,8 Mio. Euro) und die Ertragsteuerpflichtungen in Höhe von 14,6 Mio. Euro (Vorjahr: 14,8 Mio. Euro) einen latenten Steueranspruch in Höhe von 19,0 Mio. Euro (Vorjahr: 12,0 Mio. Euro).

Die Veränderung des Saldos der latenten Steuern i. H. v. 7,0 Mio. Euro schlug sich mit 3,6 Mio. Euro in der Gewinn- und Verlustrechnung und mit 3,5 Mio. Euro im Sonstigen Ergebnis (Other Comprehensive Income) nieder.

Als Ertragsteuern werden die laufenden Steuern vom Einkommen und Ertrag sowie der Betrag des latenten Steueraufwands/-ertrags ausgewiesen:

34 b Ertragsteuern

Mio. Euro	2011	2010
Tatsächliche Steuern (lfd. Jahr)	2,5	21,5
Tatsächliche Steuern (Vorjahre)	–2,3	–0,4
Latente Steuern	–3,6	–2,8
Ausgewiesene Ertragsteuern	–3,4	18,3

Die Berechnung der latenten Steuern für 2011 erfolgt unter Berücksichtigung eines effektiven Körperschaftsteuersatzes inklusive Solidaritätszuschlag von 15,8 % (Vorjahr: 15,8 %) zuzüglich eines effektiven Gewerbesteuersatzes von 15,2 % (Vorjahr: 15,2 %).

34 c Überleitungsrechnungen

Die nachfolgende Tabelle zeigt eine Überleitung des erwarteten Ertragsteueraufwands auf den effektiv ausgewiesenen Steueraufwand.

Mio. Euro	2011	2010
Ergebnis vor Steuern	13,5	70,8
Anzuwendender Steuersatz in %	31,000	31,000
Rechnerische Ertragsteuern	4,2	21,9
Steuereffekte		
Gewerbesteuer	0,1	-0,8
Steuerfreie Einnahmen	-2,8	-2,2
Sonstige steuerliche Zu- und Abrechnungen	0,2	-0,1
Körperschaftsteuerguthaben	-0,3	-0,2
Steuern Vorjahre	-4,8	-0,3
Ausgewiesene Ertragsteuern	-3,4	18,3

35 Nachrangige Verbindlichkeiten

Die *Nachrangigen Verbindlichkeiten* in Höhe von 274,2 Mio. Euro (Vorjahr: 254,4 Mio. Euro), die sich aus nachrangigen Schuldscheindarlehen von Kunden in Höhe von 186,3 Mio. Euro (Vorjahr: 186,2 Mio. Euro) sowie nachrangigen OLB-Inhaberschuldverschreibungen in Höhe von 87,9 Mio. Euro (Vorjahr: 68,2 Mio. Euro) zusammensetzen, dürfen im Falle der Insolvenz oder der Liquidation erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden. Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung besteht nicht.

Der Zinsaufwand für die Nachrangigen Verbindlichkeiten erreichte im Geschäftsjahr 13,7 Mio. Euro (Vorjahr: 9,9 Mio. Euro). Die Zinssätze für Nachrangige Verbindlichkeiten mit Festsätzen liegen in der Bandbreite von 4,80 % bis 6,00 %. Der durchschnittliche Zinssatz beträgt 5,01 %.

	Inhaberschuldverschreibungen 2011	Schuldscheindarlehen 2011
Emissionsjahr	2010 – 2011	2003 – 2010
Nominalbetrag (Mio. Euro)	87,9	186,5
Emittent	OLB	OLB
Zinssatz in %	4,0 – 5,1	4,8 – 6,0
Fälligkeitsjahr	2017 – 2020	2013 – 2025

36 Angaben zum Eigenkapital

Gezeichnetes Kapital. Das gezeichnete Kapital in Höhe von 60,5 Mio. Euro war am 31. Dezember 2011 in 23.257.143 nennwertlose Stückaktien eingeteilt. Jede Aktie repräsentiert einen anteiligen Betrag am Grundkapital und gewährt in der Hauptversammlung eine Stimme. Die Aktien sind voll eingezahlt.

Gemäß § 271 Abs. 2 HGB ist die Bank ein mit der Allianz SE verbundenes Unternehmen und wird in den Konzernabschluss der Allianz einbezogen. Dieser ist bei der Allianz SE in 80802 München, Königginstraße 28, erhältlich und wird im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemacht.

Genehmigtes Kapital. Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 21. Mai 2012 mit Zustimmung des Aufsichtsrates durch Ausgabe neuer Stückaktien gegen Bareinlagen einmalig oder mehrfach, jedoch insgesamt höchstens um 15 Mio. Euro zu erhöhen. Dabei ist den Aktionären ein Bezugsrecht einzuräumen; der Vorstand ist jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates Spitzenbeträge von dem Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen.

Von der bis zum 21. Mai 2012 befristeten Ermächtigung, das Grundkapital durch Ausgabe neuer Aktien zu erhöhen, wurde im Geschäftsjahr kein Gebrauch gemacht.

Kapitalrücklage. In der Kapitalrücklage ist der Mehrerlös (Agio), der bei der Ausgabe eigener Aktien erzielt wird, enthalten.

Gewinnrücklagen. Die Gewinnrücklagen nehmen die thesaurierten Gewinne des Konzerns sowie sämtliche erfolgswirksamen Konsolidierungsmaßnahmen auf.

Gewinnverwendung des HGB-Einzelabschlusses. Für das Geschäftsjahr 2011 ergibt sich nach HGB ein maßgeblicher Jahresüberschuss von 1,6 Mio. Euro. Da es keine Vorträge oder Veränderungen der Rücklagen gibt, entspricht dies dem Bilanzgewinn. Zur Verwendung dieses Gewinnes soll den Aktionären in der Hauptversammlung am 31. Mai 2012 vorgeschlagen werden, den Bilanzgewinn in voller Höhe den Gewinnrücklagen zuzuführen.

Diese Position nimmt die Bewertungsänderungen aus den Available-for-Sale-Finanzinstrumenten auf; zum Zeitpunkt der tatsächlichen Realisierung sowie im Falle einer Wertberichtigung werden diese in die Gewinn- und Verlustrechnung umgebucht. Ebenso werden im Kumulierten Bewertungseffekt zunächst erfasste Wertänderungen aus Finanzinstrumenten, die dem Hedge Accounting unterliegen, wieder in die Gewinn- und Verlustrechnung umgebucht.

36 a Kumulierter Bewertungseffekt aus Available-for-Sale-Finanzinstrumenten

Mio. Euro	2011	2010
Bestand zum 1. Januar	21,3	29,6
unrealisierte Marktwertveränderungen (brutto)	0,1	0,9
Umbuchung in die Gewinn- und Verlustrechnung wegen Realisierung brutto		
wegen realisierter Gewinne (–) und Verluste (+)	– 26,9	– 14,6
wegen Wertberichtigungen	3,2	1,0
Steuern auf unrealisierte Marktwertveränderungen	– 1,2	2,4
Steuern auf Umbuchung in die Gewinn- und Verlustrechnung wegen Realisierung	4,6	2,0
Bestand zum 31. Dezember	1,1	21,3

Die OLB unterliegt hinsichtlich ihrer Ausstattung mit Eigenkapital den aufsichtsrechtlichen Vorschriften des Kreditwesengesetzes (KWG), die eine Unterlegung der Risikoaktiva mit mindestens 8% Eigenmitteln vorschreiben. Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel setzen sich aus drei Kategorien zusammen: dem Kernkapital und dem Ergänzungskapital, die zusammen das haftende Eigenkapital bilden, sowie den Drittrangmitteln. Das Kernkapital beinhaltet das Eigenkapital des Konzerns sowie weitere Anpassungen. Das Ergänzungskapital besteht im Wesentlichen aus längerfristigen Nachrangigen Verbindlichkeiten. Drittrangmittel bestehen zurzeit nicht. Für die Unterlegung der Risikoaktiva mit Kernkapital ist eine Quote von mindestens 4% vorgeschrieben (Kernkapitalquote).

36 b Kapitalsteuerung, Eigenmittel und Risikoaktiva nach § 10a KWG

Bei der Steuerung des Kapitals und der Eigenmittel steht die Einhaltung der Mindestkapitalanforderungen im Konzern und in den Einzelgesellschaften der Gruppe im Vordergrund. Es wird angestrebt, durch geeignete Maßnahmen ausreichende Spielräume bei der Eigenmittelausstattung zu wahren, um die Handlungsfähigkeit und die Fortsetzung des Wachstumskurses zu gewährleisten.

Basis für die Kapitalallokation ist die geschäftspolitische Grundausrichtung der OLB. Die Schwerpunkte für die Kapitalallokation ergeben sich unter Berücksichtigung einer integrierten Risiko-Rendite-Betrachtung aus den Strategien, die in den jeweiligen Eigen- und Kundengeschäftsfeldern verfolgt werden.

Mio. Euro	2011	2010
Kernkapital	550,0	514,0
darunter: Abzugsposten ¹	—	3,0
Ergänzungskapital²	256,0	262,0
darunter: Nachrangige Verbindlichkeiten	232,0	254,0
darunter: Neubewertungsreserven auf Wertpapiere (davon 45%)	7,0	11,0
darunter: Zurechnungsposten ³	17,0	—
darunter: Abzugsposten ¹	—	3,0
Eigenmittel (§ 10a KWG)	806,0	776,0
Risikoaktiva Adressenrisiken	5.950,0	6.108,0
Risikoaktiva Marktrisiken	25,0	54,0
Risikoaktiva Operationelle Risiken	500,0	463,0
Risikoaktiva	6.475,0	6.625,0

¹ Gemäß § 10 Absatz 6a KWG in Verbindung mit § 10a KWG

² Maximal 100 % des Kernkapitals

³ Gemäß § 10 Absatz 2b, Nr. 9 KWG in Verbindung mit § 10a KWG

Die aufsichtsrechtlichen Erfordernisse zur Eigenkapitalausstattung wurden jederzeit eingehalten.

36 c Kapitalquoten nach § 10a KWG

%	2011	2010
Kernkapitalquote ¹	8,5	7,8
Gesamtkapitalquote¹	12,4	11,7

¹ Berechnet inklusive Anrechnungsbeträgen für Operationelle Risiken und Marktrisikopositionen

Angaben zur Bilanz – Sonstiges

Für nachstehende Verbindlichkeiten wurden Vermögenswerte in der angegebenen Höhe als Sicherheiten übertragen:

Mio. Euro	2011	2010
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.991,3	3.065,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0,9	0,9
Besicherte Verbindlichkeiten	2.992,2	3.066,1

Der Gesamtbetrag (zu Buchwerten) der übertragenen Sicherheiten setzt sich aus folgenden Vermögenswerten zusammen:

Mio. Euro	2011	2010
Forderungen an Kunden	2.678,4	2.278,4
Schuldverschreibungen	402,7	789,5
Übertragene Sicherheiten¹	3.081,1	3.067,9

¹ Beinhalten in Pension gegebene Vermögenswerte

Bei den übertragenen Forderungen an Kunden handelt es sich ausschließlich um refinanzierte Darlehen. Die OLB arbeitet maßgeblich mit den Refinanzierungsinstituten KfW, NBank und LRB zusammen. Nach deren Allgemeinen Bedingungen tritt die OLB grundsätzlich die Kundenforderung einschließlich aller Nebenrechte, auch Sicherheiten, die der Kunde für die refinanzierte Forderung gestellt hat, an das Refinanzierungsinstitut ab. Der Fair Value der als Sicherheit übertragenen Kundenforderungen betrug 2.408,4 Mio. Euro (Vorjahr: 2.116,0 Mio. Euro).

Der Fair Value der übertragenen Schuldverschreibungen entspricht dem oben angegebenen Buchwert.

Mio. Euro	2011	2010
Vermögenswerte der Währung		
USD	74,6	42,4
GBP	2,6	6,5
Sonstige	26,3	33,2
Vermögenswerte insgesamt	103,5	82,1
Schulden der Währung		
USD	33,0	24,3
GBP	0,9	1,2
Sonstige	11,3	3,7
Schulden insgesamt	45,2	29,2

Die Beträge stellen jeweils Summen aus Euro-Gegenwerten der Währungen außerhalb des Euro-raumes dar.

37 Sicherheitsleistungen für eigene Verbindlichkeiten

38 Fremdwährungsvolumina

39 a Restlaufzeitengliederungen der Forderungen und Verbindlichkeiten

Forderungen und Verbindlichkeiten sind in dem Laufzeitraster nach Endfälligkeiten bzw. Kündigungsterminen gegliedert.

Mio. Euro	2011				
	bis 3 Monate	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Befristete Forderungen an Kreditinstitute	695,0	—	—	—	695,0
Forderungen an Kunden	1.729,3	589,8	2.430,3	5.172,9	9.922,3
Forderungen zum 31. Dezember 2011	2.424,3	589,8	2.430,3	5.172,9	10.617,3

Mio. Euro	2010				
	bis 3 Monate	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Befristete Forderungen an Kreditinstitute	1.400,7	50,0	—	—	1.450,7
Forderungen an Kunden	1.591,7	595,3	2.351,6	4.983,1	9.521,7
Forderungen zum 31. Dezember 2010	2.992,4	645,3	2.351,6	4.983,1	10.972,4

In den Forderungen an Kunden mit einer Restlaufzeit bis drei Monate sind Forderungen in Höhe von 1.159,7 Mio. Euro (Vorjahr: 1.029,9 Mio. Euro) mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

Mio. Euro	2011				
	bis 3 Monate	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	102,8	—	—	—	102,8
Befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	313,4	182,1	1.205,1	1.593,6	3.294,2
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.656,6	—	—	—	3.656,6
Spareinlagen	1.368,3	543,8	171,4	—	2.083,5
Andere befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	589,1	365,2	375,0	475,1	1.804,4
Verbriefte Verbindlichkeiten	19,9	172,4	449,4	520,0	1.161,7
Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten	95,4	40,0	84,6	169,7	389,7
Steuerschulden	—	—	11,4	—	11,4
Nachrangige Verbindlichkeiten	—	—	132,9	141,3	274,2
Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2011	6.145,5	1.303,5	2.429,8	2.899,7	12.778,5

Mio. Euro	2010				
	bis 3 Monate	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	25,1	—	—	—	25,1
Befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.015,9	270,8	989,1	1.515,6	3.791,4
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.626,4	—	—	—	3.626,4
Spareinlagen	924,5	625,6	110,2	—	1.660,3
Andere befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	924,5	161,5	314,5	521,0	1.921,5
Verbriefte Verbindlichkeiten	10,0	72,6	329,5	687,2	1.099,3
Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten	87,7	35,5	73,2	153,9	350,3
Steuerschulden	—	—	13,5	—	13,5
Nachrangige Verbindlichkeiten	—	—	117,9	136,5	254,4
Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2010	6.614,1	1.166,0	1.947,9	3.014,2	12.742,2

Gemäß IFRS 7 ist auch eine Restlaufzeitengliederung der Verbindlichkeiten nach Gesamtverbindlichkeiten anzugeben.

Dies wird in den folgenden Tabellen dargestellt:

Mio. Euro	2011				
	bis 3 Monate	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	102,8	—	—	—	102,8
Befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	315,5	183,3	1.213,3	1.604,4	3.316,5
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.656,6	—	—	—	3.656,6
Spareinlagen	1.368,3	543,8	171,4	—	2.083,5
Andere befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	589,1	365,2	375,0	475,1	1.804,4
Verbriefte Verbindlichkeiten	19,9	172,4	456,5	520,1	1.168,9
Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten	92,7	38,6	39,3	109,7	280,3
Steuerschulden	—	—	11,4	—	11,4
Nachrangige Verbindlichkeiten	—	—	133,0	141,4	274,4
Bilanzielle Posten	6.144,9	1.303,3	2.399,9	2.850,7	12.698,8
Eventualverbindlichkeiten und Andere Verpflichtungen	831,2	—	—	—	831,2
Gesamtverbindlichkeiten zum 31. Dezember 2011	6.976,1	1.303,3	2.399,9	2.850,7	13.530,0

39 b Restlaufzeiten-
gliederung der Ver-
bindlichkeiten nach
Gesamtverbind-
lichkeiten

Mio. Euro	2010				
	bis 3 Monate	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	25,1	—	—	—	25,1
Befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.022,5	272,5	995,5	1.525,4	3.815,9
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.626,4	—	—	—	3.626,4
Spareinlagen	924,5	625,6	110,2	—	1.660,3
Andere befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	924,5	161,5	314,5	521,0	1.921,5
Verbriefte Verbindlichkeiten	10,0	72,9	339,0	686,9	1.108,8
Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten	87,7	35,5	32,5	106,1	261,8
Steuerschulden	—	—	13,5	—	13,5
Nachrangige Verbindlichkeiten	—	—	118,0	136,5	254,5
Bilanzielle Posten	6.620,7	1.168,0	1.923,2	2.975,9	12.687,8
Eventualverbindlichkeiten und Andere Verpflichtungen	980,8	—	—	—	980,8
Gesamtverbindlichkeiten zum 31. Dezember 2010	7.601,5	1.168,0	1.923,2	2.975,9	13.668,6

40 Derivategeschäfte

Derivative Finanzinstrumente, die die Übertragung von Markt- und Kreditrisiken zwischen verschiedenen Parteien ermöglichen, leiten ihren Wert unter anderem von Zinssätzen und Indizes sowie von Aktien- und Devisenkursen ab. Für Kontrahentenrisiken werden bei positiven Marktwerten Abschläge berücksichtigt. Die wichtigsten derivativen Produkte umfassen Swaps, Forward Rate Agreements, Devisentermingeschäfte, Aktienoptionen und Kreditderivate. Derivate können als standardisierte Kontrakte an der Börse oder in Form von bilateral ausgehandelten Transaktionen außerbörslich (OTC) abgeschlossen werden.

Derivate finden Verwendung sowohl im bankinternen Risikomanagement unserer Handelspositionen als auch im Rahmen unserer Aktiv-Passiv-Steuerung.

Hinsichtlich der Bewertung wird zwischen börsen- und außerbörslich gehandelten Produkten unterschieden.

Bei Ausübung von Index-Optionen findet bei börsengehandelten Kontrakten täglich ein Barausgleich statt.

Positive und negative Marktwerte werden dann ausgewiesen, wenn die Vertragsvereinbarungen eine vollständige Abwicklung erst zum Fälligkeitstag (nur bei europäischen Optionen; Eurex-Produkte = amerikanische Optionen) vorsehen oder die Variation Margin (nur bei Futures) am Bilanzstichtag (beispielsweise aufgrund der unterschiedlichen Zeitzonen der Börsenplätze) noch nicht reguliert wurde.

Falls keine Marktpreise notiert werden (OTC-Derivate), finden die an den Finanzmärkten etablierten Schätzverfahren (unter anderem Barwertmethode und Optionspreismodelle) Anwendung. Der Marktwert eines Derivats entspricht dabei der Summe aller auf den Bewertungsstichtag diskontierten zukünftigen Cashflows (Present-Value- bzw. Dirty-Close-Out-Wert). Die folgende Tabelle weist die Nominalvolumina nach Restlaufzeiten sowie die positiven und negativen Marktwerte (Fair Values) der von uns abgeschlossenen derivativen Geschäfte aus. Die Nominalbeträge dienen grundsätzlich nur als Referenzgröße für die Ermittlung gegenseitig vereinbarter Ausgleichszahlungen (beispielsweise Zinsansprüche und/oder -verbindlichkeiten bei Zinsswaps) und repräsentieren damit keine Bilanzforderungen und/oder -verbindlichkeiten.

	Positive Fair Values	Negative Fair Values	Nominalvolumina / Fälligkeit			Gesamt	
			bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	2011	2010
Mio. Euro							
Zinsbezogene Derivate	8,4	-117,2	200,5	709,3	472,6	1.382,4	1.337,4
davon Zinsswaps (Bankbuch)	—	-109,4	150,0	513,0	355,0	1.018,0	1.018,0
Währungsbezogene Derivate	7,3	-7,7	369,9	5,4	—	375,3	454,6
davon Devisenoptionen: Käufe	0,4	—	6,1	1,1	—	7,2	9,6
davon Devisenoptionen: Verkäufe	—	-0,4	6,1	1,1	—	7,2	9,6
Aktien-/Indexbezogene Derivate	2,1	-0,2	32,5	—	—	32,5	60,2
Kreditderivate	—	—	—	—	—	—	—
Sonstige Derivate	—	—	—	—	—	—	—
Derivate insgesamt	17,8	-125,1	602,9	714,7	472,6	1.790,2	1.852,2
davon Produkte EUR	11,0	-117,9	226,6	697,7	463,6	1.387,9	1.431,6
davon Produkte USD	6,1	-6,3	189,0	14,8	8,9	212,7	197,1
davon Produkte GBP	0,3	-0,3	48,2	—	—	48,2	31,3
davon Produkte JPY	0,1	—	22,4	—	—	22,4	47,7

Zum Jahresende waren Zinsswaps im Nominalvolumen von 1.018,0 Mio. Euro (Vorjahr: 1.018,0 Mio. Euro) für Hedge Accounting designiert.

Im Rahmen der Bildung von bilanziellen Sicherungsbeziehungen nach den Regeln des IAS 39 (Hedge Accounting) waren Zinsswaps des Bankbuches negativen bereinigten Marktwertveränderungen in Höhe von 33,2 Mio. Euro unterworfen. Korrespondierende Forderungen an Kunden und Finanzanlagen erfuhren in der Summe positive bereinigte Marktwertveränderungen in Höhe von 31,5 Mio. Euro. Der Nettoeffekt von -1,7 Mio. Euro wird im Laufenden Handelsergebnis ausgewiesen.

41 Eventualverbindlichkeiten und Andere Verpflichtungen

Außerbilanzielles Geschäft

Die Eventualverbindlichkeiten und Anderen Verpflichtungen enthalten potenzielle zukünftige Verbindlichkeiten des Konzerns, die aus den Kunden eingeräumten, jedoch noch nicht in Anspruch genommenen und terminlich begrenzten Kreditlinien erwachsen. Der Konzern ermöglicht seinen Kunden durch Kreditfazilitäten schnellen Zugriff auf Gelder, die von den Kunden zur Erfüllung ihrer kurzfristigen Verpflichtungen sowie der langfristigen Finanzierungsbedürfnisse benötigt werden. Ferner werden Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungen sowie Akkreditive ausgewiesen. Die Erträge aus Bürgschaften werden im Provisionsergebnis erfasst und die Höhe wird durch Anwendung vereinbarter Sätze auf den Nominalbetrag der Bürgschaften bestimmt.

Aus den Zahlen kann nicht direkt auf die hieraus erwachsenden Liquiditätserfordernisse geschlossen werden. Weitere Ausführungen zu Liquiditätsrisiken und deren Steuerung und Überwachung enthält der Risikobericht.

Mio. Euro	2011	2010
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		
Kreditbürgschaften	15,6	17,1
Sonstige Bürgschaften und Gewährleistungen	316,8	337,0
Akkreditive	4,8	6,2
davon Akkreditiveröffnungen	4,6	6,1
davon Akkreditivbestätigungen	0,2	0,1
Eventualverbindlichkeiten	337,2	360,3
Unwiderrufliche Kreditzusagen		
Buchkredite	353,0	473,2
Avalkredite	96,9	88,6
Hypothekendarlehen / Kommunalkredite	44,1	58,7
Andere Verpflichtungen	494,0	620,5

Die Risikovorsorge für außerbilanzielle Verpflichtungen wurde unter Andere Rückstellungen ausgewiesen.

Die in den Tabellen dargestellten Zahlen reflektieren die Beträge, die im Falle der vollständigen Ausnutzung der Fazilitäten durch den Kunden und den darauf folgenden Zahlungsverzug – unter der Voraussetzung, dass keine Sicherheiten vorhanden sind – abgeschrieben werden müssten. Ein großer Teil dieser Verpflichtungen verfällt möglicherweise, ohne in Anspruch genommen zu werden. Die Zahlen sind nicht repräsentativ für das tatsächliche künftige Kreditengagement oder aus diesen Verpflichtungen erwachsende Liquiditätserfordernisse. Sicherheiten dienen ggf. dem Gesamtobligo von Kunden aus Krediten und Avalen. Daneben gibt es Unterbeteiligungen Dritter zu unwiderruflichen Kreditzusagen und Avalen.

42 Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Mio. Euro	2011			
	bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Verpflichtungen aus Miet- und Nutzungsverträgen	43,1	92,4	23,6	159,1
Verpflichtungen für Instandhaltung von Informationstechnologie	1,5	3,4	0,9	5,8
Verpflichtungen aus begonnenen Investitionsvorhaben	2,9	—	—	2,9
Einzahlungsverpflichtungen und Mithaftungen	2,1	—	—	2,1
Sonstige finanzielle Verpflichtungen	49,6	95,8	24,5	169,9

Mio. Euro	2010			
	bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Verpflichtungen aus Miet- und Nutzungsverträgen	45,3	87,8	22,4	155,5
Verpflichtungen für Instandhaltung von Informationstechnologie	2,9	3,7	1,0	7,6
Verpflichtungen aus begonnenen Investitionsvorhaben	4,3	—	—	4,3
Einzahlungsverpflichtungen und Mithaftungen	2,1	—	—	2,1
Sonstige finanzielle Verpflichtungen	54,6	91,5	23,4	169,5

Verpflichtungen aus Mietverträgen betreffen Miet- und Leasingverträge für Gebäude und Geschäftsausstattung. Sie führten im Berichtsjahr zu Aufwendungen in Höhe von 13,7 Mio. Euro (Vorjahr: 12,3 Mio. Euro). Die Mietverträge für Gebäude haben in der Regel eine Laufzeit von 10 Jahren. Leasingverträge für Geschäftsausstattung haben Laufzeiten zwischen 3 und 5 Jahren.

Einzahlungsverpflichtungen für Aktien, Anleihen und sonstige Anteile beliefen sich auf 0,1 Mio. Euro (Vorjahr: 0,1 Mio. Euro), Mithaftungen gemäß § 26 GmbH-Gesetz betragen 2,0 Mio. Euro (Vorjahr: 2,0 Mio. Euro).

Die Mithaftungen betreffen die Liquiditäts-Konsortialbank GmbH („LIKO“). Der Beteiligungsbuchwert des OLB-Konzerns beläuft sich auf 0,3 Mio. Euro. Der OLB-Konzern haftet bedingt für Nachschussverpflichtungen gegenüber der LIKO bis zu einer Höhe von 2,0 Mio. Euro. Daneben bestehen gemäß § 5 Abs. 4 des Gesellschaftsvertrages der LIKO Mithaftungen für die OLB, die dann auftreten, wenn andere Gesellschafter ihren Verpflichtungen zur Leistung von Nachschusszahlungen nicht nachkommen. Soweit Mithaftungen bestehen, ist die Bonität der Mitgesellschafter in allen Fällen zweifelsfrei.

Für die Munich Filmpartners (MFP) besteht eine wieder aufgelebte Haftung gemäß § 172 Abs. 4 HGB in Höhe von 75 Tsd. Euro.

Zudem ist die Oldenburgische Landesbank AG Mitglied des Einlagensicherungsfonds, durch den bis zu einem Höchstbetrag Verbindlichkeiten gegenüber Gläubigern gedeckt werden. Als Mitglied des Einlagensicherungsfonds, der selbst Gesellschafter der LIKO ist, ist die Oldenburgische Landesbank AG zusammen mit den anderen Mitgliedern des Fonds gesondert haftbar für zusätzliche Kapitalleistungen, maximal in Höhe des Jahresbeitrags der Oldenburgische Landesbank AG. Für das Jahr 2011 ist von der Oldenburgische Landesbank AG eine Umlage in Höhe von 4,8 Mio. Euro (Vorjahr: 4,2 Mio. Euro) erhoben worden.

Zusätzlich wurden erstmalig 1,1 Mio. Euro in den Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute (Bankenabgabe) eingezahlt.

Gemäß § 5 Abs. 10 des Statuts für den Einlagensicherungsfonds haben wir uns verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e. V. von etwaigen Verlusten freizustellen, die durch Maßnahmen zugunsten von in unserem Mehrheitsbesitz stehenden Kreditinstituten anfallen.

Gemäß gleichen Statuts hat sich die Allianz Deutschland AG verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e. V. von allen Verlusten freizustellen, die durch § 2 Absatz 2 zugunsten der Bank entstehen. Diese Erklärung ist unwiderruflich, solange die Allianz Deutschland AG zu der Oldenburgische Landesbank AG in einer Verbindung gemäß § 5 Absatz 10 des Statuts steht. § 2 regelt die Aufgabe und den Zweck des Einlagensicherungsfonds. Der Einlagensicherungsfonds hat die Aufgabe, bei drohenden oder bestehenden finanziellen Schwierigkeiten von Banken, insbesondere bei drohender Zahlungseinstellung, im Interesse der Einleger Hilfe zu leisten, um Beeinträchtigungen des Vertrauens in die privaten Kreditinstitute zu verhüten. Gemäß § 2 Absatz 2 sind zur Durchführung dieser Aufgabe alle zur Hilfeleistung geeigneten Maßnahmen zulässig, und zwar insbesondere Zahlungen an einzelne Gläubiger, Leistungen an Banken, die Übernahme von Garantien oder die Übernahme von Verpflichtungen im Rahmen von Maßnahmen gemäß § 46a KWG.

Bei Tochterunternehmen im Sinne von § 290 Abs. 1 und 2 HGB, die das Bankgeschäft betreiben oder das Bankgeschäft ergänzende Funktionen wahrnehmen, trägt die Oldenburgische Landesbank AG, von politischen Risiken abgesehen, im Rahmen ihrer Anteilsquote dafür Sorge, dass diese Gesellschaften ihre Verpflichtungen erfüllen können.

43 Treuhandgeschäfte

Mio. Euro	2011	2010
Forderungen an Kunden	14,5	19,1
Treuhandvermögen¹	14,5	19,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	10,9	13,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3,6	5,5
Treuhandverbindlichkeiten	14,5	19,1

¹ Hierin sind 14,5 Mio. Euro (Vorjahr: 19,1 Mio. Euro) Treuhandkredite enthalten.

Ergänzende Angaben

Zu den Finanzinstrumenten der nachfolgenden Tabelle zählen im Wesentlichen bilanzierte und nicht bilanzierte finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten im Anwendungsbereich von IFRS 7. Für diese Finanzinstrumente werden Klassen gebildet, die eine Unterscheidung nach fortgeführten Anschaffungskosten und beizulegenden Zeitwerten als den relevanten Bewertungsmaßstäben von IAS 39 ermöglichen. Separat gezeigt werden die Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente, da sie zum Nominalwert bilanziert werden und daher weder der Klasse der zu fortgeführten Anschaffungskosten noch der Klasse der zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerte zuzuordnen sind. Für jede Bewertungsklasse von Finanzinstrumenten werden die beizulegenden Zeitwerte den Buchwerten gegenübergestellt und eine Überleitung zu den Posten der Aktiv- und Passivseite der Bilanz vollzogen. Risikoabschläge als Teil der Fair Values werden für finanzielle Verbindlichkeiten – und bei finanziellen Vermögenswerten nur auf den unbesicherten Teil einer Forderung – vorgenommen. Entsprechend wurden Vorjahreswerte angepasst, um eine angemessenere Darstellung zu erzielen.

44 Fair Values und Buchwerte von Finanzinstrumenten nach Bewertungsklassen und Bilanzposten

44 a Finanzielle Vermögenswerte

Mio. Euro	Kategorie ¹	2011							
		Bilanziert zum Nominalwert		Bilanziert zu fortgeführten Anschaffungskosten		Bilanziert zum Fair Value		Summe	
		Buchwert	Fair Value	Buchwert	Fair Value	Buchwert	Fair Value	Buchwert	Fair Value
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	LaR	144,3	144,3	—	—	—	—	144,3	144,3
Handelsaktiva	HfT	—	—	—	—	18,5	18,5	18,5	18,5
Forderungen an Kreditinstitute (netto nach Risikovorsorge)	LaR	—	—	924,1	924,7	—	—	924,1	924,7
Forderungen an Kunden (netto nach Risikovorsorge)	LaR	—	—	9.792,3	9.917,4	—	—	9.792,3	9.917,4
Finanzanlagen (Fair Value)	AfS	—	—	—	—	2.256,1	2.256,1	2.256,1	2.256,1
Finanzanlagen (At Cost)	AfS	—	—	2,8	2,8	—	—	2,8	2,8
Sonstige Aktiva ²	LaR	—	—	45,1	45,1	—	—	45,1	45,1
Summe Loans and Receivables (LaR)		144,3	144,3	10.761,5	10.887,2	—	—	10.905,8	11.031,5
Summe Held-for-Trading (HfT)		—	—	—	—	18,5	18,5	18,5	18,5
Summe Available-for-Sale (AfS)		—	—	2,8	2,8	2.256,1	2.256,1	2.258,9	2.258,9
Summe aller Bewertungskategorien		144,3	144,3	10.764,3	10.890,0	2.274,6	2.274,6	13.183,2	13.308,9

¹ LaR = Loans and Receivables, HfT = Held-for-Trading, AfS = Available-for-Sale

² Zum Fair Value bilanzierte sonstige Aktiva beziehen sich mit 0,5 Mio. Euro auf positive Marktwerte aus Sicherungsgeschäften, die für Hedge Accounting nach IAS 39 qualifizieren.

Mio. Euro	Kategorie ¹	2010							
		Bilanziert zum Nominalwert		Bilanziert zu fortgeführten Anschaffungskosten		Bilanziert zum Fair Value		Summe	
		Buchwert	Fair Value	Buchwert	Fair Value	Buchwert	Fair Value	Buchwert	Fair Value
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	LaR	158,8	158,8	—	—	—	—	158,8	158,8
Handelsaktiva	HfT	—	—	—	—	20,0	20,0	20,0	20,0
Forderungen an Kreditinstitute (netto nach Risikovorsorge)	LaR	—	—	1.530,5	1.532,8	—	—	1.530,5	1.532,8
Forderungen an Kunden (netto nach Risikovorsorge)	LaR	—	—	9.451,3	9.182,9	—	—	9.451,3	9.182,9
Finanzanlagen (Fair Value)	AfS	—	—	—	—	1.980,3	1.980,3	1.980,3	1.980,3
Finanzanlagen (At Cost)	AfS	—	—	2,8	2,8	—	—	2,8	2,8
Sonstige Aktiva ²	LaR	—	—	43,6	43,6	0,5	0,5	44,1	44,1
Summe Loans and Receivables (LaR)		158,8	158,8	11.025,4	10.759,3	0,5	0,5	11.184,7	10.918,6
Summe Held-for-Trading (HfT)		—	—	—	—	20,0	20,0	20,0	20,0
Summe Available-for-Sale (AfS)		—	—	2,8	2,8	1.980,3	1.980,3	1.983,1	1.983,1
Summe aller Bewertungskategorien		158,8	158,8	11.028,2	10.762,1	2.000,8	2.000,8	13.187,8	12.921,7

¹ LaR = Loans and Receivables, HfT = Held-for-Trading, AfS = Available-for-Sale

² Zum Fair Value bilanzierte sonstige Aktiva beziehen sich mit 0,5 Mio. Euro auf positive Marktwerte aus Sicherungsgeschäften, die für Hedge Accounting nach IAS 39 qualifizieren.

Die Höhe des Wertminderungsaufwandes für Handelsaktiva ist in den Notesangaben zum Handelsergebnis ausgewiesen. Wertminderungsaufwand für Finanzanlagen ist aus den Notesangaben im Ergebnis aus Finanzanlagen und im Kumulierten Bewertungseffekt aus Available-for-Sale-Finanzinstrumenten ersichtlich. Die Wertminderungen für Forderungen an Kunden und an Kreditinstitute spiegeln sich in der Notesangabe zur Risikovorsorge im Kreditgeschäft wider. Nettoergebnisse für die betroffenen Klassen von Finanzinstrumenten finden sich hier ebenso wieder.

44 b Finanzielle Verbindlichkeiten

Mio. Euro	2011								
	Kategorie ¹	Bilanziert zum Nominalwert		Bilanziert zu fortgeführten Anschaffungskosten		Bilanziert zum Fair Value		Summe	
		Buchwert	Fair Value	Buchwert	Fair Value	Buchwert	Fair Value	Buchwert	Fair Value
Handelsspassiva	HfT	—	—	—	—	15,7	15,7	15,7	15,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	oL	—	—	3.397,0	3.798,1	—	—	3.397,0	3.798,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	oL	—	—	7.544,5	7.617,9	—	—	7.544,5	7.617,9
Verbriefte Verbindlichkeiten	oL	—	—	1.161,7	1.079,9	—	—	1.161,7	1.079,9
Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten ²	oL	—	—	163,5	163,5	109,4	109,4	272,9	272,9
Nachrangige Verbindlichkeiten	oL	—	—	274,2	281,6	—	—	274,2	281,6
Summe Held-for-Trading (HfT)		—	—	—	—	15,7	15,7	15,7	15,7
Summe other Liabilities (oL)		—	—	12.540,9	12.941,0	109,4	109,4	12.650,3	13.050,4
Summe aller Bewertungskategorien		—	—	12.540,9	12.941,0	125,1	125,1	12.666,0	13.066,1

¹ HfT = Held-for-Trading, oL = other Liabilities

² Zum Fair Value bilanzierte andere Verbindlichkeiten beziehen sich auf Zinsabgrenzungen und mit 109,4 Mio. Euro auf negative Marktwerte aus Sicherungsgeschäften, die für Hedge Accounting nach IAS 39 qualifizieren.

Mio. Euro	2010								
	Kategorie ¹	Bilanziert zum Nominalwert		Bilanziert zu fortgeführten Anschaffungskosten		Bilanziert zum Fair Value		Summe	
		Buchwert	Fair Value	Buchwert	Fair Value	Buchwert	Fair Value	Buchwert	Fair Value
Handelsspassiva	HfT	—	—	—	—	13,1	13,1	13,1	13,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	oL	—	—	3.816,5	3.890,6	—	—	3.816,5	3.890,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	oL	—	—	7.208,2	7.247,2	—	—	7.208,2	7.247,2
Verbriefte Verbindlichkeiten	oL	—	—	1.099,3	1.068,1	—	—	1.099,3	1.068,1
Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten ²	oL	—	—	141,1	141,1	89,0	89,0	230,1	230,1
Nachrangige Verbindlichkeiten	oL	—	—	254,4	266,5	—	—	254,4	266,5
Summe Held-for-Trading (HfT)		—	—	—	—	13,1	13,1	13,1	13,1
Summe other Liabilities (oL)		—	—	12.519,5	12.613,5	89,0	89,0	12.608,5	12.702,5
Summe aller Bewertungskategorien		—	—	12.519,5	12.613,5	102,1	102,1	12.621,6	12.715,6

¹ HfT = Held-for-Trading, oL = other Liabilities

² Zum Fair Value bilanzierte andere Verbindlichkeiten beziehen sich auf Zinsabgrenzungen und mit 89,9 Mio. Euro auf negative Marktwerte aus Sicherungsgeschäften, die für Hedge Accounting nach IAS 39 qualifizieren.

Als Fair Value bezeichnet man den Betrag, zu dem ein Finanzinstrument zwischen sachverständigen, vertragswilligen und unabhängigen Parteien, die nicht unter Handlungszwang stehen, gehandelt werden kann. Der Fair Value wird am besten durch einen Marktwert ausgedrückt, soweit ein Marktpreis zur Verfügung steht. Zu den Finanzinstrumenten gehören in erster Linie Wertpapiere, Forderungen, Verbindlichkeiten und Derivate.

Für die Mehrzahl der Finanzinstrumente, hauptsächlich für Kredite, Einlagen und nicht börsengängige Derivate, stehen Marktpreise nicht unmittelbar zur Verfügung, da es keine organisierten Märkte gibt, auf denen diese Instrumente gehandelt werden. Für diese Instrumente erfolgte die Ermittlung des Fair Values unter Anwendung finanzmathematisch anerkannter Bewertungsverfahren mit aktuellen Marktparametern. Zur Anwendung kamen insbesondere die Barwertmethode und Optionspreismodelle. Der Fair Value ist demnach ein stichtagsbezogener Modellwert, der nur als Indikator für einen beim künftigen Verkauf realisierbaren Wert herangezogen werden kann. Weitere Ausführungen zu Methoden der Messung von mit den Finanzinstrumenten verbundenen Risiken enthält der Risikobericht im Kapitel Risikolage, Risikotragfähigkeit unter Adressrisiken.

Täglich fällige Finanzinstrumente

Täglich fällige Finanzinstrumente wurden mit ihrem Nominalwert berücksichtigt. Zu diesen Instrumenten zählen der Kassenbestand sowie Kontokorrentkredite und Sichteinlagen gegenüber Kreditinstituten und Kunden.

Forderungen und Verbindlichkeiten

Für die Ermittlung der Marktwerte wurden die zukünftigen vertraglich festgelegten Zahlungsströme berechnet und mit den geeigneten Marktzinsen diskontiert. Der Bonität von Kreditnehmern wurde durch eine angemessene Adjustierung der Diskontierungssätze Rechnung getragen.

Handelsaktiva / -passiva

Der Konzern bilanziert Handelsaktiva/-passiva einschließlich Schuldtiteln, Aktien, derivativen Finanzinstrumenten und Devisengeschäften zum Marktwert bzw. zu abgeleiteten beizulegenden Zeitwerten. Sind keine Preisquotierungen erhältlich, werden die Marktwerte durch finanzmathematische Bewertungen ermittelt.

Wertpapiere

Wertpapiere der Finanzanlagen werden gemäß IAS 39 als „Available-for-Sale-Finanzinstrumente“ klassifiziert und mit dem Fair Value bewertet. Sind keine Preisquotierungen erhältlich, werden die Marktwerte durch finanzmathematische Bewertungen ermittelt.

Langfristige Verbindlichkeiten

Die Bewertung von Verbrieften Verbindlichkeiten und Nachrangigen Verbindlichkeiten wird auf der Basis quotierter Marktpreise vorgenommen, sofern diese vorhanden sind, und berücksichtigt verschiedene Faktoren, unter anderem die aktuellen Marktzinsen und das Kreditrating des Konzerns. Sind keine Preisquotierungen erhältlich, werden die Marktwerte durch finanzmathematische Bewertungen ermittelt.

44 c Fair Value-Hierarchie

In der nachfolgenden Tabelle werden die zum Fair Value ausgewiesenen Finanzinstrumente in die drei Fair Value-Kategorien gemäß der IFRS Fair Value-Hierarchie eingeordnet.

Aktivische Finanzinstrumente

	2011			Summe
	An einem aktiven Markt gehandelte Finanzinstrumente (Level 1)	Auf Marktdaten beruhende Bewertungsmodelle (Level 2)	Nicht auf Marktdaten beruhende Bewertungsmodelle (Level 3)	
Buchwert in Mio. Euro				
Handelsaktiva (originär)	0,7	—	—	0,7
Handelsaktiva (derivativ)	—	17,8	—	17,8
Finanzanlagen (Fair Value)	1.464,9	791,2	—	2.256,1
Sonstige zum Fair Value bewertete aktivische Finanzinstrumente	—	—	—	—
Zum Fair Value bewertete aktivische Finanzinstrumente	1.465,6	809,0	—	2.274,6

Buchwert in Mio. Euro	2010			Summe
	An einem aktiven Markt gehandelte Finanzinstrumente (Level 1)	Auf Marktdaten beruhende Bewertungsmodelle (Level 2)	Nicht auf Marktdaten beruhende Bewertungsmodelle (Level 3)	
Handelsaktiva (originär)	4,9	—	—	4,9
Handelsaktiva (derivativ)	0,4	14,7	—	15,1
Finanzanlagen (Fair Value)	1.034,8	945,5	—	1.980,3
Sonstige zum Fair Value bewertete aktivische Finanzinstrumente	—	0,5	—	0,5
Zum Fair Value bewertete aktivische Finanzinstrumente	1.040,1	960,7	—	2.000,8

Buchwert in Mio. Euro	2011			Summe
	An einem aktiven Markt gehandelte Finanzinstrumente (Level 1)	Auf Marktdaten beruhende Bewertungsmodelle (Level 2)	Nicht auf Marktdaten beruhende Bewertungsmodelle (Level 3)	
Handelspassiva (derivativ)	0,2	15,5	—	15,7
Sonstige zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	—	109,4	—	109,4
Zum Fair Value bewertete passivische Finanzinstrumente	0,2	124,9	—	125,1

Passivische Finanzinstrumente

Buchwert in Mio. Euro	2010			Summe
	An einem aktiven Markt gehandelte Finanzinstrumente (Level 1)	Auf Marktdaten beruhende Bewertungsmodelle (Level 2)	Nicht auf Marktdaten beruhende Bewertungsmodelle (Level 3)	
Handelspassiva (derivativ)	0,7	12,4	—	13,1
Sonstige zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	—	89,0	—	89,0
Zum Fair Value bewertete passivische Finanzinstrumente	0,7	101,4	—	102,1

Im Berichtsjahr wurden 17,2 Mio. Euro an festverzinslichen Wertpapieren von Level 1 in Level 2 transferiert, im Wesentlichen weil die Preisanbindung von Marktpreisen an Bewertungsmodelle des Marktpreisinformationsdienstes Bloomberg erfolgte.

Für die Fair-Value-Hierarchie folgt die OLB als Spezifizierung der IFRS den Ausweisgepflogenheiten des Allianz Mutterkonzerns, um eine konzern einheitliche Einordnung der Finanzinstrumente in die verschiedenen Level der Fair Value-Hierarchie vorzunehmen.

Als wesentliches Charakteristikum werden konzerneinheitlich Pfandbriefe wegen der geringen Umsätze an den Börsen grundsätzlich in Level 2 eingeordnet. Daraus ist jedoch keine Beeinträchtigung der Rückzahlungswahrscheinlichkeit abzuleiten.

Ebenso werden Marktwerte der Derivate, die im OTC-Handel kontrahiert wurden, auch bei Vorliegen identischer Vergleichspreise am Markt in Level 2 ausgewiesen.

Für alle Finanzinstrumente, die nicht schon durch die ersten beiden Sortierkriterien eingeordnet wurden, wurde zusätzlich die Preisanbindung überprüft. Bei Vorliegen von gehandelten Marktpreisen wurden diese zugrunde gelegt und eine Kategorisierung in Level 1 vorgenommen. Bei Verwendung von Preismodellen des Marktinformationsanbieters Bloomberg wurde eine Einordnung in Level 2 vorgenommen.

45 Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Die Allianz Deutschland AG hält rund 64,3 % der Aktien an der Oldenburgische Landesbank AG, die OLB-Beteiligungsgesellschaft mbH hält einen Anteil von rund 25,3 % (Stand 31. Dezember 2011). Mehrheitsgesellschafterin der OLB-Beteiligungsgesellschaft mbH ist wiederum die Allianz Deutschland AG mit einer Beteiligung von rund 98,8 %. Alleingesellschafterin der Allianz Deutschland AG ist die Allianz SE.

Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit werden Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen zu marktüblichen Bedingungen und Konditionen abgeschlossen. Der Umfang dieser Transaktionen ist im Folgenden dargestellt, wobei im Rahmen der Konzernkonsolidierung eliminierte Transaktionen nicht Bestandteil der Darstellung sind. Bei den nahe stehenden Personen handelt es sich um Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrates der Oldenburgische Landesbank AG und der übergeordneten Gesellschaften Allianz Deutschland AG und Allianz SE sowie deren nahen Familienangehörigen. Als Personen in Schlüsselpositionen werden Vorstand und Aufsichtsrat der Oldenburgische Landesbank AG angesehen. Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrates der übergeordneten Gesellschaften werden unter Sonstige nahe stehende Unternehmen und Personen mit einbezogen. Bei den nahe stehenden Unternehmen handelt es sich um nichtkonsolidierte Tochterunternehmen der Oldenburgische Landesbank AG (unter Tochterunternehmen ausgewiesen), Unternehmen, bei denen Aufsichtsratsmitglieder der Bank eine Position in der Geschäftsleitung bekleiden, der Mehrheitsgesellschafterin Allianz Deutschland AG (unter Mutterunternehmen ausgewiesen) sowie andere Konzerngesellschaften der Allianz unter dem Dach der Allianz SE.

Forderungen und Verbindlichkeiten

Mio. Euro	2011	2010
Forderungen an Kunden		
Personen in Schlüsselpositionen der OLB AG	0,5	0,6
Tochterunternehmen	0,7	1,2
Sonstige nahe stehende Unternehmen und Personen	35,5	68,4
Sonstige Aktiva		
Mutterunternehmen	9,6	10,2
Sonstige nahe stehende Unternehmen und Personen	24,3	16,6
Forderungen insgesamt	70,6	97,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
Personen in Schlüsselpositionen der OLB AG	0,8	0,8
Tochterunternehmen	0,2	0,2
Sonstige nahe stehende Unternehmen und Personen	105,1	119,8
Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten		
Mutterunternehmen	2,2	1,4
Sonstige nahe stehende Unternehmen und Personen	14,1	9,1
Verbindlichkeiten insgesamt	122,4	131,3

Bei den oben genannten Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Kunden handelt es sich um Geldmarkttransaktionen, Kredite und Einlagen sowie um Refinanzierungsgelder. Die Forderungen gegenüber Personen in Schlüsselpositionen der OLB AG sind nahezu vollständig grundpfandrechtl. besichert. Forderungen gegenüber Tochterunternehmen sind aufgrund des Konzernverbundes nicht besichert. Für Forderungen gegenüber sonstigen nahe stehenden Unternehmen und Personen wurden der Bank Sicherheiten i. H. v. 27,0 Mio. Euro gestellt. Für Verbindlichkeiten wurde keine Besicherung gegeben. Daneben existierten zum 31. Dezember 2011 Avalkredite zugunsten sonstiger nahe stehender Unternehmen in Höhe von 27,7 Mio. Euro (Vorjahr: 27,3 Mio. Euro). Außerdem werden Dienstleistungs-, Wertpapier-, Devisenhandels- und Zinstermingeschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen getätigt.

Im Rahmen der Ergebnisrechnung schlugen sich diese Geschäfte gemäß folgender Tabelle nieder:

Mio. Euro	2011	2010
Zinsüberschuss		
Personen in Schlüsselpositionen der OLB AG	—	—
Mutterunternehmen	—	—
Tochterunternehmen	—	0,1
Sonstige nahe stehende Unternehmen und Personen	-0,3	-0,1
Provisionsüberschuss		
Personen in Schlüsselpositionen der OLB AG	—	—
Mutterunternehmen	—	—
Tochterunternehmen	2,2	1,9
Sonstige nahe stehende Unternehmen und Personen	24,4	27,5
Sachaufwand		
Personen in Schlüsselpositionen der OLB AG	—	—
Mutterunternehmen	-9,5	-8,3
Tochterunternehmen	—	—
Sonstige nahe stehende Unternehmen und Personen	-22,9	-23,1
Sonstiges betriebliches Ergebnis		
Personen in Schlüsselpositionen der OLB AG	—	—
Mutterunternehmen	67,9	70,6
Tochterunternehmen	—	—
Sonstige nahe stehende Unternehmen und Personen	—	0,2
Ergebnis Gesamt	61,8	68,8

Die Oldenburgische Landesbank AG etablierte zum 1. Juni 2009 mit der Allianz Bank ein neues Geschäftssegment. Die Allianz Bank wird als Zweigniederlassung der Oldenburgische Landesbank AG in der Gesamtverantwortung des OLB-Vorstands geführt. Gemäß Geschäftsplan der Allianz Bank werden die Aufbaukosten und erwartete Anlaufverluste in den ersten Jahren zu negativen Ergebnissen in der Allianz Bank führen. Hierzu wurde zwischen der Oldenburgische Landesbank AG und der Allianz Deutschland AG vereinbart, dass die Allianz Deutschland AG mögliche Verluste der Allianz Bank auszugleichen hat. Diese Vereinbarung gilt bis einschließlich 31. Dezember 2014. An den Ablauf der Verlustausgleichspflicht ist ein Kündigungsrecht der Oldenburgische Landesbank AG geknüpft.

Gewinne aus der Zweigniederlassung Allianz Bank stehen der Oldenburgische Landesbank AG hingegen in voller Höhe zu; es wurde kein Teilgewinnabführungsvertrag über den Gewinn aus der Allianz Bank geschlossen. Die Oldenburgische Landesbank AG geht in ihrem Geschäftsplan für die Allianz Bank davon aus, dass mittel- bis langfristig mit der Allianz Bank Gewinne erzielt werden.

Im Rahmen der Ergebnisrechnung sind 127,3 Mio. Euro Erträge (Vorjahr: 133,4 Mio. Euro) und 65,6 Mio. Euro Aufwendungen (Vorjahr: 64,5 Mio. Euro) für Transaktionen mit nahe stehenden Unternehmen und Personen angefallen. Bei den Erträgen handelt es sich insbesondere um den Ausgleich des Verlustes aus dem laufenden Geschäft der Allianz Bank durch die Allianz Deutschland AG sowie um Provisionen von Konzerngesellschaften der Allianz für die Vermittlung und Bestandsführung von Fonds- und Versicherungsprodukten. Bei den Aufwendungen handelt es sich insbesondere um

Kosten der Allianz Bank für Vertriebsvergütungen im Allianz Agenturvertrieb sowie für Serviceleistungen im Rahmen des Konzernverbundes der Allianz. Die Konditionen und Bedingungen für das Zins- und Provisionsgeschäft, einschließlich der Besicherung, sowie der konzerninternen Leistungsverrechnungen entsprechen marktüblichen Usancen.

Zur Freistellungserklärung der Allianz Deutschland AG zugunsten der Oldenburgische Landesbank AG gegenüber dem Bundesverband deutscher Banken e.V. verweisen wir auf die Ausführungen im Abschnitt Sonstige Finanzielle Verpflichtungen.

Die Kreditgewährung an Mitglieder des Vorstands stellt sich per 31. Dezember 2011 folgendermaßen dar: Die Einräumung von Dispositionslinien beträgt insgesamt 524,3 Tsd. Euro, die per 31. Dezember 2011 mit 113 Tsd. Euro in Anspruch genommen wurden. Die Zinssätze liegen jeweils bei 6,00 %. Ein bestehender Avalkredit in Höhe von 2,4 Tsd. Euro wurde mit einer Avalprovision von 2,70 % abgerechnet. Des Weiteren bestand ein Darlehen in Höhe von 100 Tsd. Euro. Der Zinssatz lag bei 2,89 %. Die Verzinsung und die Ausgestaltung sind marktüblich. Kreditkartenlimite in Höhe von 90,1 Tsd. Euro wurden am Bilanzstichtag mit 6 Tsd. Euro ausgenutzt.

Die Kreditgewährung an Mitglieder des Aufsichtsrats stellt sich per 31. Dezember 2011 folgendermaßen dar: Die Einräumung von Dispositionslinien beträgt insgesamt 247,0 Tsd. Euro, die per 31. Dezember 2011 mit 15,4 Tsd. Euro in Anspruch genommen wurden. Die Zinssätze liegen zwischen 6,00 % und 9,88 %. Daneben bestanden Avalkredite in Höhe von 46,6 Tsd. Euro, für die Avalprovision zwischen 0,50 % und 3,25 % gezahlt wurden. Weiterhin bestanden Darlehen in Höhe von 230,5 Tsd. Euro. Die Zinssätze liegen zwischen 3,81 % und 5,06 %. Die Verzinsung und die Ausgestaltung sind marktüblich. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden Darlehensbeträge in Höhe von 320 Tsd. Euro zurückgezahlt. Diese Darlehen wurden mit 5,30 % verzinst. Kreditkartenlimite in Höhe von 121,2 Tsd. Euro wurden am Bilanzstichtag mit 4,3 Tsd. Euro ausgenutzt.

Die Vergütung des Vorstandes für das Geschäftsjahr 2011 betrug 2,9 Mio. Euro (Vorjahr: 2,9 Mio. Euro). Hierin enthalten sind RSU mit einem Zeitwert von insgesamt 0,7 Mio. Euro (Vorjahr: 0,8 Mio. Euro). Aus Mandaten bei konzerneigenen Gesellschaften erhielten die Mitglieder des Vorstands im Jahr 2011 insgesamt 30,1 Tsd. Euro (inklusive Umsatzsteuer; Vorjahr: 20,6 Tsd. Euro). Am 31. Dezember 2011 betrug der versicherungsmathematische Barwert auf Basis IFRS der Pensionsverpflichtungen für die Vorstandsmitglieder, die zu diesem Zeitpunkt aktiv waren, 3,2 Mio. Euro (Vorjahr: 2,7 Mio. Euro). Der Aufwand für Pensionsverpflichtungen betrug 0,3 Mio. Euro (Vorjahr: 0,3 Mio. Euro). Die Vergütungsbestandteile nach Kategorien sind in folgender Tabelle aufgeführt:

Mio. Euro	2011	2010
kurzfristig fällige Leistungen	2,1	1,9
andere langfristig fällige Leistungen	0,1	0,2
anteilsbasierte Vergütung	0,7	0,8
Summe	2,9	2,9
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	2,1	—
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	0,3	0,3

An frühere Mitglieder des Vorstands oder deren Hinterbliebene haben wir 3,2 Mio. Euro gezahlt (Vorjahr: 1,6 Mio. Euro). Der versicherungsmathematische Barwert der Pensionsverpflichtungen auf IFRS-Basis für diesen Personenkreis betrug 16,4 Mio. Euro (Vorjahr: 14,8 Mio. Euro).

Die Vergütung des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2011 betrug 0,7 Mio. Euro (Vorjahr: 0,7 Mio. Euro). Es handelt sich jeweils um kurzfristig fällige Leistungen.

Des Weiteren hat Herr Claas E. Daun, der durch seine Tätigkeit im Aufsichtsrat der OLB AG zu den „Personen in Schlüsselpositionen“ zählt, 2.000 Euro als Vergütung für seine Mitgliedschaft im Beirat der Oldenburgische Landesbank AG erhalten.

Ein individualisierter Ausweis der Vergütung des Vorstands und des Aufsichtsrats findet sich im Konzernlagebericht.

46 Aktienbezogene Vergütung

Aktienkaufpläne für Mitarbeiter. Aktien der Allianz SE werden auch berechtigten Mitarbeitern des OLB-Konzerns innerhalb vorgegebener Frist zu vergünstigten Konditionen angeboten. Um teilnahmeberechtigt zu sein, müssen Mitarbeiter grundsätzlich mindestens sechs Monate vor dem Aktienangebot ununterbrochen in einem ungekündigten Arbeits- oder Ausbildungsverhältnis beschäftigt gewesen sein; außerdem unterliegt der Kauf Einschränkungen bezüglich des Betrages, den Mitarbeiter in den Aktienkauf investieren können. Die Anzahl der durch diese Angebote ausgegebenen Aktien im OLB-Konzern belief sich im Geschäftsjahr auf 34.427 Stück; der Unterschiedsbetrag zwischen Ausübungs- und Marktpreis in Höhe von 0,4 Mio. Euro für 2011 wurde unter dem Personalaufwand ausgewiesen.

Group-Equity-Incentive-Pläne. Die Group-Equity-Incentive-Pläne (GEI-Pläne) des OLB-Konzerns unterstützen die Ausrichtung des Top-Managements, insbesondere des Vorstands, auf die nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes. Bis 2010 umfassen die GEI virtuelle Optionen (Stock Appreciation Rights, SAR) und virtuelle Aktien (Restricted Stock Units, RSU). Ab der Gewährung im Jahr 2011 ersetzt der Allianz Equity-Incentive-Plan (AEI) die GEI-Pläne. Im AEI-Plan werden den Planteilnehmern nur noch virtuelle Aktien (Restricted Stock Units) gewährt.

Stock-Appreciation-Rights-Pläne. Die SAR, die einem Planteilnehmer gewährt wurden, verpflichten den OLB-Konzern in Bezug auf jedes gewährte Recht, den Unterschiedsbetrag zwischen dem Börsenkurs der Allianz Aktie am Tag der Ausübung und dem Referenzkurs als Barzahlung zu leisten. Der maximale Unterschied ist auf 150 % des Referenzkurses begrenzt. Der Referenzkurs entspricht dem Durchschnitt der Schlusskurse der Aktie der Allianz SE an den zehn Börsentagen, die im Ausgabejahr der Bilanzpressekonferenz der Allianz SE folgen. Die bis 2008 gewährten SAR können nach einer Sperrfrist von zwei Jahren ausgeübt werden und verfallen nach sieben Jahren. Für SAR, die ab 2009 gewährt wurden, gilt eine Sperrfrist von vier Jahren, und sie verfallen ebenfalls nach sieben Jahren. Nach Ablauf der Sperrfrist können die SAR vom Planteilnehmer ausgeübt werden, sofern folgende Marktbedingungen erfüllt sind:

1. der Kurs der Aktie der Allianz SE hat während der Laufzeit den Dow Jones Europe STOXX Price Index mindestens einmal für einen Zeitraum von fünf aufeinanderfolgenden Börsentagen übertroffen und
2. der Aktienkurs der Allianz SE übersteigt den Referenzkurs bei Ausübung um mindestens 20 %.

Darüber hinaus werden SAR vor dem Ablauf der Sperrfrist unter der Voraussetzung, dass die genannten Marktbedingungen erfüllt sind, durch das Unternehmen ausgeübt, wenn ein Planteilnehmer stirbt, sich die Mehrheitsverhältnisse ändern oder ein Planteilnehmer wegen betriebsbedingter Kündigung ausscheidet.

Die am letzten Tag des Plans nicht ausgeübten Rechte werden automatisch ausgeübt, sofern die oben genannten Bedingungen erfüllt sind. Wenn diese Bedingungen nicht erfüllt sind oder ein Teilnehmer des Plans aus dem Beschäftigungsverhältnis zum OLB-Konzern ausgeschieden ist, verfallen die Rechte.

Der Zeitwert der SAR zum Zeitpunkt der Gewährung wird mittels eines Cox-Rubinstein binomialen Optionsbewertungsmodells bestimmt. Die Volatilität wird aus beobachtbaren historischen Marktpreisen abgeleitet. Sind bezüglich des Ausübungsverhaltens der SAR keine historischen Informationen verfügbar (vor allem die Pläne, die von 2006 bis 2008 ausgegeben wurden, sind nicht im Geld), wird angenommen, dass die erwartete Laufzeit der Zeit bis zum Verfall der SAR entspricht.

Die folgende Tabelle stellt die Annahmen für die Berechnung des Zeitwertes der SAR zum Zeitpunkt der Gewährung dar:

	2011	2010	2009	2008	2007
Erwartete Volatilität in %	—	29,00	60,0	32,0	27,9
Risikofreier Zinssatz in %	—	2,70	2,6	3,6	3,9
Erwartete Dividendenrendite in %	—	5,60	6,2	5,3	3,0
Aktienkurs in Euro	—	88,09	55,19	112,80	158,01
Erwartete Laufzeit in Jahren	—	7	7	7	7

Im Jahr 2011 wurden keine neuen Stücke gewährt.

Die SAR werden vom OLB-Konzern als Vergütungen mit Barausgleich bilanziert. Daher erfasst der OLB-Konzern den Zeitwert der SAR periodengerecht über die Sperrfrist als Personalaufwand. Nach Ablauf der Sperrfrist werden jegliche Änderungen des Zeitwertes der nicht ausgeübten Rechte als Personalaufwand erfasst. In dem zum 31. Dezember 2011 endenden Geschäftsjahr belief sich der gesamte Personalaufwand im Zusammenhang mit den nicht ausgeübten Rechten auf 60 Tsd. Euro (2010: 118 Tsd. Euro).

Zum 31. Dezember 2011 bildete der OLB-Konzern für die nicht ausgeübten SAR eine Rückstellung in Höhe von 114 Tsd. Euro (2010: 343 Tsd. Euro).

Die folgende Tabelle stellt die Entwicklung der SAR dar:

	Anzahl	Davon ausübbar	Gewichteter durchschnittlicher Ausübungspreis	Gewichteter durchschnittlicher Zeitwert am Bewertungsstichtag	Gewichtete durchschnittliche Restlaufzeit in Jahren
Bestand zum 31. Dezember 2009	58.386	—	113,37	8,06	3,1
Gewährt	16.346	—	87,36	17,31	—
Ausgeübt	—	—	—	—	—
Konzernversetzung	2.606	—	104,02	—	—
Bestand zum 31. Dezember 2010	77.338	—	107,56	7,48	3,1
Gewährt	—	—	—	—	—
Ausgeübt	-10.995	—	83,47	—	—
Konzernversetzung	—	—	—	—	—
Bestand zum 31. Dezember 2011	66.343	—	111,55	2,55	2,5

Restricted-Stock-Units-Pläne. Durch die einem Planteilnehmer gewährten RSU ist der OLB-Konzern verpflichtet, eine dem durchschnittlichen Börsenkurs der Aktie der Allianz SE in den zehn Handelstagen, die dem Ablauf der Sperrfrist vorausgehen, entsprechende Barzahlung zu leisten oder für jedes gewährte Recht eine Aktie der Allianz SE oder ein anderes gleichwertiges Eigenkapitalinstrument auszugeben. Die RSU haben eine Sperrfrist von fünf Jahren. Der OLB-Konzern übt die RSU am ersten Handelstag nach Ablauf ihrer Sperrfrist aus. Am Ausübungstag kann der OLB-Konzern die Erfüllungsmethode für die einzelnen RSU bestimmen.

Darüber hinaus werden RSU vor dem Ablauf der Sperrfrist durch das Unternehmen ausgeübt, wenn ein Planteilnehmer stirbt, sich die Mehrheitsverhältnisse ändern oder ein Planteilnehmer wegen betriebsbedingter Kündigung ausscheidet. Die RSU sind virtuelle Aktien ohne Berücksichtigung von Dividendenzahlungen. Die Berechnung des Zeitwertes erfolgt durch Subtraktion der Barwerte der erwarteten künftigen Dividendenzahlungen vom jeweils herrschenden Kurs am Bewertungstag.

Die folgende Tabelle stellt die Annahmen für die Berechnung des Zeitwertes der RSU zum Zeitpunkt der Gewährung dar:

in %	2011	2010
Durchschnittlicher Zinssatz	—	1,40
Durchschnittlicher Dividendenertrag	—	5,50

Im Jahr 2011 wurden keine neuen Stücke gewährt.

Die RSU werden vom OLB-Konzern als Vergütungen mit Barausgleich bilanziert, weil der OLB-Konzern einen Barausgleich plant. Daher erfasst der OLB-Konzern den Zeitwert der RSU periodengerecht über die Sperrfrist als Personalaufwand. In dem zum 31. Dezember 2011 endenden Geschäftsjahr belief sich der im Zusammenhang mit den nicht ausübbaaren RSU stehende Personalaufwand auf 320 Tsd. Euro (2010: 547 Tsd. Euro).

Zum 31. Dezember 2011 bildete der OLB-Konzern für die nicht ausübbaaren RSU eine Rückstellung in Höhe von 857 Tsd. Euro (Vorjahr: 1.200 Tsd. Euro).

Allianz Equity-Incentive-Plan. Ab dem Gewährungsjahr 2011 ersetzt der AEI-Plan die GEI-Pläne.

Aufgrund der neuen Vergütungsstruktur, die seit dem 1. Januar 2010 gültig ist, werden die RSU 2012 als den Teilnehmern gewährte Vergütung für das Jahr 2011 angesehen. Die zusätzliche Rückstellung und der Personalaufwand für die im März 2012 ausgegebenen RSU sind geschätzt und basieren auf einer Zielerreichung von 100 %, wie sie in der Zielvereinbarung für das Jahr 2011 für jeden einzelnen Planteilnehmer enthalten ist.

Der OLB-Konzern ist durch die einem Planteilnehmer gewährten RSU verpflichtet, eine dem durchschnittlichen Aktienkurs der Aktie der Allianz SE am Ausübungstag und den vorangehenden neun Handelstagen entsprechende Barzahlung zu leisten oder jede virtuelle Aktie in eine Aktie der Allianz SE umzutauschen. Die Auszahlung ist begrenzt und entspricht maximal einem 200 %igen Aktienkursanstieg über dem Ausgabekurs.

Die RSU innerhalb des AEI-Plans unterliegen einer vierjährigen Sperrfrist. Die Freigabe der RSU erfolgt am letzten Tag der Sperrfrist. Der OLB-Konzern kann die Erfüllungsmethode für die einzelnen RSU bestimmen.

Darüber hinaus werden RSU vor dem Ablauf der Sperrfrist durch das Unternehmen ausgeübt, wenn ein Planteilnehmer stirbt, sich die Mehrheitsverhältnisse ändern oder ein Planteilnehmer wegen betriebsbedingter Kündigung ausscheidet.

Die RSU sind virtuelle Aktien ohne Dividendenauszahlung, die einer Auszahlungsbeschränkung unterliegen. Der Zeitwert ermittelt sich aus dem jeweils herrschenden Kurs am Bewertungstag abzüglich der Barwertsumme der bis zur Fälligkeit erwarteten künftigen Dividendenzahlungen und des Zeitwertes der Auszahlungsbeschränkung. Die Auszahlungsbeschränkung wird als Europäische Short-Call-Option auf Basis aktueller Marktdaten am Bewertungstag bewertet.

Die folgende Tabelle stellt die Annahmen für die Berechnung des Zeitwertes der RSU zum Zeitpunkt der Gewährung dar:

	2012	2011
Aktienkurs in Euro	84,90	102,00
Durchschnittlicher Dividenertrag in %	5,50	4,80
Durchschnittlicher Zinssatz in %	1,25	2,00
Erwartete Volatilität in %	25,00	19,00

Die RSU 2012 werden als den Teilnehmern gewährte Vergütung für das Jahr 2011 angesehen. Folglich basieren die Annahmen für die im März 2012 ausgegebenen RSU auf bestmöglicher Schätzung.

Die RSU innerhalb der neuen Vergütungsstruktur werden vom OLB-Konzern als Vergütungen mit Barausgleich bilanziert, weil der OLB-Konzern einen Barausgleich plant. Daher erfasst der OLB-Konzern den Zeitwert der RSU periodengerecht über den Erdienungszeitraum von einem Jahr und anschließend über die Sperrfrist als Personalaufwand. In dem zum 31. Dezember 2011 endenden Geschäftsjahr belief sich der im Zusammenhang mit der RSU-Komponente des AEI-Plans stehende Personalaufwand auf 357 Tsd. Euro (2010: 165 Tsd. Euro).

Zum 31. Dezember 2011 bildete der OLB-Konzern für diese RSU eine Rückstellung in Höhe von 430 Tsd. Euro (2010: 165 Tsd. Euro).

Die folgende Tabelle stellt die Entwicklung der RSU dar:

	Anzahl	Gewichteter durchschnittlicher Zeitwert	Gewichteter durchschnittlicher Ausübungspreis
Bestand zum 31. Dezember 2009	25.667	79,68	—
Gewährt	8.114	68,54	—
Ausgeübt	-9.888	—	82,87
Konzernversetzung	1.269	—	—
Bestand zum 31. Dezember 2010	25.162	78,05	—
Gewährt	11.591	60,12	—
Ausgeübt	-6.348	—	100,11
Konzernversetzung	—	—	—
Bestand zum 31. Dezember 2011	30.405	64,06	—

Mio. Euro	2011	2010
Abschlussprüfungsleistungen	0,8	0,7
Andere Bestätigungsleistungen	0,4	0,5
Gesamt¹	1,2	1,2

¹ Vom Gesamtbetrag 2011 betreffen 0,1 Mio. Euro das Vorjahr.

47 Honorare für Abschlussprüfer

- 48 Marktpreis-
änderungsrisiken** Für die Marktrisiken des Handelsbuches und des Nichthandelsbuches verweisen wir aus Gründen der Übersichtlichkeit auf den Risikobericht innerhalb des Konzernlageberichts auf Kapitel Risikolage, Risikotragfähigkeit unter Marktpreisänderungsrisiken.
- 49 Kreditrisiko-
konzentration** Für die Kreditrisikokonzentration verweisen wir aus Gründen der Übersichtlichkeit auf den Risikobericht innerhalb des Konzernlageberichts auf Kapitel Definition der Risikoarten unter Konzentrationsrisiken.

50 Anteilsbesitzliste

Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil am Kapital	Eigenkapital	Periodenergebnis	Periodenergebnis
	%	31.12.2011 Mio. Euro	1.1–31.12.2011 Mio. Euro	1.1–31.12.2010 Mio. Euro
W. Fortmann & Söhne KG, Oldenburg	100,00	8,77	0,33	0,45
Münsterländische Bank Thie & Co. KG, Münster	100,00	8,30	0,62	0,48
Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung, Oldenburg	100,00	0,03	—	—
OLB-Service Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Oldenburg	100,00	0,03	—	—
OLB-Immobiliendienst-GmbH, Oldenburg	100,00	0,03	—	—
AGI-Fonds Ammerland ¹	100,00	k.A	8,67	6,69
AGI-Fonds Weser-Ems ¹	100,00	k.A	3,62	4,30

¹ Von der Allianz Global Investors, Frankfurt am Main verwaltet

Mit folgenden Tochtergesellschaften bestehen Ergebnisabführungsverträge:

- Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung, Oldenburg
- OLB-Immobiliendienst-GmbH, Oldenburg
- OLB Service Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Oldenburg

Neben der Oldenburgische Landesbank AG mit Sitz in 26122 Oldenburg, Stau 15/17 – eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Oldenburg unter der Nummer HRB 3003 – werden in den Konzernabschluss – wie in Note (1) beschrieben – die in der Anteilsbesitzliste genannten Unternehmen und Spezialfonds einbezogen. Hiervon ausgenommen ist die OLB-Immobiliendienst-GmbH, Oldenburg.

51 Mitarbeiter

Im Jahresdurchschnitt beschäftigte die Oldenburgische Landesbank 2.926 (Vorjahr: 2.973) Mitarbeiter. Sie verteilen sich wie folgt:

Anzahl	2011	2010
Mitarbeiter Vollzeit (Durchschnitt)		
weiblich	935	971
männlich	1.298	1.317
Mitarbeiter Teilzeit (Durchschnitt)		
weiblich	660	654
männlich	33	31
Mitarbeiter insgesamt	2.926	2.973

Am 31. Dezember 2011 betrug die Zahl der Mitarbeiter 2.883, daneben waren 226 Auszubildende (davon 132 weiblich) im OLB-Konzern tätig.

Die von Vorstand und Aufsichtsrat nach § 161 Aktiengesetz abzugebende Erklärung zur Einhaltung der Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ wurde abgegeben und ist den Aktionären dauerhaft im Internet unter www.olb.de im Bereich Investor Relations (Pfad: www.olb.de/dieolb/2613.php) zugänglich.

52 Corporate
Governance

Für das Geschäftsjahr 2011 ergibt sich nach HGB ein maßgeblicher Jahresüberschuss von 1,6 Mio. Euro. Da es keine Vorträge oder Veränderungen der Rücklagen gibt, entspricht dies dem Bilanzgewinn. Zur Verwendung dieses Gewinnes soll den Aktionären in der Hauptversammlung am 31. Mai 2012 vorgeschlagen werden, den Bilanzgewinn in voller Höhe den Gewinnrücklagen zuzuführen.

53 Dividendenzahlung

Der vorliegende Konzernabschluss wurde am 28. Februar 2012 durch den Gesamtvorstand der Oldenburgische Landesbank AG zur Veröffentlichung freigegeben. Bis zu diesem Datum können Ereignisse nach dem Bilanzstichtag Berücksichtigung finden. Änderungen des Konzernabschlusses können danach gemäß § 173 AktG nur noch durch Beschluss der Hauptversammlung vorgenommen werden.

54 Zeitpunkt
der Freigabe zur
Veröffentlichung

Oldenburg, den 28. Februar 2012
Oldenburgische Landesbank AG

Der Vorstand



Dr. Achim Kassow

Sprecher



Dr. Stefan Friedmann



Jörg Höhling

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Nach bestem Wissen versichern wir, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Oldenburg, den 28. Februar 2012
Oldenburgische Landesbank AG

Der Vorstand



Dr. Achim Kassow

Sprecher



Dr. Stefan Friedmann



Jörg Höhling

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der Oldenburgische Landesbank Aktiengesellschaft, Oldenburg, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Gesamtergebnisrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wie haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

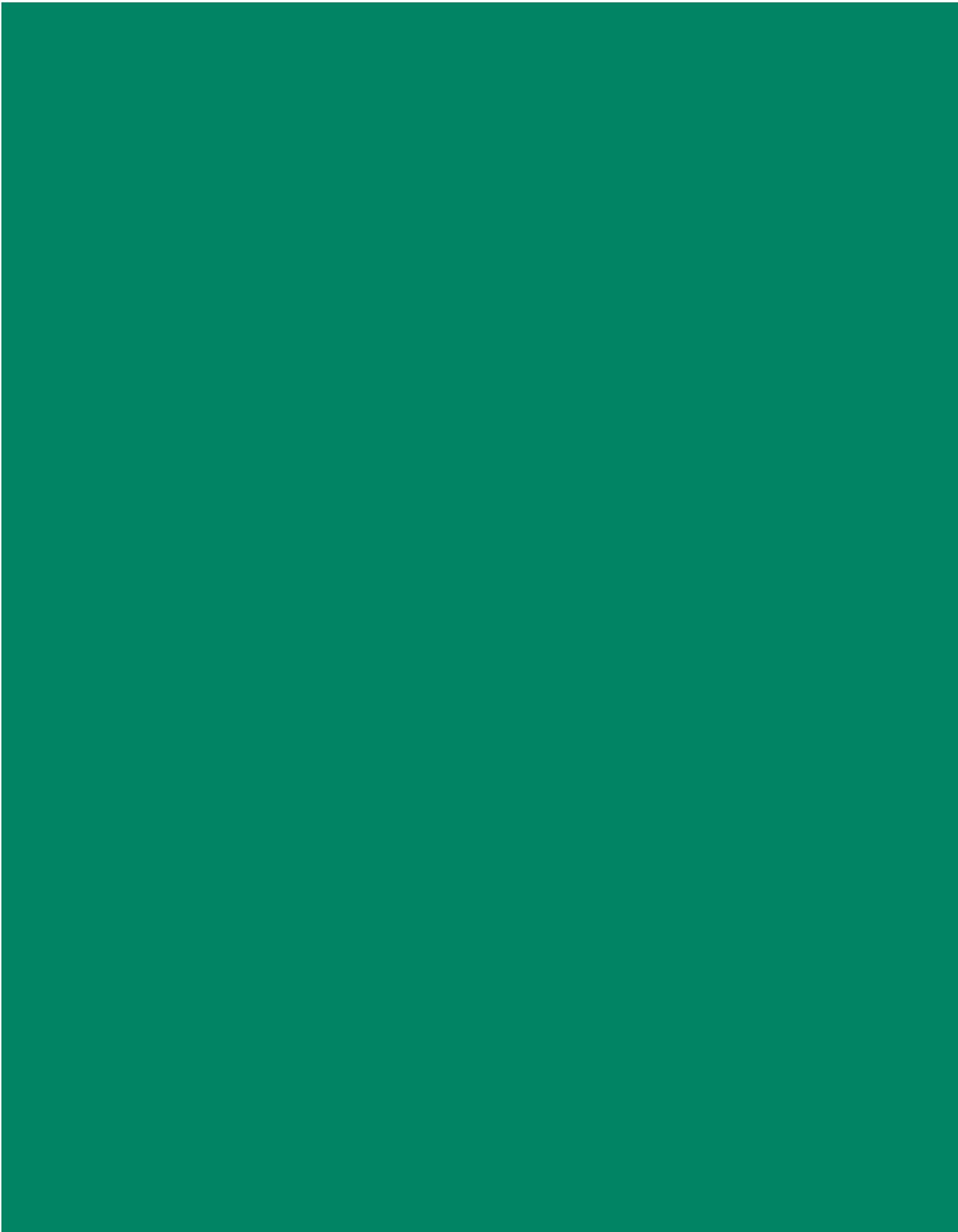
Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, den 13. März 2012
KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Leitz
Wirtschaftsprüfer

Schmidt
Wirtschaftsprüfer



137

Weitere Informationen

Mandate der Organmitglieder	138
Beirat	140
Leiter	142
Bericht des Aufsichtsrats	146
Niederlassungen	150
Das OLB-Geschäftsgebiet	151
Glossar	152
Impressum	156

Mandate der Organmitglieder

Ehrenvorsitzender des Aufsichtsrats

Dr. Bernd W. Voss

Aufsichtsrat

Die Mitglieder des Aufsichtsrats bekleideten die aufgeführten Mandate.

Andree Moschner

Vorsitzender

Mitglied des Vorstands der Allianz Deutschland AG, München; Vorsitzender des Vorstands der Allianz Beratungs- und Vertriebs-AG, München

Mandate in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten:

Konzernmandat:

- Allianz Global Investors Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt a. M.

Manfred Karsten

Stellvertretender Vorsitzender

Bankkaufmann, Oldenburgische Landesbank AG, Oldenburg; Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats

Dr. Werner Brinker

Vorsitzender des Vorstands der EWE Aktiengesellschaft, Oldenburg

Mandate in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten:

- VNG Verbundnetz Gas Aktiengesellschaft, Leipzig
- Solutronic AG, Köngen

Konzernmandate:

- EWE ENERGIE AG, Oldenburg (Vorsitzender)
- EWE TEL GmbH, Oldenburg (Vorsitzender)
- swb AG, Bremen (Vorsitzender)

Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien:

- Werder Bremen GmbH & Co. KG aA, Bremen

Konzernmandate:

- EWE ENRJI A. S., Bursa/Türkei
- Kayserigaz AS/Türkei
- Bursagaz AS/Türkei

Claas E. Daun

Vorsitzender des Vorstands der Daun & Cie. AG, Rastede

Mandate in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten:

- Mehler AG, Fulda (Vorsitzender)
- Stöhr & Co. AG, Mönchengladbach (Vorsitzender)

Konzernmandat:

- KAP Beteiligungs-AG, Stadtallendorf (Vorsitzender)

Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien:

- KAP International Holdings Ltd., Johannesburg/Südafrika (Vorsitzender)
- Steinhoff International Holdings Ltd., Johannesburg/Südafrika
- Zimbabwe Spinners & Weavers Ltd., Harare/Simbabwe

Carsten Evering

Filialeiter, Region Oldenburg-Süd, Oldenburgische Landesbank AG, Friesoythe und Gehlenberg

Thomas Fischer (bis 31. Dezember 2011)

Mitglied des Vorstands der Allianz Beratungs- und Vertriebs-AG, München

Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien:

Konzernmandate:

- Allianz Autowelt GmbH, München (Vorsitzender)
- esa EuroShip GmbH, Bad Friedrichshall (bis 1. Januar 2012)

Prof. Dr. Andreas Georgi

Consultant, Starnberg

Mandate in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten:

- Asea Brown Boveri AG, Mannheim
- Rheinmetall AG, Düsseldorf
- RWE Dea AG, Hamburg (bis Februar 2012)

Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien:

- Felix Schoeller Holding GmbH & Co. KG, Osnabrück

Stefan Lübke

Direktor, Mitglied der Geschäftsleitung Region Oldenburg-Süd, Oldenburgische Landesbank AG, Cloppenburg

Dr. Thomas Naumann (ab 20. Februar 2012)

Mitglied des Vorstands der Allianz Asset Management AG, München

Horst Reglin

Gewerkschaftssekretär, Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, Oldenburg

Mandate in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten:

- Öffentliche Lebensversicherungsanstalt Oldenburg
- Oldenburgische Landesbrandkasse

Uwe Schröder

Bankkaufmann, Oldenburgische Landesbank AG, Oldenburg

Rainer Schwarz

Mitglied des Vorstands der Allianz Deutschland AG, München

Mandate in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten:

Konzernmandat:

- Vereinte Spezial Krankenversicherung AG, München

Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien:

Konzernmandat:

- Allianz ProzessFinanz GmbH, München

Jörg Thöle

Kundenbetreuer, Region Osnabrück / Osnabrücker Land,

Oldenburgische Landesbank AG, Osnabrück;

Vertreter des Deutschen Bankangestellten Verbands

Vorstand

Die Mitglieder des Vorstands bekleideten die aufgeführten Mandate.

Dr. Achim Kassow (ab 1. August 2011)

Sprecher des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG

Dr. Stefan Friedmann

Mitglied des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG

Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien:

Konzernmandate:

- W. Fortmann & Söhne KG, Oldenburg (ab 19. Mai 2011)
- Münsterländische Bank Thie & Co. KG, Münster (Vorsitzender) (ab 19. Mai 2011)
- OLB-Immobilien dienst-GmbH, Oldenburg (Vorsitzender)

Jörg Höhling

Mitglied des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG

Benedikt Buhl (bis 19. Mai 2011)

Sprecher des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG

Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien:

Konzernmandate:

- W. Fortmann & Söhne KG, Oldenburg (Vorsitzender) (bis 19. Mai 2011)
- Münsterländische Bank Thie & Co. KG, Münster (Vorsitzender) (bis 19. Mai 2011)

Dr. Peter Schinzing (bis 31. Dezember 2011)

Stellvertretender Sprecher des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG

Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien:

Konzernmandate:

- W. Fortmann & Söhne KG, Oldenburg (Vorsitzender ab 19. Mai 2011 bis 31. Dezember 2011)
- Münsterländische Bank Thie & Co. KG, Münster (ab 19. Mai 2011 bis 31. Dezember 2011)

Beirat

Dr. Carl Ulfert Stegmann – Vorsitzender

Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der Aktiengesellschaft Reederei Norden-Frisia, Norderney

Karl-Heinz Diekmann – stellv. Vorsitzender

Lohne

Manfred Adrian

Verleger der Wilhelmshavener Zeitung, Wilhelmshaven

Dr. Maria Apel

Komplementärin der Pöppelmann GmbH & Co. KG, Lohne

Prof. Dr. Heinz-W. Appelhoff

Gesellschafter der Treuhand Oldenburg GmbH, Oldenburg

Christian Basse

Geschäftsführender Gesellschafter SKN Druck und Verlag GmbH & Co. KG, Norden

Harald Beenen

Geschäftsführer der H. Beenen Vermögensverwaltung GmbH & Co. KG, Aurich

Dr. Jan Bernd Berentzen

Geschäftsführender Gesellschafter der Berentzen Mally Marketing plus Services GmbH, Greven

Clemens van den Berg

Gesellschafter der van den Berg GmbH & Co. KG, Lingen

Dr. Fritz Blume

Privatier, Jever

Dr. Franz J. Bönkhoff

Gesellschafter der Wirtschafts- und Steuerberaterkanzlei Dr. Bönkhoff & Partner, Oldenburg

Dr. Bernhard Brons

Vorstand der Reederei Aktien-Gesellschaft „EMS“, Emden

Heiner Bröring

ehem. Geschäftsführer der H. Bröring GmbH und Co. KG, Dinklage

Heinz Buse

Inhaber und Geschäftsführer der Heinz Buse Unternehmensgruppe, Leer

Philip Freiherr von dem Bussche

Sprecher des Vorstands der KWS SAAT AG und Landwirt, Einbeck

Dr. Markus Connemann

Geschäftsführer der Hammerlit GmbH, Leer

Claas E. Daun

Vorsitzender des Vorstands der Daun & Cie. AG, Rastede

Stefan Delkeskamp

Geschäftsführender Gesellschafter der Delkeskamp Verpackungswerke GmbH, Nortrup

Inge Gehring

Wildeshausen

Manfred-Wilhelm Göddeke

Geschäftsführer i. R. der Rhein-Umschlag GmbH & Co. KG, Oldenburg

Isabel Hüppe

Rechtsanwältin, Hamburg

Heinz Josef Imsiecke

Verleger der Münsterländische Tageszeitung, Cloppenburg

Werner zu Jeddelloh

Geschäftsführer der BÜFA GmbH & Co. KG, Oldenburg

Prof. Dr. Dr. h. c. Hans Kaminski

Institutsdirektor und Geschäftsführer des Instituts für Ökonomische Bildung, Oldenburg

Hans-Dieter Kettwig

Geschäftsführer der ENERCON GmbH, Aurich

Jörg-Peter Knochen

Ehem. Geschäftsführender Gesellschafter der Oldenburgische Volkszeitung Druckerei und Verlag KG, Vechta

Reinhard Köser

Verleger der Nordwest-Zeitung, Oldenburg

Dr. Dieter Köster

Vorsitzender der Geschäftsführung der Köster GmbH, Osnabrück

Angela Krüger-Steinhoff

Geschäftsführerin der Steinhoff Familienholding GmbH, Westerstede

Dr. Andreas Kühnl

Geschäftsführer der H. Kemper GmbH & Co. KG, Nortrup

Friedrich-Wilhelm Freiherr von Landsberg-Velen

Geschäftsführender Gesellschafter der Ferienzentrums Schloss Dankern GmbH, Haren

Hermann Lanfer

Geschäftsführender Gesellschafter der Lanfer Logistik GmbH, Meppen

Prof. Dr. Dirk Lepelmeier

Geschäftsführer der Nordrheinischen Ärzteversorgung,
Düsseldorf

Johannes van der Linde

Geschäftsführender Gesellschafter der LUDWIG FREYTAG
GmbH & Co. Kommanditgesellschaft, Oldenburg

Dirk Lütvogt

Geschäftsführender Gesellschafter der Friedrich Lütvogt
GmbH & Co. KG, Wagenfeld

Peter Mager

Steinfeld

Bernd Meerpohl

Vorsitzender des Vorstands der Big Dutchman AG, Vechta

Bernard Meyer

Geschäftsführer der MEYER-WERFT GmbH, Papenburg

Konsul Friedrich A. Meyer

Geschäftsführender Gesellschafter der F.A. Meyer
Beteiligungs-GmbH, Wilhelmshaven

Harald Müller

Geschäftsführender Gesellschafter der Erwin Müller Gruppe
Lingen, Lingen

Markus Müller

Generalintendant des Oldenburgischen Staatstheaters,
Oldenburg

Eske Nannen

Geschäftsführerin der Kunsthalle Emden Stiftung Henri
und Eske Nannen und Schenkung Otto van de Loo, Emden

Holger Neumann

Geschäftsführer der Pallas Group, Diepholz

Dieter Niederste-Hollenberg

Vorsitzender des Aufsichtsrats der BauKing AG, Hannover

Fritz-Dieter Nordmann

Geschäftsführender Gesellschafter der Nordmann
Unternehmensgruppe, Wildeshausen

Peter Pickel

Geschäftsführender Gesellschafter der August Pickel GmbH &
Co. KG, Oldenburg

Christian Rauffus

Geschäftsführender Gesellschafter der Rügenwalder Wurst-
fabrik Carl Müller GmbH & Co. KG, Bad Zwischenahn

Hubert Rothärmel

Vorsitzender des Aufsichtsrats der CeWe Color Holding AG,
Oldenburg

Klaus Rücker

Geschäftsführender Gesellschafter der Rücker-Gruppe,
Aurich/Wismar

Ralf Schu

Geschäftsführer der Papier- u. Kartonfabrik Varel GmbH &
Co. KG, Varel

Dirk Schulte Strathaus

Verleger des Delmenhorster Kreisblatt, Delmenhorst

Herbert Siedenbiedel

Geschäftsführer der Nordwest Medien GmbH & Co. KG,
Oldenburg

Carl Ulfert Stegmann

Vorstand der Aktiengesellschaft Reederei Norden-Frisia,
Norderney

Franz Thiele jun.

Geschäftsführer der Thiele & Freese GmbH & Co. KG, Emden

Harald Vogelsang

Geschäftsführer der Hugo Vogelsang Maschinenbau GmbH,
Essen (Oldb.)

Michael Wagener

Mitglied des Vorstands der EWE AG, Oldenburg

Heidi Gräfin von Wedel

Wilhelmshaven

Manfred Wendt

Sprecher der Geschäftsführung der Johann Bunte Bauunter-
nehmung GmbH & Co. KG, Papenburg

Doris Wesjohann

Mitglied des Vorstands der PHW-Gruppe, Visbek

Dr. Aloys Wobben

Geschäftsführender Alleingesellschafter der ENERCON
Gruppe, Aurich

Roland Zerhusen

Geschäftsführer der ZERHUSEN Kartonagen GmbH, Damme

Leiter

Generalbevollmächtigter

Hilger Koenig

Mitglieder der Geschäftsleitung Regionalbank

Firmenkunden

Michael Glade
Region Weser

Josef Kordt
Region Oldenburg/Bad Zwischenahn

Horst Söker
Region Ems-Hümmling

Ludger Greten
Region Aurich/Emden

Diedrich Kück
Region Jade

Wolfgang Thole
Region Küste

Rainer Grewing
Region Oldenburg-Süd

Ralph Schröder
Region Münsterland/
Grafschaft Diepholz

Fritz-Hannes van Beckum
Region Leer/Westerstede

Jürgen Hindersmann
Region Ems-Vechte

Peter Schulz
Region Osnabrück/Osnabrücker Land

Privatkunden

Joachim Fecht
Region Aurich/Emden

Robert Kösters
Region Küste

Rainer Schröder
Region Leer/Westerstede

Günther Florack
Region Weser

Stefan Lübbe
Region Oldenburg-Süd

Frank Uhlhorn
Region Osnabrück/
Osnabrücker Land

Frank Glaubitz
Region Jade

Andreas Poppen
Region Ems-Hümmling

Stefan Wichert
Region Münsterland/
Grafschaft Diepholz

Holger Kesten
Region Oldenburg/Bad Zwischenahn

Ludger Pott
Region Ems-Vechte

Leitung Vertrieb Allianz Bank

Rudi Fischer

Leitung Bankgeschäft Allianz Bank

Christian Klee
Stefan Reder

Harald Schaal
Kurt-Georg Weggler

Leitung Zentralabteilungen

Marc Arkenau
Personal

Katja Aus dem Moore
Compliance/Geldwäsche

Torsten Buja
Zentrale Geschäftsabwicklung

Peter Cordes
Informationstechnologie

Thomas Cordes
Vertriebsformate Allianz Bank

Dr. Wolf-Dieter Flöge
Recht

Thomas Fritzsche
Vertriebsmanagement

Markus Graw
Organisation

Holger Heithorst
Risikocontrolling

Katja Heymann
Produktangebote Allianz Bank

Manfred Köckhuber
Sabine Lippl
Servicecenter Allianz Bank

Thomas Lotz
Finanzen/Controlling

Olaf Mohrschladt
Produktmanagement

Steffen Opitz
Private Banking

Dr. Thomas Ostendorf
Vorstandsbüro

Heiko Panning
Kreditmanagement

Rainer Schulte-Göbel
Kundenbetreuung Zentrale

Britta Silchmüller
Unternehmenskommunikation

Michael Tietz
Revision

Helmut van Osten
Treasury/Eigenhandel

Alexander Walter
Online Banking Allianz Bank

Frank Willers
Kreditmanagement

Durch Tod verloren wir

Aus dem Mitarbeiterkreis

Susanne Wriedt
gest. 16. Mai 2011

Philipp Warnken
gest. 16. Oktober 2011

Aus dem Kreis der Pensionäre

Horst Kappe
gest. 17. März 2011

Kerstin Linkert
gest. 14. April 2011

Karl Kuhlmann
gest. 17. April 2011

Brigitte Weißgräber
gest. 17. April 2011

Hannelore Twisterling
gest. 8. Mai 2011

Gertrud Rädicker
gest. 10. Mai 2011

Martha Janßen
gest. 16. Mai 2011

Günter Leimbrink
gest. 7. Juni 2011

Margret Kloppenburg
gest. 28. Juni 2011

Ulrich Hennich
gest. 30. Juni 2011

Vera Pinnau
gest. 1. August 2011

Helmuth Barfuss
gest. 6. August 2011

Rudolf Lammers
gest. 13. August 2011

Angelika Gerdas
gest. 26. August 2011

Reinhard Bartels
gest. 6. September 2011

Hermann Möhlenkamp
gest. 12. September 2011

Kurt Kühn
gest. 13. September 2011

Elke Friedrichs
gest. 17. September 2011

Antonie Koch
gest. 17. November 2011

Karl de Freese
gest. 25. Dezember 2011

Alfred Brengelmann
gest. 27. Dezember 2011

Carsten Dietz
gest. 2. Januar 2012

Johannes Rippert
gest. 8. Februar 2012

Bruno Knorr
gest. 12. Februar 2012

Joachim Holstein
gest. 18. Februar 2012

Dieter Sigmund
gest. 29. Februar 2012

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung der Bank im Berichtsjahr laufend überwacht, beriet den Vorstand bei der Leitung des Instituts und war bei Entscheidungen von grundlegender Bedeutung unmittelbar eingebunden. Die Organisation der Tätigkeit und die Zuständigkeiten des Aufsichtsrats sind in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats und der Geschäftsordnung des Vorstands festgelegt.

Überblick

Der Aufsichtsrat wurde regelmäßig vom Vorstand über den Gang der Geschäfte sowie über die Lage und die Entwicklung der Oldenburgische Landesbank AG (OLB) und ihrer Tochtergesellschaften unterrichtet. Wir ließen uns auch über die strategische Ausrichtung, wesentliche geschäftliche Ereignisse und die Risikosituation informieren. Außerdem befassten wir uns mit der Planung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2012. Uns wurden auch Abweichungen des tatsächlichen Geschäftsverlaufs von früher berichteten Zielen dargelegt; die hierfür genannten Gründe wurden von uns nachvollzogen. Auf Grundlage der schriftlichen Berichte und der mündlichen Auskünfte des Vorstands hat der Aufsichtsrat die Geschäftsführung überwacht und beraten. Angelegenheiten von besonderer Bedeutung wurden eingehend geprüft und mit dem Vorstand besprochen. Über die Vorstandsberichte hinaus haben wir uns auch Berichte der Internen Revision, von Compliance und der Wirtschaftsprüfer geben lassen.

Im Geschäftsjahr 2011 trat der Aufsichtsrat zu fünf Sitzungen zusammen. Die Sitzungen fanden im März, Mai, Juni, September und Dezember statt. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats stand auch außerhalb der Sitzungen in Verbindung mit dem Vorstand und besprach mit ihm regelmäßig die Strategie, die Geschäftsentwicklung, das Risikomanagement sowie weitere bedeutsame Themen.

Die Vorstandsberichte zur Geschäftslage und Referate zu besonderen Themen waren von schriftlichen Präsentationen und Unterlagen begleitet, die allen Aufsichtsratsmitgliedern zur Sitzungsvorbereitung rechtzeitig zur Verfügung gestellt wurden. Gleiches galt für alle Abschlussunterlagen und Prüfungsberichte des Abschlussprüfers. Soweit Geschäftsführungsmaßnahmen der Zustimmung des Aufsichtsrats oder eines seiner Ausschüsse bedurften, wurde hierüber Beschluss gefasst.

Die Themen im Aufsichtsratsplenium

Gegenstand regelmäßiger Beratungen waren die wirtschaftliche Lage der Oldenburgische Landesbank AG und des Konzerns. Der Aufsichtsrat ließ sich in allen Sitzungen die Ergebnisentwicklung darstellen und besprach mit dem Vorstand ausführlich den Gang der Geschäfte in den beiden Segmenten Regionalbank und Allianz Bank. Neben den regelmäßigen Berichten über die Risikosituation und die Tätigkeit der Internen Revision ließen wir uns in einem gesonderten Bericht die Geschäfts- und Risikostrategie der Gesellschaft erläutern und erörterten diese zusammen mit dem Vorstand.

Mehrfach beschäftigten wir uns mit Vergütungsthemen. So bestimmten wir unter anderem den Grad der Zielerreichung der einzelnen Vorstandsmitglieder für das Geschäftsjahr 2010 und legten die Ziele für 2012 fest. Daneben haben wir die Vergütungssysteme für den Vorstand und den Aufsichtsrat einer Überprüfung unterzogen und ließen uns vom Vorstand über die Ausgestaltung der Vergütungssysteme für die Mitarbeiter der OLB näher informieren.

Eingehend widmete sich der Aufsichtsrat den Mandatsbeendigungen und Aufhebungen der Dienstverträge der Herren Buhl und Dr. Schinzing. Den dadurch erforderlich werdenden Nachbesetzungen im Vorstand schenkten wir besondere Aufmerksamkeit. Wir bestellten Herrn Dr. Achim Kassow zum neuen Vorstandssprecher und Frau Karin Katerbau zum Mitglied des Vorstands.

In mehreren Sitzungen haben wir uns mit notleidenden Kreditengagements der OLB im Bereich der Schiffsfinanzierungen befasst. Wir haben uns in diesem Zusammenhang einen Überblick über das gesamte Kreditportfolio im Schiffsbereich verschafft und die Risikostrukturen dieses Portfolios beleuchtet. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse haben wir intensiv mit dem Vorstand erörtert.

Auch haben wir die Geschäftsordnungen für den Vorstand und den Aufsichtsrat an aktuelle Entwicklungen angepasst.

Die Arbeit in den Ausschüssen des Aufsichtsrats

Zur effizienten Wahrnehmung seiner Aufgaben hat der Aufsichtsrat fünf Ausschüsse eingerichtet: den Präsidialausschuss, den Prüfungsausschuss, den Risikoausschuss, den Nominierungsausschuss und den Vermittlungsausschuss.

Die Ausschüsse bereiten Beschlüsse des Aufsichtsrats sowie die Arbeit des Plenums vor. Darüber hinaus sind Beschlusszuständigkeiten des Aufsichtsrats in geeigneten Fällen auf Ausschüsse übertragen worden, soweit dies rechtlich zulässig ist. Über die Arbeit der Ausschüsse ist der Aufsichtsrat von den jeweiligen Ausschussvorsitzenden regelmäßig und umfassend unterrichtet worden. Die personelle Zusammensetzung der einzelnen Ausschüsse ist im „Corporate Governance Bericht“ auf den Seiten 010 bis 012 dieses Geschäftsberichts angegeben.

 siehe Seite 010–012

Im Berichtsjahr 2011 hielt der *Präsidialausschuss* insgesamt vier Sitzungen ab. Behandelt wurden vor allem Angelegenheiten, die den Vorstand betreffen, darunter unter anderem die Struktur und Höhe der Vorstandsvergütung. Der Präsidialausschuss bereitete die Überprüfung des Vergütungssystems für den Vorstand vor und erarbeitete einen Vorschlag an das Plenum für die Festsetzung der Ziele für die variable Vergütung für das aktuelle Geschäftsjahr. Darüber hinaus diskutierte er über den Erfüllungsgrad der Ziele, die den Vorstandsmitgliedern für das Geschäftsjahr 2010 gesetzt worden waren, und legte dem Plenum eine entsprechende Empfehlung vor. Ferner beriet der Ausschuss über die Mandatsbeendigungen der Herren Buhl und Dr. Schinzing und machte dem Plenum Vorschläge für die erforderlichen Nachbesetzungen im Vorstand. Schließlich erteilte der Ausschuss seine Zustimmung zu Organkrediten gemäß § 15 KWG und zur Ernennung von Herrn Koenig zum Generalbevollmächtigten der OLB.

Der *Prüfungsausschuss* tagte im Geschäftsjahr 2011 zweimal. Er erörterte in Gegenwart des Abschlussprüfers, der zunächst die wesentlichen Ergebnisse der Abschlussprüfung vorgestellt hatte, die Jahresabschlüsse der Oldenburgische Landesbank AG und des Konzerns sowie die Lage- und Prüfungsberichte und prüfte diese. Des Weiteren behandelte er den Abhängigkeitsbericht sowie den hierzu erstatteten Prüfungsbericht. Der Prüfungsausschuss hat weder zu den Abschlussunterlagen noch zum Abhängigkeitsbericht Anlass für Beanstandungen gesehen. Er überzeugte sich von der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers, legte die Prüfungsschwerpunkte fest und erteilte den Prüfungsauftrag. Ferner gab er dem Aufsichtsratsplenum eine Empfehlung für den Vorschlag des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung zur Wahl des Abschlussprüfers. Besonderes Augenmerk legt der Prüfungsausschuss erneut auf die internen Kontrollsysteme. Er ließ sich durch gesonderte Berichte über das integrierte Kontrollsystem im Allgemeinen und im Besonderen über jenes für die Finanzbuchhaltung informieren. Darüber hinaus setzte er sich mit dem Rechnungslegungsprozess auseinander und verschaffte sich einen Überblick über die wesentlichen Regelungsinhalte des International Financial Reporting Standard 9. Das System der Internen Revision und der Compliance unterzog der Ausschuss ebenfalls einer Überprüfung und ließ sich darüber hinaus die Tätigkeitsschwerpunkte in diesen beiden Bereichen darstellen. Des Weiteren wurde der Halbjahresfinanzbericht vom Vorstand mit dem Prüfungsausschuss vor der Veröffentlichung erörtert. Schließlich unterbreitete der Prüfungsausschuss dem Aufsichtsratsplenum einen Vorschlag für die Abgabe der Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex und machte Verbesserungsvorschläge im Rahmen der Effizienzprüfung der Aufsichtsratsstätigkeit.

Der *Risikoausschuss* hielt im abgelaufenen Geschäftsjahr vier Sitzungen ab. Er erörterte mit dem Vorstand die Geschäfts- und Risikostrategie und befasste sich eingehend mit der aktuellen Risikolage der Bank. Im Rahmen von vierteljährlichen Risikoberichten wurden unter anderem Kredit-, Marktpreis, Liquiditäts- und operationelle Risiken erörtert. Ausführlich befasste sich der Risikoausschuss mit notleidenden Krediten für Schiffsfinanzierungen und besprach mit dem Vorstand Maßnahmen zur Risikoreduzierung.

Er ließ sich auch das Großkreditgeschäft sowie die Gesamtsumme der von der OLB vergebenen Kredite für Windenergie-, Schiffs- und Biogasfinanzierungen detailliert darstellen und legte besonderes Augenmerk auf die Risikostrukturen dieser Portfolios. Ferner unterzog der Risikoausschuss das Risikomanagementsystem der Bank einer gründlichen Überprüfung. Weitere Gegenstände seiner Beratungen waren die Immobilieninvestitionen, die Marktrisikolimits aus Zins-, Aktien-, Devisen- und Edelmetallgeschäften sowie der Investitionsplan für das Geschäftsjahr 2012.

Es gab keinen Anlass, den *Nominierungsausschuss* sowie den nach § 31 Abs. 3 MitbestG gebildeten *Vermittlungsausschuss* zusammentreten zu lassen.

Corporate Governance und Entsprechenserklärung

Aufsichtsrat und Vorstand haben sich ausführlich mit der Umsetzung der Regelungen des Deutschen Corporate Governance Kodex befasst. Ende des Jahres 2011 haben beide Organe eine Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex gemäß § 161 AktG abgegeben. Die Gesellschaft hat den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex seit Abgabe der letzten Entsprechenserklärung entsprochen und wird diesen auch künftig entsprechen, mit der einen Ausnahme, dass die von der Hauptversammlung am 9. Juni 2011 beschlossene Vergütungsregelung für den Aufsichtsrat keine erfolgsorientierten Vergütungskomponenten vorsieht. Die Entsprechenserklärung vom Dezember 2011 wurde auf der Internetseite der OLB veröffentlicht und ist auch in der „Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289a HGB“ auf den Seiten 014 bis 015 des Geschäftsberichts wiedergegeben. Die vorgenannte Erklärung zur Unternehmensführung enthält zudem zusammen mit dem Corporate-Governance-Bericht weitergehende Erläuterungen zur Corporate Governance der Oldenburgische Landesbank AG.

 siehe Seite 014–015

Auch im abgelaufenen Berichtsjahr überprüfte der Aufsichtsrat die Effizienz seiner Tätigkeit. Basierend auf der Vorbereitung durch den Prüfungsausschuss diskutierten wir bestehende Verbesserungsmaßnahmen und hielten entsprechende Maßnahmen für die Zukunft fest.

Jahres- und Konzernabschlussprüfung

Die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg, hat den Jahres- und Konzernabschluss der Oldenburgische Landesbank AG zum 31. Dezember 2011 sowie die Lageberichte der AG und des Konzerns geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des HGB, der Konzernabschluss nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt.

Die Abschlussunterlagen und die Prüfungsberichte der KPMG für das Geschäftsjahr 2011 wurden allen Aufsichtsratsmitgliedern rechtzeitig zugeleitet. Über diese Unterlagen wurde in Sitzungen des Prüfungsausschusses am 6. März 2012 und des Aufsichtsratsplenums am 13. März 2012 ausführlich beraten. An diesen Erörterungen nahmen die Abschlussprüfer jeweils teil. Sie berichteten uns über die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfungen und standen für Fragen und ergänzende Auskünfte zur Verfügung. Die Abschlussprüfer stellten überdies fest, dass die internen Kontrollsysteme der OLB angemessen sind und der Vorstand geeignete Maßnahmen getroffen hat, die Entwicklungen, welche den Fortbestand der Gesellschaft gefährden, frühzeitig zu erkennen.

Aufgrund eigener Prüfung des Jahres- und des Konzernabschlusses, des Lageberichts und des Konzernlageberichts sowie des Gewinnverwendungsvorschlags hat der Aufsichtsrat keine Einwendungen erhoben und dem Ergebnis der KPMG-Abschlussprüfung zugestimmt. Den vom Vorstand aufgestellten Jahres- und Konzernabschluss hat der Aufsichtsrat gebilligt; der Jahresabschluss ist damit festgestellt. Dem Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstands schließen wir uns an.

Abhängigkeitsbericht

Der Vorstand hat dem Aufsichtsrat darüber hinaus den Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen (den sogenannten Abhängigkeitsbericht) sowie den hierzu von der KPMG erstellten Prüfungsbericht vorgelegt. Aufgrund der ohne Beanstandungen abgeschlossenen Prüfung hat der Abschlussprüfer das folgende Testat erteilt:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war,
3. bei den im Bericht aufgeführten Maßnahmen keine Umstände für eine wesentlich andere Beurteilung als die durch den Vorstand sprechen.“

Der Abhängigkeitsbericht und der hierzu erstattete Prüfungsbericht wurden allen Mitgliedern des Aufsichtsrats übermittelt. Diese Unterlagen wurden im Prüfungsausschuss und im Plenum in Gegenwart des Abschlussprüfers erörtert. Der Abschlussprüfer hat über die wesentlichen Erkenntnisse seiner Prüfung berichtet. Auf Basis seiner eigenen Prüfung hat der Aufsichtsrat den Abhängigkeitsbericht gebilligt. Den hierzu erstatteten Bericht des Abschlussprüfers haben wir zustimmend zur Kenntnis genommen.

Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung erhebt der Aufsichtsrat gegen die Erklärung des Vorstands am Schluss des Abhängigkeitsberichts keine Einwendungen.

Veränderungen im Aufsichtsrat und Vorstand

Herr Thomas Fischer hat mit Wirkung zum 31. Dezember 2011 sein Aufsichtsratsmandat niedergelegt. Der Aufsichtsrat hat Herrn Fischer für seine Tätigkeit gedankt. Zu seinem Nachfolger ist Herr Dr. Thomas Naumann durch das Amtsgericht Oldenburg bestellt worden. Herr Dr. Naumann soll in der kommenden ordentlichen Hauptversammlung durch die Aktionäre der OLB bestätigt werden.

Herr Benedikt Buhl hat sein Mandat als Mitglied des Vorstands mit Wirkung zum 19. Mai 2011 und Herr Dr. Peter Schinzing mit Wirkung zum 31. Dezember 2011 jeweils mit Zustimmung des Aufsichtsrats niedergelegt. Der Aufsichtsrat hat den Herren Buhl und Dr. Schinzing für ihre Tätigkeit in der Gesellschaft seinen Dank ausgesprochen. Ferner wird Herr Dr. Friedmann mit Ablauf seines Mandats am 30. Juni 2012 aus dem Vorstand ausscheiden. Mit Wirkung zum 1. August 2011 bestellte der Aufsichtsrat Herrn Dr. Achim Kassow als Nachfolger von Herrn Buhl zum neuen Vorstandssprecher. Des Weiteren berief der Aufsichtsrat Frau Karin Katerbau sowie Herrn Dr. Thomas Bretzger in den Vorstand der Gesellschaft. Frau Katerbau wird ihr Mandat am 16. April 2012 antreten; Herr Dr. Bretzger wird seine Tätigkeit am 1. Juli 2012 aufnehmen.

Der Aufsichtsrat dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Oldenburgische Landesbank AG und der OLB-Gruppengesellschaften für ihr Engagement und die geleistete, erfolgreiche Arbeit.

Oldenburg, den 13. April 2012
Für den Aufsichtsrat



Andree Moschner
Vorsitzender

Niederlassungen

A

Affinghausen
Ahlhorn
Ankum
Apen
Aschendorf
Augustfehn
Aurich
Aurich-Esenser Str.

B

Bad Bentheim
Bad Essen
Bad Zwischenahn
Badbergen
Bakum
Barnstorf
Barßel
Bassum
Berne
Bersenbrück
Bockhorn
Bohmte
Börger
Borkum
Brake
Bramsche
Bramsche-Engter
Bramsche-Gartenstadt
Bremen
Bremerhaven
Brinkum
Bunde

C

Cloppenburg

D

Damme
Delmenhorst
Delmenhorst-Bremer Str.
Delmenhorst,
Hasporter Damm
Delmenhorst-Oldenburger Str.
Delmenhorst-Stedinger Str.
Diepholz
Dinklage
Ditzum
Dornum
Dörpen

E

Edewecht
Elsfleth
Emden
Emden-Auricher Str.
Emden-Borssum
Emlichheim
Emsbüren
Emstek
Esens
Essen

F

Freren
Friedrichsfehn
Friesoythe
Fürstenau

G

Ganderkesee
Garrel
Gehlenberg
Goldenstedt
Großefehn
Großenmeer
Großheide

H

Hage
Hagen a. T. W.
Hahn-Lehmden
Haren
Harpstedt
Haselünne
Heide
Herzlake
Holdorf
Holte-Lähden
Horumersiel
Hude

J

Jaderberg
Jemgum
Jever
Juist

K

Kirchweyhe

L

Langeoog
Lastrup
Lathen
Leer
Leer-Heisfelde
Leer-Loga
Lemwerder
Lindern
Lingen
Lingen-Georgstr.
Lohne
Löningen
Lorup

M

Marienhafé
Melle
Meppen
Meppen-Esterfeld
Merzen
Molbergen
Moordorf

N

Neuenhaus
Neuenkirchen
Neuenkirchen-Bramsche
Norden
Nordenham
Nordenham-Blexen
Nordenham-Ellwürden
Nordenham-
Friedrich-August-Hütte
Norderney
Nordhorn
Nordhorn-Blanke
Nortrup

O

Ocholt
Oldenburg
Oldenburg-Bloherfelde
Oldenburg-Bürgerfelde
Oldenburg-Donnerschwer Str.
Oldenburg-Eversten
Oldenburg-Haarentor
Oldenburg-Kreyenbrück
Oldenburg-Lange Str.
Oldenburg-Nadorst
Oldenburg-Ofenerdiek
Oldenburg-Osternburg
Osnabrück
Osnabrück-Lüstringen
Osnabrück-Rosenplatz
Osnabrück-Sedanplatz
Osterfeine

P

Papenburg
Papenburg-Obenende
Pewsum

Q

Quakenbrück
Quakenbrück-Friedrichstr.

R

Rastede
Remels
Rhauderfehn
Rheine
Riepe
Rodenkirchen

S

Sande
Sandkrug
Saterland
Schüttorf
Schortens
Sögel
Spelle
Steinfeld
Stuhr
Sulingen
Syke

T

Twistingen

U

Uelsen

V

Varel
Varel-Dangast
Varel-Obenstrohe
Vechna
Vechna-Langförden
Verden
Visbek

W

Wagenfeld
Wallenhorst
Wardenburg
Warsingsfehn
Weener
Werlte
Westerholt
Westerstede
Westoverledingen
Wiefelstede
Wiesmoor
Wietmarschen-Lohne
Wildeshausen
Wilhelmshaven
Wilhelmshaven-Altengroden
Wilhelmshaven-
Fedderwardergroden
Wittmund

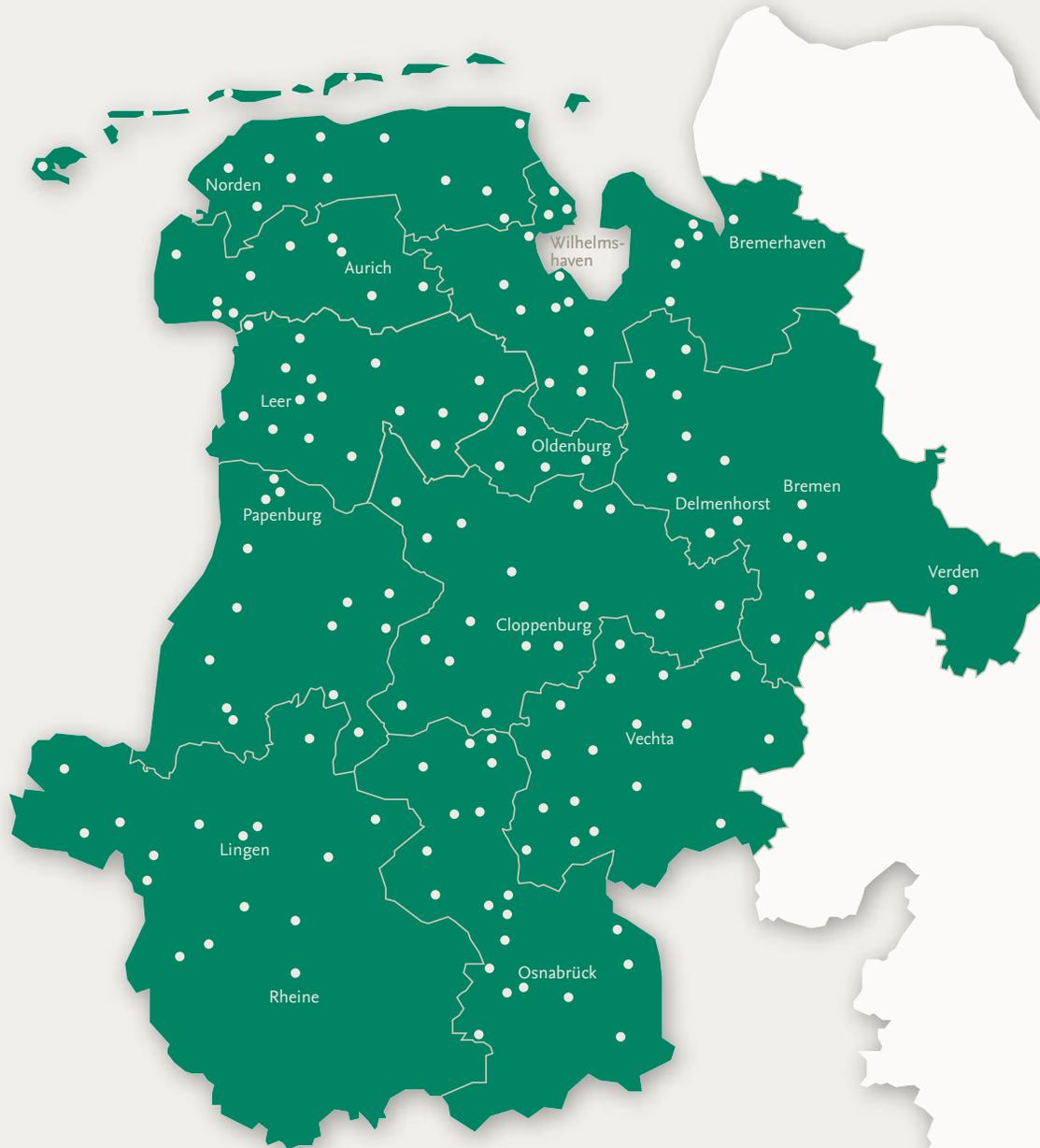
Z

Zetel

Zusätzliche Geldausgabeautomaten

Ankum, EDEKA-Neukauf · Bad Zwischenahn, Tankstelle · Bösel · Eltern-Herzlake, Raststätte mit Esso-Station · Goldenstedt-Lutten · Harkebrügge, AVIA-Station
Hohenkirchen · Jever, CARO Tank- und Waschcenter · Lingen, Familia-Markt · Neulehe, Bäckerei Bruns · Norddeich-Hafen, Fahrkartenausgabe · Oldenburg, Alexanderstraße
Oldenburg, Edewechter Landstraße · Oldenburg, IKEA · Oldenburg, Scheideweg · Oldenburg-Wechloy, Familia · Markt Osnabrück, L+T Markt · Papenburg, Dever-Park
Papenburg-Rhede, Bankshop · Rostrup · Sedelsberg, Tankstelle · Wildeshausen, Familia-Markt · Wilhelmshaven, Bismarck · Wilhelmshaven, Gökerstraße
Wilhelmshaven, Leffers, Bahnhofstraße · Wilhelmshaven, Vossapp

Das OLB-Geschäftsgebiet



Hauptverwaltung

Oldenburgische Landesbank AG
Stau 15/17 · 26122 Oldenburg

Telefon (0441) 221-0
Telefax (0441) 221-1457
E-Mail olb@olb.de
Internet www.olb.de

Telegramme: Landesbank Oldenburgoldb
S.W.I.F.T.: OLBO DE H2

Sitz der Gesellschaft: Oldenburg
Registergericht: Oldenburg
HR-Nummer: HRB 3003

OLB-Service-Center

Postfach 26 05 · 26016 Oldenburg
Telefon (0441) 221-0
Telefax (0441) 221-2470
E-Mail service.center@olb.de

Glossar



Agio In Prozent oder Geldeinheiten angegebener Aufschlag u. a. bei Wertpapieren oder Darlehen. Bei der Neuauflage von Wertpapieren ist es der Betrag, um den der Ausgabepreis deren Nennbetrag überschreitet bzw. der Betrag, um den der Börsenkurs den inneren Wert der Anlage übersteigt. Beim Erwerb vieler Fonds handelt es sich dabei um die Vergütung für die Beratungsleistung oder auch Vertriebsgebühr, die als prozentualer Anteil an Bank, Finanzberater oder Fondsgesellschaft gezahlt wird. Bei Darlehen ist das Agio der für den Schuldner neben den zu zahlenden Zinsen anfallende Aufschlag. Das Gegenteil ist das Disagio.

Allianz Equity Incentive = AEI Instrument zur langfristigen Bindung von Führungskräften durch ein Unternehmen, indem Aktien vom Unternehmen an diese ausgegeben werden und somit die Identifikation mit dem Unternehmen gestärkt wird bzw. ein Interessenabgleich stattfindet.

Allianz Sustained Performance Plan Alle Bestandteile der erfolgsabhängigen Vergütung werden anhand eines vereinfachten, einheitlichen Zielvereinbarungsbogens geregelt und in einem im Allianz Konzern geltenden Modell, dem Allianz Sustained Performance Plan (ASPP), beschrieben. Sowohl die Jahresziele als auch die dreijährigen Mittelfristziele werden in diesem Zielvereinbarungsbogen fixiert.

Available-for-Sale Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte.

Aval Bürgschaft oder Garantie.



Backtesting Methode zur Qualitätssicherung von Value-at-Risk-Modellen (VaR). Dabei wird die Vorhersage der potenziellen Verluste durch VaR mit den tatsächlichen Verlusten verglichen. Über einen längeren Zeitraum wird geprüft, ob die potenziellen Verluste im Rückblick nicht wesentlich häufiger überschritten wurden, als es gemäß der festgelegten Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) zu erwarten gewesen wäre.

Bankbuch Risikotragende Positionen, die nicht dem Handelsbuch zugeordnet werden.

Basel II/III Neue regulatorische Standards des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht.

Basis Point Value Der Basis Point Value (BPV) gibt die absolute Veränderung des Anleihepreises an, wenn sich die Anleiherendite um einen Basispunkt bzw. 0,01 Punkte verändert.

Bruttoinlandsprodukt Alle im Inland erbrachten Wirtschaftsleistungen in einer Periode.



CDAX Banken Aktien-Index, der von der Deutsche Börse AG berechnet und veröffentlicht wird. Er enthält mehrere im amtlichen Börsenhandel notierte deutsche Bankaktien.

Cost-Income-Ratio Kennzahl, die den Verwaltungsaufwand ins Verhältnis zur Summe aus Zins- und Provisionsüberschuss sowie Handelsergebnis setzt.

COX-Rubinstein-Binomialmodell Eigentlich Cox-Ross-Rubinstein-Modell (1979) oder Binomialmodell. Modell zur Berechnung marktgerechter Optionspreise, das auf einer binären Struktur basiert, die das Fallen oder Steigen des Aktienkurses pro Zeiteinheit abbildet.

Credit Spread Unter dem Credit Spread wird die Risikoprämie, die der Emittent dem Käufer einer ausfallrisikobehafteten Anleihe bezahlen muss, verstanden. Sie kann in Form von Preisabschlägen auf die Anleihe oder Renditezuschlägen vorkommen, deren Höhe durch die Bonität des Emittenten bestimmt wird.

Current Service Cost Laufender Dienstzeitaufwand, der sich aus den Pensionsansprüchen der Arbeitnehmer ergibt und durch versicherungsmathematische Annahmen linear auf Perioden der Arbeitsleistung verteilt wird, woraus ein Barwert für die jeweiligen Perioden, z. B. ein Geschäftsjahr, ermittelt wird.



Delta Das Delta einer Option gibt an, wie der Optionspreis auf Kursänderungen des Underlyings (Basispapier oder Preis) reagiert.

Delta-Plus-Ansatz Der Delta-Plus-Ansatz besagt, dass Optionspositionen mit ihren Deltaäquivalenten zu berücksichtigen sind und zusätzliche Anrechnungsbeträge für Gamma- und Vega-Risiken errechnet werden müssen, um den Gesamteigenkapitalbedarf zu ermitteln.

Disagio Unter Disagio versteht man den Betrag, um den der Ausgabepreis z. B. einer Aktie ihren Nennwert unterschreitet. Mit Disagio bezeichnet man auch das Abgeld auf ein Darlehen.

Dow Jones EURO STOXX Price Index Aktienindex, der die 50 größten und wichtigsten Aktienwerte der europäischen Währungsunion umfasst. Der Index wird seit dem 26. Februar 1998 in Zürich geführt.

Expected Loss Der Expected Loss bezeichnet den erwarteten Verlust einer Risikoposition innerhalb einer vorgegebenen Haltedauer.

Fair Value Betrag, zu dem ein Finanzinstrument zwischen sachverständigen, vertragswilligen und unabhängigen Geschäftspartnern gehandelt werden kann.

Future Hinsichtlich Menge, Qualität und Liefertermin standardisierter Terminvertrag, bei dem zu einem bestimmten zukünftigen Zeitpunkt ein dem Geld- und Kapital-, Edelmetall- oder Devisenmarkt zugehöriges Handelsobjekt zu einem festgesetzten Kurs zu liefern beziehungsweise abzunehmen ist.

Gamma Das Gamma einer Option drückt aus, wie das Delta auf Kursänderungen des Underlyings (Basispapier oder Preis) reagiert.



GLLP General Loan Loss Provision, siehe Risikovorsorge.

Group-Equity-Incentive-Plan (GEI-Plan) Dieses Allianz Programm zur aktienbezogenen Vergütung galt nur bis zum Jahr 2010 und wurde durch das neue aktienbasierte Programm Allianz Equity Incentive (s. S. 152 des Glossars) abgelöst.

Handelsbuch Bankaufsichtsrechtlicher Begriff für Positionen in Finanzinstrumenten, Anteilen und handelbaren Forderungen, die von Kreditinstituten zum Zwecke des kurzfristigen Wiederverkaufs unter Ausnutzung von Preis- und Zinsschwankungen gehalten werden.

Hedge Accounting Das Hedge Accounting wird in der OLB im Rahmen der Risikostrategie zur Begrenzung von Zinsänderungsrisiken eingesetzt. Hierzu werden die Grundgeschäfte (z. B. Kredite oder Wertpapiere) den Sicherungsgeschäften (z. B. Zinsswaps) gegenübergestellt.

Nach den internationalen Bilanzierungsvorschriften gelten für Grund- und Sicherungsgeschäfte unterschiedliche Bewertungsansätze. Um diese Bewertungsunterschiede ökonomisch angemessener in der Gewinn- und Verlustrechnung abzubilden, nutzt die OLB die gesondert geltenden Bilanzierungsregeln des IAS 39 für das Hedge Accounting. Hiernach werden Grund- und Sicherungsgeschäfte zu einer Bewertungseinheit zusammengefasst und erfolgswirksam zum Marktwert (Fair Value) bewertet, sodass sich die Wertänderungen gegenseitig kompensieren.

Die OLB setzt ausschließlich die Methode des „Fair Value Hedge Accounting“ ein.



Hedging Absicherung von Vermögenspositionen gegen Aktienkurs-, Zinsänderungs- und Währungsrisiken. Durch Einnahme einer entgegengesetzten Position an den Terminmärkten (Einsatz von Futures, Optionen) soll ggf. die Wertminderung einer Kassaposition (Kauf von Wertpapieren, Devisen, Waren) kompensiert werden. Hedging-Strategien mit Futures oder Optionen unterliegen vielfältigen Unwägbarkeiten; die Effizienz der Gesamtposition muss ständig kontrolliert werden.

IAS/IFRS 1973 wurde das International Accounting Standards Committee (IASC) als privatrechtlicher Verein nationaler Verbände von Rechnungslegern und Wirtschaftsprüfern gegründet, um die internationale Vergleichbarkeit der Rechnungslegung voranzutreiben. Im Jahr 2000 beschloss die EU, bei der Fortentwicklung von Rechnungslegungsvorschriften mit dem IASC zusammenzuarbeiten. Nach der Umstrukturierung des IASC im Jahr 2001 kam es zur Umbenennung in IASB (International Accounting Standards Board). Sämtliche bis dahin vom IASC verabschiedeten International Accounting Standards (IAS) bleiben zunächst bestehen und werden sukzessive verändert oder vom IASB durch neue Standards ersetzt. Diese neuen vom IASB entwickelten Rechnungslegungsstandards sind die International Financial Reporting Standards (IFRS). Damit diese Standards wirksam werden, verabschiedet die Europäische Union sie im sogenannten Endorsement-Prozess. Eine Ratifizierung durch die jeweilige nationale Gesetzgebung ist nicht erforderlich, da die EU-Direktiven unmittelbar für alle Beitrittsländer der Europäischen Union Gültigkeit erlangen.

Impairment Nicht planmäßige Wertherabsetzung von Aktiva, wie zum Beispiel Geschäfts- oder Firmenwert, Kreditforderungen, Wertpapieren und Sachanlagen, aufgrund voraussichtlich dauerhafter Wertminderung der entsprechenden Positionen.



Konfidenzniveau Ausdruck für die Wahrscheinlichkeit, mit der ein potenzieller Verlust eine durch den Value-at-Risk definierte Verlustobergrenze nicht überschreitet.

Loss Notification Die Loss-Notification-Regelung (Avis eines Verlustes) ist ein Frühwarn- und Meldesystem zur Erkennung und Vermeidung negativer Ergebnisentwicklungen in den Eigenhandelsportfolios. Die Berechnung erfolgt aus dem prozentualen Verhältnis vom wirtschaftlichen Jahresergebnis zur individuellen Bemessungsgrundlage je Portfolio.

Nichthandelsbuch Eigentlich Anlagebuch oder Bankbuch; hier werden alle Bankgeschäfte verbucht, die nicht dem Handelsbuch zuzurechnen sind, also Geschäfte, die nicht handelbar sind.



Option Das Recht, ein Handelsobjekt (beispielsweise Wertpapiere und Devisen) vom Vertragspartner zu einem festgelegten Preis innerhalb eines bestimmten Zeitraums oder zu einem bestimmten Termin zu kaufen (Kaufoption / Call) beziehungsweise an diesen zu verkaufen (Verkaufsoption / Put).

OTC (Over-the-counter) Finanzinstrumente (Derivate), die nicht standardisiert sind und nicht an einer Börse, sondern direkt zwischen den Marktteilnehmern (Over-the-counter) gehandelt werden.

Performance In Prozent ausgewiesene positive oder negative (Wert-)Entwicklung eines Wertpapiers über einen fest definierten Zeitraum.

PLL Portfolio Loan Loss Provision, siehe Risikovorsorge.

Projected-Unit-Credit-Method Anwartschaftsbarwertverfahren, ein versicherungsmathematisches Bewertungsverfahren für Pensionsrückstellungen.



Rating Standardisiertes Verfahren zur Beurteilung der Bonität von Unternehmen (Emittentenrating) sowie der von ihnen begebenen Anleihen und Geldmarktpapiere (Emissionsrating) durch unabhängige Agenturen. Auch die in Banken eingesetzten Verfahren zur Bestimmung der Bonität von Kreditnehmern werden als Rating bezeichnet.

Repo-Geschäft Bei einem Repo-Geschäft verkauft der Konzern Wertpapiere und vereinbart gleichzeitig, diese Wertpapiere zu einem bestimmten Termin zu einem vereinbarten Kurs zurückzukaufen. Die mit den Wertpapieren verbundenen Chancen und Risiken bleiben während der gesamten Laufzeit der Geschäfte im Konzern. Entsprechend werden die Wertpapiere weiterhin in der Bilanz des Konzerns als Handelsaktiva oder Finanzanlagen ausgewiesen. Der Gegenwart aus dem rechtlichen Verkauf ist in der Bilanzposition Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bzw. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden enthalten und als Verbindlichkeit aus Repo-Geschäft ausgewiesen.

Restricted Stock Units (RSU) Virtuelle Aktien, die z. B. im Rahmen eines Group-Equity-Incentive-Plans als aktienbezogene Vergütung vom Unternehmen an seine Arbeitnehmer ausgegeben werden. Die Ausübung der RSU erfolgt in der Regel nach dem Eintreffen von vom Unternehmen festgelegten Zielen oder dem Ablauf einer Haltefrist. Die Ausübung kann auch in Form eines entsprechenden Barbetrages oder sonstiger Ersatzwerte erfolgen.



Reverse-Repo-Geschäfte Bei einem Reverse-Repo-Geschäft kauft der Konzern Wertpapiere und vereinbart gleichzeitig, diese Wertpapiere zu einem bestimmten Termin zu einem vereinbarten Kurs zurückzugeben. Die mit den Wertpapieren verbundenen Chancen und Risiken aus Zinsänderung und Adressausfall bleiben während der gesamten Laufzeit der Geschäfte beim Kontrahenten. Entsprechend werden die Wertpapiere nicht in der Bilanz des Konzerns als Handelsaktiva oder Finanzanlagen ausgewiesen. Der Gegenwert aus dem rechtlichen Kauf ist in der Bilanzposition Forderungen an Kreditinstitute bzw. Forderungen an Kunden enthalten und als Forderung aus Reverse-Repo-Geschäften ausgewiesen.

Risikocontrolling Laufende Risikomessung und -überwachung inklusive Methodenentwicklung sowie entsprechende Risikoanalyse / Berichtswesen durch eine neutrale, unabhängige Einheit.

Risikomanagement Operative Geschäftssteuerung spezifischer Portfolios unter Risiko-/Rendite-Gesichtspunkten.

Risikovorsorge Durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen wird den erkennbaren Ausfallrisiken Rechnung getragen. Die Einzelwertberichtigungen (Specific Loan Loss Provision; SLLP) werden unter Berücksichtigung aller zukünftig erwarteten, abgezinsten Zahlungsströme ermittelt. Für potenziell bereits eingetretene, zum Bilanzstichtag jedoch noch nicht identifizierte Adressrisiken aus Kreditgeschäften werden Portfoliowertberichtigungen gebildet, deren Höhe auf der empirischen Ermittlung historischer Ausfallwahrscheinlichkeiten und Verlustquoten des nicht bereits anderweitig vorgesorgten Kreditportfolios basiert. Pauschalierte Einzelwertberichtigungen (Particular Loan Loss Provisions; PLLP) werden für das homogene Kreditportfolio gebildet. General Loan Loss Provisions (GLLP) werden auf das inhomogene Portfolio gebildet.



Scoringverfahren Verfahren, bei denen anhand der Risikofaktoren eines Investments oder Kredits nach qualitativen und quantitativen Methoden eine Bewertung durch ein Risikoprofil vorgenommen wird.

SLLP Specific Loan Loss Provision, siehe Risikovorsorge.

Stock Appreciation Rights (SAR) Virtuelle Optionen, die z. B. im Rahmen eines Group-Equity-Incentive-Plans als aktienbezogene Vergütung vom Unternehmen an seine Arbeitnehmer vergeben werden. Dabei ist die Ausübung der Optionen direkt an den Erfolg des Unternehmens, üblicherweise dessen Aktienkurs, geknüpft. Die Ausübung der Optionen kann in Form von Barzahlungen, Aktien oder sonstigen Ersatzwerten erfolgen.

Stückaktie Nennwertloser Anteilschein an einer Aktiengesellschaft. Durch Division des nominalen Grundkapitals durch die Zahl der insgesamt ausgegebenen Stückaktien lässt sich ein rechnerischer Nennwert ermitteln, der nach dem Stückaktiengesetz einen Mindestwert von einem Euro haben muss.

Swap Allgemeine Bezeichnung für den Austausch von Objekten, Rechten etc., insbesondere für den Austausch von Zahlungsströmen in gleicher Währung (= Zinsswap) oder in verschiedenen Währungen (= Währungsswap).



True-and-fair-View-Prinzip Gemäß § 264 Abs. 2 HGB Anforderung an Rechnungslegungsdaten wie z. B. eines Jahresabschlusses, dass sie ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild von der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermitteln.

Value-at-Risk (VaR) Der Value-at-Risk bezeichnet den potenziellen Verlust einer Risikoposition, der unter üblichen Marktbedingungen mit einer festgelegten Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) in einer vorgegebenen Haltedauer nicht überschritten wird.

Vega Das Vega einer Option gibt an, wie der Optionspreis auf die Veränderung der Volatilität (Schwankungsbreite des Underlyings) reagiert.

Volatilität Maß für die vergangene (historische) oder erwartete (implizite) Schwankungsbreite des Kurses von Aktien, Devisen und Zinssätzen. Schwankt der Kurs einer Aktie stark, hat die Aktie eine hohe Volatilität. Für den Anleger bedeutet das die Chance auf schnelle und hohe Kursgewinne – aber auch die Gefahr ebenso schneller Verluste.

Herausgeber

Oldenburgische Landesbank AG

Stau 15/17

26122 Oldenburg

Telefon (0441) 221-0

Telefax (0441) 221-1457

E-Mail olb@olb.de

Druck

Friedr. Schmücker GmbH, Lönigen

Kontakt

Unternehmenskommunikation

Veröffentlichungsdatum

18. April 2012

Dieser Bericht ist in deutscher und englischer Sprache verfügbar. Beide Fassungen sind im Internet unter www.olb.de abrufbar.

